

Leitantrag zum Wahlprogramm

Antragsteller/innen:

Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Die Zukunft,** 2 **für die wir kämpfen** 3 **SOZIAL. GERECHT. FÜR ALLE.**

4 **Einführung**

5 Es liegt an uns allen. Wir können das Land verändern. Wir können die Zukunft für die Menschen
6 gerechter machen. Ein gutes Leben für alle wäre längst möglich. Der Reichtum wächst jeden Tag, aber
7 er kommt nur Wenigen zugute. Die Welt ist aus den Fugen, es liegt an uns, sie neu zu gestalten. Die
8 Bundestagswahl kann eine Richtungsentscheidung werden: für ein sozialeres Land und ein friedliches
9 Europa. Die Frage wird sein: Wollen wir den oberen Zehntausend in diesem Land mehr Macht und
10 Einfluss geben und die Kluft zwischen Arm und Reich weiter vertiefen? Oder wollen wir den Sozialstaat
11 stärken, neue und bessere Arbeit schaffen, für sichere Renten und gute Löhne für alle Menschen
12 kämpfen? Wollen wir den Politikerinnen und Politikern vertrauen, die Ungleichheit von Einkommen und
13 Vermögen verantworten und die Gesellschaft spalten? Oder sind wir bereit, uns mit den Reichen und
14 Mächtigen anzulegen? Wollen wir Konkurrenzdruck, Angst und Verunsicherung nachgeben oder
15 stärker über unser Leben selbst bestimmen?

16 Wie wir diese Fragen beantworten, wird über unsere Zukunft und unser Zusammenleben entscheiden.
17 Wir, DIE LINKE, wollen eine Zukunft, für die es sich zu kämpfen lohnt: Wir wollen ein Land, in dem alle
18 ihren gerechten Anteil an der Gesellschaft haben. In dem das Leben für die Menschen wieder planbar
19 ist. Wir wollen, dass alle Menschen frei von Armut sind und keine Angst vor sozialem Absturz haben.
20 Wir wollen, dass Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen besser gestellt werden. Wir wollen
21 ein Land, in dem Reichtum das ist, was allen gehört: öffentliche Bildung, Gesundheit, Kultur. In dem
22 Wohnen für alle bezahlbar ist. In dem Natur und Klima geschützt werden. Wir wollen ein Land, in dem
23 alle Menschen gleichberechtigt zusammenleben, unabhängig von ihren individuellen Fähigkeiten, ihrer
24 körperlichen Verfassung, ihrer Herkunft und sozialen Stellung, ihres Geschlechts, Alters oder ihrer
25 sexuellen Orientierung. Eine inklusive Gesellschaft, in der niemand ausgegrenzt wird. Dafür treten wir
26 an. Gegen den Hass, die Abschottung und die Vorurteile der Rechten. Gegen Aufrüstung und
27 Auslandseinsätze der Bundeswehr. Für soziale Gerechtigkeit und Frieden und einen Aufbruch der
28 Demokratie.

29 Wir kämpfen für eine Gerechtigkeitswende. Die gibt es nicht zum Nulltarif, nicht für warme Worte und
30 nicht ohne Konflikt mit Konzernen, Superreichen und ihren politischen Verbündeten. Der Einfluss der
31 Reichsten in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft ist groß: Wer hat, dem wird gegeben. Ihre Interessen
32 und ihre Macht reichen um den Globus, befördern Freihandel und Konkurrenz und Kriege, die zu Flucht
33 und Vertreibung führen. Große Konzerne beherrschen zunehmend das Internet. Der Zugang zu guter
34 Bildung und Arbeit bleibt Vielen verschlossen. Die Kluft zwischen starken und schwachen Regionen,
35 reichen und armen Stadtvierteln vergrößert sich.

36 Deutschland ist das wirtschaftlich stärkste Land in Europa. Die Einkommen aus Unternehmen und
37 Vermögen sind seit Anfang des Jahrtausends um rund 30 Prozent gestiegen, die Nettoeinkommen der
38 Beschäftigten im Schnitt um drei Prozent. Die Ungleichheit wird immer wieder neu hergestellt.
39 Wirtschaftliche Macht übersetzt sich in politische Macht. Die Bundesregierung hat daran nichts

40 geändert und es auch nicht versucht. Im Mittelpunkt des deutschen »Wirtschaftserfolges« stehen:
41 gesteigerte Produktivität – durch mehr Druck auf die Beschäftigten und mehr Automation – und
42 prekäre, schlecht entlohnte Dienstleistungen. Für die, die den Reichtum erarbeiten, bedeutet das: Sie
43 haben davon nur mehr Druck, mehr Stress, mehr Erschöpfung, weniger Lohn. Im ganzen Land
44 existieren Regionen, in denen es kaum Aussichten auf eine gute Zukunft gibt. Immer noch sind in den
45 ostdeutschen Bundesländern die Löhne und Renten niedriger und es gibt dort mehr Armut. Wenn sich
46 die Politik daran bindet, die Bedingungen fürs Kapital möglichst günstig einzurichten, führt das zu
47 immer neuen Krisen: wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen.

48 Seit 1989 sind viele Kriege um eine neue Ordnung der Welt und die Öffnung von Märkten für den
49 Freihandel geführt worden. Die soziale Ungerechtigkeit ist das größte Problem unserer Zeit. Sie befördert
50 die Ausbeutung und globale Umweltzerstörung, sie schafft Leid und Zerstörung. Diese Ungerechtigkeit
51 zerstört die Demokratie. Sie befeuert die Spannungen und die Kriege. Sie raubt Millionen von
52 Menschen die Hoffnung und die Zukunft und treibt sie in die Flucht. Die deutsche Regierung trägt
53 Mitschuld an dieser neuen Unordnung unserer Welt. Sie hat maßgeblich zu dieser Entwicklung
54 beigetragen. Mit einem Rekord von Rüstungsexporten, auch in Krisengebiete, mit ihrer Beteiligung an
55 oder Unterstützung für westliche Militärinterventionen.

56 Wenn es um Rüstung und Verteidigung geht, gilt für die Bundesregierung offensichtlich kein
57 Sparzwang: Die Ausgaben im Bundeshaushalt sind massiv erhöht worden und sollen weiter steigen.
58 Dringend notwendig wäre dagegen, friedliche Konfliktlösungen zu stärken und die Ursachen von Flucht
59 und Vertreibung zu bekämpfen: einen ungerechten Welthandel und den globalen Finanzkapitalismus.

60 Die Bundesregierung aber stärkt den Finanzkapitalismus: in Deutschland, in Europa und weltweit.
61 Wohnungen, Lebensmittel, Gesundheit werden zu Märkten für die Spekulation. Die Gewinne kommen
62 nur einer Minderheit zugute. Die Folgen: Die Menschen in Deutschland leben unter ihren
63 Möglichkeiten. Die Politik der deutschen Regierung in Europa hat verheerende Folgen für die
64 Menschen. Die deutsche Regierung spielt eine zentrale Rolle dabei, die Europäische Union weiter zum
65 Wettbewerbsraum umzubauen. Standortkonkurrenz, Druck auf die Löhne und den Sozialstaat und
66 Freihandel sind aber weder im Interesse der Menschen in Deutschland, noch im übrigen Europa.

67 Die Europäische Union ist heute in einer grundlegenden Krise. Dahin haben Sozialkürzungen,
68 Austerität und der Mangel an Demokratie geführt. Die Antworten der Mächtigen auf die Krisen setzen
69 auf mehr Abschottung,

70 Aufrüstung und auf eine europäische Interventionsarmee. Truppenbewegungen von EU und NATO an
71 den Grenzen zu Russland gefährden den Frieden. Die Mächtigen lassen sich auf Geschäfte mit
72 Despoten wie Erdogan ein. Sie schwächen Gewerkschaften und verschärfen ihren neoliberalen Kurs
73 der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Gleichzeitig wachsen Rassismus und Nationalismus und die Hetze
74 gegen Menschen, die vor den Folgen dieser Politik auf der Flucht sind. Rechte Parteien und autoritäre
75 Populistinnen und Populisten in Europa und den USA heizen Rassismus und Nationalismus an.

76 Wir wollen einen Neustart in Europa. Wir brauchen ein anderes Europa, mit neuen Verträgen, neuen
77 Strukturen, neuen Hoffnungen. Die neoliberale Politik von Privatisierung, Spekulation und unsozialer
78 Kürzungspolitik wollen wir beenden. Wir wollen abrüsten und Waffenexporte verbieten. Wir werden
79 uns niemals damit abfinden, dass Menschen im Mittelmeer ertrinken oder in Tod und Folter
80 abgeschoben werden. Wir wissen: Wir müssen die Ursachen bekämpfen, nicht die Symptome. Wir
81 müssen Krieg, Waffenexporte und die Ungerechtigkeiten in der globalen Wirtschaft beenden. Nur DIE
82 LINKE steht an der Seite der Armen und Erwerbslosen wie an der Seite der Geflüchteten. Wir streiten
83 für ein friedliches, solidarisches und demokratisches Europa.

84 Mächtige Konzerninteressen verhindern, dass die Zerstörung des Klimas gestoppt wird. Die Konzerne
85 sichern ihre Profite, indem sie wirtschaftliches Wachstum auf Kosten von Natur und Umwelt
86 organisieren. Mit großer Wahrscheinlichkeit wird Deutschland die Klimaziele für das Jahr 2020 nicht

87 einhalten. Der neoliberale Kapitalismus nutzt ungebrochen fossile Brennstoffe, die Zerstörung von
 88 Klima und Natur schreitet voran. Wir müssen uns entscheiden, was wir retten wollen: Kapitalismus
 89 oder Klima. Wir wollen die Erzeugung und den Verbrauch von Energie umweltverträglich umbauen. DIE
 90 LINKE ist die einzige Partei, die für ein anderes Wirtschaftssystem eintritt: Menschen vor Profite.

91 Wir leben in einem reichen Land. Aber für viele Menschen ist davon nichts zu spüren: Sie arbeiten,
 92 kommen aber kaum über den Monat. Das öffentliche Eigentum schmilzt, das private war noch nie so
 93 ungleich verteilt wie heute. Die öffentlichen Einrichtungen verkommen: In Schulen regnet es rein oder
 94 es fehlt am Monatsende am Klopapier, in den Hochschulen fehlt es in mancher Vorlesung an Platz zum
 95 Sitzen, Schwimmbäder und Bibliotheken werden geschlossen, Brücken und Krankenhäuser werden
 96 nicht in Stand gehalten. Was an öffentlichen Angeboten fehlt, muss privat bezahlt werden. Viele
 97 können das nicht.

98 Wir leben in einem Land, in dem viele Menschen arm sind. Wo Kinder sich zwischen der Klassenfahrt
 99 und dem Pausenbrot entscheiden müssen und am Ende des Monats die Schlangen an den Tafeln
 100 länger werden. Das solidarische Gewebe der Gesellschaft ist dünn geworden. Wir leben in einem Land,
 101 in dem viele Menschen reich sind: Rund eine Million sind Millionäre. Auf ihre Vermögen zahlen sie
 102 keine Steuern.

103 Wenn sich die Schere zwischen Arm und Reich öffnet, bedeutet das auch mehr Druck auf die in der
 104 Mitte: Stress und Verunsicherung prägen den Alltag von vielen Menschen, bis weit in die Gesellschaft.
 105 Sie erwarten wenig von der Zukunft, von der Rente, von Politik. Viele Menschen haben das Gefühl,
 106 dass sie nicht bekommen, was ihnen zusteht. Und sie haben recht. 25 Jahre lang haben die
 107 verschiedenen Bundesregierungen die Gesellschaft entschert. Notwendige Investitionen in das
 108 öffentliche Eigentum wurden zurückgehalten. Die Explosion der Mieten in den Städten verschärft die
 109 Umverteilung zu Gunsten der Vermögenden. Eine bezahlbare Wohnung zu haben, ist für viele zu einer
 110 Existenzfrage geworden. Verdrängung, Entmietung und Verteuerung durch Herausmodernisieren sind
 111 an der Tagesordnung. Die Städte sind der Spekulation anheimgefallen. Die Agenda 2010 und das
 112 Hartz IV-System haben Millionen Menschen in den Niedriglohn gestoßen und zur Armut und
 113 Bevormundung verurteilt. Sie wurden abgehängt. Die großen Parteien kümmern sich nicht um sie. Die
 114 Interessen der Reichen wurden geschützt. Die Interessen der Mehrheit, die öffentliche Einrichtungen
 115 und Dienstleistungen nutzt, wurden verkauft. Was wie die Schuldenbremse als Sparsamkeit
 116 angepriesen wird, erweist sich als Dogma: Dringender Bedarf wird nicht mit Förderung und
 117 Investitionen beantwortet, selbst wenn im Bundeshaushalt Überschuss ist. Ungleichheit setzt sich
 118 fest: In der Schule wirkt die soziale Herkunft wieder stärker: wer arm oder als Arbeiterkind reingeh,
 119 geht in Richtung Niedriglohn raus. So verspielt neoliberale Politik Zukunft und soziale Sicherheit der
 120 Menschen!

121 Unsicherheit und die soziale Ungleichheit befördern die Suche nach Sündenböcken. Rechte Parteien
 122 versuchen, die Mobilisierung gegen die Schwächsten der Gesellschaft zu lenken. Rassistische Hetze
 123 und Gewalt nehmen zu. DIE LINKE steht an der Seite derjenigen, die sich gegen Rassismus und für ein
 124 solidarisches Miteinander einsetzen. Wir sind Teil der Willkommens- und Solidaritätsbewegung für die
 125 Geflüchteten. Deutschland ist schon lange ein Einwanderungsland. Angst und Sorge vor Konkurrenz
 126 wachsen, wo Mangel herrscht. Rechte Parteien nutzen die Unsicherheiten aus. Wir wollen ein gutes
 127 Zusammenleben stärken, mit allen, die hier leben: eine soziale Offensive für alle. Gegen einen rechten
 128 Kulturkampf, gegen die falschen Versprechen, dass es »uns« besser geht, wenn es »den anderen«
 129 schlechter geht, wollen wir eine Gesellschaft, in der wir ohne Angst verschieden sein können. Weil wir
 130 ein verlässliches soziales Netz der Gesellschaft und eine gerechte Verteilung des Reichtums
 131 herstellen.

132 **Zeit für grundlegende Veränderung**

133 Die Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD hat auf Druck von Gewerkschaften und der LINKEN
 134 einen Mindestlohn eingeführt, aber immer noch können viele Menschen von ihrer Arbeit nicht leben.
 135 Wir haben immer noch einen größeren Niedriglohnsektor als die meisten westlichen europäischen

136 Länder. Die Regierung brüstet sich damit, dass wenige bereits ab 63 in Rente gehen können, aber tut
 137 nichts gegen die Altersarmut, die viele heute schon betrifft und in Zukunft explodieren wird. Die
 138 Bundesregierung spricht darüber, reiche Erben zu besteuern, tatsächlich werden sie entlastet. Sie
 139 beklagt die Flüchtlinge, aber sie exportiert weiter Waffen in Krisengebiete. Sie spricht von
 140 internationaler Verantwortung und plant, die Ausgaben fürs Militär massiv zu erhöhen.

141 Wir kämpfen um jede Verbesserung im Alltag. Aber wir wissen auch, es braucht mehr als
 142 oberflächliche Korrekturen. Es ist an der Zeit, den Schalter umzulegen. Denn: Ein System, das
 143 Menschen massenhaft in die Altersarmut schickt, hat abgewirtschaftet. Mit einer bloß anderen
 144 Verwaltung der Gegenwart kommt keine bessere Zukunft. Wenn wir keine Alternativen durchsetzen,
 145 zerstört der Kapitalismus zunehmend die Gesundheit der Menschen, ihren sozialen Zusammenhalt und
 146 die Demokratie. Massenerwerbslosigkeit und Armut im globalen Maßstab, Kriege, rechter und
 147 islamistischer Terror, Millionen Menschen, die vor Verfolgung, Armut, Krieg und den Folgen des
 148 Klimawandels fliehen und ihre Heimat verlassen müssen – all das zeigt: Der globale Kapitalismus führt
 149 zu immer mehr Verwerfungen und Krisen. Dieses System im Interesse einer Klasse von
 150 Kapitaleigentümern und Superreichen widerspricht den Interessen der Mehrheit der Menschen. DIE
 151 LINKE kämpft daher für Alternativen zum Kapitalismus. Wir wollen einen neuen Sozialismus, einen
 152 demokratischen, ökologischen, feministischen und lustvollen Sozialismus.

153 Gegen die geballte Macht von Unternehmen, Reichen und ihren politischen Parteien brauchen wir eine
 154 Revolution der sozialen Gerechtigkeit. Statt einer Gesellschaft, in der zentrale Bereiche des Lebens
 155 Profit, Wettbewerb und Privatisierung unterstellt werden, wollen wir:

156 Eine Zukunft, für die es sich zu kämpfen lohnt.

157 **Was wir dringend angehen:**

- 158 • **Gute Arbeit und gute Löhne:** Den gesetzlichen Mindestlohn erhöhen wir auf 12 Euro. Selbst
 159 die Bundesregierung weiß: darunter reicht es nicht zum Leben und für eine Rente oberhalb der
 160 Grundsicherung. Wir wollen prekäre Arbeit abschaffen: Befristungen ohne sachlichen Grund,
 161 Minijobs und Leiharbeit werden ausgeschlossen. Die Arbeit mit Menschen muss besser
 162 bezahlt werden!
- 163 • **Soziale Garantien des Lebens:** Armut abschaffen, statt die Armen bekämpfen: Wir schaffen
 164 das Hartz IV-System ab und ersetzen es durch eine bedarfsgerechte Mindestsicherung in
 165 Höhe von 1.050 Euro ohne Sanktionen und Kürzungsmöglichkeiten. Der Bezug des
 166 Arbeitslosengeldes muss deutlich verlängert werden.
- 167 • Das **Rentenniveau muss wieder auf 53 Prozent** angehoben werden. Das bedeutet für einen
 168 durchschnittlichen Rentner oder eine durchschnittliche Rentnerin: rund 130 Euro mehr im
 169 Monat. Wir wollen eine Solidarische Mindestrente von 1.050 Euro.
- 170 • Mehr **Zeit zum Leben statt schufteten bis zum Umfallen:** Wir wollen Arbeit so umverteilen,
 171 dass die einen nicht mehr in Stress und Überstunden untergehen und die anderen nicht so
 172 viel Arbeit finden, wie sie wollen. Kürzere Vollzeit um die 30 Stunden in der Woche mit guten
 173 Standards: Wir wollen ein neues Normalarbeitsverhältnis und ein Recht auf Feierabend. Und
 174 eine gerechtere Verteilung der Tätigkeiten zwischen den Geschlechtern. Wir wollen die Rente
 175 ab 65 oder nach mindestens 40 Jahren Beitragsjahren.
- 176 • Wir haben ein **Programm für die Zukunft**, das sich am Bedarf und den Bedürfnissen der
 177 Menschen orientiert: Wir investieren in Bildung und Gesundheit, in mehr Personal in Pflege
 178 und Erziehung, in sozialen Wohnungsbau, einen sozialen und ökologischen Umbau der
 179 Wirtschaft und in Barrierefreiheit. Wir wollen die Massenerwerbslosigkeit bekämpfen und
 180 neue Arbeitsplätze in kurzer Vollzeit schaffen.
- 181 • Wir finanzieren dieses Zukunftsprogramm, indem wir Reichtum begrenzen: **Vermögen**
 182 oberhalb einer Million Euro wollen wir **besteuern**, auch hohe Erbschaften. Steuern der
 183 Konzerne werden wir erhöhen und den Steuervollzug durchsetzen. Privatisierungen und

184 »öffentlich-private Partnerschaften«, etwa beim Bau von Autobahnen oder Schulen, lehnen wir
185 ab.

- 186 • Auch in der Einkommensteuer wollen wir die **unteren und mittleren Einkommen entlasten**,
- 187 die oberen stärker belasten: Wir erhöhen den monatlichen Grundfreibetrag auf 1.050 Euro zu
- 188 versteuerndes Einkommen. Mit unserem Steuerkonzept werden alle entlastet, die weniger als
- 189 7.100 Euro brutto im Monat (Steuerklasse I) verdienen. Wir sehen zwei Stufen einer
- 190 gesonderten Reichensteuer vor: 60 Prozent auf die Teile des Einkommens oberhalb von rund
- 191 260.000 Euro Jahreseinkommen und 75 Prozent auf die oberhalb einer Million Euro.
- 192 • **Stopp von Mieterhöhungen!** Wir wollen jährlich mindestens 250.000 neue Sozialwohnungen
- 193 schaffen. Wir wollen sozialen, kommunalen und gemeinnützigen Wohnungsbau stärken und
- 194 ein Verbot der Spekulation mit Wohnraum.
- 195 • Statt der Zwei-Klassen-Medizin schaffen wir eine **Solidarische Gesundheitsversicherung**.
- 196 alle zahlen mit allen Einkommen ein, die Beiträge sinken und die Versorgung wird besser für
- 197 alle. Zuzahlungen z.B. für Zahnersatz und Brille schaffen wir damit ab.
- 198 • Immer noch trennt eine Mauer den Osten vom Westen: Wir wollen die **Renten im Osten**
- 199 **sofort an das Westniveau angleichen**. Wir kämpfen für gleiche Löhne und gleichwertige
- 200 Lebensverhältnisse in Ost und West.
- 201 • Wir lehnen **Aufrüstung, Waffenexporte und Auslandseinsätze der Bundeswehr** sowie
- 202 jegliche deutsche Unterstützung von Militärinterventionen ab. Die Militärausgaben dürfen
- 203 nicht erhöht, sondern müssen deutlich gesenkt werden. Statt wie die Bundesregierung auf
- 204 Aufrüstung sowie Konfrontation und Sanktionen gegen Russland zu setzen, werden wir eine
- 205 Friedens- und Entspannungspolitik einleiten.
- 206 • Wir wollen **Fluchtursachen bekämpfen**, nicht die Flüchtlinge! Wir brauchen eine gerechte
- 207 Entwicklungshilfe und fairen globalen Handel.
- 208 • Wir unterstützen die Forderungen nach einem sofortigen **Stopp der Abschiebungen** und
- 209 nach einem Bleiberecht für alle.
- 210 • Wir wollen sichere Fluchtwege schaffen, damit **das Sterben im Mittelmeer aufhört**. Das
- 211 Recht auf Asyl stellen wir wieder her und setzen die Genfer Flüchtlingskonvention durch. Der
- 212 schmutzige Deal mit der Türkei und anderen Ländern muss aufgekündigt werden!
- 213 • Wir wollen eine solidarische Einwanderungsgesellschaft: mit sozialer Sicherheit statt
- 214 Konkurrenz um Arbeitsplätze, Wohnungen und Bildung. Mit einer **sozialen Offensive für alle**,
- 215 die den Zusammenhalt der Gesellschaft stärkt.
- 216 • Wir wollen einen **Neustart der Europäischen Union** mit grundlegend veränderten EU-
- 217 Verträgen: solidarisch, friedlich, demokratisch, ökologisch. Soziale Rechte, Tarifverträge und
- 218 demokratische Gestaltungsmöglichkeiten müssen Vorrang vor den Binnenmarktfreiheiten der
- 219 Unternehmen haben. Dazu gehört, die Parlamente zu stärken. Die unsoziale Kürzungspolitik
- 220 und Freihandelsverträge wie TiSA, TTIP und CETA werden wir beenden.

221 Dafür kämpfen wir in den Parlamenten, auf der Straße und in den Betrieben. Der Politik und
222 Gesellschaft eine neue Richtung zu geben, werden wir nicht alleine schaffen. Stimmen wir nicht nur
223 ab, erheben wir unsere Stimme! Es gibt viel Wut und Empörung – zu Recht. Vieles läuft falsch. Die
224 gute Nachricht: Es muss nicht so bleiben. Es geht anders, wenn wir es anders machen. Wir sind viele,
225 viel mehr als wir denken: Wir schauen nicht weg, wir stehen auf gegen Unrecht und Unmenschlichkeit.
226 Im Alltag, in der Nachbarschaft und im Parlament, bei der Arbeit und auf der Straße. Viele Menschen
227 sind in Bewegung für gerechten Welthandel, für eine Aufwertung von Sozial- und Erziehungsdiensten,
228 für höhere Löhne im Einzelhandel, gegen steigende Mieten und Verdrängung, für mehr Personal in
229 Gesundheit und Pflege, für gute Arbeit und gegen Missbrauch von Werkverträgen und Leiharbeit. Wir
230 streiten, wir demonstrieren, wir haben Hoffnung, wir sind die Hoffnung auf Veränderung. Gemeinsam
231 können wir das Land verändern. Auf jede und jeden kommt es an.

232 I. Gute Arbeit für alle statt Niedriglohn, Dauerstress und Abstiegsangst

233 Millionen Menschen in Deutschland wünschen sich bessere Löhne, sichere Arbeitsplätze, weniger
 234 Stress, und Arbeitszeiten, die mit dem Leben mit Kindern, Familie und Freundschaften vereinbar sind.
 235 Aber diese berechtigten Ansprüche werden für viele Beschäftigte nicht eingelöst. Viele arbeiten bis zur
 236 Erschöpfung und kommen doch mit ihrem Lohn kaum bis zum Monatsende über die Runden. Ein
 237 Viertel der Beschäftigten arbeitet in unsicheren, prekären Arbeitsverhältnissen wie Leiharbeit,
 238 Werkverträgen, befristeter Beschäftigung, Minijobs, Solo- und Scheinselbständigkeit. Prekär
 239 Beschäftigte können das eigene Leben kaum planen und sich kaum eine berufliche Perspektive
 240 aufbauen. Sorgen um den Arbeitsplatz und die berufliche Zukunft, Dauerstress und belastende
 241 Arbeitszeiten machen krank.

242 DIE LINKE kämpft für einen grundlegenden Kurswechsel in der Arbeitsmarkt-, Sozial- und
 243 Wirtschaftspolitik und für ein neues Normalarbeitsverhältnis. Das alte »Normalarbeitsverhältnis«, das
 244 nach dem Zweiten Weltkrieg von den Beschäftigten und Gewerkschaften erkämpft wurde, bedeutete
 245 Sicherheit gegen das Risiko von sozialem Abstieg. Es erlaubte, die Zukunft zu planen und die
 246 Grundlagen dafür zu legen, dass es den Kindern einmal besser geht. Wir wollen ein neues
 247 Normalarbeitsverhältnis, das für alle Menschen und für Männer und Frauen gleichermaßen gilt: Die
 248 Löhne müssen für ein gutes Leben und für eine Rente reichen, die den Lebensstandard im Alter
 249 sichert. Arbeit darf nicht krank machen, sie muss planbar und mit dem Leben mit Kindern vereinbar
 250 sein. Arbeit muss für alle Menschen sicher und unbefristet, tariflich bezahlt, sozial abgesichert und
 251 demokratisch mitgestaltet sein. Das gilt, egal ob die Arbeit mit Laptop oder Wischmopp, im
 252 Pflegekittel oder Blaumann geleistet wird. In einem reichen Land wie unserem fängt sozial gerechte
 253 Politik damit an, dass Armut trotz Arbeit, sozialer Abstieg und permanente Unsicherheit in prekären
 254 Jobs sofort gestoppt werden. DIE LINKE will folgendes als **Sofortmaßnahmen** durchsetzen:

- 255 • **Der gesetzliche Mindestlohn muss auf 12 Euro erhöht werden.** Der Mindestlohn von 8,84
 256 Euro, den die Große Koalition auf Druck der Gewerkschaften, Sozialverbände und der LINKEN
 257 endlich eingeführt hat, ist zu niedrig. Nur ein Mindestlohn von 12 Euro schützt vor
 258 Altersarmut. Er muss flächendeckend gelten: Diskriminierende Ausnahmeregelungen für
 259 Langzeiterwerbslose, Praktika, jugendliche Beschäftigte und Menschen mit Behinderungen
 260 wollen wir streichen. Der Mindestlohn muss jährlich angehoben werden, dabei ist mindestens
 261 die Produktivitäts- und Preisentwicklung zu berücksichtigen. Um die Einhaltung des
 262 gesetzlichen Mindestlohns zu kontrollieren, müssen dringend mehr Kontrolleure und
 263 Kontrolleurinnen eingestellt werden.
- 264 • **Befristungen stoppen!** Immer mehr Menschen hangeln sich jahrelang von einem befristeten
 265 Job zum nächsten. Jeder zweite neu abgeschlossene Arbeitsvertrag ist befristet. DIE LINKE
 266 fordert daher die ersatzlose Streichung der »sachgrundlosen Befristung« aus dem Teilzeit- und
 267 Befristungsgesetz. Sachgründe müssen strikt beschränkt, Kettenbefristungen verboten
 268 werden: Der zweite Arbeitsvertrag beim gleichen Arbeitgeber muss unbefristet sein,
 269 Befristungen sollen auf längstens ein Jahr beschränkt werden.
- 270 • **Lohndumping durch Leiharbeit und Werkverträge verhindern!** Leiharbeit schafft im
 271 gleichen Betrieb Beschäftigte zweiter Klasse. Beschäftigte in Leiharbeit verdienten 2015 nur
 272 knapp 60 Prozent des Durchschnittslohns. Wir wollen Leiharbeit abschaffen. Lohndumping
 273 muss sofort unterbunden werden: Leiharbeiter und Leiharbeiterinnen müssen den gleichen
 274 Lohn wie Festangestellte plus eine Flexibilitätszulage von 10 Prozent erhalten! Kein Einsatz
 275 von Leiharbeitsbeschäftigten darf länger als drei Monate dauern. Leiharbeiter müssen nach
 276 drei Monaten im Betrieb übernommen werden und dürfen nicht gegen andere Leiharbeiter
 277 ausgetauscht werden. Der Einsatz von Leiharbeit und die Vergabe von Werkverträgen müssen
 278 an die Zustimmung des Betriebsrates und die Einhaltung der im Kernbetrieb gültigen
 279 Tarifverträge gebunden werden. Der Missbrauch von Werkverträgen durch
 280 Scheinselbstständigkeit muss wirksam unterbunden werden, indem die Beweislast umgekehrt
 281 wird und zukünftig beim Arbeitgeber liegt.
- 282 • Immer mehr Beschäftigte, mehrheitlich Frauen und Alleinerziehende, werden in unfreiwillige

283 Teilzeit, Mini- und Midi-Jobs und damit in Altersarmut abgedrängt. DIE LINKE fordert **soziale**
 284 **Absicherung: Ab dem ersten Euro muss die Pflicht zur Sozialversicherung gelten.**

- 285 • Die Regelungen im Arbeitsschutzgesetz, dass die Verhütung psychischer Belastung zum
 286 gesetzlich verpflichtenden Arbeitsschutz gehört, muss mit Leben erfüllt werden. Das
 287 gesetzliche Instrument der Gefährdungsbeurteilung ist deshalb schärfer durchzusetzen, zu
 288 kontrollieren und offensichtliche Mängel sind zu sanktionieren. Die Arbeitsschutzämter sind
 289 finanziell und personell besser auszustatten.

290 Um die gleichberechtigte Teilhabe der Beschäftigten zu verbessern, sind entsprechende Strategien zu
 291 entwickeln und umzusetzen (Diversity-Strategien). Entsprechende Dienstvereinbarungen sind
 292 abzuschließen. Diskriminierungen und Mobbing sind zu ahnden. Gleichstellungspläne sind für alle
 293 Beschäftigtengruppen, die von Diskriminierung betroffen sind oder sein könnten, zu erstellen.

294 **Höhere Löhne statt steigender Rendite**

295 Mit der Einführung der Agenda 2010-Reformen durch die Regierung von SPD und Grünen wurde
 296 Niedriglöhnen, prekärer Beschäftigung und Tariffucht der Weg bereitet. In den vergangenen Jahren
 297 sind die Löhne kaum gestiegen. Tarifverträge gelten nur noch für eine Minderheit. Wo Unternehmen
 298 Tariffucht begehen, sinken häufig die Löhne, prekäre Arbeit, Stress und die Erpressbarkeit der
 299 Belegschaften nehmen zu. Die LINKE kämpft für eine Umverteilung des Reichtums von den Profiten zu
 300 den Löhnen. Die Löhne für Gering- und Normalverdienende müssen deutlich steigen!

301 Die Bundesregierung hat nichts gegen die Tariffucht der Unternehmen getan. Wir wollen die
 302 Verhandlungsposition von Beschäftigten und Gewerkschaften verbessern. Die Arbeitgeberseite kann
 303 gegen die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen ein Veto einlegen. Das wollen wir abschaffen. Wir
 304 wollen, dass Tarifverträge auf Antrag eines Tarifpartners allgemeinverbindlich erklärt werden. Es muss
 305 als »öffentliches Interesse« angesehen werden, Tarifverträge in ihrer Reichweite zu stärken und einen
 306 Unterbietungswettbewerb zu Lasten von Löhnen und Arbeitsbedingungen zu verhindern. Bei
 307 Betriebsübergängen und Auslagerungen müssen die bisherigen Tarifverträge in ihrer jeweils gültigen
 308 Fassung unbefristet geschützt bleiben.

309 Einige Unternehmen verstoßen systematisch gegen den Mindestlohn, das Arbeitsrecht und das
 310 Betriebsverfassungsgesetz. Recht muss durchgesetzt werden: In der Arbeitswelt gibt es häufig einen
 311 Freifahrtschein, der Rechtsstaat versagt häufig. DIE LINKE fordert die Einrichtung einer staatlichen
 312 Beschwerdestelle unter Einbeziehung des DGB. Wir wollen Staatsanwaltschaften mit Schwerpunkten
 313 für die Arbeitsgerichtsbarkeit schaffen und mehr Personal für die Aufsichtsbehörden.

314 Der Staat muss eine Vorreiterrolle für gute Löhne einnehmen: Die Vergabe von öffentlichen Aufträgen
 315 wollen wir daran knüpfen, dass Tarifverträge eingehalten werden und an Kriterien der Gewerkschaften
 316 für gute Arbeit gebunden sind. Die Löhne in den unteren und mittleren Einkommensgruppen des
 317 Öffentlichen Dienstes müssen deutlich steigen.

318 DIE LINKE will gute Löhne für alle Beschäftigten – und gerechte Löhne. Wir wollen verbindliche
 319 Obergrenzen für Manager- und Vorstandsgehälter: Sie dürfen nicht mehr als das Zwanzigfache des
 320 niedrigsten Gehalts im Unternehmen betragen. Die Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der
 321 Schweiz hatten ein Verhältnis von 1 zu 12 gefordert – das ist der nächste Schritt. Jahresgehälter über
 322 einer halben Million Euro dürfen nicht mehr steuerlich abzugsfähig sein. Wir wollen Wege prüfen, wie
 323 sie in Portland (USA) gegangen werden: Dort wird für Unternehmen eine Strafsteuer erhoben, deren
 324 Löhne zu weit auseinander gehen. Wir fordern verbindliche Regeln für alle öffentlichen Unternehmen.

325 Obergrenzen für Gehälter in Unternehmen sollen dazu beitragen, die Einkommen in der Gesellschaft
 326 gerechter zu machen: Wir schlagen vor, dass niemand mehr als 40 Mal so viel verdienen sollte wie das
 327 gesellschaftliche Minimum. Das ist derzeit knapp eine halbe Million Euro im Jahr.

328 **Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit**

329 Um die Lohndiskriminierung von Frauen zu überwinden, braucht es einen grundlegenden Kurswechsel
 330 in der Arbeitsmarkt-, Sozial- und Wirtschaftspolitik. Ein verbindliches Entgeltgleichheitsgesetz und

331 Lohnmessungsinstrumente sind wichtige Schritte. DIE LINKE will darüber hinaus den
 332 Niedriglohnbereich, in dem mehrheitlich Frauen tätig sind, abschaffen. Alle Geschlechter müssen die
 333 gleichen Chancen haben, einer Erwerbsarbeit nachzugehen. Deshalb schaffen wir familiengerechte
 334 Arbeitszeiten, eine Umverteilung der Arbeit, Ausbau von Ganztagsbetreuung in Kitas und Schulen
 335 sowie von Angeboten für Menschen mit Pflegebedarf. Die gesellschaftlich unverzichtbare Arbeit mit
 336 den Menschen in Kindertagesstätten, Pflegeberufen und in der sozialen Arbeit, die immer noch
 337 mehrheitlich von Frauen geleistet wird, muss anerkannt und besser bezahlt werden! DIE LINKE wird
 338 mehr Geld in soziale Dienstleistungen investieren (vgl. S. 24). Wir beenden die Unterfinanzierung von
 339 Bildung, Gesundheitsversorgung und Pflege. Der Pflegemindestlohn muss auf 14,50 Euro erhöht und
 340 Tarifregelungen für Pflegefachkräfte müssen bundeseinheitlich für verbindlich erklärt werden (vgl.
 341 Kapitel Gute Pflege).

342 Die LINKE will die Rechte von Beschäftigten in Privathaushalten stärken. Kontrollen und
 343 arbeitsrechtliche Unterstützung müssen ausgeweitet werden.

344 Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ab dem ersten Tag muss auch für Saisonarbeiterinnen und
 345 Saisonarbeiter und für Beschäftigte gemäß Arbeitnehmerentendegesetz gelten.

346 Immer noch verdienen Beschäftigte im Osten Deutschlands weniger als im Westen. Der
 347 Niedriglohnsektor ist größer. Dem stellen wir uns entgegen. Wir unterstützen die Gewerkschaften
 348 beim Kampf um bundeseinheitliche Flächentarifverträge (vgl. Kapitel Gleichwertige Lebensverhältnisse
 349 in Ost und West).

350 **Statt digitales Prekariat – soziale Absicherung für alle Beschäftigten**

351 Digitalisierung und die Arbeit und Auftragsvergabe über »Clouds« und Plattformen schafft neue, oft
 352 entgrenzte und prekäre Beschäftigungsformen. Die Beschäftigten haben meist keine soziale
 353 Absicherung, Mitbestimmung, Tarifverträge, und sie sind nicht gewerkschaftlich organisiert. Das
 354 Arbeitsrecht findet keine Anwendung.

355 In Deutschland gibt es über zwei Millionen Solo-Selbstständige. Für viele bedeutet das ökonomische
 356 Unsicherheit. Ihnen drohen die Folgen von entgrenzter Arbeit, die auch viele Kreative trifft:
 357 unzureichende Honorare, Erschöpfung und Altersarmut. Die digitale Agenda der Bundesregierung gibt
 358 keine Antwort darauf, wie diese Prekarisierung zurückgedrängt werden kann.

- 359 • Das Arbeitsrecht und die Definitionen von »Arbeitnehmer« und »Betrieb« müssen den neuen
 360 Formen angepasst werden, um Scheinselbstständigkeit effektiver zu bekämpfen.
- 361 • Solo-Selbstständige müssen in die Arbeitslosen-, Gesundheits-, Renten- und
 362 Pflegeversicherung einbezogen werden. Die Beitragssätze müssen sich am realen monatlichen
 363 Einkommen orientieren und dürfen nicht dazu führen, dass Solo-Selbstständige ergänzend
 364 Mindestsicherung in Anspruch nehmen müssen.
- 365 • Bei Crowdwork-Plattformen müssen sowohl die Betreiber als auch die Auftraggeber an der
 366 Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme paritätisch beteiligt werden.
- 367 • Wir schaffen branchenspezifische Mindesthonorarregelungen, die bundesweit gelten. Damit
 368 wollen wir einem ruinösen Preiswettbewerb entgegen wirken. Die Öffentliche Hand muss eine
 369 Vorreiterrolle einnehmen mit einer Mindesthonorarordnung bei öffentlich finanzierten
 370 Aufträgen.

371 DIE LINKE verteidigt die Schutzrechte und demokratische Mitbestimmung der Beschäftigten
 372 gemeinsam mit den Gewerkschaften. Wir wollen sie so ausweiten, dass Crowd- und Cloudworking
 373 reguliert werden und gute Arbeit auch in der Cloud möglich wird. Arbeitsschutzrechte müssen
 374 umfassend gelten und nach Empfehlungen einer Kommission aus Gewerkschaften, Expertinnen und
 375 Experten aus Arbeitsrecht und Arbeitsmedizin auf diese Herausforderungen hin überarbeitet werden.

376 Die Digitalisierung führt dazu, dass sich die Anforderungen an die Arbeit und Qualifikation der
 377 Menschen verändern. Von den Beschäftigten wird erwartet, dass sie sich lebenslang weiterbilden, um
 378 mit den technischen Veränderungen Schritt zu halten. Bislang werden die Menschen mit dieser
 379 Anforderung im Stich gelassen. DIE LINKE will ein umfassendes Recht auf Weiterbildung. Die

380 Qualifizierung der Beschäftigten ist eine gesellschaftliche Aufgabe, die nicht auf die Einzelnen
381 abgewälzt werden darf.

- 382 • Bei der betrieblichen Weiterbildung dürfen Arbeitgeber nicht aus der Verantwortung entlassen
383 werden. Fortbildungsmaßnahmen, die im Interesse der Unternehmen sind, müssen auch von
384 diesen finanziert werden. Alle Beschäftigten müssen zum Zwecke der Weiterbildung einen
385 Rechtsanspruch erhalten, ihre Arbeitszeit zeitweise zu reduzieren oder zeitlich begrenzt ganz
386 aussetzen zu können. Wo Unternehmen Regelungen verweigern, muss eine gesetzliche
387 Verpflichtung greifen: Der Arbeitgeber muss während der Bildungsteilzeit einen teilweisen
388 Lohnausgleich von mindestens 70 Prozent des Nettogehalts und Sozialversicherungsbeiträge
389 zahlen. Der Staat muss Bildungsteilzeit von Beschäftigten durch eine stärkere
390 Berücksichtigung bei den Rentenansprüchen und der Höhe von Ansprüchen auf ALG-I
391 unterstützen. Für Geringverdienende (mit Einkommen von 70 Prozent und weniger des
392 Durchschnittslohns einer Branche) muss ein vollständiger Lohnausgleich durch staatliche
393 Zuschüsse garantiert werden.
- 394 • Damit sich alle Unternehmen gleichermaßen an der Finanzierung beruflicher Weiterbildung
395 beteiligen, schlägt DIE LINKE einen Weiterbildungsfonds vor, in den alle Unternehmen einer
396 Branche einzahlen.

397 **Dauerstress stoppen! Mehr Zeit zum Leben**

398 Die Arbeitgeberverbände versuchen, unter dem Deckmantel der Digitalisierung eine umfangreiche
399 Deregulierung von Standards und Arbeitszeiten durchzusetzen: immer und überall erreichbar sein,
400 Überstunden und Arbeit auf Abruf, am Wochenende und nachts. Diese Vision einer hochflexiblen
401 Arbeitswelt richtet sich gegen die Interessen der Beschäftigten nach planbarer, begrenzter und
402 selbstbestimmter Arbeit. Dem halten wir entgegen: Flexibilität im Arbeitsleben muss sich nach den
403 Bedürfnissen der Beschäftigten richten. Die Beschäftigten müssen mehr Einfluss auf die Gestaltung
404 ihrer Arbeit und Arbeitszeit haben.

405 In den vergangenen Jahren haben Burn-Out und psychische Erkrankungen infolge von Dauerstress und
406 belastenden Arbeits- und Lebensbedingungen dramatisch zugenommen. Es wird Personal gespart und
407 der Leistungsdruck wird erhöht. In vielen Berufen – ob in der Pflege, in der Kita oder auf dem Bau –
408 schaffen es die Beschäftigten auf Grund der hohen Belastung nicht bis zur Rente. Arbeit darf nicht
409 krank machen. Sie muss so geregelt werden, dass die Gesundheit ein ganzes Arbeitsleben über
410 erhalten wird.

411 Home Office oder E-Mails in der Freizeit und am Wochenende abzurufen, führen oft zu Überstunden
412 ohne Freizeit- oder Lohnausgleich. Wir wollen einen Rechtsanspruch für Beschäftigte auf mobiles
413 Arbeiten und Home-Office schaffen, aber nur mit verbindlichem tarifvertraglichem Schutz vor
414 Überlastung und Stress. Rund-um-die-Uhr-Erreichbarkeit führt dazu, dass niemals Feierabend ist. Das
415 ist nicht nur für Menschen mit Kindern eine enorme Belastung.

416 DIE LINKE setzt sich für Gesetzesveränderungen ein, die zu mehr Zeitsouveränität für die Einzelnen
417 und Schutz gegen Dauerstress und Überlastung führen:

- 418 • Eine **Anti-Stress-Verordnung**, wie sie auch von Gewerkschaften gefordert wird. Zudem
419 braucht es ein **individuelles Veto-Recht gegen Überlastung**. Betriebs- und Personalräte
420 müssen umfassende Mitbestimmungsrechte bei Personaleinsatz, Zielvorgaben und
421 Arbeitsplanung erhalten.
- 422 • Es gibt ein Recht auf Feierabend. **Die gesetzliche Wochenhöchst Arbeitszeit muss auf 40**
423 **Stunden** reduziert werden. Ausnahmen müssen strikt begrenzt und stärkere Kontrollen durch
424 Arbeitnehmervertretungen müssen gesetzlich vorgeschrieben werden.
- 425 • Jedes Jahr leisten die Beschäftigten Millionen Überstunden ohne Bezahlung. Dieser Lohnraub
426 muss sofort beendet werden. Arbeitgeber müssen verpflichtet werden, Arbeitszeiten
427 vollständig zu erfassen und mit Zuschlägen oder Freizeitausgleich abzugelten. Wir wollen das
428 Recht auf Nichterreichbarkeit außerhalb der Arbeitszeit sowie eine Begrenzung und den
429 zeitnahen Ausgleich von Mehrarbeit gesetzlich verankern. Dienstreisen und in der Freizeit

430 erbrachte Arbeitsleistungen müssen vollständig als Arbeitszeit angerechnet werden. Arbeit auf
 431 Abruf wollen wir verbieten. Ausnahmen von der gesetzlich zulässigen Tageshöchstleistungszeit
 432 und erforderlichen Ruhezeiten lehnen wir ab. Nacht-, Schicht- und Wochenendarbeit müssen
 433 strenger reguliert und auf ein unvermeidbares Maß zurückgeführt werden: z.B. auf maximal
 434 drei Nachtschichten nacheinander.

- 435 • Wir unterstützen Initiativen von Gewerkschaften und Betriebsräten, atypische und besonders
 436 belastende Arbeitszeiten durch zusätzliche Freizeit auszugleichen.
- 437 • Wir wollen den betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutz verbessern. Dazu gehört eine
 438 Arbeitsschutzverordnung zu psychischen Gefährdungen am Arbeitsplatz und wir wollen das
 439 Jugendarbeitsschutzgesetz verbessern. Es muss stärker kontrolliert werden, dass die
 440 Arbeitszeiten eingehalten werden und der Arbeitsschutz umgesetzt wird. Die zuständige
 441 Gewerbeaufsicht und andere Aufsichtsbehörden müssen mehr Personal erhalten.

442 Ein neues Normalarbeitsverhältnis bedeutet nicht, dass alle ein Leben lang Vollzeit in einem Betrieb
 443 arbeiten, sondern **kürzere Arbeitszeiten und eine gerechte Verteilung der gesellschaftlich**
 444 **notwendigen Arbeit**, auch zwischen den Geschlechtern. Die Arbeit muss zum Leben passen und
 445 nicht das Leben um die Arbeit kreisen!

- 446 • Wir wollen ein Recht auf vorübergehende Arbeitszeitverkürzung: Der bestehende
 447 Rechtsanspruch auf Teilzeit (verankert im Teilzeit- und Befristungsgesetz) muss durch ein
 448 Rückkehrrecht auf die vorherige vertragliche Arbeitszeit ergänzt werden.
- 449 • Erziehungsarbeit und Pflegearbeit müssen gesellschaftlich anerkannt und bei der
 450 Arbeitszeitgestaltung stärker berücksichtigt werden. Es braucht einen Rechtsanspruch auf
 451 familiengerechte und kürzere Arbeitszeiten für alle, die Verantwortung in Erziehung und Pflege
 452 übernehmen (vgl. Kapitel Familien unterstützen). Alle Beschäftigten müssen eine durch den
 453 Arbeitgeber bezahlte Pflegezeit von bis zu sechs Wochen nehmen können, um eine neue
 454 Pflegesituation von Angehörigen organisieren zu können (vgl. Kapitel Linker Feminismus).
- 455 • Sabbatjahre für alle: Beschäftigte sollen zweimal in ihrem Berufsleben die Möglichkeit haben,
 456 für ein Jahr auszusteigen (Sabbatjahr). Damit verbunden ist ein Rückkehrrecht auf den
 457 gleichen oder einen gleichwertigen Arbeitsplatz. Die Sabbatzeiten können auch als kleinere
 458 Auszeiten von drei bis sechs Monaten genommen werden.

459 Schon heute sind über drei Millionen Erwerbslose von der Erwerbsarbeit ausgeschlossen. Viele
 460 Teilzeitbeschäftigte wünschen sich, mehr Stunden arbeiten zu können. Gleichzeitig haben Beschäftigte
 461 2015 insgesamt 1,8 Milliarden Überstunden geleistet, davon fast eine Milliarde unbezahlt! Wenn die
 462 Arbeit gerechter verteilt wäre, könnten statt Überstunden und Dauerstress über eine Million
 463 Arbeitsplätze in kurzer Vollzeit von 30 bis 35 Stunden geschaffen werden. Die gestiegene Produktivität
 464 der Arbeit macht es möglich: Wohlstand und mehr Zeit für alle statt hohe Profite für eine Minderheit
 465 von Kapitaleigentümern. Durch eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung kann das Versprechen der
 466 Digitalisierung, selbstbestimmter zu arbeiten und zu leben, für alle Wirklichkeit werden. So kann die
 467 Massenerwerbslosigkeit auch unter Bedingungen der Digitalisierung wirksam bekämpft und die Arbeit,
 468 auch zwischen den Geschlechtern, gerecht verteilt werden.

469 DIE LINKE will gemeinsam mit Erwerbslosen, Beschäftigten und ihren Gewerkschaften einen
 470 grundlegenden Wandel in der Arbeitswelt durchsetzen: gute Arbeit für alle, aber weniger Arbeit für die
 471 Einzelnen. Arbeit umverteilen, statt Dauerstress und Erwerbslosigkeit.

472 Unser Ziel ist klar: Sechs Stunden Arbeit pro Tag im Schnitt sind genug! Im 20. Jahrhundert war der
 473 Acht-Stunden-Tag ein Erfolg der Kämpfe der Bewegung der Arbeiterinnen und Arbeiter. Im 21.
 474 Jahrhundert brauchen wir eine flexiblere und kürzere Normalarbeitszeit, eine kurze Vollzeit, die um die
 475 30-Stunden-Woche kreist. DIE LINKE kämpft für Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und
 476 notwendigem Personalausgleich. Wir unterstützen Gewerkschaften und Initiativen beim Kampf um
 477 kürzere Arbeitszeiten und mehr Zeitsouveränität. Damit Arbeitszeitverkürzung nicht zu
 478 Arbeitsverdichtung führt, braucht es verbindliche Mitbestimmungsrechte bei der Arbeitsorganisation
 479 und Personalbemessung. Betriebs- und Personalräte müssen ein erzwingbares Mitbestimmungs- und

480 Vetorecht bei der Arbeitsmenge, Arbeitsorganisation und Personalbemessung (Personal- und
481 Stellenplänen) erhalten.

482 **Gewerkschaften stärken, Mitbestimmung ausweiten**

483 Die demokratische Mitbestimmung der Beschäftigten wird ausgehöhlt und angegriffen. Immer mehr
484 Unternehmen versuchen Betriebsratsgründungen und gewerkschaftliche Organisation mit zum Teil
485 kriminellen Methoden zu verhindern. Wer sich nur für Höchstrenditen interessiert, fühlt sich von
486 wirklicher Mitbestimmung der Beschäftigten gestört. Für uns jedoch ist klar: Gute Arbeit gibt es nur,
487 wenn es umfassende demokratische Mitbestimmung gibt.

488 Starke Gewerkschaften und Streiks sind unerlässlich, um Arbeits- und Lebensbedingungen von
489 Beschäftigten zu verbessern.

- 490 • Die Gewerkschaften müssen ein umfassendes Verbandsklagerecht zur Einhaltung von
491 Tarifverträgen und gesetzlichen Bestimmungen erhalten. Sie müssen auch das Recht zu
492 Kollektivbeschwerden nach dem Protokoll der Europäischen Sozialcharta bekommen.
- 493 • DIE LINKE verteidigt das in der Verfassung verankerte Streikrecht. Daher fordern wir die
494 Rücknahme des Tarifeinheitsgesetzes, das mit einer Einschränkung des Streikrechts
495 verbunden ist. Das im Grundgesetz verankerte Streikrecht muss ausgeweitet werden:
496 Solidaritätsstreiks mit Beschäftigten anderer Betriebe und Branchen und politische Streiks zur
497 Durchsetzung sozialer Verbesserungen und zur Verteidigung von Demokratie und Frieden
498 müssen ins Streikrecht eingeschlossen werden. Der Antistreikparagraph § 160 SGB III
499 begünstigt die ohnehin stärkere Seite, die Arbeitgeber, und muss daher abgeschafft werden.
- 500 • Das Streikrecht und die betrieblichen Mitbestimmungsrechte müssen auch für die
501 Beschäftigten in Kirche, Diakonie und Caritas uneingeschränkt gelten: Der § 118 des
502 Betriebsverfassungsgesetzes mit Ausnahmen für Religionsgemeinschaften und
503 Tendenzbetriebe muss gestrichen werden. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz muss
504 auch in kirchlichen Einrichtungen Anwendung finden. Das Arbeitsrecht muss sicherstellen,
505 dass ein aus der Sicht der Kirchen »fehlendes privates Wohlverhalten« nicht zur Grundlage von
506 Kündigungen in kirchlichen Einrichtungen und Betrieben gemacht werden darf.
- 507 • Die weißen Flecken auf der Landkarte der betrieblichen Mitbestimmung – Betriebe ohne
508 Mitbestimmung oder gewerkschaftliche Vertretung – müssen beseitigt werden. Die LINKE
509 setzt sich dafür ein, die Wahl von Betriebsräten zu erleichtern: das vereinfachte Wahlverfahren
510 wird für alle Unternehmen verbindlich. Alle Betriebe mit mehr als fünf Beschäftigten, die
511 keinen Betriebsrat haben, müssen jährliche Mitarbeiterversammlungen durchführen, auf
512 denen Gewerkschaften über das Betriebsverfassungsgesetz informieren. Der
513 Kündigungsschutz muss auf alle Organe der Betriebsverfassung ausgeweitet und ab dem
514 Zeitpunkt der Bewerbung für eine Betriebsratswahl von 12 auf 24 Monate verlängert werden.
515 Für Beschäftigte im öffentlichen Dienst müssen die gleichen Mitbestimmungsrechte gelten.

516 Wer die Bildung eines Betriebsrats oder dessen Arbeit behindert, macht sich strafbar. Aber nur in
517 seltenen Fällen kommt es zur Anklage. Um effektiv gegen solche Behinderung von Gewerkschaften
518 und Betriebsräten (Union-Busting und Betriebsräte-Bashing) vorgehen zu können, muss die
519 Straffverfolgung bei Verstößen gegen das Betriebsverfassungsgesetz verbessert werden.

- 520 • Wir wollen schärfere Sanktionen gegen Arbeitgeber und Anwaltskanzleien, die sich auf
521 Verhinderung von gewerkschaftlicher Organisation spezialisiert haben.
- 522 • Die Bußgelder müssen erhöht werden und sich an der wirtschaftlichen Stärke des
523 Unternehmens orientieren. Verstöße gegen die Betriebsverfassung sind eine Straftat, die mit
524 Freiheitsstrafen belegt werden muss. Wirksame Mitbestimmung braucht starke Betriebsräte,
525 die nicht durch das Management erpressbar sind. Die Verpflichtung der Betriebsräte auf die
526 Wahrung des Betriebsfriedens im Betriebsverfassungsgesetz wollen wir deshalb abschaffen.
527 Wir wollen zwingende Mitbestimmungs- und Vetorechte der Beschäftigten und ihrer
528 Betriebsräte auf alle wirtschaftlichen Fragen. Das gilt besonders für Betriebsänderungen,
529 Standortänderungen und Entlassungen sowie die Gestaltung der Tätigkeiten und der

530 Arbeitsbedingungen.

531 Viele Beschäftigte machen die Erfahrung, dass kreative Ideen und die Stimme der Belegschaft
532 gegenüber den Vorgesetzten oder dem Management kaum zählen. Die Beschäftigten sind aber
533 Expertinnen und Experten bei der Gestaltung der Arbeit. Deshalb wollen wir die Mitgestaltungsrechte
534 jedes und jeder Beschäftigten durch mehr direkte Demokratie im Betrieb stärken.

535 • Belegschaften müssen einmal im Monat zwei Stunden Beratungszeit während der Arbeitszeit
536 erhalten, um sich über Fragen zur Arbeitsgestaltung und Arbeitszeit austauschen und
537 Initiativen zur Mitbestimmung entwickeln zu können.

538 II. Gute Renten für alle!

539 Die gesetzliche Rente muss den Lebensstandard im Alter wieder sichern und wirksam vor Armut
540 schützen. Das sind die Grundpfeiler unserer Rentenpolitik. In einem der reichsten Länder der Welt
541 muss das selbstverständlich sein.

542 Wir wollen eine Umkehr in der Rentenpolitik: Mit den Renten»reformen« von SPD und Grünen wurde
543 dafür gesorgt, dass die Unternehmen deutlich weniger in die Rentenkasse einzahlen als die
544 Beschäftigten. Die Folge: Das Niveau der gesetzlichen Rente befindet sich im Sinkflug. Von einst rund
545 53 Prozent im Jahr 2000 wird es auf 41,7 Prozent im Jahr 2045 fallen. Altersarmut bedroht viele
546 Rentnerinnen und Rentner. Durch die Rente erst ab 67 können wir erst später ohne Abschläge in
547 Rente gehen. Die meisten werden früher in Rente gehen: Damit wird ihre Rente noch mal drastisch
548 gekürzt!

549 Die staatlich geförderte Riesterrente ist gescheitert. Sie kann die in die gesetzliche Rente gerissenen
550 Lücken nicht schließen. Es werden Milliarden an Subventionen verpulvert, die in den Kassen der
551 Versicherungskonzerne statt in den Portemonnaies der Rentnerinnen und Rentner landen. Und
552 Millionen Menschen mit normalen und niedrigen Einkommen können nicht privat vorsorgen. Jahr für
553 Jahr sind immer mehr Rentnerinnen und Rentner von Altersarmut und sozialem Abstieg betroffen.
554 Derzeit leben 2,7 Millionen Menschen nach ihrem 65. Geburtstag in Armut oder sind von Armut
555 bedroht. Das muss dringend geändert werden!

556 Wir wollen diese Entwicklung umkehren! Es reicht nicht, nur die weitere Absenkung zu stoppen. Das
557 Rentenniveau von 53 Prozent muss sofort wieder hergestellt werden. Das bedeutet: 122 Euro netto
558 mehr im Monat für einen »Standardrentner«.

559 Niemand darf im Alter arm sein – egal ob nach einem Leben in Erwerbsarbeit, durch
560 Berufsunfähigkeit, Zeiten von Arbeitslosigkeit oder Kindererziehung. Niemand darf gezwungen sein, zum
561 Überleben Pfandflaschen zu sammeln. Wir wollen eine Solidarische Mindestrente von 1.050 Euro
562 netto im Monat – darunter droht Armut. Die Solidarische Mindestrente ist einkommens- und
563 vermögensgeprüft, sie wird bei Bedarf gezahlt. Unser Nachbarland Österreich zeigt: Ein gesetzliches
564 Rentensystem kann vor Armut schützen und zugleich finanzierbar sein. Statt einen Teil der
565 Alterssicherung vom Kapitalmarkt abhängig zu machen, wurde in Österreich das gesetzliche
566 Rentensystem zu einer Erwerbstätigenversicherung ausgebaut, in die auch Politikerinnen und Politiker
567 und Beamte und Beamtinnen einzahlen. Die Altersrenten sind deutlich höher als bei uns. Auch in
568 Österreich sind die hohen Renten der Wirtschaft und den Arbeitgebern ein Dorn im Auge. Doch das
569 bisherige Modell zeigt: Eine umlagefinanzierte gesetzliche Rentenversicherung ist finanzierbar, sie
570 sichert den Lebensstandard und sie schützt vor Altersarmut. Und das spätestens ab 65 Jahren!

571 Die Bundesregierung rechnet aktuell damit, dass der Beitragssatz bis 2030 auf 22 Prozent ansteigen
572 wird und erwartet von den Beschäftigten, dass sie zusätzlich vier Prozent ihres Lohnes in Riester und
573 3,2 Prozent in die betriebliche Altersversorgung oder die betriebliche Altersvorsorge stecken. Beiträge
574 zur gesetzlichen Rentenversicherung müssen paritätisch von den Beschäftigten und den Unternehmen
575 bzw. Auftraggebern finanziert werden. Das gilt für alle Erwerbstätigen. Die Beitragshöhe darf sich
576 nicht nach der Zahlungswilligkeit der Unternehmen richten!

577 Erwerbslosigkeit, Niedriglöhne und prekäre Beschäftigung sind Gift für gute Rentenansprüche im Alter.
578 Das erschwert es vor allem Frauen, sich eine eigenständige Alterssicherung aufzubauen. Auch für sie
579 muss gelten: von guter Arbeit zu guter Rente!

580 • Wir wollen das **Rentenniveau anheben**: Das Sicherungsniveau der gesetzlichen Rente muss
581 wieder auf 53 Prozent erhöht werden, damit die Renten für alle spürbar steigen. Ein
582 Rentenniveau von 53 Prozent kostet Beschäftigte und Arbeitgeber bei einem
583 durchschnittlichen Verdienst von 3.022 Euro nur je 33 Euro mehr im Monat. Die vier Prozent
584 Beitrag von 108 Euro (nach Zulagen) für eine Riesterrente könnten dafür entfallen.
585 Durchschnittsverdienende hätten also 75 Euro mehr in der Tasche.

- 586 • **Solidarausgleich für Niedriglohn:** Zeiten niedriger Löhne wollen wir ausgleichen. Die »Rente
587 nach Mindestentgeltpunkten« wollen wir auch für Zeiten nach 1992 einführen.
588 Vollzeiterwerbstätige mit zwölf Euro Stundenlohn und mehr erhalten in der Regel eine Rente von
589 mehr als 1.050 Euro. Eine Einzelhandelskauffrau mit einem Verdienst von 1.940 Euro brutto
590 hätte dadurch monatlich gut 270 Euro mehr Rente. Von dieser Rente würden vor allem Frauen
591 und Ostdeutsche profitieren!
- 592 • Ausbildungszeiten müssen rentenrechtlich besser anerkannt werden und zu höheren Renten
593 führen.
- 594 • Zeiten der Erwerbslosigkeit, der Kindererziehung und Pflege müssen besser abgesichert
595 werden, damit sie nicht zu Armutsrenten führen.
- 596 • Für jedes Kind wollen wir drei Entgeltunkte – das sind zurzeit über 90 Euro sogenannter
597 »Mütterrente« – auf dem Rentenkonto gutschreiben. Egal, ob ein Kind 1960 oder 2010, in Ost
598 oder West geboren wurde. Diese Verbesserung muss als gesamtgesellschaftliche Aufgabe aus
599 Steuern finanziert werden.
- 600 • Wir wollen eine Erwerbstätigenversicherung: Für alle Erwerbseinkommen müssen Beiträge in
601 die gesetzliche Rentenversicherung gezahlt werden. Auch Politikerinnen und Politiker,
602 Selbstständige, Freiberuflerinnen und Freiberufler, Beamte und Beamtinnen und Manager und
603 Managerinnen sollen Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen. Für
604 Langzeiterwerbslose müssen endlich wieder Beiträge in die Rentenkasse eingezahlt werden.
- 605 • Die Beitragsbemessungsgrenze wollen wir vereinheitlichen, dann in mehreren Schritten
606 drastisch anheben und schließlich aufheben. Wer ein Gehalt von 10.000 Euro und mehr im
607 Monat hat, muss auch für 10.000 Euro und mehr Beiträge zahlen. Die Höhe der
608 Rentenansprüche über dem Doppelten des Durchschnittes soll abgeflacht werden.
- 609 • Die Riester-Rente wollen wir in die gesetzliche Rente überführen: Individuell erworbene
610 Rentenansprüche können auf das persönliche Rentenkonto bei der Rentenversicherung
611 übertragen werden. Die staatlichen Subventionen von über drei Milliarden Euro jährlich
612 werden wir abschließen und die Zuschüsse an die Gesetzliche Rentenversicherung
613 entsprechend erhöhen. Außerdem soll es Versicherten und ihren Arbeitgebern und
614 Arbeitgeberinnen erleichtert werden, freiwillig zusätzliche Beiträge in die gesetzliche
615 Rentenversicherung einzuzahlen.
- 616 • Die Beschäftigten dürfen nicht den Risiken auf dem Kapitalmarkt ausgesetzt werden: Wir
617 lehnen es ab, die Arbeitgeber im Rahmen kapitalgedeckter betrieblicher Altersvorsorge und
618 sogenannter »Zielrenten« aus der Haftung zu entlassen. Das gilt auch für den Verzicht auf
619 Rentengarantien zugunsten einer reinen Beitragszusage.
- 620 • DIE LINKE ist für eine betriebliche Altersversorgung, die überwiegend von den
621 Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern finanziert wird. Der Ausbau der überwiegend von den
622 Beschäftigten finanzierten betrieblichen Altersvorsorge – vor allem durch Entgeltumwandlung
623 – darf nicht als Alibi für ein weiter sinkendes Rentenniveau missbraucht werden. Wir werden
624 die Doppelverbeitragung mit Krankenversicherungsbeiträgen bei betrieblicher Altersvorsorge
625 sofort beenden. Betriebsrenten dürfen nicht frei von Sozialabgaben sein. So werden die
626 Finanzen der gesetzlichen Rentenversicherung geschwächt und die Rentenansprüche aller
627 Versicherten – egal ob sie über den Betrieb vorsorgen oder nicht – sinken. Ungleichheit wird
628 so verschärft.
- 629 • Die Rente erst ab 67 muss zurückgenommen werden. Forderungen nach einem Renteneintritt
630 erst ab 69, 70, 71 oder 73 sind unrealistisch und unverantwortlich. Arbeiten bis zum Umfallen
631 ist unwürdig und weder gesellschaftlich noch sozialpolitisch akzeptabel. Jede und jeder muss
632 wieder spätestens ab 65 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen dürfen. Das ist finanzierbar.
633 Wenn Menschen mindestens 40 Jahre Beiträge gezahlt haben, sollen sie bereits ab 60 Jahren
634 abschlagsfrei in Rente gehen können.
- 635 • Wer durch die Arbeit krank wird, darf nicht noch niedrige Renten zu fürchten haben: Der
636 Zugang zu den Erwerbsminderungsrenten muss erleichtert werden. Die Abschläge wollen wir
637 streichen. Die Zurechnungszeit (die Zeit, die »hinzugerechnet« wird, weil der oder die

- 638 Versicherte wegen der Erwerbsminderung nicht einzahlen konnte) wollen wir von 62 auf 65
639 Jahre anheben.
- 640 • Wir wollen die Benachteiligung der ostdeutschen Rentnerinnen und Rentner endlich beenden.
641 Wir fordern eine zügige Angleichung an das Westniveau (vgl. Kapitel Gerechtigkeit für die
642 Menschen in Ostdeutschland).
- 643 Solidarische Mindestrente: Wer bereits heute auf lange Phasen mit schlechten Löhnen,
644 Erwerbslosigkeit oder Krankheit zurückblicken muss, hat Anspruch auf ein würdevolles Leben im Alter.
645 Kein Mensch soll im Alter von einem Einkommen unterhalb der Armutsgrenze leben müssen. Die
646 Solidarische Mindestrente soll deshalb an alle Menschen im Rentenalter als Zuschlag – oder im
647 Einzelfall auch als Vollbetrag – von der Rentenversicherung gezahlt werden, die weniger als 1.050 Euro
648 Nettoeinkommen im Alter haben. Die solidarische Mindestrente ist einkommens- und
649 vermögensgeprüft und wird aus Steuern finanziert. Wir werden mit deutlich höheren
650 Vermögensfreibeträgen sicherstellen, dass soziale Härten vermieden und normales, selbstgenutztes
651 Wohneigentum unangetastet bleibt. Unser Ziel lautet: Niemand soll im Alter von weniger als 1.050
652 Euro leben müssen.

653 III. Soziale Sicherheit statt Hartz IV, Armut und Schikane

654 Seit Jahren gibt es eine verfestigte Erwerbslosigkeit in Deutschland: zwischen drei und zehn Prozent in
655 den verschiedenen Regionen. Die Regierung spricht von Aufschwung. Aber die Arbeitslosenstatistik ist
656 schön gerechnet. Viele Menschen werden in sinnlosen Maßnahmen geparkt oder nicht mitgezählt.
657 Andere sind trotz Arbeit arm und müssen aufstocken.

658 Wer jahrelang in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt hat, ist trotzdem von Hartz IV und Armut
659 bedroht. Lang erworbene Ansprüche werden vernichtet. Die Angst vor dem sozialen Absturz soll
660 Menschen drängen, auch schlechte oder schlecht bezahlte Arbeit anzunehmen. Wer sich wehrt, ist
661 von Sanktionen und Kürzungen bedroht. Wer länger als ein Jahr erwerbslos ist, findet seltener eine
662 neue Arbeit. Den Einzelnen wird in die Schuhe geschoben, was ein gesellschaftliches Problem ist. Sie
663 werden bedrängt und diskriminiert. Das Hartz IV- System ist gescheitert und muss abgeschafft werden!

664 Wir wollen die Ursachen der Erwerbslosigkeit bekämpfen, soziale Sicherheit garantieren und Armut
665 beseitigen. Dazu müssen 1. zusätzliche, gut bezahlte und tariflich abgesicherte Arbeitsplätze
666 geschaffen werden - statt Minijobs und unfreiwilliger Teilzeitarbeit. 2. Wer erwerbslos ist, darf nicht in
667 Armut gedrängt werden. Weg mit Hartz IV! Und wir wollen 3. einen öffentlichen Beschäftigungssektor
668 für Menschen schaffen, die derzeit keiner regulären Beschäftigung nachgehen können. Das sind drei
669 Voraussetzungen für ein sozial sicheres Leben und Arbeiten.

670 Eine gerechte Versicherung gegen Erwerbslosigkeit

671 Wir wollen eine Versicherung gegen Erwerbslosigkeit, mit der der zuvor erreichte Lebensstandard
672 annähernd gesichert werden kann. In die Versicherung zahlen Beschäftigte und Arbeitgeber ein.

- 673 • Wir wollen, dass das Arbeitslosengeld I länger gezahlt wird und Ansprüche darauf schneller
674 erworben werden. Bei Bedarf wird Arbeitslosengeld I steuerfinanziert auf Höhe der
675 Mindestsicherung aufgestockt.
- 676 • Sperrzeiten im SGB III und Sanktionen im SGB II werden ausnahmslos abgeschafft. Zuvor
677 erarbeitete Ansprüche dürfen nicht verworfen werden.
- 678 • Arbeitsangebote an Erwerbslose müssen deren Qualifikationen angemessen sein und den
679 beruflichen Werdegang und ihre Weiterbildungsinteressen berücksichtigen.
- 680 • Wir wollen ein Recht auf Arbeit und ein Recht, auch eine konkrete Arbeit abzulehnen: Niemand
681 darf gezwungen werden, gegen seine oder ihre Überzeugung eine Erwerbsarbeit anzunehmen.
- 682 • Alle Erwerbslosen sollen einen Anspruch auf Förderung und Weiterbildung haben. Das gilt
683 unabhängig davon, wie lange sie erwerbslos sind.

684 Gute Arbeit und öffentliche Beschäftigung schaffen

685 Wir wollen eine Arbeitsmarktpolitik, die mehr gute Arbeitsplätze schafft. Wir wollen die öffentliche
686 Daseinsvorsorge stärken und mehr Personal in Bildung, Erziehung, Gesundheit und Pflege schaffen.
687 Dazu legen wir ein Programm für Investitionen in die Zukunft auf.

- 688 • Wir wollen den Schutz der Arbeitsplätze stärken: Massenentlassungen bei profitablen
689 Unternehmen wollen wir verbieten. Der Kündigungsschutz wird gestärkt.

An Z. 689 „...wird gestärkt.“ wird angefügt: „Das Kündigungsschutzgesetz gilt für alle Betriebe mit mehr als fünf Beschäftigten. Der Betriebsrat hat bei Kündigungen nicht nur ein Beteiligungs-, sondern ein Vetorecht.“

- 690 • Die Mittel für Bildung und Qualifizierung von Erwerbslosen wollen wir erhöhen. Sie sollen einen
691 Rechtsanspruch auf Beratung und Weiterqualifizierung haben. Freiwilligkeit, Interessen und
692 Fähigkeiten müssen bei der Vermittlung im Vordergrund stehen, statt Erwerbslose in sinnlose
693 Schulungsmaßnahmen zu zwingen.
- 694 • Wir wollen neue Perspektiven für Menschen, die derzeit keiner regulären Beschäftigung
695 nachgehen können. Dafür schaffen wir einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor mit
696 zusätzlichen, existenzsichernden und tariflich abgesicherten Arbeitsplätzen. Sie sollen
697 Stadtteilzentren, Initiativen und kulturelle Projekte stärken. Sie müssen sich an den regionalen
698 Gegebenheiten und den Bedürfnissen der Erwerbslosen ausrichten. Die Entlohnung darf den
699 Mindestlohn und einen Bruttolohn von monatlich mindestens 1.500 Euro (Vollzeit) nicht
700 unterschreiten.

- 701 • Die Beschäftigten haben einen Rechtsanspruch auf mindestens 18 Stunden die Woche. Die
702 Angebote sind für die Erwerbslosen freiwillig.

703 **Mindestsicherung ohne Sanktionen statt Hartz IV**

704 Hartz IV bedeutet Armut per Gesetz. Statt auf Gängelung im Jobcenter und Kürzungen des
705 Existenzminimums, setzt DIE LINKE auf die Sicherung der sozialen Garantien des Lebens.

- 706 • Wir unterstützen die Forderungen von DGB, Sozial- und Wohlfahrtsverbänden sowie
707 Erwerbslosengruppen, die sich im Bündnis für ein menschenwürdiges Existenzminimum
708 zusammengeschlossen haben, und verlangen kurzfristig eine Neuermittlung der Regelbedarfe.
709 Ohne Tricks gerechnet ergibt sich aktuell ein Regelsatz für eine Person von mindestens 560
710 Euro. Diese sofortige Erhöhung hat DIE LINKE im Bundestag beantragt und wir unterstützen
711 auch weiter Verbände wie die Diakonie in dieser Forderung.

712 Wir kämpfen um jede Verbesserung für Menschen, die Sozialleistungen beziehen. Aber wir sagen
713 deutlich: Bei Hartz IV reichen kleine Korrekturen nicht. Wir kämpfen für Freiheit von Armut und von
714 Sanktionen. Das Existenzminimum darf nicht gekürzt werden!

- 715 • Deshalb wollen wir das Hartz IV-System abschaffen. Stattdessen wollen wir gute Arbeit, eine
716 bessere Erwerbslosenversicherung und eine bedarfsgerechte individuelle Mindestsicherung
717 ohne Sanktionen und Kürzungen. Die Höhe muss derzeit 1.050 Euro betragen. Sie gilt für
718 Erwerbslose, aufstockende Erwerbstätige, Langzeiterwerbslose und Erwerbsunfähige ohne
719 hinreichende Einkommen oder Vermögen.
- 720 • Wir wollen, dass die Leistungen der sanktionsfreien Mindestsicherung jährlich entsprechend
721 der Lebenshaltungskosten angehoben werden. Einmal in der Legislaturperiode wird das
722 Mindesteinkommen anhand der Armutsrisikogrenze und anhand eines Warenkorb überprüf-
723 t.
- 724 • Das Prinzip der Bedarfs- und Einsatzgemeinschaften wollen wir abschaffen. Wir ersetzen es
725 durch individuelle Ansprüche (Individualprinzip) unter Berücksichtigung der gesetzlichen
726 Unterhaltspflichten.
- 727 • Kürzungen, Leistungseinschränkungen oder Sperrzeiten, egal mit welcher Begründung, lehnt
DIE LINKE ab.

728 Diese Mindestsicherung sichert sowohl erwerbsfähige als auch nicht erwerbsfähige Erwachsene, z.B.
729 Erwerbsminderungsrentnerinnen und -rentner. Zusätzlich fordern wir:

- 730 • Sonderbedarfe, z.B. für chronisch Kranke oder Menschen mit Behinderungen, werden im
731 Rahmen der Solidarischen Gesundheitsversicherung bzw. des Bundesteilhabegesetzes
732 gewährt.
- 733 • Bei Bedarf wird zusätzlich ein Wohngeld (Bruttowarmmiete) gezahlt.
- 734 • Wir setzen uns für eine Mindestsicherung für alle dauerhaft in Deutschland lebenden
735 Menschen ein. Das Asylbewerberleistungsgesetz wird abgeschafft. Asylbewerberinnen und
736 Asylbewerber und hier lebende EU-Bürgerinnen und -Bürger werden in die Mindestsicherung
737 einbezogen.
- 738 • Damit auch Menschen mit geringen Einkommen rechtlicher Beistand ermöglicht wird, fordern
739 wir den Ausbau der Prozesskosten- und Beratungshilfe. Zudem setzen wir uns für
740 gebührenfreie und unabhängige Beratungsstellen ein.
- 741 • Die Mittel für Mobilität müssen den realen Preisen entsprechen. Wir treten für ein Sozialticket
742 im öffentlichen Nahverkehr ein. Perspektivisch wollen wir einen entgeltfreien öffentlichen
743 Nahverkehr für alle.

744 DIE LINKE thematisiert das Grundeinkommen wie viele soziale Bewegungen, Nicht-
745 Regierungsorganisationen und Verbände. Dabei ist DIE LINKE nicht entschieden, wir wollen die
746 kontroversen Diskussionen weiterführen. Auch deshalb unterstützt DIE LINKE die Einsetzung einer
747 Enquete-Kommission zum Grundeinkommen im Deutschen Bundestag.

748 Wir unterstützen die Selbstorganisation von Erwerbslosen und Geringverdienenden in Initiativen,
749 Betrieben und Gewerkschaften und streiten an ihrer Seite im Parlament und auf der Straße. Wir

750 werden uns niemals damit abfinden, dass in einem der reichsten Länder der Welt Menschen dauerhaft
751 in Armut leben.

752 **Kinderarmut abschaffen!**

753 Der Armuts- und Reichtums-Bericht der Wohlfahrtsverbände zeigt erneut, dass die Armut in
754 Deutschland zunimmt. Besonders von Armut bedroht sind Alleinerziehende, Familien mit drei und
755 mehr Kindern, Erwerbslose und Menschen mit Migrationshintergrund. Auch die Kinderarmut ist weiter
756 angestiegen. Fast jedes fünfte Kind wächst in Armut auf. Armut grenzt aus, entmutigt und raubt den
757 Kinder Chancen auf Entwicklung und Zukunft.

758 Unser Plan gegen Kinderarmut: 1. Kinderarmut ist »Elternarmut«. Wir kämpfen gegen Niedriglohn und
759 für eine Mindestsicherung, die vor Armut schützt. 2. Gegen Armut von Kindern und jungen
760 Erwachsenen sind eigenständige Maßnahmen notwendig: Das betrifft die unbürokratische finanzielle
761 Unterstützung. Bürokratische Hürden und kulturelle Stigma verhindern häufig, dass Unterstützung
762 beantragt wird. Wir wollen unbürokratische Lösungen schaffen, die allen Kindern die gleichen
763 Chancen eröffnen.

764 Darüber hinaus brauchen Kinder und Jugendliche eine bessere öffentliche soziale Infrastruktur. Diese
765 beinhaltet die kostenfreie Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs und kostenfreien Zugang zu Kultur-
766 und Bildungseinrichtungen. Vielerorts fallen die Angebote für Kinder und Jugendliche den kommunalen
767 Schuldenbremsen zum Opfer. Wenn nur noch »zwingend notwendige« Aufgaben übernommen werden,
768 leiden die Angebote, die Kinder und Jugendliche z.B. in ihrer kulturellen Selbstbestimmung
769 unterstützen sollen. Soziale Ungleichheiten der Herkunftsfamilien schlagen dann stärker durch.
770 Bildung muss gebührenfrei sein von der Kita bis zur Universität (vgl. Kapitel Bildung). Wir wollen die
771 Bildungseinrichtungen besser ausstatten. In Schule und Kita sollen kostenfreie hochwertige
772 Mahlzeiten Standard sein.

773 Die Bedarfe von Kindern, Jugendlichen und Familien unterscheiden sich nach Lebensform und
774 familiärer Situation (wie z.B. bei Alleinerziehenden), Alter, Wohnort (Unterkunftskosten und soziale
775 Infrastruktur), Förderungsbedarf und den Möglichkeiten, an der Gesellschaft teilzuhaben. Diese
776 Unterschiede müssen mit einer eigenständigen Kindergrundsicherung gedeckt werden. Pauschale
777 Geldleistungen wollen wir bündeln. Erste Schritte sind der Ausbau der bestehenden sozialstaatlichen
778 Instrumente. Die Angebote und Sozialleistungen müssen bei den Betroffenen ankommen. Deshalb
779 müssen Hürden und Schwellen abgebaut werden, die Menschen davon abhalten, Leistungen in
780 Anspruch zu nehmen.

- 781 • Jedes Kind ist uns gleich viel wert: Aktuell können wohlhabende Eltern für ihre Kinder einen
782 höheren Betrag steuerlich geltend machen, als Eltern mit geringerem Einkommen an
783 Kindergeld bekommen. Wir wollen als Sofortmaßnahme das Kindergeld für alle Kinder auf 328
784 Euro erhöhen. In Gegenden mit besonders hohen Mieten wird das Kindergeld – wie die
785 Kindergrundsicherung – im Bedarfsfall durch entsprechend regionalisiertes Wohngeld ergänzt.
- 786 • Für alle in Deutschland lebenden Kinder und Jugendlichen fordert DIE LINKE gemeinsam mit
787 Wohlfahrtsverbänden und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern eine eigenständige,
788 individuelle Grundsicherung in Höhe von 564 Euro. Die Kindergrundsicherung wird
789 entsprechend der Entwicklung des Existenzminimums von Kindern angepasst. Sie soll Kinder
790 und Jugendliche aus der verdeckten Armut und dem Stigma von Hartz IV-Leistungen
791 herausholen. Sie setzt sich zusammen aus einem monetären Grundbetrag und einem Betrag,
792 der die Mängel der Infrastruktur für Kinder ausgleichen soll. Wir streiten für eine Gesellschaft,
793 in der sämtliche Leistungen für Bildung, Kinderbetreuung und Erziehung sowie öffentliche
794 Güter wie Mobilität und Kultur nicht nur, aber zuallererst für Kinder gebührenfrei zur
795 Verfügung stehen. Wenn diese soziale Infrastruktur für Kinder und Jugendliche geschaffen ist,
796 kann die Kindergrundsicherung um den entsprechenden Betrag reduziert werden.

797 **Familien dort unterstützen, wo sie es brauchen**

798 Familie ist da, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen: Als Lebensgemeinschaft, Ein-

799 Eltern-Familie, als Klein- oder Großfamilie, als Ehepaar, als Mehrgenerationenhaushalt oder in anderen
 800 Formen der Gemeinschaft. Familie ist da, wo Menschen füreinander da sind, gleichgültig welchen
 801 Geschlechts. DIE LINKE steht für eine emanzipatorische und zukunftsweisende Familienpolitik.
 802 Familienpolitik muss darauf zielen, allen Menschen ein gutes, planbares Leben ohne Zukunftsangst zu
 803 ermöglichen. Dafür müssen öffentliche Infrastruktur und soziale Sicherheit wirksam ausgebaut
 804 werden.

805 Doch der notwendige Ausbau der öffentlichen Kinderbetreuung stockt. Die öffentliche und soziale
 806 Infrastruktur für Kinder und Jugendliche hat sich vielerorts verschlechtert. Angebote wurden reduziert,
 807 Musikschulen verteuert oder Bibliotheken und Schwimmbäder geschlossen. Ein gutes Sozialsystem
 808 und öffentliche Angebote stärken die Familien.

- 809 • Wir wollen ein ausreichendes, bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges, beitragsfreies
 810 Ganztags-Betreuungsangebot für Kinder schaffen, unabhängig vom Erwerbsstatus der Eltern.
 811 Es muss den unterschiedlichen und altersspezifischen Bedürfnissen gerecht werden. Bei der
 812 Bereitstellung von Kita-Plätzen gilt der tatsächliche Bedarf und nicht eine beliebig ermittelte
 813 Quote. Zudem ist die rechtliche und finanzielle Grundlage für ein flächen- und
 814 bedarfsgerechtes ganztägiges Schulangebot zu schaffen.
- 815 • Eltern brauchen Betreuungseinrichtungen mit flexiblen Öffnungszeiten, damit sie Beruf und
 816 Familienleben vereinbaren können. Gleichzeitig müssen in diesen Einrichtungen die Standards
 817 guter Arbeit realisiert werden. Werden die Dienstleistungen ausgebaut, muss auch das
 818 Fachpersonal aufgestockt werden (vgl. Kapitel Gute Bildung. Für alle).
- 819 • Wir wollen Arbeitszeitmodelle schaffen, die Müttern und Vätern ermöglichen, ihren Beruf mit
 820 Familie und Privatleben unter einen Hut zu bringen. Statt einer Flexibilisierung von Arbeitszeit,
 821 die sich lediglich an den betrieblichen Erfordernissen orientiert, brauchen die Beschäftigten
 822 mehr Zeitautonomie. Betriebe brauchen ausreichend Personal, um z.B. den Ausfall durch Kind-
 823 Kranktage auszugleichen.
- 824 • Eltern erhalten besonderen Kündigungsschutz, bis zur Vollendung des sechsten Lebensjahres
 825 des Kindes.
- 826 • Der Wiedereinstieg in den Beruf nach einer schwangerschafts- und erziehungsbedingten
 827 Pause muss durch kostenfreie Weiterbildungsangebote erleichtert werden.
- 828 • Wir wollen einen flexiblen Elterngeldanspruch von zwölf Monaten pro Elternteil (bzw. 24
 829 Monate für Alleinerziehende). Das Elterngeld soll zu einem sozial ausgestalteten
 830 Elterngeldkonto weiterentwickelt werden. Es soll auch möglich sein, das Elterngeld in
 831 Teilabschnitten von mindestens zwei Monaten bis zur Vollendung des siebten Lebensjahres
 832 des Kindes zu nehmen. So wird eine möglichst gleiche Aufteilung von Erwerbs- und
 833 Erziehungsarbeit zwischen den Eltern begünstigt. Es unterstützt gerade Väter darin, sich mehr
 834 um ihre Kinder zu kümmern.
- 835 • Elterngeld steht allen Eltern zu und darf nicht auf andere Transferleistungen wie Hartz IV
 836 angerechnet werden.

837 Wir wollen Alleinerziehende – Ein-Eltern-Familien – stärken. Sie machen einen großen Anteil der
 838 Familien aus. Sie sind zugleich am stärksten von Armut betroffen und werden vielfältig diskriminiert:
 839 beim Zugang zu Ausbildung und Arbeit, Teilhabe am öffentlichen Leben und Chancengerechtigkeit für
 840 Kinder im Bildungsbereich. Hier sehen wir dringenden Handlungsbedarf.

- 841 • Den Bezug des Unterhaltsvorschusses wollen wir bis zum Abschluss der Schulbildung oder
 842 Ausbildung und mindestens bis zum 18. Lebensjahr des Kindes ausweiten. Das Kindergeld soll
 843 nur zur Hälfte auf den Unterhaltsvorschuss angerechnet werden statt wie jetzt zu 100
 844 Prozent. Unterhaltsvorschuss und Kindergeld dürfen nicht auf die SGB II-Leistungen
 845 angerechnet werden.

846 **IV. Solidarische Gesundheitsversicherung und mehr Personal in Pflege** 847 **und Gesundheit**

848 Soziale Ungerechtigkeit macht krank. Als Folge eines starken Konkurrenzdrucks nehmen nicht nur
849 psychische Erkrankungen zu. Generell gilt: Wer arm ist, ist häufiger krank und stirbt früher! Die
850 Gesundheitsreformen der letzten Regierungen haben die Ungerechtigkeit im Gesundheitssystem
851 verschärft. Unternehmen wurden entlastet, Versicherte müssen allein für steigende Kosten
852 aufkommen. Gleichzeitig machen Pharmaindustrie und Krankenhauskonzerne Milliardenprofite mit
853 Versichertengeldern. Gesetzliche Krankenkassen müssen miteinander konkurrieren, dabei müssten
854 der Bedarf und die Versorgung im Mittelpunkt stehen. Leistungen wurden gekürzt, Zuzahlungen und
855 Zusatzbeiträge für die Versicherten eingeführt. Wer heute krank wird, muss oft tief in die Tasche
856 greifen. Allein der Zahnersatz kann zur Existenzfrage werden. In Krankenhäusern gibt es viel zu wenige
857 Pflegekräfte. Seit Jahren werden dringend notwendige Investitionen in den Krankenhäusern
858 zurückgehalten.

859 Wir wollen ein solidarisches, gerechtes und barrierefreies Gesundheitssystem, in dem die Versorgung
860 der Patientinnen und Patienten im Mittelpunkt steht. Gesundheit darf nicht weiter zu einem Markt
861 verkommen, auf dem die Profite mehr zählen als die Menschen: Statt immer weiter zu privatisieren,
862 muss Gesundheit als Teil des Sozialstaats öffentlich organisiert werden. Die Ökonomisierung des
863 Gesundheitswesens steht nicht nur einer guten Versorgung, sondern auch guten Arbeitsbedingungen
864 der Beschäftigten entgegen. Wir setzen auf eine solidarische Gesundheitsversicherung, in die alle
865 einzahlen. Die Zwei-Klassen-Medizin wollen wir überwinden.

866 Wir wollen Krankenhäuser bedarfsgerecht finanzieren und den Personalmangel bekämpfen. Die
867 ambulante gesundheitliche Versorgung wollen wir sowohl in den Städten als auch auf dem Land
868 verbessern.

869 Zuzahlungen und Leistungsausschlüsse wie etwa bei Brillen und beim Zahnersatz, bei Arzneimitteln
870 und im Krankenhaus oder bei der Physiotherapie bilden eine zusätzliche Hürde für einkommensarme
871 Menschen. Wir werden daher vollständig zum Sachleistungsprinzip zurückkehren: Alle Leistungen
872 werden wieder ohne Zuzahlung gewährt.

873 Der Einfluss der Pharmaindustrie muss zurückgedrängt werden. Medikamentenpreise wollen wir
874 begrenzen.

875 Wir wollen das Gesundheitswesen von Barrieren befreien. Das betrifft nicht nur Hindernisse beim
876 Zugang zu Arztpraxen und Krankenhäusern. Wir wollen auch die Kommunikation den besonderen
877 Bedürfnissen von Menschen mit Behinderungen anpassen: leichte Sprache und verständliche
878 Patienteninformationen müssen selbstverständlich werden.

879 **Eine Solidarische Gesundheitsversicherung für alle: Schluss mit der Zwei-Klassen-Medizin**

880 Die gesetzliche Krankenversicherung wurde als System der Solidarität entwickelt: Gesunde sind
881 solidarisch mit kranken Menschen, die Versicherten und ihre Arbeitgeber zahlen gemäß dem
882 Einkommen ein und alle Versicherten erhalten notwendige Leistungen nach ihrem individuellen Bedarf.
883 Dieses Grundprinzip wurde in den letzten Jahrzehnten zunehmend ausgehöhlt. Von Gerechtigkeit in
884 der Finanzierung des Gesundheitssystems kann heute keine Rede sein. Einige Hunderttausend
885 Menschen haben immer noch gar keinen Krankenversicherungsschutz – zehn Jahre nach Einführung
886 der Krankenversicherungspflicht!

887 Die paritätische Finanzierung wurde abgeschafft, steigende Kosten müssen allein die Versicherten
888 tragen, der Arbeitgeberanteil ist eingefroren. Zuzahlungen und Zusatzbeiträge belasten die
889 Versicherten, sind sozial ungerecht und für viele kaum leistbar. Besserverdienende, falls sie überhaupt
890 gesetzlich versichert sind, zahlen einen kleineren Anteil ihres Einkommens als Menschen mit einem
891 durchschnittlichen Lohn oder Geringverdienende. Einkommen wie Aktiengewinne sind von Beiträgen
892 ausgenommen, auf Lohneinkommen müssen Beiträge gezahlt werden.

893 Im ersten Schritt wollen wir die paritätische Finanzierung wiederherstellen und die Zuzahlungen
 894 abschaffen. Der Zwei-Klassen-Medizin stellen wir unser Modell einer Solidarischen
 895 Gesundheitsversicherung entgegen.

896 Wir wollen, dass alle in Deutschland lebenden Menschen Mitglied der Solidarischen
 897 Gesundheitsversicherung werden, auch die derzeit Privatversicherten. Alle – auch Beamtinnen und
 898 Beamte, Abgeordnete und Selbständige – zahlen entsprechend ihres gesamten Einkommens ein und alle
 899 erhalten eine gleichermaßen hochwertige medizinische Versorgung – ohne Zuzahlungen und
 900 Zusatzbeiträge, paritätisch von Arbeitgebern und Beschäftigten finanziert. Wir wollen Arbeitseinkommen
 901 nicht weiter benachteiligen und keine Ausnahmen für Kapitaleinkommen und Gewinne. Auch die
 902 Benachteiligung von kleinen und mittleren Einkommen wollen wir beenden, dazu wird die
 903 Beitragsbemessungsgrenze abgeschafft. Versicherte mit einem Einkommen oberhalb der bisherigen
 904 Beitragsbemessungsgrenze werden mit ihrem gesamten Einkommen in die solidarische Finanzierung
 905 einbezogen. Das Prinzip lautet: Alle zahlen ein, damit es für alle besser und bezahlbar wird.

906 So kann der Beitragssatz von derzeit durchschnittlich 15,7 Prozent (2017) dauerhaft auf unter elf
 907 Prozent abgesenkt werden, ohne Leistungen zu kürzen. Im Gegenteil: Alle medizinisch notwendigen
 908 Leistungen werden wieder von der Krankenkasse bezahlt. Dabei wird der allergrößte Teil der
 909 Bevölkerung durch dieses Konzept finanziell entlastet, auch viele Selbstständige und Rentnerinnen
 910 und Rentner. Arbeitgeber und Versicherte zahlen jeweils die Hälfte, also dann 5,5 Prozent.

911 Die private Vollversicherung wird damit abgeschafft. Die private Krankenversicherung wollen wir auf
 912 Zusatzleistungen beschränken und den Beschäftigten der Versicherungsunternehmen einen sozial
 913 verträglichen Übergang in die gesetzlichen Krankenkassen ermöglichen.

914 **Bessere Versorgung und mehr Personal im Krankenhaus**

915 Seit Anfang der 1990er Jahre werden Krankenhäuser zu Wirtschaftsunternehmen nach Kriterien des
 916 Marktes und des Wettbewerbs umgebaut. Viele wurden privatisiert. Es geht oft nur noch um
 917 Kosteneinsparung und Gewinnmaximierung. In den Krankenhäusern herrscht Pflegenotstand – es
 918 fehlen mindestens 162.000 Stellen, darunter 100.000 Pflegekräfte. Im europäischen Vergleich ist
 919 Deutschland Schlusslicht beim Pflegepersonal. Immer weniger Beschäftigte müssen immer mehr
 920 Patientinnen und Patienten in kürzerer Zeit versorgen. Die Folgen: fehlende Zuwendung, mangelnde
 921 Hygiene bis hin zu mehr Unfällen und Todesfällen. Nach vielen Studien steigt das Sterberisiko mit
 922 steigender Arbeitsbelastung: Wenn eine Pflegekraft einen Patienten oder eine Patientin mehr zu
 923 versorgen hat, steigt das Risiko um bis zu neun Prozent. Ein großer Anteil der Infektionen durch Keime
 924 im Krankenhaus kann auf den Personalmangel zurückgeführt werden. Krankenhausinfektionen haben
 925 in den letzten Jahren dramatisch zugenommen und führen jährlich zu bis zu 15.000 vermeidbaren
 926 Todesfällen. Rund die Hälfte der Todesfälle wäre durch bessere Hygiene vermeidbar! Personalmangel
 927 im Krankenhaus gefährdet die Gesundheit der Patientinnen und Patienten.

928 Wir wollen den Abbau von Personal durch Einsparung und Outsourcing stoppen und rückgängig
 929 machen. Wir unterstützen die Forderungen der Gewerkschaften nach Besetzung der fehlenden Stellen
 930 im gesamten Bereich der Krankenhäuser sowie nach Rücknahme von Ausgliederungen und
 931 Privatisierungen (etwa der Küchen- und Reinigungsdienstleistungen).

932 Um den Personalnotstand zu bekämpfen, will DIE LINKE eine gesetzliche Personalbemessung
 933 einführen. Wir brauchen verbindliche bundesweite Vorgaben, wie viele Pflegekräfte für wie viele
 934 Patientinnen und Patienten vorhanden sein müssen. Wir brauchen 100.000 Pflegefachkräfte mehr!

935 Ökonomischer Wettbewerb zwischen Krankenhäusern führt dazu, dass zwischen lukrativen
 936 Patientinnen und Patienten und solchen, mit denen kein Gewinn zu machen ist, unterschieden wird.
 937 Viele Patientinnen und Patienten fragen sich, ob eine Behandlung aus ökonomischen Gründen erfolgt
 938 oder unterlassen wird. Stationen werden geschlossen, wenn sie sich nicht lohnen, obwohl sie
 939 gebraucht werden. Das System der Fallpauschalen (DRGs) zwingt Krankenhäuser dazu, mit dem
 940 wenigsten Personal in der kürzesten Zeit die meisten und schwersten »Fälle« zu behandeln, um nicht
 941 in die roten Zahlen zu geraten. Gleichzeitig machen private Krankenhauskonzerne Gewinne auf Kosten

942 der Beschäftigten. Für Patientinnen und Patienten bedeuten Fallpauschalen oft zu frühe Entlassung
943 und Wiedereinweisung (»Drehtüreffekt«). Diese Logik muss durchbrochen werden:

- 944 • DIE LINKE will eine Finanzierung der Krankenhausbehandlung, die Patientinnen und Patienten
945 nicht als pauschale Fälle betrachtet, sondern den notwendigen Bedarf des Krankenhauses
946 deckt und sich am Gemeinwohl und nicht an wirtschaftlichen Kriterien orientiert. Die
947 Fallpauschalen gehören abgeschafft.

948 Krankenhäuser sind Teil des Sozialstaates. Ihr Zweck ist nicht die Gewinnmaximierung, sondern die
949 bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit notwendigen stationären Leistungen. Die
950 Finanzierung der Krankenhäuser durch Krankenkassen muss genauso an diesem Grundsatz
951 ausgerichtet werden wie die Krankenhausplanung und die Investitionen der Bundesländer. Diese
952 gehen aber seit vielen Jahren stetig zurück. Folge ist ein ständig wachsender Investitionsstau. Um die
953 dringlichsten Investitionen überhaupt noch zahlen zu können, greifen die Krankenhäuser auf
954 Betriebsmittel zu, die eigentlich für Personal gedacht sind – mit allen negativen Folgen.

- 955 • Um den Investitionsstau in den Krankenhäusern abzubauen, muss der Bund die zuständigen
956 Länder zweckgebunden unterstützen. Wir fordern eine jährliche Beteiligung des Bundes in
957 Höhe von 2,5 Mrd. Euro (die andere Hälfte tragen die Länder). Damit kann der heute
958 bestehende Investitionsbedarf bei den Krankenhäusern in den kommenden etwa zehn Jahren
959 abgebaut werden. Darüber hinaus versetzen wir die Länder in die Lage, ihren
960 Investitionsverpflichtungen nachzukommen: Wir führen die Vermögensteuer wieder ein (vgl.
961 Kapitel Ungleichheit ist unsozial). Die Einnahmen daraus gehen in die Länderhaushalte.
- 962 • Krankenhäuser gehören in die öffentliche Hand: Weitere Privatisierungen müssen verhindert
963 und bereits privatisierte Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen in nicht-profitorientierte
964 Trägerschaft überführt werden. Wir wollen Gesundheitseinrichtungen durch öffentliche Träger
965 zurückkaufen. Wir erleichtern und fördern, dass kommunale Krankenhausverbände geschaffen
966 werden. Es muss gesetzlich ausgeschlossen werden, dass Krankenhäuser mit dem Ziel der
967 Gewinnmaximierung und Kapitalrendite betrieben werden. Entstehende Überschüsse müssen
968 wieder ins Gesundheitswesen zurückfließen, vor allem in eine verbesserte
969 Personalbemessung.

970 **Ambulante Versorgung in Stadt und Land verbessern – kürzere Wartezeiten!**

971 Zu einer guten gesundheitlichen Versorgung gehören Wohnortnähe, angemessen kurze Wartezeiten
972 auf einen Termin und eine gute Notfallversorgung. Deutschland hat eine hohe durchschnittliche
973 Arztdichte, trotzdem klagen viele Menschen über Unterversorgung. Nicht nur in ländlichen Regionen
974 müssen teils lange Wege und lange Wartezeiten in Kauf genommen werden. In strukturstarken
975 Regionen mit vielen Privatversicherten finden sich dagegen oft mehr Ärztinnen und Ärzte als
976 notwendig wären.

- 977 • DIE LINKE tritt für eine gute, flächendeckende, barrierefreie und bedarfsgerechte
978 gesundheitliche Versorgung in Stadt und Land ein. Dafür wollen wir die Arztsitze
979 gleichmäßiger verteilen. Ein entscheidender Hebel ist dabei
- 980 • der Abbau von Überversorgung. Wir wollen die bessere Bezahlung für die Behandlung von
981 Privatversicherten und damit ungleiche Wartezeiten abschaffen. Neue Versorgungsformen wie
982 Patientinnen- und Patientenbusse, Gemeinschafts- und Teilzeitpraxen oder medizinische
983 Versorgungszentren in öffentlicher Hand können die Arbeit im ländlichen Raum für junge
984 Medizinerinnen und Mediziner und nichtärztliches Fachpersonal attraktiver machen.
- 985 • Polikliniken sollen mittelfristig zu einem Rückgrat der ambulanten Versorgung werden. Denn
986 sie gewährleisten nicht nur eine hochwertige, interdisziplinäre Behandlung, sondern bieten
987 auch die von vielen jungen Ärztinnen und Ärzten gewünschten flexiblen und familiengerechten
988 Arbeitsbedingungen. Wir wollen Kommunen unterstützen, eigene Gesundheitseinrichtungen zu
989 betreiben und so die Versorgung zu sichern. Damit alle Menschen eine gute und wohnortnahe
990 Gesundheitsversorgung erhalten, brauchen die Kommunen eine bessere finanzielle
991 Ausstattung und ähnlich wie bei der Krankenhausplanung die Kompetenzen,

- 992 Versorgungszentren zu planen.
- 993 • Nicht nur die Versorgung mit Ärztinnen und Ärzten, sondern auch mit Physio- und
- 994 Psychotherapeutinnen und -therapeuten, Logopädinnen und Logopäden, Ergotherapeutinnen
- 995 und -therapeuten, Hebammen und Entbindungspflegern, Podologinnen und Podologen sowie
- 996 Apotheken muss gerade auch im ländlichen Raum und in benachteiligten Regionen
- 997 gewährleistet werden. Sie muss wohnortnah erfolgen, z. B. über integrierte Lösungen wie
- 998 Versorgungszentren, Hebammenstützpunkte und Kooperationen.
- 999 • DIE LINKE setzt sich für eine Stärkung der Qualifizierung und für eine bessere Bezahlung der
- 1000 Gesundheits- und Heilmittelberufe ein. Ausbildungen in Gesundheitsberufen müssen
- 1001 gebührenfrei sein und Arbeitsleistungen während der Ausbildung vergütet werden.
- 1002 • Wir wollen eine gewaltfreie Psychiatrie und die Abschaffung von Sondergesetzen.
- 1003 • Wir wollen die häusliche und ambulante Versorgung ausbauen, so dass weniger stationäre
- 1004 Behandlungen notwendig sind.
- 1005 • Die psychotherapeutische Versorgung deckt in vielen Regionen bei weitem nicht den Bedarf.
- 1006 Die Bedarfsplanung muss gerade in diesem Bereich dringend überarbeitet werden. Auch die
- 1007 Finanzierung der Therapie muss den Bedarf decken.
- 1008 • Wir fordern ein gebührenfreies Direktstudium für Psychotherapeutinnen und
- 1009 Psychotherapeuten, das die psychologischen und die Kinder- und
- 1010 Jugendpsychotherapeutinnen und -therapeuten zusammen ausbildet. Für die Weiterbildung zur
- 1011 Teilnahme an der kassenpsychotherapeutischen Versorgung ist eine angemessene Vergütung
- 1012 zu zahlen.
- 1013 • Das Gesundheitswesen wollen wir konsequent von Barrieren befreien. Das bedeutet nicht nur,
- 1014 Hindernisse beim Zugang zu Arztpraxen und Krankenhäusern zu beseitigen, sondern auch
- 1015 Untersuchungstechniken und Kommunikation den besonderen Bedürfnissen von Menschen
- 1016 mit Behinderungen anzupassen. Leichte Sprache und verständliche Patienteninformationen
- 1017 müssen selbstverständlich werden.
- 1018 • Für die Haftpflichtversicherungen der Hebammen und Entbindungspfleger muss endlich eine
- 1019 grundlegende Lösung gefunden werden. Wir wollen einen öffentlichen Haftungsfonds, um die
- 1020 Hebammen und Entbindungspfleger unabhängig von privaten Versicherungen zu machen.
- 1021 Hebammen können erste Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für Schwangere und die
- 1022 Schwangerenvorsorge sein – wie in den Niederlanden. Dieses Verständnis eines neuen
- 1023 Berufsbildes sollte sich auch in der Vergütung niederschlagen.
- 1024 • Wir wollen den heilberuflichen Charakter des Apothekerberufs stärken. Deswegen lehnen wir
- 1025 Apothekenketten, erst recht in Hand von Aktiengesellschaften, ab. Den Versandhandel mit
- 1026 Arzneimitteln wollen wir so weit wie möglich begrenzen und damit die persönliche Beratung
- 1027 und die wohnortnahe Versorgung stärken.

1028 **Bezahlbare Medikamente statt Profite für Pharmakonzerne**

- 1029 Die gesetzlichen Krankenkassen geben in Deutschland über 35 Milliarden Euro für Arzneimittel aus –
- 1030 die Tendenz steigt schnell. Patientinnen und Patienten werden durch hohe Zuzahlungen belastet. Die
- 1031 meisten nicht-verschreibungspflichtigen Medikamente müssen sie komplett aus eigener Tasche
- 1032 bezahlen, selbst wenn diese ärztlich verordnet wurden. Keines der bisherigen Gesetze hat die Macht
- 1033 der Pharmaindustrie brechen können. Die Gesundheitspolitik der letzten Bundesregierungen hat es
- 1034 zugelassen, dass im ersten Jahr nach der Zulassung Fantasiepreise z.B. für Krebs-, Rheuma- und
- 1035 Multiple-Sklerose-Mittel verlangt werden dürfen.
- 1036 Wir wollen, dass alle Patientinnen und Patienten mit sicheren und wirksamen Arzneimitteln nach dem
- 1037 aktuellen Stand der Wissenschaft versorgt werden – unabhängig von ihrem Einkommen und ihrer
- 1038 Erkrankung.
- 1039 • Dafür fordern wir eine Preisgestaltung, die sich am Nutzen für die Patientinnen und Patienten
- 1040 orientiert und eine klare Deckelung für Medikamentenpreise ab der Zulassung beinhaltet.
- 1041 • Wir wollen den Einfluss der Pharmakonzerne auf allen Ebenen zurückdrängen. Ihre
- 1042 Marketingaktivitäten müssen strikt begrenzt werden. Das betrifft nicht nur die Werbung,

1043 sondern auch die Beeinflussung der Ärzteschaft, der Wissenschaft und von
 1044 Patientenorganisationen. Ärztinnen und Ärzte dürfen für das Verordnen bestimmter
 1045 Medikamente nicht belohnt werden. Die Herstellung von Medikamenten und medizinischen
 1046 Geräten darf nicht den Profitinteressen von Aktionären unterworfen sein. Die Pharmaindustrie
 1047 muss dem Gemeinwohl verpflichtet und unter demokratische Kontrolle gestellt werden.

- 1048 • Wir wollen Korruption im Gesundheitswesen effektiv bekämpfen. Ein öffentliches
 1049 Studienregister für Arzneimittelstudien soll gewährleisten, dass negative Studienergebnisse
 1050 nicht mehr unterdrückt werden können.

1051 Arzneimittelforschung ist von großem öffentlichem Interesse. Sie bestimmt nicht nur, ob Medikamente
 1052 entwickelt werden, die wirklich gebraucht werden, sondern auch, wer die Eigentumsrechte besitzt,
 1053 welche Preise aufgerufen werden, ob die Forschungsergebnisse transparent gemacht werden und
 1054 nicht zuletzt, ob Menschen im globalen Süden Zugang zu Innovationen erhalten können.

- 1055 • Für DIE LINKE ist Arzneimittelforschung eine öffentliche Aufgabe. Patente für Arzneimittel und
 1056 Heilverfahren müssen abgeschafft werden.

1057 **Gesundheitsförderung statt Wettbewerbsdruck**

1058 Die beste Gesundheitspolitik ist die, die Gesundheit fördert und Krankheit verhindert. Die Gestaltung
 1059 eines lebenswerten Umfelds, gute Arbeit, gute Wohn- und Lernbedingungen und soziale Gerechtigkeit
 1060 tragen maßgeblich zu Gesundheit bei. LINKE Gesundheitspolitik bezieht alle Politikbereiche ein, denn
 1061 nur so kann der Teufelskreis aus Armut und Krankheit durchbrochen werden.

1062 DIE LINKE tritt für eine Gesundheitsversorgung ein, die hohe Qualität und Menschlichkeit miteinander
 1063 verbindet. Das Gesundheitssystem ist für viele Menschen kaum durchschaubar. Es ist schwer, die
 1064 eigenen Rechte in Erfahrung zu bringen und noch schwerer, sie gegen Krankenkassen, Ärztinnen und
 1065 Ärzte oder Krankenhäuser durchzusetzen. Der finanzielle Druck bringt alle Beteiligten zwangsläufig
 1066 dazu, ihren eigenen Vorteil immer öfter vor die Interessen der Patientinnen und Patienten zu stellen.
 1067 Patientinnen und Patienten dürfen nicht als Abrechnungsziffern behandelt und zwischen
 1068 Gewinninteressen auf der einen und Ausgabenvermeidung auf der anderen Seite zerrieben werden.

- 1069 • Wir wollen den Wettbewerb zwischen und innerhalb der Krankenkassen, Ärzteschaft,
 1070 Krankenhauslandschaft und Apotheken zurückdrängen. Die Versorgungsfunktion, die ihnen im
 1071 Gemeinwohlinteresse per Gesetz zugeteilt wurde, muss wieder in den Mittelpunkt rücken.
- 1072 • Rabattverträge, Kassen-Ausschreibungen zum Beispiel bei Hilfsmitteln und viele andere
 1073 Selektivverträge wollen wir abschaffen. Sie sind intransparent und gefährden die
 1074 Versorgungsqualität sowie die Anbietervielfalt.
- 1075 • Für eine Versorgung auf dem aktuellen Wissensstand und zum Schutz der Patientinnen und
 1076 Patienten fordern wir gute wissenschaftliche Belege über Nutzen und Schaden jeder
 1077 Behandlungsmethode – gerade, wenn sie solidarisch finanziert wird.
- 1078 • Patientenvertreterinnen und -vertreter sollen in Zukunft mit Stimmrechten in Gremien der
 1079 gemeinsamen Selbstverwaltung vertreten sein. Kurzfristig wollen wir ihnen ein
 1080 Benennungsrecht für die Mehrheit der jeweils vorhandenen unparteiischen Mitglieder geben.
 1081 Damit Selbsthilfe ihre Unabhängigkeit sichern und den großen Verbänden und Unternehmen
 1082 im Gesundheitswesen auf Augenhöhe begegnen kann, muss sie angemessen finanziert
 1083 werden.
- 1084 • Die Patientenberatung in Deutschland wollen wir wieder unabhängig ausgestalten und ihr
 1085 zusammen mit der Patientenvertretung zu noch mehr Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit
 1086 verhelfen.

1087 **Gute Pflege für alle statt Pflegenotstand!**

1088 Wer schwer erkrankt oder im Alter gebrechlich wird, braucht Pflege. Doch nicht an jedem Wohnort
 1089 und nicht für jeden Menschen mit Pflegebedarf stehen gute Pflegeleistungen zur Verfügung. Mehr als
 1090 die Hälfte der Menschen in Deutschland hat Angst davor, im Alter oder bei Krankheit auf Pflege
 1091 angewiesen zu sein. Menschen mit Pflegebedarf und ihre Familien tragen mehr als die Hälfte der

1092 ständig steigenden Pflegekosten. Die Pflegeversicherung deckt die Kosten nicht, sie ist eine
 1093 »Teilkasko-Versicherung«. Daran hat sich auch mit den Pflegestärkungsgesetzen der Großen Koalition
 1094 nichts geändert. Im Gegenteil: Wir haben ein Zwei-Klassen-System in der Pflege. Immer mehr
 1095 Menschen können sich gute Pflege nicht leisten, müssen sich verschulden oder geraten in die
 1096 Sozialhilfe. Das ist für ein reiches Land wie Deutschland ein Armutszeugnis.

1097 Die vorhandenen Pflegeangebote decken nicht den Bedarf, sind unübersichtlich und für viele
 1098 unerschwinglich. Pflegeleistungen werden teuer gekauft oder durch Laien unbezahlt erbracht. Noch
 1099 immer pflegen vor allem Frauen – Ehe- und Lebenspartnerinnen, Töchter und Schwiegertöchter. Der
 1100 Wunsch, zu Hause gepflegt zu werden, ist für viele nur erfüllbar, wenn die Familienangehörigen
 1101 einspringen. Im Alltag kämpfen viele pflegende Menschen mit Dauerstress, Erschöpfung und
 1102 Geldsorgen. Viele schränken ihre Berufstätigkeit ein oder geben sie auf. Das verringert die eigenen
 1103 Rentenansprüche und führt die Pflegenden in die Altersarmut.

1104 Wir stellen uns gegen eine Pflegepolitik, die auf Wettbewerbsdruck und Profite für wenige setzt. Pflege
 1105 ist zu einem Markt geworden, private Unternehmen machen Gewinne – auf Kosten der Menschen mit
 1106 Pflegebedarf und der Beschäftigten in der Pflege. Es fehlt die Zeit für eine aktivierende Pflege und zum
 1107 Zuhören, für Zuwendung und Förderung. Menschen müssen gegen ihren Willen Windeln tragen oder
 1108 werden fixiert, weil 50 Heimbewohnerinnen oder Heimbewohner in der Nachtschicht von nur zwei
 1109 Pflegekräften betreut werden müssen. Wissenschaftlich heißt das »gefährliche Pflege«. Viele
 1110 Pflegebeschäftigte werden krank, weil sie völlig überlastet sind und nicht einbringen können, was sie
 1111 gelernt haben. Oft ist vom Fachkräftemangel die Rede. Wenn Arbeitsstress krank macht, gute
 1112 Bezahlung und Anerkennung fehlen, ist es nicht verwunderlich, dass viele ausgebildete Pflegekräfte
 1113 ihren Beruf nur einige Jahre ausüben. Vor allem Frauen arbeiten in der Pflege. Niedriglöhne und
 1114 Teilzeitverträge führen trotz harter Arbeit zu Altersarmut. Die Lohnunterschiede zwischen einzelnen
 1115 Regionen sind enorm. DIE LINKE steht an der Seite der Beschäftigten in der Pflege: Pflegearbeit muss
 1116 endlich aufgewertet und besser bezahlt werden! Wir wollen die Arbeitsbedingungen verbessern und
 1117 die Weichen dafür stellen, dass mehr Pflegekräfte eingestellt werden.

1118 DIE LINKE will einen grundlegenden Wandel: Gute Pflege soll ein verbindliches Recht für alle werden.
 1119 Wir wollen die Familien entlasten: Pflegeleistungen sollen in einer Vollversicherung ausgeweitet
 1120 werden, und wir wollen mehr professionelle Pflegekräfte. Das eröffnet die Möglichkeit, in der
 1121 häuslichen Umgebung gepflegt zu werden und – wenn gewünscht – stärker auf professionelle Pflege
 1122 zurückzugreifen.

1123 Jede und jeder muss selbstbestimmt entscheiden können, wo und von wem er oder sie welche Pflege
 1124 in Anspruch nimmt. Die Entscheidung darf nicht vom Geldbeutel, vom Wohnort oder von der Herkunft
 1125 abhängig sein. Keine Pflegeleistung darf aus Kostengründen verweigert werden. Das gilt auch für die
 1126 Entscheidung über den Sterbeort.

1127 Die Pflege soll gerecht finanziert und von gut bezahlten Fachkräften erbracht werden. Familiäre Pflege
 1128 und nachbarschaftliches Engagement können ergänzend und nicht aus der Not heraus geleistet
 1129 werden. Daher will DIE LINKE die Pflege auf eine gerechte, bedarfsdeckende und solidarische
 1130 Grundlage stellen:

1131 1. Wir wollen eine **Pflegevollversicherung**, die alle pflegebedingten Leistungen umfasst. Menschen mit
 1132 Pflegebedarf und ihre Familien müssen keine Eigenanteile zahlen. Wer auf Sozialhilfe angewiesen ist,
 1133 erhält dieselben Leistungen wie alle anderen Menschen mit Pflegebedarf. Gleichzeitig werden die
 1134 Kommunen entlastet, weil weniger Menschen durch die Pflegekosten von Sozialhilfe abhängig werden.
 1135 Alle Leistungen werden bedarfsdeckend und nach bundesweit verbindlichen Qualitätsstandards
 1136 erbracht. Zu den Pflegeleistungen gehören Assistenz und solange wie möglich Teilhabe am
 1137 öffentlichen Leben.

1138 2. Mit einer **solidarischen Pflegeversicherung**, in die alle einzahlen, wollen wir die finanziellen
 1139 Lasten gerecht auf alle Schultern verteilen: auch privat Versicherte, Beamte, Abgeordnete und
 1140 Selbständige müssen entsprechend ihres Einkommens in die solidarische Pflegeversicherung
 1141 einzahlen – ohne eine Beitragsbemessungsgrenze, die Millionäre schont. Grundlage für eine

1142 menschenwürdige Pflege ist eine verlässliche, gerechte und zukunftsfeste Finanzierung. So werden
1143 finanzielle Spielräume für bedarfsdeckende Leistungen, mehr Personal und bessere Entlohnung
1144 geschaffen. Gute Pflege braucht gute Arbeit. Tarifliche Bezahlung muss Standard werden, um
1145 regionale Leistungs- und Lohnunterschiede abzubauen.

1146 3. Menschenwürdige Pflege kann und darf nicht auf Profit ausgerichtet sein. Die Infrastruktur der
1147 Pflege ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge; Bund und Ländern müssen hier endlich ausreichend
1148 investieren. Pflege gehört wieder in öffentliche Verantwortung und unter demokratische Kontrolle.
1149 Dafür wollen wir die Kommunen auch finanziell stärken. Denn gute Pflege wird vor Ort erbracht. Durch
1150 regionale Beschäftigungspolitik wollen wir gut entlohnte Arbeitsplätze bei öffentlichen und
1151 gemeinnützigen Trägern in der Pflege schaffen.

1152 4. Menschen mit Pflegebedarf müssen selbst bestimmen können, wo und wie sie wohnen. Sie
1153 brauchen barrierefreie und bezahlbare Wohnangebote. Sie brauchen wohnortnahe
1154 Unterstützungsnetzwerke und unabhängige Beratungsleistungen. Die Rechte von Menschen mit
1155 Pflegebedarf, pflegenden Angehörigen und Beschäftigten in der Pflege wollen wir stärken. Ihre
1156 Interessenvertretungen brauchen Antrags- und Stimmrechte in allen gesetzlich vorgeschriebenen
1157 Gremien, insbesondere im Qualitätsausschuss auf Bundesebene und in regionalen Pflegekonferenzen.

1158 Der derzeitige Pflegenotstand ist für die zu pflegenden Menschen, ihre Angehörigen und die
1159 Beschäftigten nicht mehr tragbar. Für eine menschenwürdige Pflege setzt DIE LINKE daher auch auf
1160 Sofortmaßnahmen:

1161 Es braucht sofort mehr Personal und einen Ausbau professioneller Angebote. Um das zu finanzieren,
1162 wollen wir den Pflegevorsorgefonds auflösen und in einen Pflegepersonalfonds umwandeln.
1163 Zusätzliche Pflegekräfte können so regulär beschäftigt und besser bezahlt werden. DIE LINKE fordert
1164 eine Fachkraftquote von mindestens 50 Prozent in Pflegeeinrichtungen, die bundesweit verbindlich
1165 umgesetzt und deren Einhaltung wirksam kontrolliert wird.

1166 Gute Löhne für gute Pflege – Pflegeberufe aufwerten: Als Schutz gegen Lohndumping muss der
1167 Pflegemindestlohn sofort auf 14,50 Euro erhöht und auf weitere Tätigkeitsbereiche in der Pflege
1168 ausgedehnt werden. Verstöße gegen den Pflegemindestlohn müssen sanktioniert werden. Die
1169 tarifliche Vergütung von Pflegefachkräften muss bundeseinheitlich als allgemeinverbindlich erklärt
1170 werden. Keine Pflegefachkraft darf unter 3.000 Euro (in Vollzeit) verdienen. Die Ausbildung in den
1171 Pflegeberufen muss als integrierte Ausbildung mit einer zweijährigen gemeinsamen und einer
1172 einjährigen ergänzenden spezialisierten Fachausbildung gestaltet werden. Die Ausbildung, Fort- und
1173 Weiterbildungen müssen für die Pflegekräfte kostenfrei sein. Ein einheitliches Berufsbild »Assistenz«
1174 wird in die Ausbildung eingeführt. Die steigende Qualifikation des Berufsbildes muss sich auch in einer
1175 Aufwertung und besseren Entlohnung niederschlagen.

1176 Versicherte wollen wir entlasten: Die Kosten der medizinischen Behandlungspflege müssen auch in
1177 stationären Pflegeeinrichtungen von der gesetzlichen Krankenversicherung getragen werden. Allein
1178 das entlastet die Pflegeversicherung um mehr als zwei Milliarden Euro und verringert die Eigenanteile
1179 der Menschen mit Pflegebedarf. Die Förderung der privaten Pflegevorsorge – der sogenannte Pflege-
1180 Bahr – wird eingestellt.

1181 V. Ungleichheit ist unsozial. Wir steuern um.

1182 Reichtum und Armut in Deutschland nehmen zu. Die reichsten zehn Prozent besitzen weit mehr als die
 1183 Hälfte des gesellschaftlichen Reichtums, die untere Hälfte gerade mal ein Prozent. Ein Hundertstel.
 1184 Deutschland ist eines von vier Ländern mit den meisten Millionärinnen und Millionären. Über eine
 1185 Million Menschen besitzen mehr als eine Million Euro (1,2 Millionen Menschen besitzen über eine
 1186 Million US-Dollar). Wer viel hat, kann das leicht vermehren. Auf Vermögen werden keine Steuern
 1187 gezahlt. Auf Gewinne aus Kapital und Aktien wird eine Billigsteuer erhoben, weniger als die Hälfte von
 1188 dem, was unter Helmut Kohl gezahlt wurde. Wer hingegen wenig oder nichts hat, zahlt mehr und
 1189 mehrfach: Lohnsteuer kann man nicht hinterziehen, sie wird sofort abgezogen. Die Mehrwertsteuer
 1190 trifft prozentual Menschen mit niedrigem Einkommen stärker. Weil öffentliches Eigentum privatisiert
 1191 wurde, müssen viele Dienstleistungen privat bezahlt werden. Dem privaten Reichtum steht eine
 1192 verarmte öffentliche Infrastruktur gegenüber: Bibliotheken und Schwimmbäder schließen, Personal im
 1193 Krankenhaus wird gekürzt, um notwendige Reparaturen finanzieren zu können. Hier würden die
 1194 Einnahmen aus einer Millionärssteuer besonders helfen: Sie geht an die Länder und kann die
 1195 öffentliche Infrastruktur stärken.

1196 Die Reichen haben viele Verbündete in der Politik. Sie können ihrer Stimme mehr Gewicht verleihen.
 1197 Wir halten dagegen. Mehr Gerechtigkeit und eine starke öffentliche Daseinsvorsorge gibt es nur, wenn
 1198 die Unteren entlastet werden – und die Oberen stärker belastet. Hohe Einkommen und Vermögen,
 1199 Erbschaften und Gewinne aus Kapital und Aktien müssen stärker besteuert werden. Damit finanzieren
 1200 wir Investitionen in eine gute öffentliche Versorgung und einen Sozialstaat, der alle Menschen sicher
 1201 vor Armut schützt. Wir wollen solidarische und ökologische Formen von Wirtschaft stärken und
 1202 Arbeitsplätze schaffen.

1203 Profit, Privatisierung und Preisdruck beschädigen die sozialen Grundlagen der Demokratie. Der
 1204 öffentliche Nahverkehr, die Wohnungen der öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften sollten keinen
 1205 Profit abwerfen müssen. Die öffentliche Daseinsvorsorge bildet die Strukturen, die die Menschen in
 1206 unserer Gesellschaft verbindet. Dafür ist notwendig, dass diese Strukturen am Bedarf in der
 1207 Gesellschaft ausgerichtet werden.

1208 Unser Programm für eine Zukunft, für die es sich zu kämpfen lohnt, ist kein Wunschdenken. Es ist
 1209 nicht unrealistisch. Es ist machbar und wir wissen, wie wir es bezahlen werden. Es ist genug für alle
 1210 da, wenn alle genug beisteuern.

- 1211 • Wir wollen, dass **Vermögen ab einer Million Euro** mit fünf Prozent besteuert werden. Die
 1212 erste Million ist davon freigestellt. Betriebsnotwendiges Vermögen kann bis fünf Millionen
 1213 freigestellt werden. Wir stellen sicher, dass Privatvermögen nicht in Betriebsvermögen »versteckt«
 1214 wird und dass Betriebsvermögen in ausländischem Eigentum ebenso besteuert wird wie
 1215 inländische Eigentümer. Eine solche Vermögensteuer würde 80 Milliarden Euro Mehreinnahmen
 1216 im Jahr bringen.
- 1217 • **Erbschaftsteuer:** Reichtum wird vererbt – und das meist ohne dass nennenswerte Steuern
 1218 bezahlt werden. Gerade die Superreichen können ihre Millionenvermögen in
 1219 Unternehmensanteilen steuerfrei vererben oder verschenken. Die von der Großen Koalition
 1220 beschlossene Reform der Erbschaftsteuer ändert das nicht, im Gegenteil. Wir werden dafür
 1221 sorgen, dass diese Steuerschlupflöcher geschlossen werden. Normales, selbstgenutztes
 1222 Wohneigentum bleibt freigestellt. Mehreinnahmen im Jahr: fünf Milliarden Euro.
- 1223 • Die **Unternehmenssteuern** wurden schon vor Jahren massiv gesenkt. Die Körperschaftsteuer
 1224 muss wieder auf 25 Prozent erhöht werden. Wir wollen den Wettlauf der Unternehmen um
 1225 Steuervermeidung unterbinden und drängen auf europaweite Mindestsätze für
 1226 Unternehmenssteuern. Wir werden sicherstellen, dass Unternehmen und Konzerne sich nicht
 1227 den Steuern entziehen.
- 1228 • Für arbeitsintensives Handwerk, Produkte für Kinder und Arzneimittel wollen wir ermäßigte
 1229 Steuersätze bei der Umsatzsteuer.

- 1230 • **Steuerhinterziehung, Geldwäsche und Subventionsbetrug wollen wir wirksamer**
 1231 **bekämpfen.** Dafür wollen wir eine Bundesfinanzpolizei aufbauen und das Personal im
 1232 Steuervollzug bedarfsgerecht aufstocken. Es ist realistisch, mit einem konsequenteren
 1233 Steuervollzug und der Bekämpfung von Steuerhinterziehung in Steueroasen jährlich etwa 15
 1234 Milliarden Euro mehr einzunehmen.
- 1235 • Mit einer **Finanztransaktionssteuer** dämmen wir die Spekulationen auf den Finanzmärkten
 1236 ein. Die eingenommenen Gelder sollen für eine nachhaltige Entwicklung in den Ländern des
 1237 Südens und für globalen Klimaschutz einerseits und für den sozial-ökologischen Umbau unserer
 1238 Industriegesellschaft andererseits genutzt werden. Bei jeder Finanztransaktion soll ein
 1239 Steuersatz von 0,1 Prozent fällig werden. Jährliche Mehreinnahmen in Deutschland:
 1240 mindestens 30 Milliarden Euro.

1241 Lebensqualität hat mit dem Angebot der Kommunen zu tun: Können sie nur das Nötigste finanzieren
 1242 oder stellen sie Kulturveranstaltungen, Schwimmbäder, kommunalen Wohnungsbau, kostenfreie Kitas
 1243 und Jugendzentren zur Verfügung? Wir wollen die Ausstattung der Kommunen verbessern. Wenn vom
 1244 Bund oder von den Ländern Aufgaben an die Kommunen abgegeben werden, müssen sie auch die
 1245 Finanzierung liefern (Konnextätsprinzip: Wer bestellt, zahlt).

- 1246 • Wir wollen die bisherige Gewerbesteuer in eine **Gemeindefirtschaftsteuer** umwandeln. Die
 1247 Bemessungsgrundlage wird ausgeweitet (Pachten, Mieten, Leasingraten und Lizenzgebühren
 1248 werden berücksichtigt) und gutverdienende Selbständige und Freiberufler einbezogen. Dafür
 1249 werden wir den Freibetrag auf 30.000 Euro anheben und die festgesetzte Steuer bei der
 1250 Einkommensteuer berücksichtigen. Die Gewerbesteuerumlage wird abgeschafft, was Städte
 1251 und Gemeinden finanziell entlastet. Mehreinnahmen für die Kommunen: 15 Milliarden Euro.

1252 Mit diesen Mehreinnahmen können wir den Einstieg in eine solidarische Gesellschaft finanzieren:
 1253 Bessere soziale Sicherheit, mehr Personal in Bildung, Gesundheit und Pflege und einen Neustart im
 1254 gemeinnützigen Wohnungsbau, Barrierefreiheit und den Einstieg in einen sozialen und ökologischen
 1255 Umbau der Wirtschaft. Unsere Forderungen sind gegengerechnet und realistisch.

1256 Auch die Besteuerung von **Einkommen** wollen wir gerechter machen. Niedrige und mittlere
 1257 Einkommen wollen wir entlasten. Hohe Einkommen müssen stärker besteuert werden.

- 1258 • Alle **zu versteuernden Einkommen unter 12.600 Euro im Jahr bleiben steuerfrei.** Das
 1259 bedeutet, dass Beschäftigte bis zu einem Bruttolohn von etwa 1.400 Euro im Monat keine
 1260 Lohnsteuer zahlen müssen. Der Steuerverlauf wird abgeflacht.
- 1261 • Höhere Einkommen wollen wir stärker besteuern. Ab 70.000 Euro zu versteuerndem
 1262 Einkommen im Jahr beträgt der Steuersatz 53 Prozent. Weil die 53 Prozent für das Einkommen
 1263 ab 70 000 Euro gilt, liegt der durchschnittliche Steuersatz bei ca. 30 Prozent. Zu
 1264 versteuerndes Einkommen bedeutet: Das, was vom Bruttoeinkommen nach den üblichen
 1265 Abzügen (pauschale Freibeträge und Sonderausgaben) übrigbleibt. Das entspricht etwa
 1266 81.000 Euro Bruttoverdienst eines oder einer Alleinstehenden ohne Kinder.
- 1267 • Wir sehen zwei Stufen einer gesonderten Reichensteuer vor: 60 Prozent ab der aktuellen
 1268 Reichensteuergrenze von 260.533 Euro und 75 Prozent für Einkommen oberhalb von einer
 1269 Million Euro zu versteuerndem Einkommen.
- 1270 • Als Faustregel gilt: Wer (als Single, Steuerklasse I) weniger als 7.100 Euro im Monat brutto
 1271 hat, zahlt nach unserem Tarif weniger Steuern, wer mehr verdient, zahlt mehr Steuern. Alle
 1272 haben Vorteile von der verbesserten öffentlichen Daseinsvorsorge und einer solidarischen
 1273 Gesundheitsversicherung.
- 1274 • Einkommen aus Kapitalerträgen sollen nicht weiter bevorzugt werden, sondern nach
 1275 denselben Sätzen versteuert werden wie alle Einkommen. Die **Abgeltungssteuer von 25**
 1276 **Prozent werden wir abschaffen**, Einschränkungen der Verrechnung von Verlusten aus
 1277 Kapitalvermögen sowie den Sparerpauschbetrag allerdings beibehalten.
- 1278 • Das Ehegattensplitting wird durch familienfreundliche Steuermodelle ersetzt. Dabei muss das
 1279 nicht ausgeschöpfte steuerliche Existenzminimum zwischen den Eheleuten bzw.
 1280 Lebenspartnerinnen und Lebenspartnern übertragbar sein.

1281 VI. In die Zukunft investieren

1282 Seit Jahren werden notwendige Investitionen in die soziale Infrastruktur zurückgehalten. Dahinter
 1283 stehen die Dogmen des Neoliberalismus – Kürzen, genannt »Sparen« und »Austerität«. Fälschlich als
 1284 »Schulden« bezeichnet und von der Schuldenbremse ausgeschlossen, werden langfristige Ausgaben
 1285 immer weniger über langfristige Finanzierung, also Kredite organisiert. Länder und Kommunen haben
 1286 zu wenig Einnahmen aus Steuern– es fehlt die Vermögensteuer und eine Gemeindefinanzsteuer
 1287 (vgl. Kapitel Ungleichheit ist unsozial). Viele Kommunen sind strukturell überfordert. Sie müssen
 1288 laufende Aufgaben zunehmend aus Kassenkrediten finanzieren, die eigentlich als kurzfristige
 1289 Finanzierungshilfen gedacht sind. Wenn die öffentliche Infrastruktur schlechter wird, betrifft das
 1290 unmittelbar die Lebensqualität der Bevölkerung. Soziale Unterschiede schlagen stärker im Alltag
 1291 durch. In der Versorgung der Bevölkerung sind große Lücken entstanden. Sozialer Wohnungsbau,
 1292 Schulen, Krankenhäuser, Straßen, Schienen – überall fehlt es an Investitionen in die öffentliche
 1293 Infrastruktur. Statt Privatisierungen und öffentlich-privaten Partnerschaften, die nach Markt und Profit
 1294 wirtschaften, wollen wir Investitionen so gestalten, dass der Reichtum allen zugute kommt. Dabei
 1295 müssen zuerst die Bereiche gestärkt werden, in denen für die Menschen dringender Bedarf besteht.
 1296 Die Investitionen müssen die Lebensqualität der Menschen spürbar verbessert. Allein in der Bildung
 1297 fehlen Investitionen in Gebäude, Technik und Personal in Höhe von 50 Milliarden Euro. Es fehlt an
 1298 Personal und Investitionsmitteln in den Krankenhäusern. Es fehlt in allen großen Städten an
 1299 bezahlbarem Wohnungsbau. Durch mehr öffentliche Investitionen auf kommunaler, Bundes- und
 1300 Länderebene und durch eine gerechte Verteilung der Arbeit können Millionen neue Arbeitsplätze in
 1301 kurzer Vollzeit (30 bis 35 Stunden pro Woche) geschaffen werden. Wir werden jährlich über 120
 1302 Milliarden Euro in die öffentliche Daseinsvorsorge und Infrastruktur investieren. Durch höhere
 1303 Einnahmen aus Steuern und Sozialbeiträgen können diese Ausgaben mindestens zur Hälfte
 1304 refinanziert werden.

1305 Das Investitions- und Zukunftsprogramm zielt auf:

- 1306 • Gute Bildung: Wir schaffen mehr Personal, Inklusion, stocken das BaföG auf und sanieren
 1307 Gebäude.
- 1308 • Bessere Ausstattung in der Gesundheitsversorgung und Pflege.
- 1309 • Wir schaffen einen Neustart im sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau und ein
 1310 Förderprogramm für sozial gerechte Modernisierungen.
- 1311 • Wir finanzieren eine echte Energiewende, in der die fossilen, umweltschädlichen Energien
 1312 durch regenerative ersetzt werden. Die großen Energiekonzerne wollen wir ablösen: saubere
 1313 Energie in Bürgerhand.
- 1314 • Wir verbessern die Ausstattung des öffentlichen Nahverkehrs und führen ein Sozialticket ein.
- 1315 • Wir entlasten die Kommunen und stärken sie bei der öffentlichen Daseinsvorsorge.
- 1316 • Wir stärken regionale Wirtschaftskreisläufe, indem wir die wirtschaftliche Betätigung von
 1317 Kommunen fördern.
- 1318 • Wir fördern benachteiligte Regionen.
- 1319 • Wir schaffen Zugang zu schnellem Internet überall.
- 1320 • Wir investieren in Barrierefreiheit: im Verkehr, in öffentlichen Gebäuden und beim
 1321 Wohnungsbau.
- 1322 • Wir schaffen mehr Lebensqualität vor Ort durch Mittel für Maßnahmen gegen Umgebungs-,
 1323 Straßen-, Schienen-, und Fluglärm.
- 1324 • Wir stellen Innovationen und Digitalisierung in den Dienst des Öffentlichen. »Smart Cities« von
 1325 links sind öffentlich, transparent, und für alle zugänglich.

1326 Das Öffentliche und die Kommunen stärken: Privatisierungsstopp statt Schuldenbremse

1327 Eine Mehrheit der Menschen in Deutschland lehnt Privatisierungen wichtiger Bereiche der öffentlichen
 1328 Daseinsfürsorge ab. Der Widerstand gegen die Privatisierung von Krankenhäusern und
 1329 Wasserversorgung war auch bei den Protesten gegen das Freihandelsabkommen TTIP für viele ein

1330 wichtiger Grund, um auf die Straße zu gehen. Vielerorts haben sich in den letzten Jahren Initiativen für
 1331 eine Re-Kommunalisierung der Wohnungs-, Energie-, Wasser- und Abfallwirtschaft oder auch gegen die
 1332 Privatisierungen von kommunalen oder landeseigenen Krankenhäusern gebildet. DIE LINKE steht an
 1333 ihrer Seite und kämpft gegen Privatisierungen und für eine Stärkung des Öffentlichen durch Re-
 1334 Kommunalisierung.

1335 Denn: Privatisierungen von Wasser, öffentlichem Wohnungsbestand, von Energieversorgung,
 1336 Nahverkehr bis zur Bildung zerstören die Grundlagen einer demokratischen Gesellschaft und machen
 1337 sie ungerechter. Privatisierungen wurden lange Zeit damit gerechtfertigt, dass sie die Dienstleistungen
 1338 für die Bürgerinnen und Bürger preiswerter und den Service besser machen. Nachweisbar ist das
 1339 Gegenteil eingetreten. Privatisierung bedeutet, dass die Menschen mehr zahlen müssen: für
 1340 Wassergebühren, den Eintritt im Schwimmbad, den Nahverkehr oder die Musikschule. Die
 1341 Privatisierung befördert eine Parallelwelt der Reichen und Besserverdienenden, wer sich den Eintritt
 1342 nicht leisten kann, bleibt außen vor. Wo öffentliches Eigentum verkauft wird, verschlechtert sich die
 1343 Lebensqualität, besonders für Normal- und Geringverdienende.

1344 Kürzungen bei der öffentlichen Daseinsvorsorge und Privatisierungen werden häufig mit der
 1345 Schuldenbremse begründet. Angeblich könnten »wir« uns das Öffentliche nicht mehr leisten, sonst
 1346 würden wir unseren Kindern und Enkeln nur noch Schulden hinterlassen. Aber gerade im Interesse
 1347 unserer Kinder und Enkel dürfen wir die Daseinsvorsorge nicht den Profitinteressen privater
 1348 Unternehmen überlassen. Die Schuldenbremse und die »schwarze Null« sind vor allem Hebel, um die
 1349 Daseinsfürsorge kaputt zu sparen und neue Märkte für private Konzerne zu schaffen. Infrastruktur, die
 1350 Generationen halten wird, kann auch im Vorgriff auf die nächsten Generationen finanziert werden.
 1351 Kredite in diesem Sinne auszuschließen, ist unverantwortlich und wirtschaftlich unsinnig, noch dazu
 1352 angesichts der aktuellen Zinsen. Investitionen des Staates in die öffentliche Daseinsvorsorge und
 1353 Infrastruktur sind wichtige Investitionen in die Zukunft, die sich gerade auch für die nachfolgenden
 1354 Generationen rechnen. Zu ihrer Finanzierung will DIE LINKE die Multi-Millionäre endlich durch höhere
 1355 Steuern angemessen zur Finanzierung des Gemeinwohls heranziehen.

1356 DIE LINKE setzt auf Privatisierungsstopp statt Schuldenbremse:

- 1357 • Die Schuldenbremse muss zurückgenommen werden. DIE LINKE setzt sich für eine
 1358 entsprechende Veränderung der Verfassung ein. Bis dahin muss der Vollzug der
 1359 Schuldenbremse ausgesetzt werden. Wir wollen die Zwangsverwaltung kommunaler Haushalte
 1360 abschaffen. Den Kommunen soll erlaubt werden, über kommunale Unternehmen Kredite
 1361 aufzunehmen, um die öffentliche Daseinsvorsorge gewährleisten zu können.
- 1362 • Grundlegende Bereiche der Daseinsvorsorge wie Gesundheitsversorgung, Wohnungen,
 1363 Bildung, Jugendhilfe, Kultur, Energie- und Wasserversorgung, öffentlicher Personennahverkehr,
 1364 Fernverkehr, Zugang zum Internet und Abfallentsorgung müssen in öffentlicher Hand
 1365 organisiert sein. Wir werden uns daher an keiner Regierung beteiligen oder sie tolerieren, die
 1366 öffentliche Daseinsvorsorge privatisiert.
- 1367 • Wir wollen, dass die Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen ebenso gestoppt wird wie
 1368 alle Public-Private-Partnership-Projekte. Bis das durchgesetzt ist, müssen alle
 1369 Privatisierungsvorhaben den Bürgerinnen und Bürgern zur direkten Abstimmung per
 1370 Volksentscheid vorgelegt werden.
- 1371 • Privatisierte Bereiche der Daseinsvorsorge wollen wir rekommunalisieren. Wir wollen dafür
 1372 sorgen, dass der Bund den Kommunen Mittel für die Rekommunalisierung von Wohnungen,
 1373 Krankenhäusern, Wasser- und Energieversorgung zur Verfügung stellt. Dies kann über einen
 1374 Rekommunalisierungsfond geschehen. Unterstützung und rechtliche Beratung können durch
 1375 eine Rekommunalisierungsagentur organisiert werden, damit nicht in jeder Kommune das Rad
 1376 neu erfunden werden muss.
- 1377 • Privatisierte Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen wollen wir in nicht-kommerzielle,
 1378 öffentliche, gemeinnützige oder genossenschaftliche Trägerschaften überführen (vgl.
 1379 Gesundheitskapitel).

1380 DIE LINKE sieht das Öffentliche als zentralen Bestandteil der Demokratie. Der Reichtum einer
 1381 Gesellschaft muss sich in einem öffentlichen Reichtum und in den Lebenschancen aller
 1382 niederschlagen. Nur diese Art von Reichtum kommt allen zugute. Ohne ein leistungsfähiges öffentliches
 1383 Eigentum – also kommunales, regionales, genossenschaftliches, gemeinwirtschaftliches oder
 1384 staatliches Eigentum – kann eine Demokratie nicht funktionieren. DIE LINKE will das Öffentliche durch
 1385 Investitionen stärken und zugleich sozial gerechter und demokratischer organisieren. Wir wollen ein
 1386 neues Modell einer leistungsfähigen, demokratischen, öffentlichen, für alle zugänglichen und
 1387 ökologisch zukunftsfähigen Daseinsvorsorge und Infrastruktur durchsetzen:

- 1388 • Öffentliche Dienste und Einrichtungen müssen für alle Menschen zugänglich sein, unabhängig
 1389 davon, wie hoch ihr Einkommen ist, wo sie wohnen, welche Staatsbürgerschaft sie haben.
 1390 Öffentliche Dienstleistungen müssen für Jede und Jeden erschwinglich und barrierefrei sein.
- 1391 • Nur öffentliche Unternehmen und öffentliches Eigentum bieten die Chance einer
 1392 demokratischen Kontrolle und Mitbestimmung durch Bürgerinnen und Bürger sowie
 1393 Beschäftigte. Den öffentlichen Unternehmen müssen die Ziele des Wirtschaftens, die
 1394 Orientierung an den Zielen guter Arbeit, Verringerung sozialer Ungleichheit, Partizipation,
 1395 Klima- und Umweltschutz und ein klar definierter Handlungsrahmen durch die Parlamente
 1396 vorgegeben werden.
- 1397 • Der öffentliche Dienst und die öffentlichen Unternehmen müssen sich am gesellschaftlichen
 1398 Bedarf orientieren. Unter anderem heißt das: Es darf kein Personalabbau stattfinden.
 1399 Verwaltungen können ohne Stellenkürzungen reformiert werden, um auf veränderten Bedarf
 1400 zu reagieren.

1401 Öffentliches Eigentum und Bürgerbeteiligung gehören zusammen. Partizipation heißt nicht, mitreden
 1402 zu dürfen, sondern Entscheidungen wirksam beeinflussen zu können.

- 1403 • DIE LINKE streitet dafür, dass Bürgerinnen und Bürger den Zweck öffentlicher Unternehmen
 1404 mitbestimmen und öffentliche Unternehmen und Einrichtungen kontrollieren können. Sie
 1405 müssen an Entscheidungen und der Gestaltung ihres Lebensumfeldes beteiligt sein. Dazu
 1406 bedarf es einer umfassenden Änderung des Gesellschaftsrechts.
- 1407 • Wir wollen, dass öffentliche Unternehmen und Einrichtungen transparent arbeiten und dass
 1408 Verträge, die die öffentliche Verwaltung abschließt, offengelegt werden. Die
 1409 Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten müssen ausgeweitet werden.
- 1410 • DIE LINKE tritt dafür ein, dass das Personalvertretungsrecht uneingeschränkt für alle
 1411 Menschen gilt, die für eine Dienststelle tätig sind.
- 1412 • Für Aufsichtsgremien öffentlicher Unternehmen gleich welcher Rechtsform muss Transparenz
 1413 und Mitbestimmung der Kommunalräte und Belegschaften sowie die Mitwirkung von
 1414 Nutzergruppen gewährleistet sein. Aufsichtsratsmitglieder müssen an die Weisungen der
 1415 entsendenden Gremien (Kommune, Betriebsrat etc.) gebunden sein, ihre Rechenschaftspflicht
 1416 muss ausgeweitet und ihre Verschwiegenheitspflicht gegenüber dem entsendenden Gremium
 1417 aufgehoben werden. Die Unternehmensinteressen dürfen keinen Vorrang vor der
 1418 Gemeinwohlverpflichtung für die aus Kommunen entsandten Aufsichtsratsmitglieder haben.
- 1419 • Öffentliche Dienstleistungen müssen einem hohen Umweltstandard gerecht werden. DIE
 1420 LINKE will in die ökologische Modernisierung der öffentlichen Infrastruktur investieren (vgl.
 1421 Kapitel Sozial-ökologischer Umbau).
- 1422 • Der öffentliche Dienst muss Vorbild in Sachen guter Arbeit und Ausbildung sein (vgl. Kapitel
 1423 Gute Arbeit). Den Anteil von Beschäftigten mit Migrationshintergrund wollen wir erhöhen,
 1424 auch um dort, wo es den Bedarf gibt, die Mehrsprachigkeit in der Verwaltung zu
 1425 gewährleisten. Die Beschäftigten in der Verwaltung, in öffentlichen Einrichtungen und
 1426 Unternehmen müssen Einfluss auf deren Entwicklung nehmen können.

1427 **Lebensqualität und Demokratie in den Kommunen**

1428 In den Gemeinden, Städten und Kreisen entscheidet sich, wie es um Kinderbetreuung und Kultur, um
 1429 Wohnen und Gesundheitsversorgung bestellt ist. In den Ballungsräumen verfestigt sich die soziale

1430 Spaltung. Die Entwicklung von einigen wenigen großen Städten auf der einen Seite und dem
 1431 »ländlichen Raum« (der auch viele mittlere und Kleinstädte umfasst) driftet auseinander. Die
 1432 neoliberale Politik, die die Reichen steuerlich entlastet und die Kommunen mit Aufgaben und
 1433 Mehrkosten belastet, führt dazu, dass es in den Kommunen einen Rückstau an Investitionen von weit
 1434 über 100 Milliarden Euro gibt. Schon jetzt sind viele Kommunen in wirtschaftlich benachteiligten
 1435 Regionen überschuldet und unter Zwangsverwaltung. Die Schuldenbremse wirkt sich verheerend auf
 1436 die Lebensqualität von Menschen mit geringeren Einkommen und auf die kommunale Demokratie aus.
 1437 Wenn im Stadt- oder Gemeinderat bisweilen nur noch über die Verwaltung des Mangels und
 1438 vermeintlicher Sachzwänge entschieden wird, wird die Demokratie in der Kommune erstickt.

- 1439 • Kommunale Daseinsvorsorge muss sich am Bedarf und den Bedürfnissen der am stärksten
 1440 Benachteiligten orientieren. Um gleichwertige Lebensbedingungen in allen Regionen und
 1441 Kommunen zu schaffen, wollen wir ein verbindliches Anhörungs- und Mitwirkungsrecht der
 1442 Kommunen auf Bundesebene, wenn Gesetzentwürfe und Verordnungen erarbeitet werden, die
 1443 kommunal relevant sind. Kommunen sollen auch im Bund ein Selbstbefassungsrecht haben.
- 1444 • Wir wollen, dass Kommunen grundsätzlich über alle Angelegenheiten der kommunalen
 1445 Daseinsvorsorge und der örtlichen Gemeinschaft eigenverantwortlich entscheiden und die
 1446 sich daraus ergebenden Aufgaben wahrnehmen können. Die Kommunen sind kein neoliberales
 1447 Experimentierfeld.
- 1448 • Wir wollen einen Solidarpakt, der den am meisten benachteiligten Gemeinden zugutekommt
 1449 und nicht mehr nach Himmelsrichtung verteilt wird.
- 1450 • Die Überschuldung der Kommunen ist wesentlich auf die Veränderungen im Steuerrecht der
 1451 vergangenen Jahrzehnte zurückzuführen. Wir brauchen einen Altschuldenfonds unter
 1452 Beteiligung von Bund und Ländern.
- 1453 • Gemeinden dürfen nicht für Aufgaben bezahlen müssen, die die Bundesregierung ihnen
 1454 auferlegt, ohne ausreichende Finanzmittel dafür bereit zu stellen: Das Konnexitätsprinzips
 1455 (»wer bestellt, zahlt«), muss umgesetzt werden. Wir wollen eine umfassende
 1456 Gemeindefinanzreform, die die Selbständigkeit der Kommunen erhöht. Dafür soll die
 1457 Gewerbesteuer zu einer Gemeindefinanzsteuer weiterentwickelt werden (vgl. Kapitel
 1458 Ungleichheit ist unsozial).

1459 Die Kommunen in Deutschland haben durch die Klimakrise in der Zukunft große Aufgaben zu
 1460 bewältigen. Die Klimafolgen wirken sich hier am direktesten und bei den Menschen vor Ort aus. DIE
 1461 LINKE setzt sich dafür ein, dass der Bund die Kommunen bei Bewältigung dieser Herausforderungen
 1462 stärker unterstützt und gemeinsam mit den Kommunen verbindliche Rahmenbedingungen für
 1463 Klimaschutzkonzepte schafft. Die Kommunen müssen bei der Energieversorgung vor Ort mehr und
 1464 mehr auf erneuerbare Energien setzen. Der öffentliche Nahverkehr soll auf neue Antriebsmodelle
 1465 umstellen. Hier haben kommunale Unternehmen und die örtliche Verwaltung eine Vorbildfunktion –
 1466 nicht nur bei der Umrüstung, auch bei der Bereitstellung der Energie (z.B. Ladestationen). Das
 1467 Erneuerbare-Energien-Gesetz muss so verändert werden, dass Kommunen, Stadtwerke und Bürger-
 1468 Energie-Genossenschaften einen gleichberechtigten Zugang zum Ausbau der erneuerbaren Energien
 1469 erhalten. Es braucht einheitliche Standards für Klimaschutzkonzepte auf Bundesebene, die
 1470 sicherstellen, dass Kommunen bei der Bewältigung der Klimafolgenanpassung unterstützt werden und
 1471 der Bund entsprechende finanzielle Mittel dafür bereitstellt.

1472 **VII. Die Mieten runter! Neustart für den sozialen, gemeinnützigen**
 1473 **Wohnungsbau**

1474 In großen Städten, Ballungszentren und Universitätsstädten explodieren die Mieten. Weil die Miete
 1475 nicht mehr bezahlbar ist, werden viele aus ihren Wohnungen verdrängt. Die Städte verändern sich: Die
 1476 attraktiven Innenstädte sind mehr und mehr den Reichen vorbehalten. Arme, Studierende, Menschen
 1477 mit geringem Einkommen, Rentnerinnen und Rentner werden verdrängt. Und auch für Menschen mit
 1478 mittlerem Einkommen wird es eng! Immer mehr Anteile von Lohn und Gehalt müssen fürs Wohnen
 1479 aufgebracht werden und fehlen an anderer Stelle. Die Angst, sich keine Wohnung mehr leisten zu
 1480 können, verunsichert viele Menschen. Die Mietpreisbremse der Regierung ist wirkungslos: Sie hat die
 1481 Explosion der Mieten nicht stoppen können. Der soziale Wohnungsbau ist weiter im Niedergang.

1482 Die Mieten steigen, weil die Spekulation den Wohnungsmarkt erreicht hat: Das Kapital walzt durch die
 1483 Städte. Nach der Finanzkrise und angesichts von niedrigen Zinsen suchen internationale
 1484 Immobilienfonds und Finanzfirmen nach neuen Profitmöglichkeiten: Sie kaufen Mietshäuser und
 1485 »modernisieren die Mieter heraus«: Die Bestandsmieten steigen, bei Neuvermietung oder Umwandlung
 1486 in Eigentumswohnungen winken große Gewinne. Inzwischen hat es auch viele mittlere und kleinere
 1487 Städte erreicht: Wohnraum, Modernisierung und die Spekulation mit Immobilien ist das neue »Beton-
 1488 Gold«. Große Immobilienfonds und private, finanzmarktgetriebene Wohnungsunternehmen wie
 1489 Vonovia und Deutsche Wohnen erwerben immer größere Bestände und unterwerfen Mieterinnen und
 1490 Mietern ihren Renditeinteressen. Unser Grundgesetz bindet Eigentum an das Gemeinwohl. Der
 1491 Wildwuchs von Mietsteigerungen und Privatisierungsgewinnen dagegen erinnert an die Goldgräber-
 1492 Zeit: Regulierungen greifen nicht oder werden straffrei unterlaufen. Die Krise auf dem Wohnungsmarkt
 1493 braucht entschlossene und schnell wirksame Maßnahmen. Es müssen Instrumente geschaffen
 1494 werden, um überhöhte Mieten zu senken und Höchstmieten festzulegen.

1495 Wir brauchen mehr bezahlbare Wohnungen: In den letzten 30 Jahren hat sich der Bestand an
 1496 Sozialwohnungen um Zweidrittel verringert. Die Politik der Regierungen geht ganz am Bedarf vorbei:
 1497 Es fehlen fünf Millionen Sozialwohnungen! 50.000 Sozialwohnungen fallen jedes Jahr aus der
 1498 Sozialbindung. Wir wollen einen Neustart im sozialen Wohnungsbau. Das ist ein zentraler Bestandteil
 1499 unseres Zukunftsprogramms: Sozialwohnungen müssen gebaut und angekauft werden – mindestens
 1500 250.000 im Jahr, für über fünf Milliarden Euro im Jahr – vor allem durch gemeinnützigen kommunalen
 1501 Wohnungsbau. Die Wohnungen bleiben Sozialwohnungen: Öffentlich geförderter Wohnungsbau darf
 1502 nicht aus der Sozialbindung entlassen werden. Das »Wiener Modell« hat es vorgemacht: Bezahlbare
 1503 Wohnungen mit festgelegten Mieten, die in öffentlichem Eigentum sind und in denen die Mieterinnen
 1504 und Mieter mitbestimmen.

1505 Die Wohngemeinnützigkeit wurde in Deutschland 1990 abgeschafft. Wohnen wurde dem Markt und
 1506 Profitstreben überlassen. Wir wollen eine neue Wohngemeinnützigkeit einführen! Ein Sektor auf dem
 1507 Wohnungsmarkt, der nicht profit-orientiert ist, ist Kernbestandteil einer neuen sozialen und
 1508 nachhaltigen Wohnungspolitik. Er soll die Miete bezahlbar machen, Gewinne deckeln und wieder in
 1509 bezahlbare Wohnungen investieren. Dafür gibt es steuerliche Vergünstigungen, bevorzugte Förderung
 1510 und einen bevorzugten Zugang zum Boden. Gemeinwohlorientierte Unternehmen müssen transparent
 1511 arbeiten und Mietermitbestimmung garantieren.

1512 Das sind Grundlagen einer demokratischen, sozial gerechten und sicheren Organisation des Wohnens.
 1513 DIE LINKE stellt die Interessen der Mieterinnen und Mieter in den Mittelpunkt. Wir unterstützen
 1514 Mieterinnen und Mieter, die sich gegen Mietwucher und Verdrängung wehren! In den meisten Städten
 1515 gibt es inzwischen zahlreiche Initiativen, die um ihre Häuser, ihren Stadtteil, die für das Recht auf
 1516 Stadt kämpfen. Die LINKE ergreift Partei für Mieterinnen und Mieter und ist Partnerin der
 1517 mietenpolitischen Bewegung. Wohnen ist ein Menschenrecht, das nicht dem Markt überlassen werden
 1518 darf. Wir wollen 1. die Explosion der Mieten und Verdrängung stoppen, 2. die Privatisierung von und
 1519 Spekulation mit Boden und Wohnraum beenden und 3. den öffentlichen und sozialen Wohnungsbau
 1520 neu starten und gemeinnützigen und genossenschaftlichen Wohnungsbau stärken.

1521 **Die Mieten sind zu hoch! Mieterhöhungen stoppen!**

- 1522 • Wir wollen eine wirkliche Mietpreisbremse, die flächendeckend, bundesweit, unbefristet und
- 1523 ohne Ausnahme gilt. Die ortsübliche Miete ist die Obergrenze. Ein Moratorium für
- 1524 Mieterhöhungen: Bis zur Einführung der Mietpreisbremse werden Mieterhöhungen
- 1525 ausgeschlossen.
- 1526 • Keine Mieterhöhungen ohne Verbesserungen des Wohnwertes! Vermieter können lediglich den
- 1527 Inflationsausgleich umlegen.
- 1528 • Der Mietspiegel darf kein Mieterhöhungsspiegel sein. Alle Mieten müssen in die Berechnung
- 1529 einfließen und nicht nur die der letzten vier Jahre. Für Städte ab einer bestimmten Größe
- 1530 werden Mietspiegel verpflichtend. Die Kommunen erhalten hierfür finanzielle Unterstützung
- 1531 durch den Bund.
- 1532 • Vermieter, die gegen den Mietendeckel verstoßen, müssen bestraft werden. Wir brauchen ein
- 1533 öffentliches Register über alle Mietzahlungen. Mietwucher muss endlich wirkungsvoll
- 1534 geahndet werden.

1535 **Verdrängung und Gentrifizierung stoppen**

- 1536 • Mietwohnungen dürfen nicht kommerziell als Ferienwohnungen angeboten werden. Die
- 1537 Zweckentfremdung von Wohnraum wollen wir stoppen.
- 1538 • Die Umsetzung des Mieterschutzes, von Mietspiegel, Milieuschutz, und Verbot von Entmietung
- 1539 und kommerziellen Ferienwohnungen müssen wirksam kontrolliert werden. Dafür wollen wir
- 1540 eine Sonder-Kommission GerechWohnen und eine öffentliche Beschwerdestelle schaffen.
- 1541 • Wir wollen den Milieuschutz ausweiten und wirksam machen. Bis zur Umsetzung eines
- 1542 verbindlichen Mietspiegels wird in Milieuschutzgebieten eine Obergrenze für Mieten von 8,50
- 1543 Euro eingeführt. Niedrigere Mieten werden eingefroren und dürfen nicht erhöht werden.

1544 Wir wollen den Kündigungsschutz für Mieterinnen und Mieter verbessern:

- 1545 • Wenn Rückstände bei der Miete beglichen sind, darf nicht gekündigt werden.
- 1546 • Mietminderung ist kein Kündigungsgrund!
- 1547 • Kündigungen wegen Eigenbedarf der Wohnungseigentümer wollen wir strenger regeln. Wenn
- 1548 Unternehmen die Eigentümer sind, sollen sie ausgeschlossen werden.

1549 Ein **Bremsklotz gegen Spekulation und Privatisierung!** Wohnen ist ein Menschenrecht und muss dem
1550 Markt und Profit entzogen werden.

- 1551 • Wir wollen Wohnungen zurück in die öffentliche Hand bringen. In erster Linie Kommunen, aber
- 1552 auch Genossenschaften und Mieterinnengemeinschaften wollen wir den Rückkauf von
- 1553 Wohnungen ermöglichen und durch die öffentliche Hand fördern. Dafür soll ein
- 1554 Rekommunalisierungs-Fonds aufgelegt werden.
- 1555 • Die Privatisierung von öffentlichen Grundstücken und Wohnungen werden wir stoppen.
- 1556 Liegenschaften der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben dürfen nur noch an Kommunen,
- 1557 Länder und Mieterinitiativen abgegeben werden.
- 1558 • Immobilienfonds wollen wir die Zulassung entziehen.
- 1559 • Bei Verkauf von Immobilien sollen die Kommunen sowie Mieterinnen und Mieter einzeln und
- 1560 als Gemeinschaft ein Vorkaufsrecht haben.
- 1561 • Öffentlicher Boden darf nicht privatisiert, sondern nur im Erbbaurecht vergeben werden.
- 1562 Gemeinnützige Nutzung wird dabei bevorzugt.
- 1563 • Leerstand zu Mietwohnungen! In angespannten Wohnlagen dürfen leerstehende Wohnungen
- 1564 nicht von der Steuer abgeschrieben werden. Das setzt die falschen Anreize.
- 1565 • Die Regelung, dass nach Ablauf einer Frist von zehn Jahren auf Gewinne aus
- 1566 Immobilienverkäufen keine Steuern bezahlt werden müssen, wollen wir abschaffen. Gewinne,
- 1567 die durch Spekulation und Immobilienverkäufe entstehen, müssen deutlich stärker besteuert
- 1568 werden.

- 1569 • Angesichts der aktuellen Notlage gilt: Wohnraum oder als Wohnraum nutzbarer Gewerberaum,
 1570 der aus Spekulationsgründen oder ähnlichem leer steht oder zweckentfremdet wird, muss
 1571 einer obligatorischen Zwischennutzung zugeführt werden. Zivilgesellschaftliche Initiativen, die
 1572 sich mit Mitteln des zivilen Ungehorsams für eine zweckgemäße Nutzung von Wohnraum
 1573 einsetzen (»Besetzungen«), müssen legalisiert werden.

1574 Für lebenswerte und soziale Städte. Wir wollen sozial durchmischte Stadtviertel erhalten statt
 1575 Bettenburgen für die Armen an den Stadträndern und Hochglanzviertel für die Reichen in den Zentren.
 1576 Dafür zielen wir auf einen prozentualen Anteil von Sozialwohnungen im Viertel.

- 1577 • Wohnen ist Teil unserer Investitionen in die Zukunft: Wir wollen einen Neustart für öffentlichen
 1578 sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau. Dafür wollen wir dauerhaft mindestens 250.000
 1579 neue Sozialwohnungen im Jahr schaffen. Die Zweckbindung muss erhalten bleiben. Einmal
 1580 Sozialwohnung, immer Sozialwohnung: Das muss in Zukunft gelten.

- 1581 • Der Bund darf nach 2019 nicht aus der Verantwortung für den sozialen Wohnungsbau
 1582 entlassen werden. Wir brauchen ein Bund-Länder-Programm.

- 1583 • Wir wollen barrierefrei bauen! Für inklusiver Städte.

- 1584 • Auch Gewerbemieten müssen begrenzt werden, um kleine Geschäfte und eine wohnortnahe
 1585 Versorgung mit Einkaufsmöglichkeiten zu erhalten.

- 1586 • Wir wollen flächensparend und ökologisch bauen und Kleingärten, Stadtgrün und Flächen für
 1587 *urban gardening* erhalten.

1588 Sanierungen sozial und ökologisch! Sanierungen werden häufig genutzt, um die Wohnungen zu
 1589 »entmieten« und die Mieten in die Höhe zu treiben.

- 1590 • Nach energetischer Modernisierung darf die Mieterhöhung nicht höher sein, als die
 1591 Mieterinnen und Mieter an Heizkosten sparen. Die Differenz muss durch das Förderprogramm
 1592 gedeckt werden.

- 1593 • Dafür wollen wir ein Bundesprogramm von fünf Milliarden Euro pro Jahr auflegen. Auf die
 1594 Förderung sollen Mieterinnen und Mieter einen Rechtsanspruch haben. Wenn die Förderung
 1595 nicht in Anspruch genommen wird, müssen die Mieterinnen und Mieter die Modernisierung
 1596 nicht dulden.

- 1597 • Die Modernisierungsumlage wollen wir abschaffen.

1598 Wir wollen die Wohnungen für diejenigen sichern, die am stärksten bedroht sind. Die
 1599 Wohnungslosigkeit hat zugenommen. In einer reichen Gesellschaft wie unserer ist das eine Schande.
 1600 Wir wollen Wohnungslosigkeit stoppen. Im Vordergrund muss stehen: Wohnungen zur Verfügung
 1601 stellen (*housing first*).

- 1602 • Wir wollen Zwangsräumungen verhindern. Das Recht auf Wohnen gehört ins Grundgesetz.

- 1603 • Geflüchtete dürfen nicht zum Sündenbock gemacht werden. Sie haben nur die Mängel der
 1604 Wohnungspolitik sichtbar gemacht. In einer sozialen Offensive für alle können wir gutes
 1605 Wohnen für alle schaffen. Wir wollen die Unterbringung von Geflüchteten in
 1606 Massenunterkünften beenden und dezentral organisieren.

- 1607 • Bisher wird Wohnungslosigkeit nicht dokumentiert, wir wollen eine öffentliche Statistik.

- 1608 • Das Wohngeld muss erhöht und umgebaut werden. Die öffentliche Hand darf nicht die
 1609 privaten Gewinne der Wohnungsbesitzer zu nähren – deshalb wollen wir den Mietendeckel.
 1610 Wir wollen den Heizkostenzuschlag sofort wieder einführen und eine Klima-Komponente bei
 1611 Wohngeld und Kosten der Unterkunft (vgl. Kapitel Energiewende).

- 1612 • Sozialmieten und Vergleichsmieten müssen als Kosten der Unterkunft anerkannt werden.

1613 **Die Häuser denen, die drin wohnen!**

1614 Viele Menschen wehren sich gegen Mieterhöhungen, Verdrängung und Zwangsräumungen. DIE LINKE
 1615 kämpft an ihrer Seite. Wir wollen, dass Mieterinnen und Mieter mehr Mitsprache erhalten oder ihre
 1616 Häuser gemeinschaftlich übernehmen können (kollektives Vorkaufsrecht). In allen öffentlichen
 1617 Unternehmen müssen demokratische Mieterräte gewählt werden. An allen wichtigen Entscheidungen

1618 des Unternehmens sind Mieterinnen und Mieter zu beteiligen. Die Ergebnisse von
 1619 Aufsichtsratsitzungen öffentlicher Unternehmen müssen öffentlich zugänglich sein. Mietervereine
 1620 müssen ein Verbandsklagerecht erhalten. Auch Genossenschaften wollen wir demokratisieren. Um die
 1621 Gründung von kleinen Genossenschaften für kooperative und/oder altersgerechte Wohn- und
 1622 Kulturprojekte zu erleichtern, wollen wir eine besondere Rechtsform im Genossenschaftsrecht
 1623 einführen (Rechtsform der haftungsbeschränkten Kooperationsgesellschaft).

1624 **Wohnen in der Stadt und auf dem Land**

1625 Während in den Großstädten die Mieten explodieren, stehen in vielen ländlichen Regionen Wohnungen
 1626 und Häuser leer. Menschen mit geringem Einkommen dürfen nicht aus den Städten verdrängt und
 1627 dafür bestraft werden, dass eine falsche Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik Menschen vom Land in
 1628 die Städte treibt. Wir wollen ländliche Regionen und strukturschwache Gebiete auch durch die
 1629 Stadtumbauprogramme des Bundes unterstützen.

- 1630 • Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadtumbauprogramme Ost und West zusammengeführt
 1631 werden. Dies darf nicht dazu führen, dass die finanziellen Mittel für den Osten geringer
 1632 werden (vgl. Kapitel Gleiche Lebensverhältnisse in Ost und West).
- 1633 • In vielen Dörfern und Kleinstädten werden neue Wohngebiete im Außenbereich ausgewiesen.
 1634 Dies führt zum Flächenfraß; die Ortskerne verfallen und leeren sich. Der Bund muss ein
 1635 Förderprogramm zur Sanierung und zum Erhalt der Orts- und Dorfkerne auflegen.
- 1636 • Das Programm soziale Stadt muss finanziell besser ausgestattet werden.

1637 VIII. Gute Bildung. Für alle.

1638 Der Zugang zu Bildung ist in Deutschland stark von der sozialen Herkunft abhängig. Wer wohlhabende
 1639 Eltern hat, hat deutlich bessere Chancen Abitur zu machen und zu studieren. Bildung ist ein
 1640 Menschenrecht. Aber für viele Kinder fällt schon nach der Grundschule die Entscheidung, welche
 1641 Schulform sie besuchen werden und damit auch, welche Türen ihnen künftig verschlossen bleiben.
 1642 Das deutsche Bildungssystem verschärft die soziale Spaltung der Gesellschaft statt ihr
 1643 entgegenzuwirken.

1644 In Bildung wird viel zu wenig Geld investiert. Ein sichtbares Zeichen dafür sind marode Schulen. Durch
 1645 die Schuldenbremse verschärfen sich diese Probleme. Allein der Sanierungsbedarf bei Schulen wird
 1646 bundesweit auf 34 Milliarden Euro geschätzt. An den Hochschulen müssten von 2017 bis 2025
 1647 ungefähr 35 Milliarden Euro investiert werden, um den Modernisierungstau abzubauen. Hörsäle und
 1648 Seminarräume sind häufig überfüllt, und es gibt zu wenig Personal. Der Betreuungsschlüssel von
 1649 Studierenden und Personal wurde 1980 mit 13 zu 1 festgelegt. Die Gewerkschaft Erziehung und
 1650 Wissenschaft hat errechnet, dass 56.746 wissenschaftliche Stellen geschaffen werden müssen, um
 1651 diesen zu erreichen. Wir kämpfen für mehr Personal in Bildung und Erziehung. Wir wollen die Gebäude
 1652 sanieren, ausbauen und dem Bedarf anpassen.

1653 Wir stellen sozialer Spaltung in der Bildung, Leistungsdruck und Unterfinanzierung eine andere Idee
 1654 entgegen. Unser Ziel ist, dass alle die gleichen Chancen auf und den gleichen Zugang zu Bildung
 1655 haben, ein Leben lang. Durch den Zugang zu Bildung sollen soziale Benachteiligungen abgebaut, nicht
 1656 noch verstärkt werden. Niemand darf ausgegrenzt werden. DIE LINKE setzt sich für ein inklusives
 1657 Bildungssystem ein, in dem Menschen individuell gefördert und Nachteile ausgeglichen werden. Wir
 1658 wollen gemeinsames, solidarisches Lernen statt Konkurrenz und Notendruck. Gute Bildung ist Teil der
 1659 öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie muss ausreichend vom Staat finanziert werden. Privatisierungen –
 1660 auch von öffentlichen Bildungseinrichtungen – müssen gestoppt und umgekehrt werden.

1661 Wir wollen Lehr- und Lernmittelfreiheit, aber auch die kostenfreie Verpflegung in Kita und Schule
 1662 sowie die Beförderung von Schülerinnen und Schülern zur Schule. DIE LINKE steht für gute Bildung,
 1663 die nicht vom Geldbeutel und der Herkunft abhängt.

1664 Kooperation statt Konkurrenz

1665 Die Bildungssysteme sind in den Bundesländern so unterschiedlich, dass ein Umzug zum Problem
 1666 werden kann. Der im Grundgesetz verankerte Gedanke der gleichwertigen Lebensverhältnisse bleibt
 1667 auf der Strecke. Einheitliche Standards würden vieles verbessern, stattdessen konkurrieren die
 1668 Bundesländer miteinander.

1669 Bildungspolitik ist Ländersache, trotzdem müssen Bund und Länder in der Bildung zusammenarbeiten
 1670 können. Diese Zusammenarbeit ist seit 2006 nicht möglich. Das sogenannte Kooperationsverbot ist
 1671 ein Hindernis für gleiche und vergleichbare Bedingungen beim Lernen und Lehren. Zwischen den
 1672 Bundesländern bestehen bei der Bildungsinfrastruktur, Bildungsabschlüssen und Bildungswegen große
 1673 Unterschiede. Die Bundesregierung hat das Kooperationsverbot nur für ihre Prestigeprojekte im
 1674 Hochschulbereich teilweise aufgehoben. Das ist der falsche Weg! Wir wollen das Kooperationsverbot
 1675 ganz aufheben und Bildung als Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz verankern.

- 1676 • Wir wollen **Gebäude sanieren, Inklusion stärken** und die digitale Infrastruktur ausbauen. Das
 1677 geht nur mit öffentlichen Investitionen. Wir brauchen mehr Personal in der Bildung! Wir
 1678 beginnen damit in Wohngebieten mit einkommensarmer Bevölkerung.
- 1679 • **Befristete Stellen** sind in der Bildung allgegenwärtig, ob an der Hochschule, in der
 1680 Weiterbildung oder indem Lehrerinnen und Lehrer vor den Sommerferien entlassen werden.
 1681 Die Sonderregelungen für Befristungen an den Hochschulen müssen beendet werden. Wir
 1682 wollen unbefristete Beschäftigung als Regel. Ausnahmen müssen sachliche Gründe haben
 1683 (z.B. Elternzeitvertretung).

- 1684 • Standards und Abschlüsse in der Bildung sollen bundesweit vergleichbar sein. Mit einem
1685 Bildungsrahmengesetz wollen wir Standards der Lehr- und Lernbedingungen (Personal und
1686 Ausstattung) festlegen.

1687 Ungleiche Chancen und Lebensläufe werden auch über Bildung organisiert und zugewiesen. Eine frühe
1688 Einteilung in unterschiedliche Schulformen befördert das. An den Hochschulen hat sich diese
1689 Entwicklung in den letzten Jahren noch verstärkt: durch Leistungsdruck und ständiges Abprüfen von
1690 Wissen. Auch in der Schule, in der Ausbildung und sogar in der Kita ist der Alltag oft stressig.
1691 Konkurrenz wird schon früh geübt. Damit soziale Ungleichheit zurückgedrängt statt verstärkt wird,
1692 wollen wir eine Gemeinschaftsschule, in der länger gemeinsam gelernt wird.

1693 **Klasse Kitas**

1694 Allen Kindern muss von Anfang an ganztägig das gemeinsame Leben und Lernen mit anderen Kindern
1695 in Kindertageseinrichtungen ermöglicht werden. Unabhängig davon, ob und wie lang die Eltern
1696 arbeiten. Solche Bedarfsprüfungen lehnen wir ab. Zur Sicherung der Qualität der Einrichtungen und für
1697 den weiteren Ausbau von Kitaplätzen muss der Bund mehr Geld zur Verfügung stellen. Wir brauchen
1698 ein Kitaqualitätsgesetz, das beim Kitaausbau die Belange der Kinder und der Beschäftigten in den
1699 Mittelpunkt rückt:

- 1700 • DIE LINKE fordert einen bundesweit einheitlichen Betreuungsschlüssel in Kindertagesstätten
1701 von mindestens einer anwesenden Erzieherin oder einem Erzieher zu maximal drei Kindern im
1702 Alter bis drei Jahren und mindestens einer Erzieherin oder einem Erzieher zu maximal acht
1703 Kindern ab drei Jahren.
- 1704 • Wir wollen gebührenfreie Kitas (mit Elternbeitragsfreiheit) und kämpfen für die Abschaffung
1705 jeglicher Gebühren im öffentlichen Bildungssystem.
- 1706 • Alle Kinder sollen täglich ein kostenloses, gesundes, warmes Essen erhalten, wie es in einigen
1707 Städten bereits praktiziert wird.
- 1708 • Sozial- und Erziehungsberufe müssen aufgewertet werden. Sie verdienen größere
1709 Wertschätzung: bessere Bezahlung und Arbeitsbedingungen. Wir wollen die Ausbildung als
1710 Erzieherin und Erzieher in der frühkindlichen Bildung auf Hochschulniveau anheben.

1711 **Eine Schule für alle**

1712 Wesentliche Ursache der sozialen Spaltung in der Bildung ist die frühe Aufteilung der Schülerinnen
1713 und Schüler in unterschiedliche Schulformen.

- 1714 • Wir wollen eine Schule für alle: Eine Gemeinschaftsschule, die kein Kind zurücklässt und
1715 sozialer Ungleichheit entgegenwirkt. Statt Bildungschancen über unterschiedliche
1716 Bildungswege zuzuweisen, fordern wir inklusive Schulformen, die längeres gemeinsames
1717 Lernen ermöglichen.
- 1718 • Schule sollte so organisiert sein, dass die sozialen Unterschiede nicht noch verstärkt, sondern
1719 möglichst ausgeglichen werden. Deshalb sollte die Erledigung der Hausaufgaben nicht im
1720 familiären Bereich bleiben, sondern im schulischen Alltag müssen Raum und Zeit sein.

1721 Die Gemeinschaftsschule fördert die Kinder individuell und umfassend. Private Nachhilfe und
1722 Hausaufgaben werden überflüssig. Die Gemeinschaftsschule hat einen hohen inhaltlichen Anspruch,
1723 fördert Stärken und gleicht Nachteile aus. Sie ist ganztägig organisiert und bietet alle Schulabschlüsse
1724 an. Lehrkräfte, Schulsozialarbeit und Schulpsychologie wirken zusammen. Sie ist demokratisch
1725 organisiert mit einer wirklichen Mitbestimmung von Schülerinnen und Schüler.

1726 DIE LINKE will eine inklusive Schule, die für die uneingeschränkte Umsetzung der UN-
1727 Behindertenrechtskonvention steht. Heute werden viele besondere Förderbedarfe festgestellt, es
1728 werden aber keine adäquaten Hilfen für diese Förderbedarfe angeboten. Das muss sich ändern.
1729 Inklusion ist für uns eine gesamtgesellschaftliche Verpflichtung, alle müssen gleichberechtigt
1730 dazugehören und teilhaben können.

- 1731 • Bund, Länder und Kommunen müssen dafür ein Investitionsprogramm für »Inklusive Bildung«
1732 auflegen, um Bildungseinrichtungen umfassend barrierefrei umzubauen und auszustatten.
- 1733 • Der Rechtsanspruch auf inklusive Bildung und das Recht auf das gemeinsame Lernen in einer
1734 Regelschule gehört in jedes Schulgesetz. Inklusion darf nicht davon abhängig gemacht
1735 werden, wie viel sie kostet!
- 1736 • Tausende geflüchtete Kinder und Jugendliche gehen in Deutschland in die Schule oder machen
1737 eine Ausbildung. Wir wollen ein Bund-Länderprogramm »Sofortmaßnahmen in der Bildung«. Es
1738 muss vom Bund mit finanziert werden und umfasst: Aus- und Weiterbildung von zusätzlichen
1739 Lehrkräften, die Deutsch als Zweitsprache unterrichten, eine Erstausrüstung an Schulbedarf
1740 für alle Kinder, zusätzliche Sprach- und Alphabetisierungskurse auch für geflüchtete
1741 Erwachsene und Informationen zu Berufsausbildungen, die für Geflüchtete angeboten werden
1742 in der Bundesagentur für Arbeit. Den Kommunen müssen dafür entsprechende Mittel zur
1743 Verfügung gestellt werden.
- 1744 • Schulsozialarbeit muss ein fester Bestandteil von schulischer Arbeit werden – an jeder Schule
1745 und dauerhaft.
- 1746 • Die unzureichende Personalauslastung der Schulen führt zu Unterrichtsausfall und Stress. Das
1747 Personal muss Engpässe mit regulär beschäftigten Lehrkräften ausgleichen können.
- 1748 • Viele Sporthallen und Schwimmbäder sind baufällig, müssen gesperrt werden oder sind es
1749 schon, weil gespart werden muss. Hier wollen wir sanieren und in barrierefreie,
1750 energieeffiziente und schön gestaltete Schulräume investieren!
- 1751 • Wir wollen Lobbyismus in Schule und Unterricht unterbinden. Interessensgruppen dürfen nicht
1752 aus kommerziellen Gründen dort aktiv sein. Kommerzielle Werbung an Schulen muss
1753 gesetzlich untersagt werden. Schulen müssen besser mit Lehrmitteln ausgestattet werden.
1754 Lehrkräfte sollten nicht länger aus Finanznot gezwungen sein, auf externes
1755 Unterrichtsmaterial zurückgreifen zu müssen.
- 1756 • Bildung ohne Bundeswehr! Die Bundeswehr soll nicht mehr in Schulen oder Universitäten
1757 werben oder auftreten dürfen. Stattdessen brauchen wir dort mehr politische und
1758 friedenspädagogische Bildung durch Lehrkräfte.
- 1759 • Lehrämter – von der Grundschule bis zum Gymnasium – sollen gleichgestellt werden.

1760 **Gut ausgebildet**

1761 Jedes Jahr werden etwa 80.000 junge Menschen in Deutschland bei der Suche nach einem
1762 Ausbildungsplatz verfrachtet. Sie finden keinen Ausbildungsplatz mit Perspektive oder hängen in
1763 endlosen Warteschleifen fest. Eine Studie des DGB hat gezeigt: Es gibt nicht zu wenig qualifizierte
1764 Bewerberinnen und Bewerber, wie die Arbeitgeber behaupten. Rund 283.000 Jugendliche, die von der
1765 Bundesagentur für Arbeit als ausbildungsreif eingestuft wurden, haben keinen Ausbildungsplatz. Mehr
1766 als die Hälfte der Auszubildenden klagt über zu hohe Belastung, viele gehen auch krank zur Arbeit
1767 oder werden als billige Arbeitskräfte ausgebeutet. Die Bedingungen und die Qualität der Ausbildung
1768 müssen dringend verbessert werden.

1769 DIE LINKE setzt sich für ein Recht auf eine gebührenfreie und vollqualifizierende Ausbildung für alle
1770 ein.

- 1771 • Wir wollen eine solidarische Umlagefinanzierung, die alle Betriebe in die Pflicht nimmt, damit
1772 ausreichend duale und qualitativ hochwertige Ausbildungsplätze geschaffen werden (vgl.
1773 Weiterbildung im Kapitel Arbeit und Digitalisierung).
- 1774 • Auszubildende brauchen eine Ausbildungsvergütung, die zum Leben unabhängig von den
1775 Eltern reicht. Darum fordern wir eine gesetzlich geregelte Mindestausbildungsvergütung
1776 vergleichbar dem gesetzlichen Mindestlohn. Wir unterstützen die Gewerkschaften und
1777 Gewerkschaftsjugendlichen bei ihrem Kampf um bessere tarifvertragliche Lösungen.
- 1778 • Am Ende von berufsvorbereitenden Maßnahmen muss ein verbindliches Ausbildungsangebot
1779 stehen.
- 1780 • Menschen ohne abgeschlossene Ausbildung sollen einen anerkannten Berufsabschluss
1781 machen können – unabhängig von ihrem Alter.

- 1782 • Wir wollen eine grundlegende Reform des Berufsbildungsgesetzes (BBiG), in der die
- 1783 Verbesserung der Ausbildungsqualität in den Mittelpunkt gerückt und ein Rechtsanspruch auf
- 1784 eine vollqualifizierende Ausbildung verankert wird.
- 1785 • Die Mitbestimmung der Auszubildenden wollen wir stärken. Ihre Mitwirkung in den
- 1786 Personalvertretungen muss garantiert werden.
- 1787 • Wir wollen einen Berufsschulpakt, damit längst überfällige Investitionen für gute Qualität an
- 1788 beruflichen Schulen getätigt werden.
- 1789 • Politische Bildung muss auch Teil der beruflichen Ausbildung sein.
- 1790 • Die Lehr- und Lernmittelfreiheit muss im Berufsbildungsgesetz verankert werden.

1791 **Gute Weiterbildung**

1792 Wir setzen uns für lebenslanges, lebensbegleitendes Lernen ein: als Angebot, nicht als Pflicht zur
 1793 Selbstoptimierung! Die allgemeine, kulturelle, politische und berufliche Weiterbildung ist ein wichtiger
 1794 Teil davon. Sie dient der Entwicklung der Einzelnen und der beruflichen Fortbildung oder
 1795 Umorientierung und befördert die gesellschaftliche Teilhabe. Wir wollen berufliche Weiterbildung
 1796 erleichtern. DIE LINKE will zudem eine Bildungsfreistellung für alle Beschäftigten durchsetzen (vgl.
 1797 Kapitel Gute Arbeit).

1798 In der Weiterbildung sind die Arbeitsverhältnisse oft prekär.

- 1799 • Wir wollen einen Branchentarifvertrag für alle Bereiche der Weiterbildung in Anlehnung an den
- 1800 Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes.
- 1801 • Honorarverträge sollen in feste Stellen umgewandelt werden. Honorare und Arbeitszeiten
- 1802 müssen an den Tarifvertrag angepasst werden.
- 1803 • Lehrerinnen und Lehrer in Sprach- und Integrationskursen müssen die gleichen
- 1804 Arbeitsbedingungen und Vergütungen wie der öffentliche Dienst bekommen.
- 1805 • Die Arbeitsagenturen und andere öffentliche Auftraggeber müssen bei der Vergabe die
- 1806 Qualität von Bildung und eine gute Bezahlung der Lehrkräfte in den Mittelpunkt stellen. Bei
- 1807 der Vergabe von Bildungsdienstleistungen durch die Bundesagentur für Arbeit sollen die
- 1808 geltenden tariflichen Bestimmungen für alle Anbieter verbindlich sein.
- 1809 • Volkshochschulen und andere öffentlich geförderte Weiterbildungseinrichtungen müssen
- 1810 ausreichend und dauerhaft finanziert werden. Lehrkräfte dürfen sich nicht von einem
- 1811 befristeten Projekt zum nächsten hangeln müssen.

1812 **Demokratische Hochschule und kritische Wissenschaften**

1813 Seit mehr als 15 Jahren werden die Hochschulen nach neoliberalen Vorgaben umgebaut. Das Ziel ist,
 1814 Wissen, Bildung und Forschung wirtschaftlich verwertbar zu machen. Auf der Strecke bleibt durch die
 1815 chronische Unterfinanzierung der Raum für unabhängige und gesellschaftskritische Forschung und
 1816 Lehre und damit eine wesentliche Funktion von Wissenschaft. Forschung ohne Drittmittel ist kaum
 1817 noch möglich. Das Studium ist von Leistungsdruck und Zeitdruck geprägt. Viele werden durch
 1818 Zugangshürden ausgeschlossen. Das ist politisch gewollt. Es muss aber nicht so bleiben. Dass es sich
 1819 lohnt zu kämpfen, hat die Abschaffung der regulären Studiengebühren gezeigt. Nach langen Protesten
 1820 wurden die Gebühren nach und nach in allen Bundesländern abgeschafft, zuletzt 2013 in Bayern. Hier
 1821 wollen wir anknüpfen und gemeinsam mit Studierenden und Lehrenden dafür streiten, die Studien-
 1822 und Arbeitsbedingungen an den Universitäten und Fachhochschulen zu verbessern. DIE LINKE setzt
 1823 sich für eine soziale, demokratische, offene und solidarische Hochschule ein.

- 1824 • Zugangs- und Zulassungsbeschränkungen wie Numerus Clausus, Auswahlgespräche, IQ-Tests
- 1825 oder Bewerbungsgespräche müssen überwunden werden. Wir schlagen dazu ein
- 1826 Hochschulzulassungsgesetz vor. Die Zugangsmöglichkeiten für Menschen ohne Abitur müssen
- 1827 verbessert werden.
- 1828 • Der Zugang zum Master muss zulassungsfrei sein. Dafür müssen Masterstudienplätzen
- 1829 bedarfsgerecht ausgebaut werden.

- 1830 • In Sachsen und Baden-Württemberg wurden Studiengebühren teilweise wieder eingeführt.
 1831 Dem stellen wir uns entgegen. Jegliche Formen von Studiengebühren für In- und
 1832 Ausländer*innen schaffen wir ab. Wir schlagen dazu ein Bundesgesetz zur
 1833 Hochschulzulassung vor.
- 1834 • DIE LINKE bleibt bei ihrer Kritik am neoliberalen Bologna-Prozess. Wir setzen uns daher für ein
 1835 selbstbestimmtes, interdisziplinäres und kritisches Studieren ein, das die Fehler des aktuellen
 1836 Bachelor-Master-Systems behebt. Die Möglichkeiten für einen Hochschulwechsel und ein
 1837 Auslandsstudium müssen außerdem verbessert werden.
- 1838 • Wir wollen die inklusive und barrierefreie Hochschule.
- 1839 • Wir wollen die Hochschulen für Geflüchtete öffnen. Dafür müssen zusätzliche Studienplätze
 1840 geschaffen werden und vormalige Bildungsabschlüsse schnell und unbürokratisch anerkannt
 1841 werden. Die Aufnahme eines Studiums muss das Bleiberecht sicherstellen und vor
 1842 Abschiebung schützen.
- 1843 Demokratisierung der Hochschulen: Wir streiten bundesweit für verfasste Studierendenschaften mit
 1844 allgemein politischem Mandat. Hochschulgremien sollen paritätisch besetzt werden, so dass alle
 1845 Statusgruppen, auch die Studierenden, gleich stimmberechtigt vertreten sind.
- 1846 Statt einseitiger Stärkung der Hochschulleitung brauchen wir eine Stärkung der demokratisch durch
 1847 alle Hochschulmitglieder gewählten Hochschulgremien. Gremien, die sich an Aufsichtsräte anlehnen –
 1848 wie Hochschulräte – gehören abgeschafft. Stattdessen wollen wir Beiräte schaffen, die aus der
 1849 Zivilgesellschaft besetzt werden. Den demokratischen Austausch der Hochschule mit
 1850 zivilgesellschaftlichen Akteuren, Gewerkschaften, Bürgerinitiativen, Sozialverbänden wollen wir
 1851 stärken.
- 1852 • Wir wollen, dass sich Studierende an den Hochschulen organisieren können. Hochschulen
 1853 sollen offene Orte der gesellschaftlichen Debatte sein. Das muss Vorrang vor kommerzieller
 1854 Nutzung der Hochschulräume haben.
- 1855 • Inhalte von Lehre und Forschung orientieren sich immer stärker an wirtschaftlicher
 1856 Verwertbarkeit und Konzerninteressen. Wir wollen ein vielfältiges Angebot und setzen uns für
 1857 kritische Wissenschaft und Lehre ein.
- 1858 Wir wollen gute Arbeitsbedingungen für Studierende und wissenschaftliches Personal. Dazu muss die
 1859 Unterfinanzierung der Hochschulen beendet werden.
- 1860 • Der Bund muss die Grundfinanzierung der Hochschulen übernehmen. Wir wollen den
 1861 Hochschulpakt entfristen und zu einem Dauerzuschuss weiterentwickeln. Statt einseitiger
 1862 Exzellenz-Förderung benötigen wir eine öffentliche Ausfinanzierung. Die Exzellenzinitiative soll
 1863 eingestellt und die Mittel sollen für die Grundfinanzierung verwendet werden.
- 1864 • Investitionen in die soziale Infrastruktur: Die Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau muss
 1865 wieder im Grundgesetz verankert und ein Sonderprogramm für den Neubau von
 1866 Wohnheimplätzen gestartet werden. Die Mittelvergabe in Forschung und Lehre soll durch eine
 1867 Grundfinanzierung ersetzt werden, die sich an der Zahl der tatsächlichen Studienanfänger und
 1868 an den Kosten des Studienplatzes bemisst.
- 1869 • Das BAföG muss an die Lebenswirklichkeit angepasst werden und die Ausbildung umfassend
 1870 finanzieren. Wir sehen für die Reform des BAföG zwei Schritte vor: Wir setzen uns in einem
 1871 ersten Schritt für eine Erhöhung des Grundbetrages um 10 Prozent ein. Der Teil des BAföG,
 1872 der die Wohnkosten decken soll, wird um 100 Euro auf 350 Euro – die durchschnittlichen
 1873 Mietkosten eines WG-Zimmers – erhöht. Der BAföG Fördersatz muss zudem regelmäßig und
 1874 automatisch an die steigenden Lebenshaltungskosten angepasst werden. Schließlich sehen
 1875 wir zusätzliche Kosten für wichtige studienspezifische Anschaffungen vor. Ein so berechneter
 1876 BAföG-Satz läge bei 984 Euro. Perspektivisch wollen wir ein elternunabhängiges,
 1877 rückzahlungsfreies BAföG in Höhe von 1.050 Euro. Wir wollen die Altersgrenzen beim BAföG
 1878 abschaffen und an die reale, durchschnittliche Studiendauer anpassen. Förderlücken müssen
 1879 geschlossen werden. Menschen mit Duldung, Aufenthaltsgestattung und mit humanitären
 1880 Aufenthaltstiteln müssen Zugang zur Ausbildungsförderung haben.

1881 Das Deutschlandstipendium hat sich als Flop erwiesen. Lediglich 0,6 % der Studierenden profitieren
 1882 von dieser Fördermöglichkeit. Die Bundesmittel des Deutschlandstipendiums wollen wir stattdessen
 1883 zur Finanzierung des BAföG nutzen. Gute Wissenschaft braucht gute Arbeit. Dazu muss der
 1884 wissenschaftliche Mittelbau gestärkt werden.

1885 Daueraufgaben müssen durch Dauerstellen bearbeitet werden. Prekäre Arbeit, Lehre zu Dumping-
 1886 Vergütung und die Ausbeutung von Lehrbeauftragten lehnen wir ab. Die Honorare für Lehraufträge
 1887 wollen wir erhöhen, sie müssen auch die Vor- und Nachbereitung abdecken. Lehraufträge sollen das
 1888 Lehrangebot ergänzen. Zentrale Lehraufgaben müssen auf festen, unbefristeten Stellen geleistet
 1889 werden. Die Anzahl von Lehraufträgen wollen wir zu Gunsten von regulären Arbeitsverhältnissen
 1890 verringern.

- 1891 • Schluss mit den Ketten-Befristungen. Das Sonderbefristungsrecht für wissenschaftliches
 1892 Personal unterhalb der Professur wollen wir abschaffen. Wir fordern ein bundesfinanziertes
 1893 Anschubprogramm, mit dem 100.000 unbefristete Stellen geschaffen bzw. entfristet werden.
 1894 Die Mindestvertragslaufzeiten für Drittmittelstellen und in der Qualifizierung sollen 24 bzw. 36
 1895 Monate betragen. Statt von einzelnen Professorinnen und Professoren abhängig zu sein, soll
 1896 der wissenschaftliche Nachwuchs Abteilungen (Departments) zugehören.
- 1897 • Wir brauchen einen flächendeckenden Tarifvertrag für studentische Beschäftigte.
- 1898 • Frauen stärken: Wir wollen eine 50-prozentige Frauenquote auf jeder Karrierestufe
 1899 durchsetzen und das Professorinnen-Programm zu einem Programm für die Förderung von
 1900 Frauen auf allen Karrierestufen weiterentwickeln.

1901 **Transparente Forschung und gesellschaftliche Verantwortung:**

- 1902 • Kooperationsvereinbarungen, Sponsoring und sonstige Verträge zwischen öffentlichen
 1903 Hochschulen und privaten Unternehmen und Stiftungen müssen offengelegt werden. Sie
 1904 nehmen
 1905 direkt oder indirekt Einfluss auf Wissenschaft.
- 1906 • Um urheberrechtlich geschützte Werke für Zwecke der Bildung, Forschung und Lehre frei
 1907 zugänglich zu machen, wollen wir eine allgemeine Ausnahme (Wissenschaftsschranke) für
 1908 Bildung und Forschung im Urheberrecht verankern. Das Zweitveröffentlichungsrecht für
 1909 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler muss von den engen einschränkenden Vorgaben
 1910 befreit werden, damit die Nutzungsrechte nicht exklusiv durch Verlagsunternehmen
 1911 angeeignet werden können.
- 1912 • Wissen, das mit Steuermitteln erarbeitet wurde, muss allen zu Verfügung stehen. Aus diesem
 1913 Grunde setzen wir uns für verpflichtende Open-Access-Veröffentlichungen aus öffentlicher
 1914 Förderung sowie die Zugänglichkeit von Forschungsdaten nach dem Prinzip von Open Data
 1915 ein. Nutzungs- und Publikationsgebühren an Verlage, die über transparent gemachte Satz- und
 1916 Lektoratarbeiten hinausgehen, wollen wir verbieten. Die Paketverhandlungen von
 1917 Forschungseinrichtungen mit einzelnen Großverlagen lehnen wir ab.
- 1918 • Keine Forschung für Krieg und Rüstungsindustrie: Wir fordern die Verankerung von
 1919 Zivilklauseln an allen Hochschulen und allen wissenschaftlichen Einrichtungen.

1920 **Zugang für alle, auch digital**

1921 Forschung und Wissenschaft müssen zur Lösung von sozialen Spaltungen, dem Wandel von Klima und
 1922 Umwelt beitragen. In diesem Sinne wollen wir die milliardenschwere Innovations- und
 1923 Technologieförderung des Bundes, auch die gemeinsam von Bund und Ländern finanzierte
 1924 außeruniversitäre Forschung, strategisch ausrichten. Neben technischen sind dabei besonders auch
 1925 soziale Innovationen wichtig. Die außeruniversitären Forschungseinrichtungen wollen wir stärker mit
 1926 der Arbeit der Hochschulen verknüpfen.

1927 Die Digitalisierung bietet die Chance, vielen Menschen einen schnellen Zugang zu Informationen zu
 1928 ermöglichen. Das geschieht aber nicht von selbst, sondern muss durchgesetzt werden. Es ist auch
 1929 eine Frage von Macht, wer über Inhalte des und Zugang zum Internet entscheidet. Der Zugang zu

- 1930 digitalen Technologien und zum Internet muss unabhängig von Einkommen und sozialem Hintergrund
1931 ermöglicht werden.
- 1932 Wir wollen stärker Kompetenzen im Bereich Medien und Information vermitteln. Ein selbstbestimmter
1933 und kritischer Umgang mit digitalen Technologien und dem Internet sind mit Bildung verbunden.
- 1934 • Zusätzlich zum Ausbau der IT wollen wir Weiterbildungsangebote für das Lehrpersonal in allen
1935 Bildungseinrichtungen schaffen.
- 1936 • Digitale Medien dürfen nicht zum Einfallstor für Privatisierung der Bildung durch private
1937 kommerzielle Anbieter, Unternehmen oder Verlage werden.
- 1938 • Wir wollen, dass jedes Kind ein mobiles Endgerät als Teil der Bildungsausstattung bekommt.
1939 Fortbildungen und Kurse an Volkshochschulen sollen auch online angeboten werden.
- 1940 Die IT-Infrastruktur aller Schulen und Hochschulen muss mit schnellen und leistungsfähigen
1941 Breitbandanschlüssen, WLAN für alle und einer zeitgemäßen Hard- und Software-Ausstattung
1942 ausgebaut werden.

1943 IX. Kultur für alle von allen.

1944 Kultur eröffnet neue Räume im Denken und Handeln und wirft immer wieder die Frage auf: Wie wollen
 1945 wir zusammen leben? Kultur und Kunst ermöglichen Kommunikation und Verständigung, Bildung,
 1946 Freiheit und Selbstvergewisserung. Fantasie und Kreativität zeigen, dass wir uns mit der Realität nicht
 1947 abfinden müssen, sondern sie gestalten können. DIE LINKE tritt für eine demokratische Kultur ein, in
 1948 der alle in Deutschland Lebenden, unabhängig von ihrer Herkunft, ihre kulturelle Identität finden und
 1949 ausdrücken können. Wir werden das kulturelle Leben fördern in allen Milieus und Regionen, in
 1950 Metropolen und in ländlichen Räumen, in Kulturinstitutionen und freier Szene, als Basis für die
 1951 Verständigung zwischen den verschiedenen Gruppen der Gesellschaft.

1952 Die letzten Jahre waren geprägt von Schließungen oder Privatisierungen öffentlicher Einrichtungen und
 1953 einem massiven Personalabbau. Der öffentliche Kultursektor wurde geschwächt. Kommerzielle
 1954 Angebote sind nicht für alle Menschen zugänglich und häufig nicht demokratisch gestaltet. Die
 1955 Kürzungen der Kulturförderung, die Dominanz von Profitorientierung auch im Kulturbereich und neue
 1956 Formen digitaler Kulturproduktion haben die wirtschaftlichen und sozialen Risiken für die
 1957 Kulturschaffenden vergrößert. Ihre Situation ist zunehmend von sozialer Unsicherheit sowie geringen
 1958 und schwankenden Einkünften gekennzeichnet. Digitalisierung und die wachsende Kreativwirtschaft
 1959 haben das Verständnis von Arbeit verändert: Mehr zeit- und ortsungebundene Arbeiten ermöglichen
 1960 mehr Selbstbestimmung und Zeitsouveränität. Aber die Gefahr der (Selbst-) Ausbeutung wächst, weil
 1961 es zu wenig kollektive Interessenvertretung gibt. Befristete Beschäftigungsverhältnisse und
 1962 Soloselbständigkeit lösen das alte Normalarbeitsverhältnis ab. DIE LINKE will gute
 1963 Arbeitsbedingungen, die Stärkung des Öffentlichen und mehr Demokratie auch im Bereich der Kultur
 1964 durchsetzen:

- 1965 • Kultur ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Eine kommunale Haushaltsnotlage darf nicht
- 1966 zum Schließen dieser Einrichtungen führen. Wir wollen gute Rahmenbedingungen für Archive,
- 1967 Bibliotheken, Kinos, Museen, Musik- und Kunstschulen, Opernhäuser, soziokulturelle Zentren,
- 1968 Theater, Volkshochschulen und die vielfältigen Vereine schaffen.
- 1969 • Wir setzen uns für eine grundlegend andere Kulturförderung ein: statt Druck durch die
- 1970 Ökonomisierung wollen wir eine solide Grundfinanzierung. Sie soll genügend Freiräume für
- 1971 Projektentwicklung bieten und die Kulturschaffenden – ob angestellt oder freischaffend –
- 1972 sozial absichern.

1973 Wir streiten für ein neues Normalarbeitsverhältnis, das den Anforderungen unserer Zeit und den
 1974 Bedürfnissen der Beschäftigten entspricht (vgl. Kapitel Gute Arbeit): für gute, existenzsichernde Arbeit
 1975 und soziale Sicherung im Kulturbereich.

- 1976 • Wir wollen die Vergabe öffentlicher Fördermittel an eine gute, existenzsichernde Vergütung,
- 1977 gute Arbeitsbedingungen und Gendergerechtigkeit koppeln. Wir streiten für
- 1978 branchenspezifische Mindesthonorare und Ausstellungshonorare für bildende Künstlerinnen
- 1979 und Künstler.
- 1980 • Wir wollen die Verhandlungsmacht der Kreativen im Urhebervertragsrecht stärken.
- 1981 • Die Künstlersozialkasse muss erhalten und ausgeweitet werden. Wir wollen neu entstandene
- 1982 Tätigkeitsfelder einbeziehen und den Bundeszuschuss erhöhen. Wir streben die Einbeziehung
- 1983 in unsere solidarischen Versicherungsmodelle (Gesundheit, Erwerbslosigkeit, Rente, Pflege)
- 1984 an.
- 1985 • Die Verwertungsgesellschaften wollen wir reformieren und die Mitbestimmungsrechte der
- 1986 Kreativen verbessern.

1987 Wir wollen Kulturgüter digital sichern und für alle zugänglich machen. Dafür brauchen wir eine
 1988 gesamtstaatliche Digitalisierungsstrategie.

- 1989 • Wir wollen Kultureinrichtungen verpflichten, ihre digitalen Veröffentlichungen möglichst unter
- 1990 freie Lizenzen zu stellen und mit der Deutschen Digitalen Bibliothek zu kooperieren.
- 1991 • Wir wollen Filme auf Dauer bewahren und zugänglich machen.

- 1992 • Für öffentliche Bibliotheken wollen wir den Verleih digitaler Medien vereinfachen.
- 1993 DIE LINKE steht für einen barrierefreien und gleichberechtigten Zugang zur Kultur. Wir wollen Räume
 1994 für Dialog und transkulturellen Austausch schaffen. Wir wollen Unterschiede nicht leugnen, sondern
 1995 produktiv machen. Wir wollen gegenseitiges Verständnis und Perspektivwechsel befördern.
- 1996 • Der Eintritt in vom Bund geförderte Museen und Sammlungen muss perspektivisch kostenfrei
 1997 sein. Wir wollen das museumspädagogische Personal aufstocken.
- 1998 • Kultureinrichtungen müssen barrierefreie und inklusive Angebote machen.
- 1999 • Den vielfältigen Akteuren kultureller Bildung in den Metropolen wie in den ländlichen Räumen
 2000 bieten wir langfristige Planungsmöglichkeiten und eine sichere personelle Basis.
- 2001 Wir wollen die Bundeskulturförderung neu strukturieren. Kultureinrichtungen, der freien Szene und den
 2002 vielen Vereinen und Initiativen werden wir langfristige Planungssicherheiten bieten.
- 2003 • Das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern muss beendet werden. Wir wollen Kultur
 2004 als Gemeinschaftsaufgabe und Staatsziel im Grundgesetz. Damit wollen wir den kooperativen
 2005 Kulturföderalismus stärken.
- 2006 • Länder und Kommunen müssen ausreichend Mittel erhalten, damit sie ihren Aufgaben in der
 2007 Kulturpflege und Kulturförderung nachkommen können – und eine Vielfalt der kulturellen
 2008 Angebote sichern können. Die Ausschöpfung der finanziellen Mittel für Kunst am Bau muss
 2009 stärker forciert und in den Kommunen mehr publik gemacht werden.
- 2010 • Wir werden die Kulturförderfonds bedarfsgerecht ausstatten und sie als zentrales Instrument
 2011 der freien Szene stärken. DIE LINKE steht für eine lebendige und plurale Geschichts- und
 2012 Erinnerungspolitik. Gedenkstätten wollen wir als Orte des Gedenkens und als zeithistorische
 2013 Museen stärken. Die Arbeitsbedingungen v.a. des pädagogischen Personals müssen
 2014 verbessert werden. Wir wollen lebendige Erinnerungskulturen fördern, die an den Realitäten
 2015 der Einwanderungsgesellschaft orientiert sind. Wir engagieren uns für demokratische,
 2016 antifaschistische Kultur und einen kritischen Umgang mit der kolonialen Vergangenheit.
- 2017 • Beutekunst der Nazis muss zurückgegeben werden. Dazu bedarf es einer besseren
 2018 Erforschung der Herkunft der Kunst- und Kulturgüter (Provenienz-Forschung). Wir wollen die
 2019 Stasi-Unterlagen ins Bundesarchiv überführen. Ihre Nutzung muss über das
 2020 Bundesarchivgesetz geregelt werden. Wir wollen die spezielle Kulturförderung nach § 96
 2021 Bundesvertriebenengesetz in die allgemeine Kulturförderung überführen.

2022 **X. Gleichwertige Lebensverhältnisse in Ost und West**

2023 Die Unterschiede zwischen Ost und West, zwischen strukturschwachen und Wachstumsregionen
 2024 werden größer statt kleiner. Das neoliberale Gesellschaftsmodell führt zu wachsender Ungleichheit
 2025 zwischen den Regionen. Die Bundesregierung befördert diese durch ihre ungerechte Wirtschafts- und
 2026 Steuerpolitik. Seit Jahren stagniert die Wirtschaftskraft im Osten bei nur 72 Prozent des Westniveaus.
 2027 Die ostdeutsche Wirtschaftsstruktur ist kleinteilig und es gibt keine großen Unternehmenszentralen.
 2028 Bis 2030 wird ein Bevölkerungsrückgang von sieben Prozent erwartet. Die Armutsgefährdung von
 2029 Rentnerinnen und Rentnern ist allein 2015 um 0,7 Prozent gestiegen und lag bei 16 Prozent.
 2030 Hauptursache dafür ist die Ausweitung des Niedriglohnssektors. Die Lücken in der öffentlichen
 2031 Daseinsvorsorge in einigen Regionen, Bundesländern und Regionen sind dramatisch. Der
 2032 Investitionsstau in den Kommunen beträgt weit über 100 Milliarden Euro. Städte und Gemeinden in
 2033 Ost und West brauchen mehr Mittel, um in ihre öffentliche Infrastruktur investieren zu können.

2034 **Gerechtigkeit für die Menschen in Ostdeutschland**

2035 Auch im dritten Jahrzehnt nach der deutschen Einheit sind die Menschen in Ostdeutschland in vielen
 2036 Bereichen nicht gleichgestellt: die Renten sind niedriger, die Löhne sind niedriger, die
 2037 Wirtschaftsleistung liegt immer noch über ein Viertel unter der der westlichen Bundesländer. So
 2038 unterschiedlich die persönlichen Erfahrungen vor und nach 1989 sind und so vielfältig deren
 2039 Bewertungen ausfallen – es bleibt, dass die Wirklichkeit in den ostdeutschen Ländern weit hinter dem
 2040 zurückbleibt, was in der Wendezeit versprochen und erwartet wurde. Die Art und Weise der
 2041 Vereinigung hat die Lebensperspektiven von vielen Menschen beschnitten. Und neue, strukturelle
 2042 Probleme sind entstanden. Auch hoher Leistungswille aller Generationen im Osten, auch ausgeprägte
 2043 Bereitschaft zum Verzicht sowie große Investitionen und eine weithin moderne Infrastruktur, haben es
 2044 nicht vermocht, die kulturelle Demütigung und die soziale Benachteiligung vieler Ostdeutscher sowie
 2045 den ökonomischen Zusammenbruch des Wirtschaftsraumes der ehemals sozialistischen Länder nach
 2046 1989/90 zu kompensieren. Zwei verfehlte Politikansätze sind dafür verantwortlich: 1. Immer noch
 2047 leiden die ostdeutschen Bundesländer unter der falschen Treuhand-Politik, die auf Deindustrialisierung
 2048 gesetzt hat. Positive wirtschaftliche Elemente aus der DDR wurden nicht aufgegriffen. 2. Die Formen
 2049 der Investitionen folgten neoliberalen Vorstellungen von Wirtschaftsförderung: Niedriglohn für die
 2050 Beschäftigten und Steuervorteile für die Unternehmen. Die soziale Infrastruktur, die öffentliche
 2051 Daseinsvorsorge wurden vielerorts aufs Allernötigste gekürzt oder privatisiert. Die Folgen neoliberaler
 2052 Politik der vergangenen 25 Jahren zeigen sich in Ostdeutschland wie unter einem Brennglas. Sie
 2053 verbinden sich mit sozialen Benachteiligungen und kulturellen Demütigungen der Menschen in
 2054 Ostdeutschland. Nur 2,8 Prozent aller Entscheidungsträger in Deutschland stammen aus
 2055 Ostdeutschland. In den neuen Bundesländern selbst sind etwa 20 Prozent der Führungskräfte auch
 2056 aus dem Osten.

2057 Geht es nach der jetzigen Bundesregierung, würde 2019 der Solidarpakt II ersatzlos auslaufen und die
 2058 Fördermittel der EU rückläufig sein. Der Osten bleibt die größte Ansammlung von strukturschwachen
 2059 Regionen bundesweit. Ostdeutschland ist zwar nicht durchgängig eine wirtschaftlich abgehängte
 2060 Region. Gerade in den größeren Städten überwiegen Zukunftschancen und gute Entwicklung. Doch
 2061 auch die vergleichsweise erfolgreichen Teilräume können mit den Leistungszentren im Westen nicht
 2062 mithalten.

2063 Die Versprechen aller Bundesregierungen seit der Vereinigung, gleichwertige Lebensverhältnisse in
 2064 Ost und West zu schaffen, sind gebrochen worden. Die beschlossene »Rentenanpassung« ist nur eine
 2065 Fortsetzung davon: Sie sieht vor, dass eine Gleichbehandlung erst 2025 abgeschlossen ist. 35 Jahre
 2066 nach der Vereinigung! Wir wollen eine vollständige Angleichung der Renten als Sofortmaßnahme. Noch
 2067 immer gibt es im Osten weniger Rente für dieselbe Lebensleistung. Die Löhne und Gehälter sind
 2068 niedriger, die Armutsquote ist höher, und es sind mehr Menschen erwerbslos. Ostdeutsche haben
 2069 weniger Vermögen, die Tarifbindung und die Gewerkschaften sind schwächer. Kein Wunder, dass 65
 2070 Prozent der Ostdeutschen der Meinung sind, die Bundesregierung tue zu wenig, um die
 2071 Lebensverhältnisse in Ost und West anzugleichen. Diese Hinhaltspolitik, die fehlende Anerkennung

- 2072 ostdeutscher Lebensleistungen sowie die Tatsache, dass ostdeutsche Interessen häufig keine Lobby
 2073 im Bund haben, führen dazu, dass viele Menschen in Ostdeutschland nach wie vor nicht das Gefühl
 2074 haben, gleichwertig behandelt zu werden.
- 2075 Wir haben eine besondere Verantwortung im Umgang mit diesen sozialen wie regionalen
 2076 Ungleichheiten und Umbrüchen. Wir kämpfen für soziale Gerechtigkeit und gleichwertige
 2077 Lebensverhältnisse. Wir verstehen uns im Unterschied zu allen anderen im Bundestag vertretenen
 2078 Parteien als Vertreterin der Interessen der Menschen in Ostdeutschland. Das bleiben wir auch in
 2079 Zukunft.
- 2080 Aus den Erfahrungen in Ostdeutschland lässt sich lernen: Die Probleme von deindustrialisierten
 2081 Regionen lassen sich gerade nicht durch Niedriglohn-Politik, durch Lohnverzicht oder durch die
 2082 Schaffung von Sündenböcken lösen. Die Menschen brauchen eine engagierte, aktive Politik für
 2083 gleichwertige Lebensverhältnisse.
- 2084 Wir werden endlich mit den Benachteiligungen für Ostdeutsche Schluss machen:
- 2085 • Wir fordern gleiche Rente für gleiche Lebensleistung! Noch immer erhalten Rentnerinnen und
 2086 Rentner in Ost und West keine gleichwertige Rente. Die Große Koalition will die
 2087 Ostdeutschen nun mit ihren Rentenplänen bis 2025 hinhalten. Wer 1990 in Rente gegangen
 2088 ist, müsste dann 100 Jahre alt werden, um noch die Renteneinheit zu erleben. Gleichzeitig
 2089 plant die Große Koalition, die Umrechnung der niedrigeren ostdeutschen Löhne
 2090 abzuschaffen, was zu erheblichen Rentenkürzungen für die heute in Ostdeutschland
 2091 Beschäftigten führen würde.
 - 2092 • DIE LINKE will die Benachteiligung ostdeutscher Rentnerinnen und Rentner endlich beenden.
 2093 Daher muss der Rentenwert Ost sofort steuerfinanziert an das Westniveau angeglichen
 2094 werden. Solange es noch starke Lohnunterschiede zwischen Ost und West gibt, muss die
 2095 Umrechnung erhalten bleiben. Die Angleichung der Ostrenten darf nicht zum Nachteil der
 2096 heutigen Beschäftigten führen. Für Zeiten des Niedriglohns wollen wir generell für alle
 2097 Beschäftigten in Ost wie West eine Hochwertung in der Rente einführen (vgl. Kapitel Gute
 2098 Renten).
 - 2099 • Bei der Überführung der Alterssicherungssysteme der DDR in bundesdeutsches Recht wurden
 2100 Rentenansprüche für verschiedene Gruppen, zum Beispiel Krankenschwestern, Beschäftigte
 2101 der Braunkohleveredelung und in der DDR Geschiedene unzureichend anerkannt.
 2102 Hunderttausende Ostdeutsche und rund 20 Berufsgruppen sind davon nach wie vor
 2103 betroffen. Dabei geht es nicht nur um empfindliche finanzielle Einbußen bei der Rente, es
 2104 geht auch um das Gefühl, dass die eigene Leistung weniger wertgeschätzt wird, nur weil man
 2105 im Osten des Landes gelebt und gewirkt hat. Wir sagen hingegen: Die Lebensleistungen im
 2106 Osten müssen anerkannt werden!
 - 2107 • Neoliberale Arbeitsmarktpolitik ist überall und insbesondere im Osten gescheitert: Wir wollen
 2108 gute Arbeit statt prekärer Jobs. Den Niedriglohnsektor wollen wir mit einem gesetzlichen
 2109 Mindestlohn von zwölf Euro trockenlegen. Tariffucht durch Werkverträge und Leiharbeit
 2110 muss unterbunden werden. Die ausufernden Befristungen wollen wir zurückdrängen und auf
 2111 wenige Sachgründe beschränken. DIE LINKE steht für den Grundsatz »Gleicher Lohn für
 2112 gleiche Arbeit!« – in Ost und West.
 - 2113 • Die Treuhand hat in Ostdeutschland ein weitgehend deindustrialisiertes Land zurückgelassen.
 2114 Wir brauchen Investitionen und regionale Entwicklungspläne für gute Arbeit und sozial und
 2115 ökologisch nachhaltige Produktion. Wir wollen den Genossenschaftsgedanken als
 2116 solidarisches Wirtschaftsmodell stärken. Dazu gehören für uns auch Agrargenossenschaften
 2117 als soziales wichtiges Bindeglied zwischen einer nachhaltigen Landwirtschaft und den
 2118 Dörfern.

2119 • Die ostdeutschen Wohnungsbauunternehmen werden von ihren Altschulden befreit und die
 2120 freien finanziellen Mittel im Interesse der Mieterinnen und Mieter und der öffentlichen
 2121 Unternehmen eingesetzt.

2122 • Wir wollen besonders innovative Industrien und Forschung im Osten fördern, um neue
 2123 Entwicklungspfade zu ermöglichen.

2124 Beim Wandel von Lebens- und Arbeitswelt sowie gesellschaftlichen Werten haben Ostdeutsche
 2125 besondere Erfahrungen gemacht. Bis heute entfalten auch Erfahrungen aus der Zeit vor der »Wende«
 2126 ihre Wirkung: Vielen Frauen ist es selbstverständlich, sich nicht zwischen Kindern und Beruf
 2127 entscheiden zu müssen. Egalitärere Rollenvorstellungen in Familien sind weiter verbreitet. Wer soziale
 2128 Absicherung erfahren hat, ist weniger bereit, alle Lebensbereiche Konkurrenz und Wettbewerb zu
 2129 unterstellen. Diese Haltungen müssen auch aus ökonomischer und ökologischer Sicht wieder stärker
 2130 ins Blickfeld gerückt werden. Hinzu kommen positive Erfahrungen und Modelle wie Polikliniken und
 2131 Agrar- sowie andere Genossenschaften als Formen solidarischer Ökonomie. Diese unterschiedlichen
 2132 Erfahrungen und progressiven ostdeutschen Lebensmodelle müssen auch in der Bundespolitik als
 2133 wichtige Impulse für die Zukunft anerkannt werden. Sie sind wertvolle Alternativen zu sozialer Kälte
 2134 und einer Dominanz von Profit und Wettbewerb in immer mehr Lebensbereichen.

2135 **Die Regionen stärken: Gleichwertige Lebensverhältnisse**

2136 DIE LINKE kämpft für die Verwirklichung der im Grundgesetz verankerten Gleichheit der
 2137 Lebenschancen: Weder die soziale noch die regionale Herkunft von Menschen dürfen ein Hindernis
 2138 bei der Wahrnehmung von Lebenschancen und der Gewährleistung von Lebensqualität sein. Auch
 2139 zwischen nord- und süddeutschen Regionen, zwischen Regionen der Deindustrialisierung und der
 2140 industriellen Zentren gibt es ein Gefälle der Einkommen wie zwischen Ost und West. Zerfallende
 2141 Infrastruktur, hohe Erwerbslosigkeit und wachsende Armut führen etwa im Ruhrgebiet und in anderen
 2142 benachteiligten Regionen für viele Menschen zu Perspektivlosigkeit.

2143 Die Erfahrungen vieler Beschäftigter in Ostdeutschland belegen: Als Billiglohn-Regionen hatten und
 2144 haben weder die ostdeutschen Länder noch die strukturschwachen Regionen im Westen eine Chance -
 2145 das Gegenteil ist der Fall. Wir setzen der Strategie von Kürzungen und Niedriglohn eine aktive
 2146 regionale Wirtschaftsförderung und Strukturpolitik entgegen, die gute Arbeit an erste Stelle setzt und
 2147 zukunftsfähige Forschungs- und Industrieentwicklung mit dem ökologischen Umbau von Wirtschaft
 2148 und Infrastruktur verbindet.

2149 Dazu gehören existenzsichernde Mindestlöhne. Leiharbeit und Werksverträge passen nicht in das
 2150 Modell einer zukunftsorientierten Regional- und Strukturpolitik. Mit den Gewerkschaften, den
 2151 Kammern und Wirtschaftsverbänden beraten wir kontinuierlich über geeignete Maßnahmen, um das
 2152 Unterlaufen von Arbeitsrecht und Tarifverträgen zu unterbinden, Leiharbeit und Werkverträge
 2153 zurückzudrängen. Und streiten gemeinsam mit den Gewerkschaften dafür, sie umzusetzen.

2154 Für die Entwicklung der Regionen brauchen wir dringend die Einnahmen aus einer Vermögensteuer,
 2155 deren Aufkommen durch einen solidarischen Länderfinanzausgleich auf alle Bundesländer verteilt
 2156 wird: Wir wollen Reichtum besteuern, damit mehr Geld vor Ort da ist. Nur durch gut bezahlte Arbeit,
 2157 eine sanktionsfreie Mindestsicherung und eine zukunftsfähige Wirtschaft, die mehr als bloß
 2158 verlängerte Werkbank ist, lässt sich Armut dauerhaft bekämpfen.

- 2159 • Wir wollen eine umfassende Gemeindefinanzreform, in der u.a. die Gewerbesteuer zu einer
 2160 Gemeindegewerbesteuer umgewandelt wird.
- 2161 • Wir wollen einen Solidarpakt III für strukturschwache Regionen in Ost und West einführen.
- 2162 • Im Zuge des sozial-ökologischen Umbaus wollen wir die Gemeinschaftsaufgabe »Verbesserung
 2163 der regionalen Wirtschaftsstruktur« als wichtiges Instrument der Wirtschaftsförderung
 2164 sichern.
- 2165 • In Wissenschaft und Forschung muss umfangreicher investiert werden, um Innovationen und
 2166 die Hochschulen besonders in Ostdeutschland zu stärken.

- 2167
- 2168
- 2169
- 2170
- 2171
- Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadtumbauprogramme Ost und West zu einem Programm für strukturschwache Regionen umgearbeitet werden, ohne die derzeitigen finanziellen Mittel für den Osten zu verringern. Städte und Gemeinden müssen in die Lage versetzt werden, die Herausforderungen der demographischen Entwicklung, des energetischen Umbaus, der Konversion und des sozialen Zusammenhalts zu bewältigen.

2172 **XI. Integration heißt soziale Offensive und gleiche Rechte für alle:**
 2173 **Eine solidarische Einwanderungsgesellschaft**

2174 Ein gutes Zusammenleben ist nicht voraussetzungslos. Integration braucht eine soziale Infrastruktur,
 2175 die nicht privaten Profitinteressen, sondern dem öffentlichen Bedarf verpflichtet ist. Und sie braucht
 2176 gleiche Rechte für alle Menschen, einen wirksamen Schutz vor Diskriminierung und die Möglichkeit,
 2177 sich sozial, kulturell und politisch einzubringen. Wir sehen Integration als Aufgabe der gesamten
 2178 Gesellschaft: Damit sie nicht auseinanderdriftet, müssen Strukturen der Beteiligung und des
 2179 Zusammenhalts geschaffen werden. Integration ist keine Bringschuld der Einzelnen. Die Integration
 2180 einer demokratischen Gesellschaft schließt das Recht auf unterschiedliche Lebensentwürfe ein.

2181 Die Bundesregierung hat keine Voraussetzungen für eine gute Integration geschaffen und betreibt
 2182 stattdessen weiter eine Politik der Abschottung, des Generalverdachts und der Entrechtung gegenüber
 2183 Einwanderern und Geflüchteten. Mit Stimmungsmache gegen Muslime simuliert sie
 2184 Handlungsfähigkeit. Gegen die Krise auf dem Wohnungsmarkt und den Verfall der sozialen
 2185 Infrastruktur bleibt die Regierung untätig. In der Parallelgesellschaft der Reichen und Steuerflüchtlinge
 2186 ist das egal. Auf eine öffentliche Infrastruktur und soziale Rechte ist man hier nicht angewiesen. Wir
 2187 hingegen kämpfen für gleiche Rechte und eine soziale Offensive für alle. Das ist das beste Mittel
 2188 gegen die Brutalisierung der Gesellschaft und reaktionäre Antworten auf die Krisen.

2189 Die LINKE steht an der Seite aller, die für Bewegungsfreiheit, Grundrechte und soziale Gerechtigkeit
 2190 für alle eintreten. Deutschland ist längst ein Einwanderungsland. Wie viel Offenheit und Engagement
 2191 in unserer Gesellschaft vorhanden ist, zeigen die Vielen, die in der Flüchtlingssolidarität aktiv sind. Wir
 2192 streiten für sichere Fluchtwege und eine Gesellschaft, die Menschenrechte verwirklicht – statt Mauern
 2193 zu bauen und Grundrechte der aktuellen Haushalts- und Stimmungslage anzupassen.

- 2194 • Im Gegensatz zu allen anderen im Bundestag vertretenen Parteien haben wir jede
 2195 Einschränkung des Asylrechts abgelehnt. Wir wollen das Grundrecht auf Asyl
 2196 wiederherstellen. Menschenrechte kennen keine Obergrenze (vgl. Kapitel Demokratie,
 2197 Asylrecht verteidigen).
- 2198 • Wir stellen uns klar gegen jede Diskriminierung von Geflüchteten und Einwanderern. Eine
 2199 funktionierende Demokratie braucht gleiche politische und soziale Rechte für alle, die hier
 2200 leben (vgl. Kapitel Demokratie, gleiche Rechte für Migranten).
- 2201 • Wir wollen endlich die Ursachen der Fluchtbewegungen bekämpfen: in dem wir Waffenexporte
 2202 verbieten, friedliche Konfliktlösung unterstützen und eine gerechtere Weltwirtschaft schaffen
 2203 (vgl. Kapitel Fluchtursachen bekämpfen, Soziale Gerechtigkeit weltweit).

2204 Wir wollen echte Integrationsangebote aus- und Bürokratie abbauen:

- 2205 • Migrantinnen und Migranten und Geflüchtete müssen frühzeitig Zugang zu Integrations- und
 2206 Sprachkursen erhalten, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus. Dafür müssen Sprachkurse in
 2207 ausreichender Zahl zur Verfügung gestellt werden.
- 2208 • Lehrkräfte wollen wir entsprechend ihrer Aufgabe und Qualifikation besser bezahlen.
 2209 Niedrigschwellige Angebote, insbesondere für Migrantinnen und geflüchtete Frauen, werden
 2210 wir ausbauen.
- 2211 • Gute Bildung für alle! Wir werden ein Sofortprogramm auflegen um zusätzliche
 2212 Schulsozialarbeiter und Lehrkräfte auszubilden und einzustellen, die Deutsch als Zweitsprache
 2213 unterrichten. Die Schulpflicht muss für alle Kinder bundesweit und unabhängig vom
 2214 Aufenthaltsstatus gelten, gleiches gilt für den Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung und
 2215 Ganztagesplätze.
- 2216 • Bezahlbaren Wohnraum für alle! Asylsuchende in Not- und Massenunterkünften
 2217 unterzubringen ist unmenschlich, teuer und integrationsfeindlich. Wir wollen einen Neustart
 2218 des sozialen Wohnungsbaus für alle. Leerstehende Wohnungen sollen obligatorisch vermietet
 2219 werden.

- 2220 • Gute Arbeit für alle! Gerade Migrantinnen und Migranten und Flüchtlinge werden am
2221 Arbeitsmarkt ausgegrenzt. Wir wenden uns gegen Ausnahmen beim Mindestlohn und wollen
2222 Asylbewerber und Geflüchtete schnell, aber fair in den Arbeitsmarkt integrieren.
- 2223 • Wir werden den Personalbestand im öffentlichen Dienst im Zuge der sozialen Offensive
2224 insgesamt deutlich anheben.
- 2225 • Wir wollen 300.000 sozialversicherungspflichtige, tariflich abgesicherte und existenzsichernde
2226 Arbeitsplätze im Bereich öffentlich geförderter Beschäftigung für Langzeiterwerbslose und
2227 Geflüchtete schaffen.
- 2228 • Solidarische Gesundheitsversicherung für alle! Leistungen für Geflüchtete dürfen nicht
2229 eingeschränkt werden. Besondere Bedarfe aufgrund von Kriegs- und Fluchterlebnissen
2230 müssen berücksichtigt werden. Die psychotherapeutische Versorgung traumatisierter
2231 Flüchtlinge muss gewährleistet sein.
- 2232 • Selbstorganisation stärken! Zivilgesellschaftliche Gruppen, die sich gegen Rassismus,
2233 Antisemitismus und für mehr Demokratie engagieren, Flüchtlingsräte, migrantische Verbände,
2234 selbstverwaltete Beratungsangebote und die Selbstorganisation von Flüchtlingen wollen wir
2235 stärken.
- 2236 • Unsere Kommunen unterstützen! Der Bund muss mindestens 50 Prozent der Kosten für die
2237 Aufnahme, Unterbringung (inklusive der Gesundheitsversorgung) und Integration von
2238 Geflüchteten übernehmen.
- 2239 • Den öffentlichen Nahverkehr ausbauen! Der Bund muss die Regionalisierungsmittel erhöhen
2240 und Kommunen bei der Ausweitung des öffentlichen Nahverkehrs (ÖPNV) und der Einführung
2241 von Sozialtickets unterstützen.
- 2242 • Wir wollen die Kinder- und Jugendhilfe ausbauen! Die Bundesregierung will wegen der
2243 Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen die Standards absenken. Wir wollen
2244 die gesamte Kinder- und Jugendhilfe stärken.
- 2245 Sport bringt Menschen zusammen und bietet Raum für gemeinsame Erfahrungen. Deshalb gilt es, die
2246 90.000 Sportvereine und die vielfältigen Fan-Initiativen bei der Integration zu unterstützen.
- 2247 • Der Bund muss sich an der Sanierung der Sportstätten, die als Unterkunft für Geflüchtete
2248 genutzt wurden, beteiligen.
- 2249 • Antirassistische Fan-Initiativen sollten mehr finanzielle Unterstützung erhalten.

2250 **XII Für einen linken Feminismus – sozial gerecht, sexuell selbstbestimmt**
 2251 **und aktiv gegen Gewalt**

2252 Die Frauenbewegung und viele mutige Frauen haben in den vergangenen Jahrzehnten so manchen
 2253 Fortschritt erkämpft – auch gegen heftige Widerstände. Sie haben sexuelle Übergriffe an die
 2254 Öffentlichkeit gebracht und viele »typische Männerberufe« erobert. Viele Väter wollen bei der
 2255 Erziehung der Kinder mehr Verantwortung übernehmen, und das nicht nur am Wochenende. Heute
 2256 sind mehr Frauen erwerbstätig als noch eine Generation zuvor. Frauen können Kanzlerin werden.

2257 Doch die Revolution der Geschlechterverhältnisse ist unvollendet. Noch immer sind die Tätigkeiten
 2258 zwischen den Geschlechtern ungerecht verteilt. Noch immer verdienen Frauen im Schnitt 21 Prozent
 2259 weniger als Männer, in vielen Bereichen trotz gleicher Qualifikation. In den Familien übernehmen im
 2260 Durchschnitt immer noch die Frauen einen Großteil der Haus- und Pflegearbeit. Und Berufe, in denen
 2261 überproportional viele Frauen arbeiten, sind in der Regel die schlechter bezahlten. Die Führungsetagen
 2262 sind überwiegend von Männern besetzt. Der Kampf gegen den alltäglichen Sexismus stößt noch
 2263 immer auf erbitterten Widerstand von Verteidigern eines Patriarchats aller Couleur.

2264 Der Niedriglohnsektor wächst, in dem besonders viele Frauen sich z.B. als Verkäuferinnen,
 2265 Masseurinnen, Friseurinnen oder Gebäudereinigerinnen abrackern und mit dem Geld kaum über die
 2266 Runden kommen. Frauen arbeiten häufiger in unfreiwilliger Teilzeit. Das führt dazu, dass vor allem
 2267 Frauen von Altersarmut betroffen sind. Frauen erleben Sexismus zu Hause, am Arbeitsplatz und in der
 2268 Öffentlichkeit; bis hin zu sexueller Belästigung oder Gewalt. Migrantinnen sind oft zusätzlich von
 2269 Rassismus und besonders krasser Ausbeutung betroffen.

2270 Von rechts wird die heterosexuelle Kleinfamilie als vermeintlich sicherer Hafen in unsicheren Zeiten
 2271 verkauft. Sie machen Stimmung gegen die Emanzipationsgewinne von Frauen, Lesben, Schwulen und
 2272 Trans* Menschen. Sie instrumentalisieren feministische Kritik für ihre rassistischen Parolen. Diesem
 2273 Kulturkampf von rechts stellt DIE LINKE eine solidarische und freiheitliche Gesellschaft entgegen, in
 2274 der alle leben können, wie sie wollen. Eine Gesellschaft, in der Menschen sich frei von Existenzangst
 2275 und Diskriminierung entfalten können. Wir streiten für die Gleichwertigkeit aller Lebensentwürfe,
 2276 sexueller Orientierungen und geschlechtlicher Identitäten.

2277 Wir wollen die Gleichstellung von Frauen und Männern. Doch Gleichstellung ist nur ein Etappenziel. Es
 2278 geht nicht darum, dass Frauen das gleiche Recht kriegen sollen, sich im Hamsterrad bis zur
 2279 Erschöpfung abzustrampeln, ihre Arbeit unter Zeitstress zu erledigen und mies bezahlt zu werden – so
 2280 wie viele Männer auch. Es geht nicht bloß um die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, damit
 2281 Frauen Kinder und Karriere noch schneller jonglieren können. Wir brauchen neue Arbeitszeitmodelle –
 2282 und zwar für alle! Wir streiten deshalb für eine revolutionäre Veränderung der Gesellschaft, in der alle
 2283 Tätigkeiten und Bedürfnisse zu ihrem Recht kommen, und nicht die Erwerbsarbeit allein den Takt
 2284 vorgibt. Eine solche Gesellschaft muss verschiedene Lebensentwürfe absichern und
 2285 Selbstbestimmung in Solidarität fördern statt Ich-AGs in Konkurrenz.

2286 Geschlechtergerechtigkeit heißt Emanzipation für die ganze Gesellschaft- ein gemeinsames Ziel –
 2287 statt individuellem Durchschlagen gegen Männerdominanz und Konkurrenz. Das ist linker Feminismus.

2288 **Zeit für eine radikale Umverteilung von Erwerbs- und Sorge-Arbeit**

2289 Dass wir die notwendigen Lebensmittel mit weniger Arbeit herstellen, könnte ein Glück sein: Wenn die
 2290 Arbeit gerecht verteilt wird. Stattdessen müssen die einen Überstunden schieben, während andere gar
 2291 keine Arbeit finden. Um selbstbestimmt zu leben, müssen wir über die Zeit anders verfügen können.
 2292 Vier Bestandteile gehören zusammen: Zeit für Erwerbsarbeit, für Familie und Freundinnen und
 2293 Freunde, für gesellschaftliches Engagement, Bildung und Kultur sowie ausreichend Erholung und Zeit
 2294 für sich selbst. Wir wollen

- 2295 • eine Arbeitszeitverkürzung, die um 30 Wochenstunden oder einen Sechs-Stunden-Tag kreist,
 2296 bei vollem Lohn- und notwendigem Personalausgleich. In diesem neuen

- 2297 Normalarbeitsverhältnis werden die individuellen Bedürfnisse in der Arbeitszeit stärker
 2298 berücksichtigt.
- 2299 • ein individuelles Recht auf Teilzeit sowie das Rückkehrrecht auf die vorherige Arbeitszeit, die
 2300 Einführung von Auszeiten-Regelungen und die stärkere Kontrolle von Überstunden und
 2301 Arbeitszeitgesetzen durch Betriebsräte, Personalräte und Mitarbeitervertretungen.
- 2302 • die Stärkung sozialer Dienstleistungen und der öffentlichen Daseinsvorsorge, hin zu einer
 2303 bedarfsgerechten Versorgung, durch bessere Finanzierung und mehr Personal.
- 2304 • Alle Menschen sollen gleichermaßen freie Zeit genießen können und Zugang zu
 2305 unterschiedlichen Freizeit- und Kulturangeboten haben. Doch nicht nur die Zeit, auch Arbeit
 2306 und Löhne sind ungerecht verteilt zwischen Frauen und Männern. Deshalb fordern wir:
- 2307 • Gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit! Dafür brauchen wir ein verbindliches
 2308 Entgeltgleichheitsgesetz samt Verbandsklagerecht, damit Frauen nicht mehr allein vor Gericht
 2309 ziehen müssen.
- 2310 • Die gerechte Verteilung von Erwerbsarbeit, unbezahlter Hausarbeit, Kindererziehung und
 2311 Betreuung sowie von Pflege innerhalb der Gesellschaft und zwischen den Geschlechtern. Das
 2312 heißt auch, eine Umverteilung der gut bezahlten Erwerbsarbeit hin zu Frauen. Im Gegenzug
 2313 mehr von der wunderbaren, liebevollen Familienarbeit in Männerhand.
- 2314 • Ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft, das nicht nur 101 Unternehmen und nicht
 2315 nur die Aufsichtsräte betrifft.
- 2316 • Weg mit der unverbindlichen Flexi-Quote! Wir brauchen eine verbindliche Frauenquote von 50
 2317 Prozent für alle Aufsichtsräte sowie für die Vorstände aller Unternehmen.

2318 Noch immer leisten Frauen den Löwinnen-Anteil der sogenannten Sorge-Arbeit. Dabei steht die Sorge
 2319 um sich und andere im Zentrum einer solidarischen Gesellschaft. Wer sich professionell um andere
 2320 sorgt, seien es Kinder, Alte oder Kranke, verdient ein hohes Maß gesellschaftlicher Anerkennung –
 2321 nicht nur, aber auch finanziell. Viele werden zwischen Sorgeverpflichtung und eigener Erwerbsarbeit
 2322 zerrieben, häufig bleibt Hartz IV als einziger Ausweg. Meist trifft es Frauen. Doch immer mehr Frauen
 2323 sind erwerbstätig, Familien leben räumlich oft nicht mehr nah beieinander. Öffentliche Angebote
 2324 fehlen, professionelle Rund-um-die-Uhr-Pflege können sich nur wenige leisten.

2325 Wir brauchen ein revolutionäres Umdenken, wie Sorge- und Pflegearbeit (= Care) verteilt und
 2326 anerkannt wird. Deshalb fordern wir im Sinne einer »Care Revolution«:

- 2327 • Eine solidarische Pflegevollversicherung (vgl. Kapitel Gerechte Pflege).
- 2328 • Einen Rechtsanspruch für Beschäftigte auf regulär und durch den Arbeitgeber bezahlte
 2329 Freistellung von bis zu sechs Wochen für die akut notwendige Pflegeversorgung. Menschen
 2330 übernehmen heute in sehr unterschiedlichen Lebensmodellen Verantwortung füreinander. Der
 2331 Rechtsanspruch auf Pflegezeit muss daher auch für Angehörige ohne verwandtschaftliche
 2332 Beziehung gelten.
- 2333 • Die volle Anrechnung von Kindererziehung und eine bessere Anrechnung von Pflegezeiten bei
 2334 der Rentenberechnung. So wirken wir Altersarmut entgegen, von der vor allem Frauen
 2335 betroffen sind.
- 2336 • Eine Neubewertung aller gesellschaftlich erforderlichen Tätigkeiten und eine neue Verteilung
 2337 aller bezahlten und unbezahlten Arbeit zwischen Männern und Frauen. Nur so kann Sorge-
 2338 Arbeit langfristig aufgewertet werden.

2339 **Ohne Angst verschieden sein können**

2340 Vielfalt ist für uns kein Lippenbekenntnis, sondern eine Selbstverständlichkeit, ein Zeichen von
 2341 Lebensqualität und Humanismus. Dafür müssen wir gegen Diskriminierung vorgehen. Wir stehen an
 2342 der Seite derjenigen, die von prekärer Arbeit und Niedriglohn, ungleichen Bildungschancen,
 2343 Rassismus, Sexismus, Behindertenfeindlichkeit und Altersdiskriminierung, Homo- und Transphobie
 2344 betroffen sind. Von Diskriminierung betroffene Menschen müssen aber nicht nur geschützt werden.
 2345 Zugleich ist notwendig, ihre (Selbst-)Organisationen finanziell und politisch zu stärken.

2346 Wir wollen, dass vielfältige Lebensweisen rechtlich gleichgestellt werden und setzen uns für ihre
 2347 gesellschaftliche Akzeptanz ein. Dazu gehört, die Ungleichbehandlung von eingetragenen
 2348 Lebenspartnerschaften zu überwinden. Bisher sind Ehe und Lebenspartnerschaft in den Pflichten
 2349 gleichgestellt (z.B. gegenseitige Unterhaltspflichten). Doch gleiche Rechte, wie z.B. ein gemeinsames
 2350 Adoptionsrecht, haben sie nicht.

2351 Die Anerkennung aller Familienformen und Lebensentwürfe ist für uns leitendes Prinzip.
 2352 Überkommene Privilegien der Ehe sollen überwunden werden. Deswegen sollen der besondere Schutz
 2353 und die Förderung durch Staat und Gesellschaft in Zukunft nicht Ehepaaren, sondern denjenigen zu
 2354 Gute kommen, die mit Kindern oder Pflegebedürftigen leben und Kompensation für daraus
 2355 erwachsende Nachteile benötigen.

- 2356 • Die staatliche Subventionierung eines überholten Alleinernährer- oder Zuverdienerinnen-
 2357 Modells wollen wir beenden. Stattdessen sollen die tatsächlichen Betreuungs- und
 2358 Pflegeleistungen sowie das Zusammenleben mit Kindern gefördert und im Rentenrecht
 2359 ausgeglichen werden. Das Ehegattensplitting wird durch familienfreundliche Steuermodelle
 2360 ersetzt. Dabei muss das nicht ausgeschöpfte steuerliche Existenzminimum zwischen den
 2361 Eheleuten bzw. Lebenspartnerinnen und Lebenspartnern frei übertragbar sein.
- 2362 • Wir wollen die Öffnung der Ehe und das volle Adoptionsrecht für alle. Reproduktionsmedizin
 2363 muss auch nicht-verheirateten und lesbischen Frauen zur Verfügung stehen.
- 2364 • Kinder brauchen Erwachsene, die sich liebevoll und verbindlich um sie kümmern. Eltern und
 2365 Sorgeberechtigte sind nicht unbedingt dieselben Personen. Wir setzen uns dafür ein, dass
 2366 auch (bis zu) vier Personen Eltern für ein Kind sein können, also in Co-Elternschaft das
 2367 gemeinsame Sorgerecht innehaben. Neben den Pflichten betrifft das auch Rechte wie
 2368 Kinderfreibeträge und Rentenansprüche. Diese vertraglich zu regelnde Verbindlichkeit betrifft
 2369 umgekehrt auch Rechte des Kindes gegenüber allen Elternteilen, wie Unterhaltsanspruch und
 2370 Erbe.

2371 Frauen müssen Zugang zu gesellschaftlichen Positionen haben, ohne dass ihnen Lebensformen
 2372 aufgedrängt werden. Sowohl das Verbot von Kopftüchern wie der Zwang dazu wären eine
 2373 Einschränkung der Entfaltungsmöglichkeiten von Frauen. Es gilt, Frauen in ihrer persönlichen
 2374 Entscheidung wie sie sich kleiden, nicht zu bevormunden und keinen Druck auf sie auszuüben – weder
 2375 in die eine noch die andere Richtung.

- 2376 • Wir wollen Hilfs- und Beratungsangebote schaffen für unter Druck gesetzte Frauen, kostenlos
 2377 und in ihrer Sprache.

2378 **Rechte von Frauen stärken**

2379 Wir setzen uns ein für das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung und Selbstbestimmung über den
 2380 eigenen Körper.

- 2381 • In diesem Sinne sind wir für die Streichung der Paragraphen 218 und 219 aus dem
 2382 Strafgesetzbuch, die Schwangerschaftsabbruch weiterhin als Straftatbestand aufführen und
 2383 nur unter der Bedingung einer Zwangsberatung in den ersten drei Monaten straffrei lässt.

2384 Gesellschaftliche Machtverhältnisse schlagen sich auch in der Prostitution nieder. In der LINKEN
 2385 werden unterschiedliche Wege diskutiert, wie die Betroffenen geschützt werden. Geschlecht, Klasse
 2386 und Herkunft bestimmen mit, unter welchen Bedingungen und mit welcher Motivation ein Beruf
 2387 ausgeübt wird. Diese Machtverhältnisse lassen sich nicht durch ein Verbot der Prostitution
 2388 bekämpfen.

- 2389 • Wir wollen diejenigen stärken, die durch diese Verhältnisse an den Rand gedrängt werden:
 2390 Frauen dürfen nicht zu Objekten gemacht werden und müssen selbst über ihre Arbeit
 2391 bestimmen können. Sie brauchen soziale Garantien und Bildungsmöglichkeiten. Wir wollen sie
 2392 in ihrer Selbstorganisation unterstützen.

2393 **Sexuelle Selbstbestimmung**

2394 Die Ordnung der Zweigeschlechtlichkeit – die Anforderung der Gesellschaft, sich unzweifelhaft als
 2395 Frau oder Mann zu definieren – grenzt aus. Eine geschlechtergerechte Politik muss darauf hinwirken
 2396 Frauen, Männer, Trans*Menschen und Intersexuelle gleichzustellen, ohne dass ein Geschlecht oder
 2397 eine Lebensweise als Norm gesetzt wird.

2398 Geschlechtergerechtigkeit muss schon im Kindesalter durch vielfältige Rollenangebote gefördert und
 2399 dabei Raum für persönliche Entfaltung und geschlechtliche Vielfalt gesichert werden.

2400 Wir unterstützen Trans*Menschen in ihrem Kampf für das Recht auf selbstbestimmte
 2401 Geschlechtsidentität. Das beginnt damit, Trans*Identitäten nicht mehr als Krankheit zu betrachten, die
 2402 geheilt werden muss.

- 2403 • Begutachtungspflicht, Therapiezwang und das gerichtliche Verfahren müssen abgeschafft
 2404 werden, wenn es darum geht, Vornamen und Personenstand zu ändern. Stattdessen muss
 2405 dieses Verfahren in einen Verwaltungsakt überführt und auf Antrag ohne Vorbedingung
 2406 diskriminierungsfrei geregelt werden.
- 2407 • Das Transsexuellengesetz muss als Sondergesetz aufgehoben und in bestehendes Recht
 2408 integriert werden. Im Sinne einer bedürfnisorientierten und präventiven
 2409 Gesundheitsversorgung brauchen Trans*Menschen (auch geflüchtete) Zugang zu allen
 2410 transspezifischen medizinischen, therapeutischen und beratenden Leistungen und eine
 2411 unbürokratische Kostenübernahme durch die Krankenkassen. Alle benötigten Leistungen
 2412 müssen im Katalog der Kostenträger enthalten sein. Wir setzen wir uns für den
 2413 flächendeckenden Ausbau von Beratungsangeboten in Zusammenarbeit mit Trans*Initiativen
 2414 ein.
- 2415 • Medizinisch nicht notwendige, frühkindliche Operationen an Intersexuellen zum Zwecke der
 2416 Geschlechtsangleichung dürfen nur durchgeführt werden, wenn diese selbst einwilligungsfähig
 2417 sind und ihre Zustimmung gegeben haben.
- 2418 • Wir fordern Beratungs- und Aufklärungszentren für Betroffene und deren Angehörige sowie
 2419 einen Entschädigungsfond für Intersexuelle, denen durch geschlechtsangleichende
 2420 Operationen erhebliches Leid widerfahren ist.
- 2421 • Wir wollen den Schutz vor Diskriminierungen aufgrund der geschlechtlichen Identität,
 2422 sexuellen Orientierung und Lebensweise in Artikel 3 des Grundgesetzes und in das
 2423 Antidiskriminierungsgesetz aufnehmen. Um dieses erweiterte Grundrecht zu garantieren,
 2424 braucht es Antidiskriminierungsstellen, ein echtes Klagerecht für Verbände im Allgemeinen
 2425 Gleichstellungsgesetz sowie dessen EU-rechtskonforme Ausgestaltung.
- 2426 • Die Unrechtsurteile der nach § 175 StGB in der BRD und DDR verfolgten Homosexuellen und
 2427 Trans*Menschen müssen aufgehoben werden! Die Betroffenen müssen vollständig
 2428 rehabilitiert und entschädigt werden.

2429 Wir unterstützen Maßnahmen und Angebote, die auf einen Wandel des gesellschaftlichen
 2430 Bewusstseins zielen. In den Lehrplänen der Bildungseinrichtungen muss sich die real existierende
 2431 Vielfalt an Lebensentwürfen und Identitäten abbilden, anstatt Klischees von Männlichkeit und
 2432 Weiblichkeit zu reproduzieren sowie sexuelle und geschlechtliche Vielfalt zu tabuisieren.

2433 **Schutz von Frauen, Kindern und Trans*Menschen vor Gewalt**

2434 Schutz von Frauen, Kindern und Trans*Menschen vor Gewalt muss als bundespolitische Pflichtaufgabe
 2435 anerkannt und rechtlich verbindlich verankert werden. Sicherer, schneller und bedarfsgerechter
 2436 Schutz und qualifizierte Hilfe in Frauenhäusern und anderen Schutzräumen sowie
 2437 Frauenberatungsstellen müssen den Betroffenen zugänglich sein – unabhängig von ihrem körperlichen
 2438 Zustand, ihrem Aufenthaltsstatus oder ihrer Lebenssituation. Das muss einheitlich im Bund finanziert
 2439 werden.

- 2440 • Schutz- und Hilfseinrichtungen sollen einzelfallunabhängig, pauschal und verlässlich finanziert
 2441 sowie barrierefrei werden. Die Finanzierung über Tagessätze muss beendet werden. Die

- 2442 Finanzierung der Frauenhäuser ist Bestandteil einer Schutzpflicht und darf nicht länger eine
2443 freiwillige Leistung bleiben. Hier muss auch der Bund endlich in die Verantwortung genommen
2444 werden.
- 2445 • Staatliche Behörden wie Polizei, Gerichte und Ämter müssen für das Thema Gewalt gegen
2446 Frauen sensibilisiert werden. Das Gewaltschutzgesetz muss einheitlich werden. Besondere
2447 Aufmerksamkeit gilt dem Umgangs- und Sorgerecht, wenn Kinder als Zeugen oder selbst von
2448 Gewalt betroffen sind.
 - 2449 • Alle Formen von Gewalt und Gewaltverherrlichungen gegen Frauen in unterschiedlichsten
2450 Medien müssen konsequent geahndet werden.
 - 2451 • Wir wollen Zwangsprostitution als Ausbeutung bekämpfen, ohne die Frauen zu bekämpfen.
2452 DIE LINKE will Opfer von Menschenhandel besser schützen. Solange die Betroffenen keinen
2453 sicheren und eigenständigen Aufenthaltsstatus erhalten, sind die Täter durch die Angst der
2454 Opfer geschützt. Aufenthaltstitel, Schutz und Entschädigung müssen unabhängig von der
2455 Bereitschaft der Opfer, als Zeugin oder Zeuge in einem Strafverfahren auszusagen, gewährt
2456 werden. Für die Betroffenen fordern wir Therapiemittel, medizinische sowie psychologische
2457 Betreuung, Rechtsbeistand und Rechtshilfe, Zugang zu sozialen Leistungen und
2458 Bildungsangebote.
 - 2459 • Eine besondere Rolle spielt Gewalt gegen Frauen in Kriegs- und Krisengebieten. Wenngleich
2460 das Zuwanderungsgesetz in Deutschland die geschlechtsspezifische Verfolgung als Asylgrund
2461 anerkennt, haben in der Praxis viele betroffene Frauen keine Chance auf Asyl. Auch der
2462 Schutz in Flüchtlingsunterkünften weist noch erhebliche Defizite auf. Damit wird auch die
2463 aufnehmende Gesellschaft mitverantwortlich für die Gewalt, die vielen Frauen widerfährt.
 - 2464 • Wir wollen eine bedürfnisorientierte Unterbringung und ausreichend Schutzräume für
2465 geflüchtete Frauen und ihre Kinder sowie für Lesben, Schwule und Trans* Menschen.
 - 2466 • Das Personal in den Unterkünften muss entsprechend sorgsam geschult werden.

2467 **XIII. Menschen vor Profite – für eine soziale, ökologische und**
 2468 **demokratische Wirtschaft der Zukunft**

2469 Statt Wirtschaftspolitik an sozialen und ökologischen Zielen auszurichten, setzt die Bundesregierung
 2470 auf mehr Wettbewerbsfähigkeit und mehr Standortwettbewerb im Interesse der Konzerne. Sie macht
 2471 damit Druck auf Löhne und Umweltstandards. Die Bundesregierung treibt gegen
 2472 hunderttausendfachen Protest die Freihandelsabkommen TTIP und CETA voran. Sie stellt das
 2473 ökonomisch unsinnige Ziel der »schwarzen Null« über dringend notwendige Investitionen und blockiert
 2474 somit eine sozial gerechte und ökologisch zukunftsfähige Entwicklung. Während in die Förderung der
 2475 Exportindustrie Milliarden fließen, verkommt die öffentliche Infrastruktur. Für die Versorgung der
 2476 Menschen wichtige Bereiche wie der Wohnungsbau und die sozialen Dienstleistungen in der
 2477 Gesundheitsversorgung, Pflege und Bildung werden vernachlässigt, unterfinanziert und privatisiert (vgl.
 2478 Kapitel In die Zukunft investieren).

2479 Die dringende Klima- und Energiewende wird ebenso blockiert wie eine Regulierung der Banken und
 2480 Finanzmärkte, weil die Bundesregierung keinen Konflikt mit den wirtschaftlich Mächtigen eingehen
 2481 will. Profitorientierte Konzerne fragen nicht nach dem gesellschaftlichen Nutzen oder ökologischem
 2482 Schaden. Der Druck der Finanzmärkte und der globale Standortwettbewerb führen dazu, dass selbst
 2483 im Aufschwung zu wenig investiert wird. Die Spaltung zwischen reichen und wirtschaftlich
 2484 abgehängten Regionen wächst. Der Markt kann Investitionen nicht gesellschaftlich sinnvoll lenken.

2485 Die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung stärkt vor allem die Exportkonzerne. Die einseitige
 2486 Orientierung führt nicht nur zu massiven wirtschaftlichen Ungleichgewichten u.a. zwischen den EU-
 2487 Ländern und trägt so zu Krisen bei. Sie führt auch dazu, dass die Erwerbstätigen hierzulande trotz
 2488 harter Arbeit und hoher Produktivität unter den Möglichkeiten eines reichen Landes leben müssen.
 2489 Die Massenerwerbslosigkeit ist verfestigt. Die wachsende Polarisierung in Arm und Reich ist nicht nur
 2490 sozial ungerecht, sondern auch wirtschaftlich destruktiv.

2491 DIE LINKE tritt für einen grundlegenden Richtungswechsel in der Wirtschafts- und Finanzpolitik ein.
 2492 Wir kämpfen dafür, dass in der Wirtschaft gilt: Menschen vor Profite. Nur wenn die Macht von
 2493 profitorientierten Großkonzernen gebrochen und Entscheidungen über Investitionen in
 2494 Schlüsselbereichen der Wirtschaft demokratisch getroffen werden, können der notwendige
 2495 ökologische Umbau der Wirtschaftsstruktur und die Digitalisierung auch sozial gerecht und am
 2496 Gemeinwohl orientiert gestaltet werden. Unsere Wirtschaftspolitik besteht u.a. aus folgenden
 2497 Elementen:

- 2498 • **Löhne und Gehälter müssen steigen**, insbesondere die unteren und mittleren Einkommen.
 2499 Das bewirken wir einerseits durch die Anhebung des Mindestlohnes auf zwölf Euro.
 2500 Andererseits beseitigen wir die Lohnbremsen in der Arbeitsmarktpolitik: Leiharbeit,
 2501 Werkverträge, Hartz IV und Sanktionen, sinkende Tarifbindung usw. So erhöhen wird die
 2502 Kaufkraft und stärken den Binnenmarkt (Vgl. Kapitel Gute Arbeit).
- 2503 • Wir **investieren in die öffentliche Daseinsvorsorge** und öffentliche Infrastruktur. Mit einem
 2504 100-Milliarden-Euro Investitionsprogramm sollen die öffentlichen und privaten Investitionen
 2505 angehoben und gleichzeitig mehr tarifliche und sozial regulierte Arbeitsplätze geschaffen
 2506 werden. Es wird finanziert aus einer gerechten Steuerreform. Gleichzeitig kann damit auch die
 2507 regionale Wirtschaft gefördert werden, wie das Handwerk oder regionale
 2508 Dienstleistungsbetriebe. (Vgl. Kapitel In die Zukunft investieren).
- 2509 • Wenn wir die **Binnenwirtschaft stärken**, die öffentlichen Investitionen erhöhen und die
 2510 Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung gerecht verteilen, schaffen wir wirkungsvolle Mittel gegen
 2511 Massenerwerbslosigkeit.
- 2512 • Der dringend notwendige **sozial-ökologische Umbau** der Wirtschaft betrifft die gesamte Art
 2513 und Weise, wie und was wir produzieren und wie der gesellschaftliche Reichtum verteilt und
 2514 verwendet wird. An die Stelle blinden Wachstums müssen gezielte, am Gemeinwohl und dem
 2515 Bedarf der Bevölkerung orientierte Investitionen in den sozialen und ökologischen Umbau von

2516 Produktion und Dienstleistungen treten. Das will DIE LINKE auf den Weg bringen durch eine
 2517 Demokratisierung der Wirtschaft, eine andere Steuerpolitik und eine grundlegende Reform der
 2518 staatlichen Wirtschaftsförderung. Umweltschädliche Subventionen wollen wir beenden.

2519 • Den **Finanzsektor wollen wir regulieren und Finanzspekulation eindämmen**: wir lassen die
 2520 Luft aus den Spekulationsblasen. So werden den internationalen Finanzmärkten Gelder
 2521 entzogen und für dringend notwendige Investitionen zur Verfügung gestellt.

2522 Unsere Alternative zu gefährlichen Freihandelsabkommen, Wachstum um jeden Preis und Zerstörung
 2523 der Umwelt ist ein Zukunftsprogramm für den sozialen und ökologischen Umbau der Wirtschaft.

2524 **Finanzmärkte schrumpfen und die Macht der Banken brechen**

2525 Die Ursachen der Finanz- und Weltwirtschaftskrise sind nicht überwunden – weil die Regierungen
 2526 nicht den Mut hatten, sich mit den Großbanken, Hedge-Fonds und den Multi-Milliardären anzulegen.
 2527 Wenn die Spekulation schneller wächst als die wirtschaftliche Produktion sind immer neue Krisen die
 2528 Folge. Ein wirklicher Bruch mit dem Finanzkapitalismus ist notwendig – die Alternative dazu ist, dass
 2529 der Sozialstaat und die Demokratie in Europa weiter ausgehöhlt werden. Wir wollen die Gesellschaft
 2530 und die Demokratie aus dem Würgegriff der Finanzkonzerne befreien:

2531 • Auf den Finanzmärkten werden verschiedene Vermögensformen (Aktien, Devisen, Derivate...)
 2532 zwischen Reichen getauscht, vermehrt und in wenigen Händen konzentriert. Nur wenn die
 2533 großen Vermögen umverteilt werden, versiegt die Quelle, die die Spekulation anheizt.
 2534 • Auch aus der kapitalgedeckten Altersvorsorge fließen den Finanzmärkten Milliardenbeträge
 2535 zu. Wir wollen die Rentenprivatisierungen zurücknehmen und die Mittel der Spekulation
 2536 entziehen.

2537 Die Bundesregierung hat bei der Bankenregulierung versagt. Die Verstrickung der Deutschen Bank in
 2538 kriminelle Geschäfte zeigt, dass private Großbanken immer noch tickende Zeitbomben sind. Sie sind
 2539 abgesichert, weil ihnen indirekt garantiert wird, dass sie vom Steuerzahler gerettet werden. Diese
 2540 Garantie nutzen sie für riskantes Investmentbanking. Es wäre verantwortungslos, Deutsche Bank und
 2541 Commerzbank zusammenzuführen, weil die so entstehende größere Bank die Bevölkerung noch
 2542 besser erpressen könnte. Die Gesellschaft ist nicht für die Banken da, sondern die Banken haben der
 2543 Gesellschaft zu dienen. DIE LINKE will Großbanken entmachten, Banken unter demokratische
 2544 Kontrolle bringen und in öffentliches Eigentum überführen, um den Finanzsektor auf gesellschaftlich
 2545 sinnvolle Kernaufgaben wie Kreditvergabe und Zahlungsverkehr für die Realwirtschaft zu
 2546 konzentrieren:

2547 • Private Großbanken und Landesbanken müssen verkleinert und effektiver öffentlicher
 2548 Kontrolle unterstellt werden. Die Basis eines neuen Finanzsektors sind Sparkassen und
 2549 Genossenschaftsbanken. Sie wollen wir fördern. Die Geschäftsbanken müssen wie
 2550 Sparkassen aufs Gemeinwohl verpflichtet werden.
 2551 • Der überwiegende Teil des sogenannten Kapitalmarktgeschäfts der Banken folgt spekulativen
 2552 Motiven. Es dient nicht den Bedürfnissen der Realwirtschaft oder der Mehrheit der
 2553 Bevölkerung. Im Gegenteil: In guten Zeiten wandern spekulative Gewinne in die Taschen der
 2554 Reichen. Im Krisenfall ruft die Finanzindustrie nach dem Staat, der die Verluste übernehmen
 2555 soll. Das Investmentbanking – das nur in Betriebe investiert, um hohe Renditen zu erzielen –
 2556 wollen wir als Geschäftsfeld abwickeln. Schattenbanken, außerbilanzielle
 2557 Zweckgesellschaften, Derivate, Hedgefonds und Private-Equity-Gesellschaften müssen
 2558 aufgelöst werden. Die Spekulation mit Agrarrohstoffen wollen wir verbieten.
 2559 • DIE LINKE fordert die Einführung eines Finanz-TÜV, der die Geschäftspraktiken der Banken
 2560 und sämtliche angebotenen Finanzprodukte prüfen und vor der Einführung genehmigen muss.
 2561 Darüber hinaus wollen wir die provisionsgestützte Beratung überwinden. Die unabhängige
 2562 Finanzberatung durch Verbraucherzentralen und die Honorarberatung sollen ausgebaut
 2563 werden. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) muss in ihrer Rolle für
 2564 den kollektiven Verbraucherschutz gestärkt werden.
 2565 • Eine neu geschaffene, demokratische Bankenaufsicht muss verdächtige Guthaben einfrieren

- 2566 können. Institute, die sich der Transparenz in den Weg stellen, verlieren die Bankenlizenz.
 2567 Banken zu regulieren kann nicht durch die Banken selbst geschehen. In den Kontrollgremien
 2568 müssen auch Gewerkschaften, Sozialverbände, Verbraucherschutz- und Umweltverbände und
 2569 andere zivilgesellschaftliche Akteure vertreten sein.
- 2570 • Alle Menschen müssen einen Rechtsanspruch auf ein kostenfreies Giro-Konto erhalten. Dispo-
 2571 Zinsen wollen wir auf höchstens fünf Prozent oberhalb des Zinssatzes der Zentralbank
 2572 begrenzen.

2573 **Steuroasen trocken legen – die organisierte Finanzkriminalität stoppen**

2574 Durch Steuroasen und Steuertricks entziehen die Reichen und Konzerne der Allgemeinheit jedes Jahr
 2575 hunderte Milliarden Euro. Die Regierungen der Europäischen Union lassen zu, dass internationale
 2576 Konzerne wie Apple, Google & Co. ihre Gewinne an der Steuer vorbei lenken. Sie zahlen auf ihre
 2577 Gewinne weniger als ein Prozent der Steuern. Die Panama Papers haben ein Geflecht von
 2578 Briefkastenfirmen enthüllt, die der Steuerflucht und kriminellen Geschäften wie Korruption,
 2579 Finanzierung von Terror, Menschen- und Waffenhandel dienen. Die LINKE will die Steuerflucht und
 2580 organisierte Kriminalität der Superreichen bekämpfen:

- 2581 • Strafverfolgungsbehörden und Finanzämter müssen personell, technisch und vom
 2582 gesetzlichen Rahmen in die Lage versetzt werden, Steuerhinterziehung als Geschäftsmodell
 2583 konsequent zu verfolgen. Deutschland braucht eine Bundesfinanzpolizei gegen
 2584 Steuerhinterziehung und Geldwäsche. Jede Steuerfahnderin und jeder Steuerfahnder bringt
 2585 etwa eine Million Euro mehr ein als sie oder er kostet.
- 2586 • Vermögen und kriminelle Gelder werden oft über Briefkastenfirmen und andere
 2587 Rechtskonstrukte verschleiert. Das wollen wir unmöglich machen. Deutschland blockiert
 2588 immer noch, dass ein öffentliches, im Internet zugängliches Transparenzregister aller
 2589 Eigentümer und Begünstigten von Firmen, Stiftungen und Trusts auf EU-Ebene eingerichtet
 2590 wird. Das muss aufhören. Wir wollen auch auf nationaler Ebene ein solches Register
 2591 einführen. Falschinformationen im Register müssen bestraft werden.
- 2592 • Um Steuerdumping zu verhindern, müssen in der EU endlich verbindliche Mindeststeuersätze
 2593 für Konzerne eingeführt und dafür eine breite und umfassende Ermittlung der Gewinne
 2594 zugrunde gelegt werden. Hierzu müssen die EU Verträge geändert werden. Als verbindlicher
 2595 Standard für deutsche Steuerabkommen muss ein automatischer Informationsaustausch der
 2596 Steuerbehörden eingeführt werden.
- 2597 • Transnationale Konzerne sollen dazu verpflichtet werden, ihre Kerndaten wie ihre
 2598 Wertschöpfung, Umsätze, Gewinne und Steuerzahlungen länderweise offenzulegen.
- 2599 • Doppelbesteuerungsabkommen mit unkooperativen Staaten müssen sofort gekündigt und
 2600 ihren Finanzinstituten die Lizenz in Deutschland entzogen werden.
- 2601 • Durch eine Quellensteuer von 50 Prozent auf alle in nicht kooperative Staaten abfließende
 2602 Zahlungen, auf Dividenden, Zinsen und Lizenzabgaben von Unternehmen wollen wir
 2603 Steuerflucht unattraktiv machen. Das ist auch im nationalen Alleingang sofort möglich. Die
 2604 Beweislast muss bei den Unternehmen und Vermögenden liegen, durch eine Anrechnung der
 2605 Quellensteuer nur bei Offenlegung aller steuerrelevanten Informationen.
- 2606 • Wir wollen die Verlagerung von Konzerngewinnen ins Ausland bekämpfen: bestehende
 2607 Steuerbefreiungen für ins Ausland abfließende Kapitalerträge müssen abgeschafft werden.
 2608 Steuervorteile für in einem Niedrigsteuerland erzielte Kapitalerträge wollen wir beseitigen: die
 2609 Steuerdifferenz muss in Deutschland erhoben werden.
- 2610 • Banken, Wirtschaftsprüfer und Kanzleien, die Beihilfe zur Steuerhinterziehung leisten, müssen
 2611 empfindlich bestraft werden – bis hin zum Entzug der Bank- bzw. Geschäftslizenz. Um gegen
 2612 die Wirtschaftskriminalität von juristischen Personen vorzugehen, wollen wir ein
 2613 Unternehmensstrafrecht einführen. Nach dem Vorbild des US-amerikanischen Foreign
 2614 Account Tax Compliance Act (FATCA) werden Finanzinstitute zur Weitergabe von
 2615 steuerrelevanten Informationen verpflichtet.

2616 **Wirtschaft demokratisieren**

2617 Demokratie darf nicht an der Bürotür, am Werkstor oder am Eingang einer Konzernzentrale enden.
2618 Wirtschaft ist im heutigen Kapitalismus aber eine weitgehend Demokratie-freie Zone. In den
2619 Unternehmen geraten die bestehenden Möglichkeiten demokratischer Mitbestimmung der
2620 Beschäftigten unter Druck des Managements und der Standortkonkurrenz. Wirtschaftliche und
2621 politische Macht konzentrieren sich immer mehr in der Hand weniger Großkonzerne, Banken und
2622 Milliardäre. So wird die Demokratie ausgehöhlt. Die Eigentumsfrage ist zu einer Schicksalsfrage für die
2623 Demokratie geworden.

2624 DIE LINKE kämpft dafür, Unternehmen der Daseinsvorsorge, Banken und Versicherungen,
2625 Energiekonzerne, Unternehmen der Pharma- und medizinischen Industrie und der Telekommunikation
2626 in die öffentliche (oder genossenschaftliche) Hand und in gesellschaftliche Eigentumsformen zu
2627 überführen. Wir wollen die großen Stromkonzerne entmachten und in öffentliches Eigentum

In Z. 2625/2626 wird zwischen „... Telekommunikation“ und „... in die öffentliche“ ergänzt: „und weitere Schlüsselindustrien“

2628 überführen. Die Energiewirtschaft soll durch Stadtwerke organisiert werden, die in den Kommunen
2629 dezentral und demokratisch gestaltet werden. Überwachungstechnologien und privatwirtschaftliche
2630 Monopole über Wissen nehmen zu. Damit der technologische Fortschritt zum Wohle aller Menschen
2631 und Entwicklung einer ökologisch nachhaltigen Wirtschaftsweise eingesetzt werden kann, ist eine
2632 umfassende Demokratisierung der Wirtschaft erforderlich. Wir wollen Entwicklung, Produktion und
2633 Distribution demokratisieren: Dazu gehören Open-Innovation-Programme, die Offenlegung von
2634 Standards und die Eindämmung des Patentmissbrauchs zur Verhinderung von Produktvielfalt.

2635 **Mitbestimmung und Streikrecht ausweiten**

2636 Mehr Demokratie in der Wirtschaft beginnt damit, die Mitbestimmung der Beschäftigten in den
2637 Betrieben sowie in Aufsichts- und Verwaltungsräten zu stärken und weiterzuentwickeln. Demokratie
2638 braucht angesichts der Machtkonzentration bei den Eigentümern von Konzernen und dem
2639 Management ein wirksames Gegengewicht.

- 2640
- 2641 • Die unternehmerische Mitbestimmung wollen wir auf alle Unternehmen mit mehr als 100
2642 Beschäftigten ausweiten. In den Aufsichtsräten größerer Kapitalgesellschaften müssen die
2643 Eigentümer und die Beschäftigten zu gleichen Teilen vertreten sein. Für große Konzerne und
2644 systemrelevante Banken mit Sitz in Deutschland wollen wir die Kernregelungen des VW-
2645 Gesetzes übernehmen: Bund und Länder bekommen eine Sperrminorität. Eine Lehre aus dem
2646 VW-Abgas-Skandal ist, dass die Aufsichtsräte stärker durch die Belegschaften kontrolliert
2647 werden müssen. Dafür braucht es umfassende Kontrollrechte für Belegschaften und mehr
2648 Transparenz.
 - 2649 • Wir wollen die Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte ausweiten. Die Verpflichtung der
2650 Betriebsräte auf die Wahrung des Betriebsfriedens im Betriebsverfassungsgesetz muss
2651 abgeschafft werden. Wir wollen zwingende Mitbestimmungs- und Vetorechte der
2652 Beschäftigten und ihrer Betriebsräte bei allen wirtschaftlichen Fragen, insbesondere auch
2653 Betriebsänderungen, Standortänderungen und Entlassungen, sowie bei der Personalplanung
2654 und Arbeitszeiten.
 - 2655 • Die Aushöhlung der Mitbestimmung durch international agierende Konzerne muss gestoppt
2656 werden. Wir wollen es Konzernen erschweren, die Mitbestimmungsgesetze durch die
2657 Verlagerung ihres Unternehmenssitzes oder durch Gründung von
2658 Scheinauslandsgesellschaften zu umgehen. Die Unternehmensmitbestimmung muss
2659 ausnahmslos auf internationale Unternehmen mit Standortniederlassungen in Deutschland
2660 ausgeweitet werden.
 - 2661 • Die Gewerkschaften, Umwelt- und Sozialverbände müssen ein umfassendes
2662 Verbandsklagerecht erhalten.

2662 **Genossenschaften und solidarische Ökonomie**

2663 Wir werden demokratische, öffentliche und genossenschaftliche Eigentumsformen fördern. Sie
2664 können in Zukunft im Mittelpunkt einer nicht-kapitalistischen Wirtschaftsweise stehen, einer

2665 demokratischen, sozialistischen und ökologisch nachhaltigen Zukunftswirtschaft. Genossenschaften
 2666 und Belegschaftsbetriebe bauen auf Wissen, Erfahrung und Planungsfähigkeiten der Beschäftigten auf
 2667 und geben ihnen mehr Möglichkeiten, über Art und Inhalt der Produktion mitzubestimmen.

- 2668 • Genossenschaften müssen in allen Bereichen der staatlichen Wirtschaftsförderung
 2669 gleichberechtigt berücksichtigt werden.
- 2670 • Wir wollen Unternehmen fördern, die ganz oder zum Teil im Eigentum der Belegschaft stehen:
 2671 mit Steuererleichterungen und durch Bevorzugung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge.
- 2672 • DIE LINKE unterstützt Belegschaften, die ihre in die Krise geratenen Betriebe in Eigenregie
 2673 weiterführen wollen: Staatliche Subventionen an Unternehmen und Hilfen in wirtschaftlichen
 2674 Krisen müssen, wo die Belegschaften dieses befürworten, in Form von Belegschaftsanteilen
 2675 vergeben werden. Beim Verkauf von Unternehmen müssen die Belegschaften ein
 2676 Vorinformations- und Vorkaufsrecht erhalten.

2677 **Industrie- und Dienstleistungspolitik**

2678 Eine Steigerung der Arbeitsproduktivität und neue Formen der Produktion können Chancen eröffnen
 2679 für ein stärker selbstbestimmtes Arbeiten und Leben, für eine sozial gerechtere und ökologische
 2680 Gestaltung der Wirtschaft. Derzeit werden die Chancen der Digitalisierung durch die
 2681 Konzerninteressen blockiert. Um flächendeckenden Breitband-Netzzugang und digitale Infrastrukturen
 2682 auszubauen, sind staatliche Investitionen in Milliardenhöhe notwendig. Die digitale Infrastruktur muss
 2683 für alle zugänglich sein und demokratisch gestaltet werden – daher gehört sie in die öffentliche oder
 2684 genossenschaftliche Hand. Unter dem Druck der Aktionäre im Finanzkapitalismus setzen
 2685 Industrieunternehmen auf Verdichtung der Arbeit, Auslagerungen und permanente Umstrukturierung.

2686 Wir wollen eine aktive staatliche Industriepolitik, die sich am Gemeinwohl orientiert, nicht an den
 2687 Profiten der Exportindustrie: Wir setzen auf eine stärkere Konzentration auf den Binnenmarkt und wo
 2688 möglich auf regionale Wirtschaftskreisläufe und ökologisch zukunftsfähige, alternative Produktion. Wir
 2689 wollen den Ausbau gesellschaftlich notwendiger Dienstleistungen fördern und damit sinnvolle und
 2690 tariflich bezahlte Arbeitsplätze schaffen. Sozial schädliche Wirtschaftsbereiche wie die
 2691 Rüstungsindustrie und fossile Energieversorgung wollen wir umbauen und durch eine Umstellung der
 2692 Produktion Arbeitsplätze sichern und neue schaffen. Für diesen Umbau der Industrie setzt DIE LINKE
 2693 auf verbindliche ökologische Zielvorgaben und mehrjährige Stufenpläne. Es braucht eine Kombination
 2694 von finanziellen Anreizen, Verboten und verbindlicher öffentlicher Kontrolle und mehr Demokratie in
 2695 der Wirtschaftspolitik und in den Unternehmen:

- 2696 • Die LINKE will einen Zukunfts-Fonds einrichten, um für eine Übergangszeit den sozial-
 2697 ökologischen Umbau der Industrie, Genossenschaften und die Übernahme von Betrieben in
 2698 Belegschaftseigentum, gemeinwohlorientierte und regionale Wirtschaftsstrukturen zu fördern.
 2699 In dem Leitungsgremium, das über die Investitionsmittel entscheidet, sollen neben Vertretern
 2700 des Bundes zur Hälfte Gewerkschaften, Umweltverbände und Akteure gemeinwohlorientierter
 2701 Ökonomie vertreten sein.

2702 Die Bundesregierung gibt Milliarden für Wirtschaftsförderung aus. Wir wollen sie demokratischer
 2703 gestalten und an verbindliche Anforderungen binden: an gute Arbeit und Löhne, Tarifverträge,
 2704 ökologisch sinnvolle Produktion und die Förderung solidarischer Ökonomie. Dies muss auch für die
 2705 Vergabe öffentlicher Aufträge gelten.

- 2706 • Die Fördergelder müssen vorrangig für ökologische Modernisierung, regionale Strukturpolitik
 2707 in wirtschaftlich abgehangenen Regionen und für Genossenschaften verwendet werden. Im
 2708 Forschungsförderungsgesetz wollen wir einen verbindlichen Anteil für Grundlagenforschung
 2709 im Bereich der solidarischen Ökonomie verankern. Zudem wollen wir eine sozial-ökologische
 2710 Wirtschaftskammer einrichten, die regionale Leuchtturmprojekte und
 2711 Unternehmensgründungen im Bereich solidarischer Ökonomie durch Beratung und finanzielle
 2712 Förderung unterstützt.

- 2713
- 2714
- 2715
- 2716
- 2717
- Die Digitalisierung und die Krise der Automobilindustrie stellen große Herausforderungen für die Gestaltung der Zukunft der Industrie dar. Rahmenkonzepte zur sozial gerechten und ökologisch nachhaltigen Gestaltung der Digitalisierung und zur »Zukunft der Mobilität« müssen unter demokratischer Beteiligung und mit dem Sachverstand der Beschäftigten in der Industrie entwickelt werden.
- 2718
- Wir wollen Wirtschaftsräte einführen, die den sozialen und ökologischen Umbau der Wirtschaft fachlich begleiten. Sie sollen auf den unterschiedlichen Ebenen von der Region bis zur bundesweiten Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik Initiativrecht haben. In ihnen sind Wissenschaft, Umwelt- und Konsumentenverbände, Gewerkschaften sowie zur Hälfte direkt gewählte Bürgerinnen und Bürger und Vertreterinnen und Vertreter der Belegschaften vertreten.
- 2722
- 2723

2724 **Wirtschaft sozial und ökologisch umbauen**

2725 Die Klima- und Umweltkrise zeigt: Ein grundlegender Wandel unserer Gesellschaft ist dringend

2726 notwendig. Aber die Politik versagt angesichts dieser Zukunftsfrage für die Menschheit. Die

2727 Bundesregierung bremst den Kohleausstieg und zugleich das Wachstum der erneuerbaren Energien.

2728 Ihre Energiepolitik orientiert sich maßgeblich an den Profitinteressen der fossilen Energiekonzerne

2729 und der Autoindustrie. Ohne eine gerechte Besteuerung der Superreichen fehlen die Mittel für

2730 Investitionen in eine ökologische Mobilitätswende, den Umbau der Infrastruktur, unserer Städte und

2731 der Landwirtschaft. Weil die Bundesregierung sich nicht ernsthaft mit den Unternehmen anlegen will,

2732 vermeidet sie wirksame gesetzliche Vorgaben zum Umsteuern. Deutschland wird seine Klima-Ziele

2733 verfehlen – das ist verheerend für unsere Zukunft. Und für die Menschen in den Ländern des globalen

2734 Südens, die am härtesten von den Folgen des Klimawandels betroffen sind. Eine sozial-ökologische

2735 Wende hier in Deutschland ist auch eine Frage der globalen Gerechtigkeit. Deshalb muss Deutschland

2736 seinen Beitrag dazu leisten, die weltweite Erderwärmung deutlich unter 2 Grad, möglichst auf 1,5 Grad

2737 zu begrenzen. Wir wollen, dass die Bundesrepublik den Ausstoß von Treibhausgasen bis 2020 um 40

2738 Prozent gegenüber dem Jahr 1990 verringert, bis 2030 um 60 Prozent und bis 2050 um 95 Prozent.

2739 Die genannten Ziele müssen in einem Klimaschutzgesetz festgeschrieben werden. Der

2740 Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung muss darüber hinaus den Ambitionen des UN-

2741 Klimaschutzabkommens von Paris entsprechend verschärft und mit wirksamen Maßnahmen

2742 untersetzt werden. Die Umsetzung der universellen UN-Agenda 2030 und der darin formulierten »17

2743 Nachhaltigkeitsziele« muss die Verantwortung des Nordens verstärkt ins Zentrum rücken und

2744 strukturelle Veränderungen anstreben, um Armutsbekämpfung, Entwicklung und den Schutz der

2745 natürlichen Lebensgrundlagen weltweit zu ermöglichen.

2746 Kapitalismus bedeutet Wachstum um jeden Preis, auf Kosten von Mensch und Natur. DIE LINKE

2747 streitet dafür, dass der dringend notwendige ökologische Umbau der Gesellschaft nicht länger durch

2748 die Profitinteressen von Konzernen blockiert wird. Wir wollen eine sozial-ökologische Wende, von der

2749 alle Menschen durch bezahlbare Energie, erschwingliche Mobilität, gesunde Nahrungsmittel und mehr

2750 Lebensqualität profitieren. Unsere Forderungen knüpfen an gesellschaftliche Debatten und

2751 Bewegungen an. Viele Menschen machen sich Gedanken darüber, wie ihre Nahrungsmittel produziert

2752 werden oder wie sie mobil sein wollen und können. Die geplante Aushöhlung von Verbraucherschutz

2753 und Umweltstandards durch das Freihandelsabkommen TTIP hat in den letzten Jahren

2754 hunderttausende Menschen auf die Straßen gebracht. Gegen den Braunkohleabbau in Deutschland

2755 haben Aktivistinnen und Aktivisten mit spektakulären Aktionen protestiert, auch für August 2017 sind

2756 Aktionen geplant. Angesichts der Klimakrise organisieren sich Menschen weltweit, auch beim UN-

2757 Klimagipfel im November in Bonn wird es internationalen Protest geben, um Druck für schnelles

2758 Handeln zu machen (Gerade jetzt, wo in den USA ein Präsident gewählt wurde, der den Klimawandel

2759 leugnet, während Menschen im globalen Süden vor den Folgen von Klimakatastrophen flüchten,

2760 müssen wir dringend handeln).

2761 DIE LINKE kämpft für den Einstieg in einen sozial gerechten und demokratisch durch die Menschen

2762 gestalteten ökologischen Umbau: hin zu erneuerbaren Energien, Energieeffizienz, ökologischer

2763 Mobilität, Klimaschutz und gerechten Übergängen zu einem nachhaltigen Wirtschaften.

2764 Um den ökologischen Umbau unserer Energieversorgung, Mobilität, Nahrungsmittelproduktion und
 2765 der gesamten Wirtschaft zu ermöglichen, braucht es eine Politik, die zugleich sozial gerecht,
 2766 ökologisch und radikal demokratisch ist. Ein starkes soziales Gefälle wirkt sich auch ganz konkret auf
 2767 die Umwelt aus: Wer erwerbslos ist oder wenig verdient, kann sich Bio-Produkte und gesunde
 2768 Lebensmittel kaum leisten. Je höher die Einkommen sind, desto höher sind in der Regel die
 2769 Umweltbelastung und der CO₂-Ausstoß pro Haushalt.

2770 **In erneuerbare Energie investieren, Energiekonzerne entmachten**

2771 Die Energiewende wird nur dann erfolgreich sein, wenn sie sozial gerecht und durch die Bürgerinnen
 2772 und Bürger selbst gestaltet ist. DIE LINKE streitet dafür, dass die Vormachtstellung von Großkonzernen
 2773 in der Energieversorgung beendet und die Energieversorgung umfassend bürgernah und als Teil der
 2774 öffentlichen Daseinsvorsorge organisiert wird. Energieversorgung muss dem Gemeinwohl dienen und
 2775 der Profitgewinnung entzogen werden. Wir wollen die notwendigen Milliarden-Investitionen in den
 2776 Ausbau erneuerbarer Energien nutzen, um einen Machtwechsel von den Stromkonzernen zu den
 2777 Bürgerinnen und Bürgern zu fördern:

- 2778 • Strom- und Wärmenetze müssen in die öffentliche Hand überführt und demokratisch
 2779 kontrolliert werden. Der Netzentwicklungsplan muss anhand neuer Zielkriterien überarbeitet
 2780 und an ambitionierten Klimaschutzzielen ausgerichtet werden. Wenn der Kohleausstieg
 2781 beschleunigt wird und eine dezentrale Energieversorgung sowie ein Ausbau der
 2782 Speichersysteme voran gebracht werden, ist auch ein deutlich geringerer Netzausbau
 2783 erforderlich als er jetzt – getrieben von den Profitinteressen der Übertragungsnetz- und
 2784 Kohlekraftwerksbetreiber – geplant ist.
- 2785 • Das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) in seinen zentralen Säulen – vorrangige Einspeisung
 2786 von Ökostrom, garantierte kostenorientierte Vergütungssätze – ist von der Bundesregierung
 2787 durch ein System von Marktprämien und Ausschreibungen zu großen Teilen zerstört worden.
 2788 So wird ab 2017 die Förderhöhe für Ökostrom über Ausschreibungen ermittelt.
 2789 Ausschreibungssysteme sind für Bürgerenergieprojekte jedoch teuer, riskant und aufwändig,
 2790 wir lehnen sie ab. Wir verteidigen das EEG in seiner ursprünglichen Anlage und wollen den
 2791 Ökostromanteil auf 43 Prozent bis zum Jahr 2020, 70 Prozent bis 2030 und auf 100 Prozent
 2792 bis 2040 erhöhen.

2793 DIE LINKE unterstützt eine regional ausgerichtete und in der Bevölkerung verankerte Energiewende:
 2794 Energiegenossenschaften und Bioenergiedörfer sowie Städte und Kommunen, die ihre Energienetze
 2795 zurückholen und rekommunalisieren, wollen wir stärker fördern. Wir setzen uns dafür ein, dass
 2796 Investoren gesetzlich dazu verpflichtet werden, den Standortgemeinden eine Beteiligung an neuen
 2797 Windkraftanlagen anzubieten. Um die dezentrale Energiewende voranzubringen, möchten wir die
 2798 Rahmenbedingungen für Kommunen verbessern, die ihre Energieversorgung in die eigene Hand
 2799 nehmen wollen. In kommunalen Stadtwerken unter direkter demokratischer Mitgestaltung der
 2800 Bevölkerung können ökologische Energiegewinnung, gerechte und bezahlbare Preise und eine
 2801 Förderung regionaler Wirtschaftsstrukturen am besten erreicht werden.

- 2802 • Den Einsatz von Blockheizkraftwerken (BHKW) und anderen Formen der Kraft-Wärme-
 2803 Kopplung (KWK) als hocheffiziente Brückentechnologie wollen wir besser fördern, um ihren
 2804 Anteil bis 2020 auf 25 Prozent an der Bruttostromerzeugung zu erhöhen. DIE LINKE
 2805 unterstützt zudem Mieterstromkonzepte einer hauseigenen Stromversorgung durch BHKWs
 2806 im Keller oder Photovoltaik-Anlagen (PV) auf dem Dach.

2807 Wir wollen die Strompreise stärker kontrollieren und Energie für alle bezahlbar machen:

- 2808 • Die LINKE will Energiearmut verhindern. Zahlungsschwierigkeiten dürfen nicht dazu führen,
 2809 dass Menschen im Dunkeln sitzen oder frieren müssen. Strom, Gas, Wasser, Heizung dürfen
 2810 nicht abgestellt werden!
- 2811 • Energieversorger sollen dazu verpflichtet werden, einen Sockeltarif für Strom einzuführen,
 2812 durch den jeder Privathaushalt ein kostenloses, an der Haushaltsgröße orientiertes

- 2813 Grundkontingent an Strom erhält. Dieses deckt einen Teil des durchschnittlichen Verbrauchs
 2814 ab. Was über den durchschnittlichen Verbrauch hinausgeht, wird teurer. Damit werden
 2815 Anreize zum Stromsparen geschaffen. Gleichzeitig werden einkommensschwache Haushalte
 2816 entlastet, der durchschnittliche Stromverbrauch bleibt für alle bezahlbar.
- 2817 • Die Strompreise müssen stärker überwacht und sozial gerechter ausgerichtet werden. Der
 2818 zuständigen staatlichen Behörde soll daher ein Beirat zur Seite gestellt werden, in dem
 2819 Verbraucher, Umwelt- und Sozialverbände sowie Gewerkschaften vertreten sind.
 - 2820 • Wir wollen ein bundeseinheitliches Netzentgelt über alle Spannungsebenen einführen, um zu
 2821 verhindern, dass in Regelzonen mit einem hohen Anteil von Ökostromanlagen deutlich höhere
 2822 Netzentgelte anfallen als in Regionen mit geringer regenerativer Erzeugung.
 - 2823 • Wir fordern ein schärferes Wettbewerbs- und Kartellrecht für Strom-, Gas- und
 2824 Mineralölkonzerne. Unberechtigte Industrierabatte bei Ökosteuer, Netzentgelten,
 2825 Emissionshandel oder im Erneuerbare Energien Gesetz zu Lasten der Privathaushalte und
 2826 öffentlichen Haushaltes wollen wir abschaffen.
 - 2827 • Die Stromsteuer für private Verbraucherinnen und Verbraucher wollen wir senken. Für
 2828 zusätzliche Entlastungen wollen wir einen Energiewendefonds auflegen, der die
 2829 Zahlungsverpflichtungen der Stromkunden über die EEG-Umlage über einen längeren Zeitraum
 2830 streckt.
 - 2831 • Wir werden den Heizkostenzuschuss beim Wohngeld wieder einführen und um eine
 2832 Komponente für Stromkosten erweitern. Wohngeld soll auf der Basis der Bruttowarmmiete
 2833 gezahlt und um eine Komponente für Stromkosten erweitert werden. Die Heiz-, Warmwasser-
 2834 und Stromkostenkomponente soll im Wohngeld zu einer Energiekostenkomponente
 2835 (»Klimawohngeld«) zusammengeführt werden. Das Klimawohngeld ist so auszugestalten, dass
 2836 Energiearmut bei umsichtigem Verbrauch sicher verhindert wird.
 - 2837 • Die energetische Sanierung von Bestandsgebäuden darf nicht zu höheren Warmmieten oder
 2838 gar Verdrängung führen. Wir fordern darum ein stärkeres Engagement der öffentlichen Hand,
 2839 um hier die Kosten für Mieterinnen und Mieter zu begrenzen (vgl. Kapitel Mieten und sozialer
 2840 Wohnungsbau). Um den Altbaubestand bis 2050 nahezu vollständig energetisch zu sanieren,
 2841 muss sich die Sanierungsrate von derzeit 1,1 Prozent auf zwei Prozent im Jahr verdoppeln.
 2842 Dazu soll ein verbindlicher Plan erstellt und die Förderprogramme für energetische
 2843 Gebäudesanierung deutlich und dauerhaft erhöht werden.
 - 2844 • Die letztes Jahr ausgelaufene Öko-Abwrackprämie für Kühlschränke wird erneut aufgelegt und
 2845 erweitert: Jeder Privathaushalt soll bei der Neuanschaffung eines Kühlschranks, einer Wasch-
 2846 oder Spülmaschine der Energieeffizienzklasse A+++ einen Zuschuss von 200 Euro erhalten.
 2847 Aus Gründen des Ressourcen- und Umweltschutzes müssen die zu ersetzenden Elektrogeräte
 2848 mindestens zehn Jahre alt sein. Das Neugerät gehört der gleichen Geräteklasse (Größe) wie
 2849 das Altgerät an.
- 2850 DIE LINKE will die staatliche Förderung für erneuerbare Energien und für mehr Energieeffizienz
 2851 ausbauen und neu ausrichten:
- 2852 • Der verpflichtende Anteil erneuerbarer Energien an der Wärmeversorgung für Neubauten
 2853 muss schrittweise gesteigert und bei grundlegenden Sanierungen auch auf den
 2854 Gebäudebestand ausgeweitet werden. Der regenerative Wärmeanteil in Deutschland soll 2020
 2855 mindestens 20 Prozent betragen.
- 2856 Auch Ökoenergien verbrauchen Ressourcen. Jede nicht verbrauchte Kilowattstunde ist am
 2857 preiswertesten und umweltfreundlichsten. Effizienzpolitik braucht nicht nur Fördermittel, sondern
 2858 auch Gesetze und Verordnungen, die Mindeststandards für den Energieverbrauch von Produkten,
 2859 Produktionsweisen und Gebäuden (auch im Bestand), vorgeben. Ein Energieeffizienzfonds kann den
 2860 Umstieg auf eine effiziente Wirtschaftsweise unterstützen und sozial begleiten.

2861 **Energie muss sauber sein: Fracking verbieten. Aus Kohle und Atomkraft aussteigen!**

2862 Ein zukunftsfähiges Energiesystem bedeutet den Ausstieg aus Energieerzeugung durch Uran und
 2863 Kohle. Fracking ist keine Alternative, sondern eine unbeherrschbare und teure Risikotechnik, die zu
 2864 Grundwasserverschmutzung und Erdbeben führen kann. Mit ihrem Fracking-Erlaubnisgesetz vom Juni
 2865 2016 haben CDU/CSU und SPD trotzdem Fracking im Sandgestein (sogenannten Tight-Gas-
 2866 Reservoirs) zugelassen.

- 2867 • Wir wollen Fracking ohne Ausnahmen verbieten. Wir setzen uns dafür ein, dass auch die
 2868 unterirdische Verpressung von CO₂ (Carbon Capture and Storage, CCS) dauerhaft und
 2869 ausnahmslos verboten wird.

2870 **Profiteure zur Kasse:** die Energiekonzerne wollen sich um ihre finanzielle Verantwortung für die
 2871 Kosten der Atommüllentsorgung drücken und diese auf die Gesellschaft abwälzen. Unternehmen, die
 2872 an der Atomwirtschaft und am Kohlebergbau jahrzehntelang Milliarden verdient haben, müssen die
 2873 Nachsorgekosten für ihre Geschäftsfelder übernehmen. Wir wollen die Konzerne daran hindern, sich
 2874 durch Unternehmensabspaltungen arm zu rechnen oder aus der Haftung zu fliehen.

- 2875 • Das Verursacherprinzip muss auf alle Vorhaben der Aufsuchung und Gewinnung von
 2876 Rohstoffen angewendet werden.

2877 **Raus aus der Kohle, Übergänge gerecht gestalten:** Wir wollen einen zügigen und sozial
 2878 abgefederten Ausstieg aus der Kohlestromversorgung. Der EU-Emissionshandel hat hier versagt. Drei
 2879 Milliarden überschüssige CO₂-Zertifikate haben das Emissionshandelssystem untergraben, sie
 2880 müssen stillgelegt werden. Die Bundesregierung muss sich im Zusammenhang mit den
 2881 Neufestlegungen der EU-Klimaschutz- und Energieziele für 2030 für eine Minderung der
 2882 Treibhausgasemissionen gegenüber dem Jahr 1990 um 60 Prozent einsetzen; für einen Anteil
 2883 erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch von 45 Prozent und eine Minderung des
 2884 Primärenergieverbrauchs gegenüber dem Jahr 2000 um 40 Prozent.

- 2885 • DIE LINKE fordert ein nationales Kohleausstiegsgesetz mit folgenden Eckpunkten: Der
 2886 schrittweise Kohleausstieg beginnt 2018. Spätestens 2035 muss der letzte Kohlemeiler vom
 2887 Netz gehen. Bestandteil des Gesetzes ist ein Verbot für den Neubau von Kohlekraftwerken
 2888 sowie den Neuaufschluss und die Erweiterung von Braunkohletagebauen. Der Strukturwandel
 2889 in den Tagebauregionen darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten erfolgen – daher fordert
 2890 DIE LINKE einen Strukturwandelfonds in Höhe von jährlich 250 Millionen Euro für die soziale
 2891 Absicherung der im Bergbau Arbeitenden und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze.
- 2892 • Bis der notwendige Ausstieg aus der Kohle erreicht ist, müssen die gravierenden Folgen des
 2893 Abbaus von Braunkohle begrenzt werden. DIE LINKE tritt für eine Reform des
 2894 Bundesberggesetzes ein. Bisher haben Konzerninteressen und Rohstoffgewinnung dort Vorrang
 2895 vor den Interessen der Umwelt und der Bevölkerung. Stattdessen benötigen wir
 2896 Planfeststellungsverfahren, in denen die Umweltverträglichkeit geprüft wird sowie
 2897 Beteiligungs-, Informations- und Klagerechte von Bürgerinnen und Bürgern garantiert werden.
- 2898 • Der Ausstieg aus der Atomkraft muss im Grundgesetz festgeschrieben und alle in Betrieb
 2899 befindlichen Atomkraftwerke unverzüglich abgeschaltet werden. Den Im- und Export von
 2900 Uranbrennstoffen zum Betrieb von Atomkraftwerken und Atommüll wollen wir verbieten. Die
 2901 Fertigung von Uranbrennstoff in den vom Atomausstieg bislang ausgenommenen Anlagen in
 2902 Gronau und Lingen muss beendet werden.
- 2903 • Keine Lagerung im »Endlager« Schacht Konrad in Salzgitter. Gorleben muss als ungeeigneter
 2904 und politisch verbrannter Standort aufgegeben werden. Atommülllagerung kann nicht von
 2905 oben und ohne Beteiligung der Betroffenen und der Aktiven in der Anti-Atom-Bewegung
 2906 durchgesetzt werden. DIE LINKE unterstützt eine offene Debatte unter Beteiligung aller
 2907 Betroffenen über die Lagerung aller Arten von Atommüll mit der größtmöglichen Sicherheit
 2908 und dem Ziel eines gesellschaftlichen Konsenses. Dafür braucht es umfassende Mitsprache
 2909 und Klagerechte in allen Phasen des zu entwickelnden Suchverfahrens.

- 2910 • Die Kosten für die Stilllegung und den Rückbau von Atomanlagen müssen die Atomkonzerne
 2911 tragen. Dabei muss ein Höchstmaß an Strahlenschutz und Sicherheit gelten sowie eine
 2912 umfassende Öffentlichkeitsbeteiligung ermöglicht werden, die über das bestehende
 2913 Atomrecht hinausgeht. Eine unkontrollierte Freigabe von gering radioaktiv belasteten Abfällen
 2914 beim Rückbau der Anlagen lehnen wir ab. Die langwierige Suche nach einem Atommüll-
 2915 Endlager erfordert eine längere Zwischenlagerung hochradioaktiver Abfälle. Den dadurch
 2916 wachsenden Risiken müssen wir mit verbesserten Sicherheitskonzepten der Zwischenlagerung
 2917 begegnen. Dies erfordert zunächst einen umfassenden gesellschaftlichen Dialog.
 2918 • Wir setzen uns für den Atomausstieg in Europa und überall auf der Welt ein.

2919 **Gerechte Verkehrsverhältnisse: flexibel, ökologisch, barrierefrei und bezahlbar für alle**

2920 Die herrschenden Verkehrsverhältnisse sind ungerecht: Viele Milliarden Euro werden in
 2921 umweltschädlichen Straßen- und Flugverkehr investiert, aber vielerorts fehlt das Geld für gute
 2922 Alternativen wie Busse, Bahnen, Fuß- und Radwege. Die Belastung durch Autos und LKWs trifft vor
 2923 allem diejenigen, die es sich nicht leisten können, von der Hauptverkehrsstraße wegzuziehen.
 2924 Arbeitsbedingungen von Beschäftigten in der Logistikbranche sind oft miserabel - Gewinner sind
 2925 internationale Konzerne. Spitzenmanager und Aktionäre von Automobilkonzernen profitierten vom
 2926 Abgasbetrug - der Schaden wird auf die Bevölkerung und die Beschäftigten abgewälzt. Für Öl und
 2927 andere Rohstoffe werden weltweit Diktaturen unterstützt, Kriege geführt, einheimische
 2928 Bevölkerungsgruppen vertrieben und ausgebeutet. Nicht zuletzt ist der stetig wachsende Verkehr eine
 2929 Hauptursache für Klimawandel.

2930 Diese Verhältnisse wollen wir ändern. Und wir sind nicht allein: Bürgerinitiativen gegen zerstörerische
 2931 Verkehrsprojekte, gegen Autobahn-Privatisierung, für bessere Bahnangebote oder
 2932 Fahrradbedingungen sind überall im Land aktiv. Von Umweltverbänden gibt es Unterstützung und die
 2933 Klimaschutzvereinbarungen zwingen eigentlich zur sozial-ökologischen Verkehrswende.

- 2934 • Mit dem Bundesverkehrswegeplan 2030 zielt die Bundesregierung vor allem auf noch mehr
 2935 LKW-Verkehr. Deshalb lehnen wir dieses riesige Investitionsprogramm ab. Wir wollen einen
 2936 Plan zur Vermeidung von Verkehr und für klimagerechte Mobilität. Statt neue Autobahnen zu
 2937 bauen, wollen wir einen Verkehrswendefonds auflegen, um damit in Kommunen und Regionen
 2938 sinnvolle Alternativen zu finanzieren.
- 2939 • Bei Planung von Verkehrsprojekten wollen wir Bürgerinnen und Bürger und
 2940 Interessenvertretungen von Anfang an voll einbeziehen und wirkliche Alternativen zur
 2941 Diskussion stellen. Wir wollen Bürgerräte auf Bundes-, regionaler und kommunaler Ebene
 2942 einführen, um die Verkehrsplanung zu demokratisieren.
- 2943 • Die geplante Infrastruktur-GmbH lehnen wir ab. Sie ist der Kontrolle des Bundestages
 2944 entzogen und ermöglicht Privatisierung durch die Hintertür. Autobahnen und Bundesstraßen
 2945 sind aber wesentlicher Teil der öffentlichen Infrastruktur. Wir lehnen alle direkten oder
 2946 indirekten Privatisierungen von Verkehrsinfrastruktur ab. Auch öffentlich-private
 2947 Partnerschaften (ÖPP) verursachen langfristig Mehrkosten, sind ein Risiko für die öffentliche
 2948 Hand und schränken die Demokratie ein.
- 2949 • Keine Pkw-Maut, weder für Aus- noch für Inländer. Sie schafft den gläsernen Bürger und ist
 2950 Voraussetzung für Privatisierung.
- 2951 • Die staatliche Subvention von Dieseltreibstoff, Flugbenzin und »Biokraftstoff« wollen wir
 2952 abbauen. Dabei geht es um eine Summe von über 15 Milliarden Euro jährlich. Internationale
 2953 Flugtickets sollen nicht von der Mehrwertsteuer befreit bleiben. Wir wollen diese Subvention
 2954 (4,7 Milliarden Euro) streichen und stattdessen den Mehrwertsteuersatz für Bahntickets
 2955 halbieren.
- 2956 • Wir wollen das milliardenteure Dienstwagenprivileg abschaffen. Profiteure dieser Subvention
 2957 sind vor allem Gutverdienende, Arbeitgeber und die Automobilindustrie - auf Kosten der
 2958 Allgemeinheit und der Umwelt.
- 2959 • Wir schlagen vor, die Pendlerpauschale in eine sozial gerechte Mobilitätszulage umzuwandeln,
 2960 die von den Arbeitgebern zu zahlen ist.

- 2961 • Fast alle Autohersteller haben beim Spritverbrauch und den Abgaswerten »manipuliert« bzw.
 2962 betrogen. So wurden und werden die ohnehin laxen Grenzwerte für gesundheits- und
 2963 klimaschädliche Abgase enorm überschritten. Wir wollen, dass die Folgekosten nach dem
 2964 Verursacherprinzip den Herstellern in Rechnung gestellt werden. Die rechtlichen
 2965 Möglichkeiten müssen ausgeschöpft und erweitert werden, um die in den Abgasskandal
 2966 involvierten Manager sowie die Eigentümer der Konzerne auch mit ihren Privatvermögen
 2967 heranzuziehen.
- 2968 • Um Menschen und Klima zu schützen, brauchen wir endlich auch Tempolimits: 120 km/h auf
 2969 Autobahnen und eine Regelgeschwindigkeit von 30 km/h in Ortschaften.

2970 **Mobilität für alle – mit weniger Verkehr**

2971 Mobilität und Verkehr sind nicht dasselbe. Mobilität bedeutet Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.
 2972 Mobil zu sein heißt nicht, möglichst weit und schnell unterwegs zu sein, sondern die Orte des Lebens
 2973 (Arbeit, Schule, Freizeit, Einkauf usw.) gut zu erreichen. Am besten mit wenig Aufwand an Zeit, Geld und
 2974 Energie. Diejenigen, die zu Fuß oder mit dem Fahrrad unterwegs sind, belasten andere am wenigsten
 2975 und brauchen bessere Bedingungen. Wir wollen wirklich barrierefreie Mobilität: niemand darf auf das
 2976 (eigene) Auto angewiesen sein; alle müssen Zugang haben. Deshalb steht für uns das öffentliche
 2977 Mobilitätsangebot im Zentrum.

- 2978 • Der ÖPNV muss flächendeckend und barrierefrei ausgebaut werden. Dafür wollen wir mehr
 2979 Mittel vom Bund und eine Nahverkehrsabgabe für Unternehmen. Wir streben bundesweit
 2980 einheitliche Standards beim Angebot und den Tarifbedingungen an, um den Flickenteppich der
 2981 Verkehrsverbünde zu überwinden. Wir treten für kommunale, demokratisch kontrollierte
 2982 Nahverkehrsunternehmen ein. Der Vorrang eigenwirtschaftlicher Betriebe muss abgeschafft
 2983 werden. Statt Profite für UBER & Co. wollen wir den regulierten Taxibetrieb als Teil des
 2984 öffentlichen Verkehrs.
- 2985 • Wir wollen eine Mobilitätsgarantie für den ländlichen Raum: Anbindung zum nächsten
 2986 Oberzentrum mindestens im Stundentakt. Dabei können Angebote wie Bürgerbusse oder
 2987 Anruf-Sammeltaxis einbezogen werden.
- 2988 • Die Fahrpreise im ÖPNV sind für viele zu hoch. Wir wollen zumindest Sozialtickets für
 2989 einkommensschwache Haushalte, eine Sozial-Bahncard sowie kostenlose Schüler- und
 2990 Azubitickets. Unser Ziel ist der solidarisch finanzierte Nulltarif im ÖPNV für alle. Einstweilen
 2991 soll das »Schwarzfahren« entkriminalisiert und nicht härter bestraft werden als Falschparken.
- 2992 • Fuß und Fahrrad vor! Wir wollen Radfahren und Zufußgehen im Alltag attraktiver und sicherer
 2993 machen: Mehr Platz auf den Straßen, mehr sichere und intakte Rad- und Fußwege und mehr
 2994 Fahrradabstellanlagen sind nötig. Dafür muss der Bund ausreichend zweckgebundene Mittel
 2995 für die Kommunen bereitstellen. Wir wollen die Straßenverkehrsordnung fahrradfreundlicher
 2996 gestalten.
- 2997 • Bahn für alle! DIE LINKE tritt für eine bedarfsdeckende Finanzierung der Bahn und für den
 2998 Ausbau ein, um Engpässe zu beseitigen, Lücken zu schließen und neue Anschlüsse zu
 2999 schaffen. Wir fordern barrierefreie und nutzerfreundliche Bahnhöfe mit Servicepersonal,
 3000 verlässliche, getaktete Fahrpläne und setzen uns für eine Änderung der Geschäftspolitik der
 3001 Deutschen Bahn-AG ein: Diese muss sich am Gemeinwohl ausrichten und nicht am
 3002 Bilanzgewinn. Der Schienenverkehr muss öffentlich organisiert werden. Notwendig ist
 3003 Kooperation statt Konkurrenz. Wir wollen eine Reform der Bahnreform, mit der die DB auf
 3004 Privatisierungskurs gesetzt wurde; eine demokratische Bürgerbahn, bei der auch die
 3005 Kompetenz und Erfahrung der Beschäftigten zum Tragen kommt.
- 3006 • Wir sagen nein zum Abbau von Eisenbahninfrastruktur! Güterverkehr muss auch unter 300 km
 3007 wieder auf die Bahn. Kein Stellenabbau bei DB-Cargo!
- 3008 • Wir setzen uns für ein europäisches Nachtzugnetz ein, damit Reisen in Europa wieder bequem
 3009 und ökologisch möglich ist.
- 3010 • Wir fordern die Halbierung der Trassenpreise, damit mehr Verkehr auf die Schiene kommt.
- 3011 • Wir sind gegen teure und unsinnige Projekte: Wir wollen Stuttgart 21 beenden und setzen auf

3012 das Konzept »Umstieg 21«. Die 2. Stammstrecke München ist zu teuer und nützt wenig; wir
 3013 wollen das Projekt verhindern und das Geld in bessere Lösungen stecken. Und auch den
 3014 Fehmarnbelttunnel lehnen wir ab, weil es ökologische Alternativen gibt.

3015 **Güterverkehr vermeiden, verlagern, verbessern**

3016 Die internationalen Konzerne sorgen dafür, dass immer mehr Transportkilometer in den Produkten
 3017 stecken, weil die profitabelsten Bedingungen in allen Ecken Europas und der Welt genutzt werden. Der
 3018 Preis dafür ist hoch: Unfälle, Lärm, Abgase, Klimawandel und Umweltzerstörung. Die Kosten dafür
 3019 werden der Allgemeinheit aufgebürdet (externalisiert) – sie summieren sich auf 77 Milliarden Euro pro
 3020 Jahr und belasten vor allem die Krankenkassen. Wir wollen diese Entwicklung umkehren, Transporte
 3021 verteuern und regionale Wirtschaft stärken.

- 3022 • Die Lkw-Maut wollen wir auf alle Straßen ausweiten und erhöhen. Die externen Kosten wie
 3023 Luftverschmutzung und Lärmbelästigung müssen einbezogen werden.
- 3024 • Wir wollen ein Lkw-Fahrverbot ab Freitagnachmittag und nachts einführen und die Nutzung
 3025 von Bundes- und Landstraßen untersagen, wenn eine Bundesautobahn parallel vorhanden ist.
 3026 Die Zulassung von Gigalinern (Lang-LKW) lehnen wir ab.
- 3027 • Wir wollen längere Ruhezeiten und bessere Arbeitsbedingungen für Lkw-Fahrerinnen und -
 3028 Fahrer durchsetzen und Straßenverkehrskontrollen ausweiten.
- 3029 • Wir wollen die Innenstädte vom Lieferverkehr entlasten. Die Anschaffung von E-
 3030 Lastenfahrrädern soll ebenso gefördert werden wie Kombibusse, die auch Pakete
 3031 transportieren.
- 3032 • Staatliche Hilfen für die Schifffahrt müssen an soziale und ökologische Kriterien geknüpft
 3033 werden. Billigflaggen für deutsche Reedereien wollen wir verbieten. Die Konkurrenz der Häfen
 3034 muss durch eine enge Kooperation abgelöst werden.

3035 **Flugverkehr reduzieren**

- 3036 • Wir treten für ein striktes Nachtflug-Verbot von 22 bis 6 Uhr ein, insbesondere für stadtnahe
 3037 Räume. Dieses Nachtflugverbot muss im Bundesluftverkehrsgesetz verankert werden.
 3038 Flugrouten müssen in einem transparenten, öffentlichen, demokratischen und
 3039 bundesländerübergreifenden Verfahren ausgearbeitet werden.
- 3040 • Wir wollen den innerdeutschen und innereuropäischen Flugverkehr so weit wie möglich auf die
 3041 Schiene verlagern. Öffentliche Zuschüsse für Flughäfen sollen gestrichen werden. Den
 3042 sozialen und ökologischen Dumpingwettbewerb im Luftverkehr wollen wir unterbinden. Wir
 3043 wollen eine einheitliche Kerosinsteuer in der EU. Auf Flugtickets soll der volle
 3044 Mehrwertsteuersatz fällig werden.

3045 **Lärm- und Umweltschutz stärken**

- 3046 • DIE LINKE will Umgebungslärm, Straßen-, Schienen- und Flugverkehrslärm mit einem
 3047 verbindlichen Lärmschutzgesetz regeln und verringern. Die Mittel für den Lärmschutz müssen
 3048 aufgestockt werden. Lärm macht krank!
- 3049 • Der CO₂-Grenzwert für Neuwagen in Europa soll ab 2025 maximal 60 Gramm betragen. Wir
 3050 unterstützen den Vorschlag des Bundesrates, ab 2030 nur noch Pkw mit Null CO₂-Emission
 3051 zuzulassen. Für die Überwachung der Abgasnormen wollen wir eine neue, unabhängige und
 3052 schlagkräftige Behörde beim Umweltbundesamt ansiedeln.
- 3053 • Die Kaufprämie für Elektroautos lehnen wir ab. Stattdessen wollen wir Elektromobilität im
 3054 öffentlichen Verkehr fördern. Zuschüsse für E-Autos sind darüber hinaus sinnvoll für
 3055 Fahrzeuge die viel unterwegs sein müssen – z.B. jene von Handwerkern, sozialen Diensten,
 3056 Taxen.
- 3057 • DIE LINKE will den Import von »Biokraftstoffen« verbieten, weil damit
 3058 Nahrungsmittelproduktion in Ländern des globalen Südens verdrängt und Biotope zerstört
 3059 werden. Regionale Pflanzenölkraftstoffe sollten nur im Agrarbereich und beim ÖPNV
 3060 eingesetzt werden.

3061 **Für eine nachhaltige Agrarwirtschaft und gesunde Nahrungsmittel für alle**

3062 Studien belegen, dass arme Menschen einen kleineren ökologischen Fußabdruck haben als reiche –
 3063 gleichzeitig sind sie aber stärker von Umweltbelastungen betroffen. Umweltgerechtigkeit heißt für uns,
 3064 diese Ungleichheit aufzuheben und gleichzeitig Natur und Tiere zu schützen. Wir wollen eine
 3065 ökologisch verträgliche Lebensweise für alle Menschen ermöglichen und bezahlbar machen.

3066 Die Agrarwirtschaft wird europaweit immer stärker auf den Export ausgerichtet. Dabei wird
 3067 insbesondere auf die wachsenden Märkte außerhalb der EU gesetzt. DIE LINKE wendet sich gegen die
 3068 weitere Globalisierung der Agrarmärkte. Wir wollen die Exportstrategie in der Agrarpolitik beenden.
 3069 Wir wollen eine sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Landwirtschaft mit dem Schwerpunkt auf
 3070 regionaler Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung stärker fördern. Leitendes Prinzip linker
 3071 Agrarpolitik ist eine gemeinwohlorientierte Landwirtschaft, die auf Ernährungssouveränität
 3072 ausgerichtet ist und einen angemessenen Beitrag zu einer nachhaltigen Versorgung mit erneuerbaren
 3073 Energien leistet.

- 3074 • Auch in der Landwirtschaft muss man von der Arbeit gut leben können. Wir setzen uns für
 3075 gute Arbeits- und Einkommensbedingungen in der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft ein
 3076 und fordern gesetzliche Rahmenbedingungen, die einen respektvollen Umgang mit Mensch,
 3077 Natur und Tier sicherstellen.
- 3078 • Wir wollen regionale Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen als Gegenstrategie zur
 3079 Marktmacht von Schlachthof-, Molkerei- und Handelskonzernen. Die Hofabgabeklausel wollen
 3080 wir abschaffen: Sie ist quasi ein Zwangsverkauf der Höfe für eine Minirente.
- 3081 • Wir wollen Bodeneigentum für regional verankerte Landwirtschaftsbetriebe und ländliche
 3082 Bevölkerung sichern. Es soll sozial breit gestreut bleiben. Bauernland gehört nicht in
 3083 Investorenhand. Die Privatisierung von bundeseigenen Flächen muss gestoppt werden. Für
 3084 Anteilskäufe von Landwirtschaftsbetrieben wollen wir eine bundeseinheitliche Regelung zum
 3085 Genehmigungsverfahren. Die gemeinnützigen Landgesellschaften wollen wir fördern. So
 3086 stärken wir eine nachhaltige Bodenverteilung und die Entwicklung lebendiger ländlicher
 3087 Räume.
- 3088 • Wir wollen den Anbau und den Handel mit gentechnisch veränderten Pflanzen sowie das
 3089 Klonen von Tieren verbieten. Den Import von gentechnisch veränderten Pflanzen wollen wir
 3090 verbieten. Die heimische Produktion von Eiweißfuttermitteln wollen wir stärken.
- 3091 • Wir wollen eine Nutztierhaltung, die flächengebunden, auf die einheimische Nachfrage
 3092 bezogen und tiergerecht ist. Die Industrielle Nutztierhaltung mit quälerischen
 3093 Produktionsweisen und einem hohen Bedarf an Antibiotika (Massentierhaltung) wollen wir
 3094 verbieten. Der Einsatz von Antibiotika und Wachstumsmitteln in der Tierzucht führen zu
 3095 gesundheitlichen Risiken und belasten die Umwelt. Der Einsatz von Antibiotika in der
 3096 Landwirtschaft muss auf sehr wenige Ausnahmen begrenzt werden, Kontrollen müssen
 3097 verschärft und Verstöße härter bestraft werden.
- 3098 • DIE LINKE setzt sich für eine grundlegende Reform der EU-Agrarpolitik ein. Ab der
 3099 kommenden Förderperiode nach 2020 darf es nur noch Geld für konkret nachweisbare
 3100 öffentliche Leistungen geben. Die pauschale Flächenprämie wollen wir bis zum Ende der
 3101 nächsten Förderperiode abschaffen.

3102 Wir wollen bezahlbare und gesunde Nahrungsmittel für alle, gerechte Übergänge und nachhaltige
 3103 Zukunftsperspektiven für die bäuerliche Landwirtschaft. Wir fördern bäuerliche, genossenschaftliche
 3104 und ökologische Landwirtschaft statt Agrarkonzerne.

- 3105 • Wir wollen den Ökolandbau ausbauen und regionale Produktions- und Verkaufsstrukturen
 3106 stärker fördern. Auch genossenschaftliche Landwirtschaft und bezahlbare Bio-Lebensmittel in
 3107 der Schul- und Kitaverpflegung müssen stärker unterstützt werden.
- 3108 • DIE LINKE will Patente auf Leben verbieten. Zur Sicherung der genetischen Vielfalt sollen alte
 3109 Pflanzensorten und Nutztierassen erhalten und freie Nachbaurechte gesichert werden.
- 3110 • Für ressourcenschonende und bienenfreundliche Anbausysteme muss der Einsatz von
 3111 Mineräldünger und Pflanzenschutzmittel an den standortspezifischen Nährstoffbedarf

3112 angepasst sein. Wir brauchen eine anwendungsnahe und praxisorientierte
3113 Landwirtschaftsforschung.

3114 **Die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher stärken**

3115 Unternehmen, Banken und Konzerne sitzen gegenüber Verbraucherinnen und Verbrauchern am
3116 längeren Hebel und nutzen ihre Macht gerne zum Nachteil der Verbraucherinnen und Verbraucher aus.
3117 Durch die Liberalisierung und Globalisierung von Märkten werden neue Märkte geschaffen, die immer
3118 unübersichtlicher werden. DIE LINKE setzt hier nicht allein auf Transparenz, sondern will die Rechte
3119 von Verbraucherinnen und Verbrauchern stärken. Sie verbindet Verbraucherpolitik mit der sozialen
3120 Frage, denn es sind vor allem Menschen mit geringem Einkommen und Seniorinnen und Senioren, auf
3121 die windige Geschäftspraktiken abzielen – und denen diese Abzocke im Portemonnaie besonders weh
3122 tut. Wir wollen eine eigenständige Verbraucherschutzbehörde mit starken Durchsetzungsbefugnissen.
3123 Die Verbraucherschutzverbände sollen finanziell besser ausgestattet, ihre Rechte sollen gestärkt
3124 werden. Dazu sollen sie auch Einnahmen des Bundes aus den Geldbußen der Kartellstrafen erhalten.

- 3125 • Guter Verbraucherschutz ist auf Hinweisgeber angewiesen, die auf Missstände in
3126 Unternehmen, Behörden und anderen Einrichtungen aufmerksam machen. Wir brauchen ein
3127 Whistleblower-Schutzgesetz. Der von der Großen Koalition neu geschaffene Straftatbestand (§
3128 202d StGB) zur »Datenhehlerei« stellt den Umgang mit geleakten Daten unter Strafe, ohne
3129 Whistleblower und Journalistinnen und Journalisten angemessen zu schützen. Wir setzen uns
3130 dafür ein, dass dieser Straftatbestand angepasst wird, so dass die Presse- und
3131 Rundfunkfreiheit gewährleistet wird und Whistleblower vor Strafverfolgung geschützt werden.
- 3132 • Verbraucherinnen und Verbraucher müssen ein Recht darauf haben, direkt durch das
3133 Unternehmen über die sozialen und ökologischen Herstellungsbedingungen informiert zu
3134 werden. Dazu brauchen wir ein starkes Verbraucherinformationsgesetz (nicht beschränkt auf
3135 Lebensmittel).
- 3136 • Damit sich Verbraucherinnen und Verbraucher gemeinsam gegen Tricks und Irreführungen von
3137 Unternehmen und Bereicherung auf Verbraucherkosten wehren können, machen wir uns für
3138 die Einführung von Gruppenklagen stark.
- 3139 • Zwei Jahre Gewährleistung für Mängel mit einem Beweisschutz von 6 Monaten sind uns zu
3140 kurz. Wir wollen die Garantie- und Gewährleistungspflichten verlängern und geplanten
3141 vorzeitigen Verschleiß gesetzlich verbieten.
- 3142 • Unlautere Telefonwerbung, überhöhte Inkassokosten und Kostenfallen beim Telefonieren oder
3143 Surfen im Internet müssen endlich beendet werden.
- 3144 • Die LINKE will einen Anspruch der Verbraucherinnen und Verbraucher auf kurze, klare und
3145 vergleichbare Informationen, zum Beispiel bei Kosten von Krediten und Geldanlagen, bei
3146 Internetangeboten, Versicherungen oder beim Telefonieren.
- 3147 • Bei Lebensmitteln muss klar sein, was drinsteckt. Deshalb machen wir uns für eine
3148 verständliche Kennzeichnung mit der »Nährwert-Ampel« stark. Wir wollen auch bei
3149 verarbeiteten Lebensmitteln eine echte Herkunftskennzeichnung, damit regionale Erzeugnisse
3150 gestärkt werden.
- 3151 • Wir wollen ein Verbot von Produkt- und Markenwerbung in Schulen und Kitas.
3152 Verbraucherbildung muss soziale und ökologische Auswirkungen mit einbeziehen. Jeder
3153 Verbraucher / jede Verbraucherin muss das Recht darauf haben, selbst zu bestimmen, was
3154 mit seinen / ihren Daten geschieht, ohne benachteiligt zu werden.
- 3155 • Verbraucherinnen und Verbraucher müssen beim Einkauf im Internet um Zustimmung gebeten
3156 werden, wenn Daten von ihnen erfasst werden. Zuvor sind sie zu informieren, welche Daten
3157 von ihnen erfasst und wie diese Daten verwendet werden.
- 3158 • Wir wollen den Verbraucherschutz bei Finanzdienstleistungen verbessern (vgl. Kapitel Finanzmärkte
3159 schrumpfen).
- 3160 • Wir wollen den Paragraphen zu Diebstahl reformieren: Sich bestimmte Lebensmittel aus
3161 Abfall-Containern anzueignen, soll nicht mehr strafbar sein.

3162 **Die Vielfalt der Natur und Tiere schützen**

3163 Natur, Umwelt und Klima sind öffentliche Güter und unsere Lebensgrundlage, die es zu schützen gilt.
 3164 Naturschutz- und Biodiversitätsziele müssen zukünftig in andere Politikbereiche integriert werden, um
 3165 den Erhalt von Natur und Biodiversität zu gewährleisten. Dafür müssen die Umweltverwaltungen mit
 3166 mehr Personal ausgestattet werden.

- 3167 • Um die Natur nachhaltig zu schützen und biologische Vielfalt zu erhalten, müssen die EU-
 3168 Naturschutz-Richtlinien und ihre nationalen Entsprechungen umgesetzt und finanziell gestützt
 3169 werden.
- 3170 • Wir wollen natur- und umweltzerstörende Subventionen sukzessive abbauen und die
 3171 freiwerdenden Gelder in Natur- und Umweltprogramme investieren.
- 3172 • Naturschutzflächen gehören in öffentliche Hand und dürfen höchstens an Naturschutz- und
 3173 Umweltverbände vergeben werden.
- 3174 • Das nationale Naturerbe wollen wir sichern und ausweiten – finanziert durch einen Natur-
 3175 Erbe-Fonds. Auch über diese Flächen hinaus müssen Gebiete zur Wildnis-Entwicklung
 3176 ausgewiesen werden, um das 2020-Ziel zu erreichen.
- 3177 • Wildlebende Tiere müssen besser geschützt werden. DIE LINKE will Wilderei und illegalen
 3178 Wildtierhandel bekämpfen. Die Haltung bestimmter Wildtierarten in Zirkussen und Delfinarien
 3179 wollen wir ebenso beenden wie den Handel mit Wildfängen auf gewerblichen Tierbörsen.
- 3180 • Tierversuche müssen durch Alternativmethoden ersetzt werden.
- 3181 • Bessere Transportbedingungen für Tiere müssen gesetzlich verankert und kontrolliert werden.
 3182 Auch im Tierschutz muss das Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzverbände
 3183 eingeführt werden.
- 3184 • Das Schreddern von Küken wollen wir verbieten.

3185 **Böden, Wasser und Luft erhalten**

- 3186 • Bodenschutz ist Klimaschutz, er ist wichtig für den Wasserkreislauf und zur
 3187 Ernährungssicherung. Diese Funktionen reichen auch über Landesgrenzen hinaus, weswegen
 3188 wir uns für eine rechtliche Verankerung des Bodenschutzes auf EU-Ebene einsetzen.
- 3189 • Wir wollen den Verbrauch von Land- und Forstwirtschaftsflächen stoppen. Für den Ausbau der
 3190 Infrastruktur sollen vorrangig Flächen entsiegelt werden. Den Flächenverbrauch wollen wir
 3191 verringern. Der Verkauf öffentlicher Flächen muss gestoppt werden. Alle noch verbleibenden
 3192 Flächen der Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) sind in einen öffentlichen
 3193 Bodenfonds zu überführen.
- 3194 • Wir setzen uns für eine naturnahe Waldwirtschaft und den Waldumbau in Bund, Ländern und
 3195 Gemeinden ein. Das Ökosystem Wald mit seinen vielfältigen ökologischen Schutz- und
 3196 Filterfunktionen muss durch eine abgestimmte Forst- und Jagdpolitik erhalten werden.
- 3197 • Wir wollen die Wasserrahmenrichtlinie entschieden vorantreiben. Dazu gehören, die Erhaltung
 3198 bzw. Wiederherstellung naturnaher Strukturen, die Reduzierung des Schadstoffeintrags durch
 3199 Düngemittel und Pestizide in Flüsse und Meere und die Sicherung von Auenflächen. Wir
 3200 fordern ein sofortiges Verbot von besonders umweltschädlichen Pestiziden wie Glyphosat und
 3201 Neonikotinoiden. Der Nationale Aktionsplan Pflanzenschutz (NAP) sollte zu einem
 3202 wirkungsvollen Pestizid-Reduktions-Plan für Deutschland umgestaltet werden.
- 3203 • Das Bundesprogramm Blaues Band wollen wir weiterführen, umsetzen und finanziell
 3204 absichern.
- 3205 • Die Umweltbelastung von Gewässern durch unsachgemäße Entsorgung von Human-
 3206 Arzneimitteln ist gefährlich. Wir wollen das Rücknahmesystems von Medikamenten (wieder)
 3207 einführen. Abwässer aus »Hotspots« wie Altenheimen oder Krankenhäusern müssen erfasst
 3208 und vorgeklärt werden.
- 3209 • Es muss ein Fonds einführt werden, um belastete Flächen von Altlasten zu befreien.
- 3210 • Wir setzen uns für den Schutz der NATURA2000-Schutzgebiete in Nord- und Ostsee ein. Das
 3211 heißt, die Wirtschaftszonen von Fischerei, Ressourcenabbau und sonstigen wirtschaftlichen
 3212 Eingriffen zu befreien. Wir wollen eine nachhaltige Fischerei, die nach dem Prinzip MSY

3213 (*maximum sustainable yield*, dem höchstmöglichen Dauerertrag) für alle genutzten Fischarten
 3214 wirtschaftet mit Fangquoten, die auf wissenschaftlichen Empfehlungen basieren. Wir fördern
 3215 alternative Fangmethoden, um auf grundberührende (Schleppnetze) und
 3216 lebensraumschädliche Methoden zu verzichten.

3217 **Eine Abfallwirtschaft, die Ressourcen schont**

3218 Um die natürlichen Ressourcen zu schützen, wollen wir regionale Wirtschaftskreisläufe fördern und
 3219 eine Ressourcenverbrauchsabgabe für nicht erneuerbare Primärrohstoffe und Einwegverpackungen
 3220 einführen.

- 3221 • Die EU-Abfall-Richtlinie muss umgesetzt und das Näheprinzip der Abfallentsorgung und -
 3222 verarbeitung eingehalten werden. Abfallentsorgung muss als Bestandteil der Daseinsvorsorge
 3223 in die öffentliche Hand!
- 3224 • Wir wollen ein Pfandsystem für Energiesparlampen, Einwegbecher, Mobiltelefone und
 3225 Fernseher einführen, um die Sammelquoten bei technischen Produkten zu erhöhen.
- 3226 • Die Einfuhr von seltenen Rohstoffen oder solchen, die in Konfliktregionen gefördert werden,
 3227 wollen wir beenden. Deshalb sprechen wir uns für ein Zertifizierungsgebot aus. Die
 3228 Verordnungen der EU-Ökodesignrichtlinie müssen auf das Produktdesign erweitert werden,
 3229 damit leichte Reparaturen durch die Nutzerin oder den Nutzer gewährleistet werden. Zudem
 3230 unterstützen wir das »Top-Runner-Modell« (das effizienteste Gerät zu einem bestimmten
 3231 Zeitpunkt setzt den neuen Standard) für die Produktion von Geräten.
- 3232 • Wir wollen die Erhebung von Umweltdaten über die Nutzung von stofflichen und energetischen
 3233 Ressourcen für die gesamte Lebenskette eines Produkts und die anschließende Offenlegung
 3234 durch Unternehmen einführen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Sorgfaltspflicht entlang der
 3235 gesamten Lieferkette von Mineralien aus Konflikt- und Hochrisikogebieten – einschließlich von
 3236 den Produkten, die diese Ressourcen enthalten – eingehalten wird. Unternehmen müssen
 3237 dazu verpflichtet werden, öffentlich darüber Bericht zu erstatten.
- 3238 • Kommunen sollen bei der Abfallbeseitigung vor Ort weiterhin eine herausragende Stellung und
 3239 in Sachen Umwelt- und Sozialstandards eine Vorbildfunktion haben.

3240 **XIV. Nein zum Krieg. Für eine demokratische und gerechte Welt**

3241 DIE LINKE ist die Partei des Friedens. Wir kämpfen für konsequente Abrüstung und wollen den Export
 3242 von Waffen und Rüstungsgütern verbieten. Die Umbrüche in der Weltordnung, die Militarisierung von
 3243 weltweiten Konflikten, die Aufrüstungspolitik der Europäischen Union machen diese Forderungen
 3244 dringlicher denn je. Mit den Geflüchteten ist für viele Menschen erlebbar geworden: Die Welt von
 3245 heute kennt kein Außen mehr, wir leben alle in derselben Welt. Viele Menschen sind besorgt und
 3246 verunsichert durch Krieg und Terrorismus und einer drohenden militärischen Konfrontation zwischen
 3247 den NATO-Staaten bzw. der USA und Russland. Freihandel und Direktinvestitionen, Konkurrenz um
 3248 knappere Ressourcen und Folgen der Klimakatastrophe führen zu Aufständen, kriegerischen
 3249 Auseinandersetzungen und Fluchtbewegungen über die Kontinente. Seit 16 Jahren führen die
 3250 westlichen Staaten unter Führung der USA und mit Beteiligung Deutschlands ihren sogenannten Krieg
 3251 gegen den Terror. Dieser Krieg gegen den Terror ist gescheitert. Er hat viele Menschen das Leben
 3252 gekostet. Die Mehrzahl der Opfer dieses Krieges sind keine »Terroristen«. Der Terror wurde nicht
 3253 besiegt, sondern nach Europa geholt.

3254 In den Ländern, in denen der Krieg gegen den Terror geführt wird, wie Afghanistan, Pakistan und Irak,
 3255 hat er die Gesellschaften zerstört. Er hat die bekämpften Gruppen wie Taliban und Al Kaida kaum
 3256 geschwächt, andere Gruppen wie den Islamischen Staat überhaupt erst stark gemacht. Deutschland
 3257 ist eines der reichsten Länder der Welt und hat Macht und Einfluss auf diese Entwicklungen. Im
 3258 Weißbuch der Bundeswehr wird der Anspruch erhoben, die globale Ordnung – auch militärisch – aktiv
 3259 mitzugestalten, vor dem Hintergrund der »wirtschaftlichen, politischen und militärischen Bedeutung«
 3260 Deutschlands.

3261 DIE LINKE wird ein Motor für eine globale Gerechtigkeit sein, wir stellen uns gegen die Pläne der
 3262 Bundesregierung für Aufrüstung und Weltmachtspolitik. Wenn die Regierung von »deutscher
 3263 Verantwortung in der Welt« spricht, sagen wir: Das muss eine Verantwortung für Abrüstung und
 3264 friedliche Konfliktlösungen sein. Um Krieg und Gewalt zu beenden und allen Menschen ein gutes
 3265 Leben zu ermöglichen, müssen globale friedliche und kooperative Lösungen gefunden werden. Das
 3266 geht nur, wenn Konflikte friedlich gelöst werden, wenn konsequent abgerüstet und die
 3267 Weltwirtschaftsordnung gerecht organisiert wird – und mit internationaler Solidarität.

3268 Alle Menschen haben ein Recht auf Schutz vor Tod, Folter, Verfolgung und Diskriminierung. Ein Blick
 3269 nach Syrien, Irak, Afghanistan oder auf die zahlreichen Kriege und Konflikte auf dem afrikanischen
 3270 Kontinent zeigen: Es ist schlecht bestellt um diese Menschenrechte. In Syrien haben Groß- und
 3271 Regionalmächte die größte humanitäre Katastrophe seit dem 2. Weltkrieg zu verantworten: Millionen
 3272 Menschen sind auf der Flucht, Hunderttausende müssen hungern. Wir brauchen eine aktive
 3273 Friedenspolitik! Die Vorherrschaft des Militärischen muss beendet werden. Wir wollen alle deutschen
 3274 Soldatinnen und Soldaten aus den Auslandseinsätzen zurückziehen und Rüstungsexporte verbieten.
 3275 Das sind wichtige erste Schritte auf diesem Weg. Ein weiterer Schritt ist die Konversion der
 3276 Rüstungsindustrie. Wir setzen auf die Stärkung zivilgesellschaftlicher Initiativen und völkerrechtlicher
 3277 Mechanismen einer nichtmilitärischen Konfliktlösung – statt einer imperialen Politik des »Regime-
 3278 Change«, statt Drohnenkriegen und militärischer Auslandseinsätze. Wir unterstützen nicht Diktatoren
 3279 und Autokraten, sondern demokratische Bewegungen in ihren Ansprüchen auf eine souveräne wie
 3280 gerechte gesellschaftliche Entwicklungsperspektive. Wir streiten für das Recht auf soziale und
 3281 individuelle Sicherheit sowie Schutz vor Gewalt für alle Menschen auf der Welt.

3282 **Konflikte friedlich lösen – Auslandseinsätze beenden**

3283 Krieg und die Androhung militärischer Gewalt können keine Mittel einer friedensstiftenden Politik sein.
 3284 Die friedliche Prävention und frühzeitige Lösung von potenziell kriegerischen Konflikten müssen im
 3285 Zentrum der deutschen Außenpolitik stehen. Wir wollen, dass sich Deutschland am Völkerrecht und an
 3286 den universellen Menschenrechten in ihrer Gesamtheit der bürgerlichen, wirtschaftlichen, sozialen
 3287 und kulturellen Rechte orientiert. Wenn die Bundesregierung dagegen von »mehr Verantwortung« in
 3288 Europa und der Welt spricht, meint sie damit mehr Auslandseinsätze und mehr Geld für
 3289 Rüstungsprojekte.

3290 Die Bundesregierung verfolgt eine gefährliche Politik der Militarisierung der deutschen und
 3291 europäischen Außenpolitik. Deutschland droht, nicht erst seit der Wahl des US-Präsidenten Trump,
 3292 eine neue, führende Rolle in der militärischen Sicherheitsarchitektur der aktuellen Welt(un)ordnung
 3293 und innerhalb der Europäischen Union zu übernehmen. Obwohl der deutsche Militärhaushalt in den
 3294 letzten fünfzehn Jahren deutlich angestiegen ist, fordert das Verteidigungsministerium bis 2030 rund
 3295 130 Milliarden Euro für die Modernisierung bestehender Waffensysteme und die Aufrüstung neuer
 3296 Rüstungsprojekte. Statt momentan 1,2 Prozent des Bruttoinlandproduktes pro Jahr für Militärisches
 3297 auszugeben, fordert die NATO sogar zwei Prozent des BIP. Die Bundesregierung will das größte
 3298 Aufrüstungsprogramm der vergangenen zwei Jahrzehnte auflegen. Auslandseinsätze der Bundeswehr
 3299 haben zugenommen: 1992 bis 2016 haben sie mindestens 17,2 Milliarden Euro gekostet. Eine
 3300 verantwortungsvolle Außenpolitik sieht anders aus: Verantwortung für den Frieden heißt für DIE
 3301 LINKE, internationale Verantwortung zu übernehmen für ein kooperatives Verhältnis der Staaten und
 3302 ihrer Bevölkerungen in einer demokratischen Weltgemeinschaft. Eine Politik der Dominanz und
 3303 Hegemonie einzelner Staaten lehnen wir ab. Aus diesen Gründen lehnen wir Auslandseinsätze der
 3304 Bundeswehr ab.

- 3305 • Die Bundeswehr muss aus allen Auslandseinsätzen zurückgezogen werden und darf nicht in
 3306 neue Auslandseinsätze entsandt werden.
- 3307 • Die Mittel, die heute für militärische Interventionen ausgegeben werden, sollen umgewidmet
 3308 werden für zivile Aufbau- und Friedenssicherungsprogramme und die
 3309 Entwicklungszusammenarbeit. Wir lehnen es ab, dass deutsche Soldatinnen und Soldaten
 3310 andere Armeen ausbilden, die dann ihrerseits direkt oder indirekt an Kriegshandlungen
 3311 beteiligt sind.
- 3312 • Wir wenden uns gegen eine militärische Komponente im Europäischen Auswärtigen Dienst.
- 3313 • Wir wollen die Beteiligung von Bundes- und Länderpolizeien an internationalen
 3314 Polizeieinsätzen beenden, die zur Unterstützung von Kriegen und autoritären Regimen dienen.
 3315 Eine Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich mit autoritären Regimen zur Flucht- und
 3316 Migrationsabwehr lehnen wir ab.
- 3317 • Wir setzen uns für ein Ende der aktuellen Militärberatungsmissionen ein. Sie heizen weltweit
 3318 Konflikte an, statt sie zu entschärfen.

3319 Eine Vermischung von zivilen und militärischen Maßnahmen lehnen wir ab. Mit »zivil-militärischer
 3320 Kooperation« und »vernetzter Sicherheit« wird die Militarisierung der Außenpolitik verschleiert. Die
 3321 Einbindung von Entwicklungszusammenarbeit und humanitärer Hilfe in sicherheitspolitische
 3322 Konzeptionen – wie etwa in Afghanistan geschehen – verhindert nicht nur soziale Entwicklung in
 3323 diesen Ländern. Sie widerspricht auch dem zivilgesellschaftlichen Auftrag von
 3324 Nichtregierungsorganisationen. Die internationale Hilfe darf niemals Teil einer militärischen Strategie
 3325 sein, sondern muss sich allein dem Gebot der Bedürftigkeit der von Hunger und Krieg betroffenen
 3326 Bevölkerungen orientieren.

3327 Wir wollen Politik auf gewaltlose, soziale und proaktive Friedensförderung ausrichten. Die Beteiligung
 3328 und der Schutz der lokalen Bevölkerung stehen dabei im Zentrum.

- 3329 • Projekte zum Ausbau der zivilen Konfliktbearbeitung wollen wir umfassend fördern.
- 3330 • Wir wollen die Mittel für den Zivilen Friedensdienst, der Fachleute in Konfliktgebiete
 3331 entsendet, bis 2020 verdoppeln. Zusätzlich wollen wir einen europäischen Zivilen
 3332 Friedensdienst ins Leben rufen und die Länder Afrikas bei der Einrichtung eines afrikanischen
 3333 Zivilen Friedensdienstes unterstützen. Das kann aus einem Teil der Gelder finanziert werden,
 3334 die bisher für Militärausbildungsmissionen ausgegeben werden.
- 3335 • Wir wollen Zivilklauseln in den Gesellschafterverträgen der Durchführungsorganisationen der
 3336 deutschen Entwicklungszusammenarbeit verankern.
- 3337 • Wir wenden uns entschieden gegen den Einsatz der Bundeswehr im Innern.

3338 **Frieden schaffen ohne Waffen: Rüstungsexporte verbieten.**

3339 Unsere internationale Politik zielt auf Abrüstung und Entmilitarisierung. Derzeit ist Deutschland der
3340 weltweit drittgrößte Exporteur von Waffen. Jede Waffe, die aus Deutschland exportiert wird, dient der
3341 Aufrüstung eines anderen Landes. Waffenexporte fördern Unterdrückung und machen es möglich,
3342 dass anderswo in der Welt Konflikte gewaltsam ausgetragen und Kriege geführt werden.

- 3343 • Als ersten Schritt wollen wir alle Exporte von Kleinwaffen und Waffenfabriken verbieten. Mit
3344 diesen sogenannten Kleinwaffen – darunter Sturmgewehre und Maschinenpistolen – werden
3345 die meisten Menschen in den Kriegen dieser Welt getötet. Sie sind die
3346 Massenvernichtungswaffen des 21. Jahrhunderts.
- 3347 • Rüstungsexporte dürfen nicht mehr mit Steuergeldern unterstützt werden – weder durch die
3348 staatliche Absicherung mit Hermesbürgschaften noch durch Ausbildungsunterstützung oder
3349 über andere Wege.

3350 Unser Ziel ist, dass Rüstungsexporte verboten werden und die gesamte Rüstungsproduktion in der
3351 Bundesrepublik Deutschland eingestellt wird. Wir wollen mit gesellschaftlichen Partnerinnen und
3352 Partnern aus Gewerkschaften, Kirchen, der Friedensbewegung Konversionsprogramme für die
3353 Beschäftigten in der Rüstungsindustrie entwickeln, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Ein
3354 umfassendes Produktionsverbot ist das beste Mittel zur Eindämmung und Verhinderung von
3355 Rüstungsexporten.

- 3356 • Die Forschung zur Rüstungskonversion, also zur Umstellung von militärischer auf zivile
3357 Produktion, soll sowohl durch öffentliche Gelder als auch durch die davon betroffene
3358 Privatwirtschaft und ihre Verbände finanziert werden.
- 3359 • DIE LINKE fordert ein Beteiligungsverbot deutscher Unternehmen an internationalen oder
3360 ausländischen Rüstungsunternehmen.

3361 Zur Vision einer Welt ohne Massenvernichtungswaffen gehört auch konsequente Abrüstung im
3362 eigenen Land.

- 3363 • Die letzten noch in Deutschland stationierten US-Atomwaffen müssen sofort abgezogen und
3364 vernichtet werden.
- 3365 • Es dürfen keine modernisierten Atombomben in Deutschland stationiert und keine Mittel für
3366 die Modernisierung der Trägerflugzeuge für den Abwurf von Atombomben bereitgestellt
3367 werden. Die so genannte «Nukleare Teilhabe» wollen wir beenden.
- 3368 • Vom Boden der Bundesrepublik Deutschland aus dürfen keinerlei militärische
3369 Drohneneinsätze in anderen Ländern koordiniert oder geleitet werden. Die militärischen
3370 Standorte in Deutschland, die derzeit an solchen Drohnenkriegen beteiligt sind – wie
3371 Ramstein, das AFRICOM und das EUCOM – müssen geschlossen werden.
- 3372 • Deutschland muss auf alle Atomwaffenoptionen verzichten.
- 3373 • DIE LINKE tritt auch in der nächsten Legislaturperiode für eine vertragliche Ächtung von
3374 Atomwaffen weltweit ein.
- 3375 • Die Bundeswehr oder die Polizeien des Bundes und der Länder dürfen keine Drohnen
3376 anschaffen, die gegen Menschen gerichtet sind (im Kampf oder zur Überwachung) oder sich
3377 am Betrieb solcher Systeme (z.B. im Ausland) beteiligen. Wir wollen alle unbemannten
3378 Kampfsysteme (bewaffnete Drohnen und Kampfroboter) im Rahmen einer internationalen
3379 Konvention ächten.
- 3380 • Keine Kindersoldaten aus Deutschland: Die Rekrutierung von Minderjährigen durch die
3381 Bundeswehr muss beendet werden. Wir wollen keine Rekrutierungskampagnen im
3382 öffentlichen Raum.
- 3383 • Wir lehnen die Offensiv-Strategie der Bundeswehr im Cyber-Raum ab – die Abwehr dieser
3384 Gefahren ist Sache von Strafverfolgungsbehörden des Inneren, nicht der Armee.

- 3385 • Alle ausländischen Militärbasen in Deutschland müssen geschlossen werden. Die Infrastruktur
- 3386 in der Bundesrepublik darf nicht genutzt werden, um völkerrechtswidrige Kriege und
- 3387 menschenrechtswidrige Maßnahmen wie die Verschleppung von Gefangenen zu ermöglichen.
- 3388 • Keine Bundeswehr in Bildungseinrichtungen! (vgl. Kapitel Gute Bildung)

3389 **Fluchtursachen bekämpfen – nicht Flüchtlinge!**

3390 DIE LINKE will die Ursachen von Flucht und Vertreibung bekämpfen, anstatt Flüchtende zu bekämpfen
 3391 und deren Fluchtwege zu blockieren. Im Zentrum steht: das Recht, »nicht migrieren zu müssen«.
 3392 Fluchtursachen sind vielfältig. Fast immer hängen sie mit der weltweiten Ungleichheit zwischen Arm
 3393 und Reich zusammen. Diese Ungleichheit wächst durch Ausbeutung in unfairen Handelsbeziehungen,
 3394 das Erstarken der großen Agrarkonzerne, rücksichtslos agierende transnationale Konzerne und den
 3395 durch die Industrieländer in erster Linie zu verantwortenden Klimawandel. Die Bundesrepublik
 3396 Deutschland stützt und verschärft oft bestehende Konflikte - indem Waffenexporte in Krisengebiete
 3397 genehmigt und indem selbst undemokratische Regime blind unterstützt werden, nur damit sie
 3398 Fluchtwege versperren (vgl. Kapitel Neustart Europa, Legale Fluchtwege).

3399 DIE LINKE kämpft für eine solidarische gerechte Weltwirtschaftsordnung, gegen Krieg und
 3400 Rüstungsexporte, gegen Landraub, für faire Produktionsverhältnisse, für Demokratie und
 3401 Menschenrechte, weltweit. Geflüchtete sollen das Recht auf soziale, kulturelle und demokratische
 3402 Teilhabe in unserem Land haben.

3403 **Soziale Gerechtigkeit weltweit – solidarische Zusammenarbeit stärken**

3404 DIE LINKE ist die Partei der internationalen Solidarität. Die acht reichsten Menschen auf der Welt
 3405 besitzen mehr als die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung. Weltweit hungern über eine Milliarde
 3406 Menschen, mehr als zwei Milliarden leben von weniger als zwei Dollar am Tag. Die wenigen Reichen
 3407 werden immer reicher.

3408 Gerechtigkeit in den internationalen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen ist eine direkte Vorbeugung
 3409 vor Armut, Gewalt und Krieg. Wir wollen die ungerechten weltweiten Handels- und
 3410 Wirtschaftsbeziehungen so verändern, dass soziale Entwicklungschancen für alle Menschen
 3411 entstehen. Hierfür bilden die Nachhaltigen Entwicklungsziele (SDG) der UNO eine wichtige Grundlage.
 3412 Um sie zu erreichen, braucht es einen politischen und wirtschaftlichen Richtungswechsel. Die
 3413 deutsche und europäische »Entwicklungshilfe« ist oftmals an erpresserische »Strukturreformen«
 3414 geknüpft und untergräbt eigenständige Entwicklung.

- 3415 • Wir setzen uns für eine Neuausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit ein. Sie muss auf
 3416 die Interessen und Bedürfnisse der Betroffenen ausgerichtet sein und sich an den Gedanken
 3417 von Gerechtigkeit, Solidarität und nachhaltiger Entwicklung orientieren. Sie muss ein
 3418 Instrument globaler Umverteilung im Sinne sozialer Gerechtigkeit sein und darf nicht als
 3419 Instrument der Einmischung sowie als ein Druckmittel wirtschaftlicher und
 3420 sicherheitspolitischer Interessen der Geberländer und internationaler Konzerne missbraucht
 3421 werden.
- 3422 • Wir lehnen eine Verknüpfung von Entwicklungsgeldern und andere Fördermittel mit
 3423 Maßnahmen des Grenzschutzes und der Migrationskontrolle ab.
- 3424 • Wir treten für eine vorrangig öffentliche Entwicklungsfinanzierung auf allen Ebenen ein, wollen
 3425 den undemokratischen Einfluss privater Stiftungen in der Entwicklungszusammenarbeit
 3426 beenden und lehnen öffentlich-private Partnerschaften mit deutschen Firmen als
 3427 gescheitertes Modell ab.
- 3428 • Deutschland soll sich mindestens auf die Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklungsziele der
 3429 UNO (SDG) verbindlich verpflichten. Die deutschen Gelder für Entwicklungszusammenarbeit
 3430 müssen endlich auf die international zugesagten 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes
 3431 angehoben werden.

3432 Statt an der Politik von ungleichen Handelsbeziehungen festzuhalten, sollte deutsche Außenpolitik an
 3433 der Schaffung einer globalen sozialen Infrastruktur mitwirken, die allen Menschen auf dieser Welt den

- 3434 Zugang zu Bildung, Gesundheit, Arbeit und einem selbstbestimmtes Leben in Würde und sozialer
3435 Sicherheit ermöglicht.
- 3436 Den geplanten Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TiSA setzen wir mit hunderttausenden von
3437 Menschen unseren Widerstand entgegen. Das gleiche gilt für die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen
3438 (EPA) mit den AKP-Staaten und andere unfaire Handelsabkommen der EU mit den Ländern des
3439 Südens. Die Abkommen sollen Märkte öffnen und Privatisierungen zementieren. Das gleiche gilt für
3440 Freihandelsabkommen der EU mit Entwicklungs- und Schwellenländern. Wir brauchen einen gerechten
3441 Welthandel und eine neue Weltwirtschaftsordnung:
- 3442 • Wir treten dafür ein, dass das globale Recht auf Nahrung umgesetzt wird. Agroimporte,
3443 Landraub (*Land grabbing*) und die Spekulation mit Nahrungsmitteln müssen verboten werden.
3444 Wir wollen Ernährungssouveränität fördern statt die Zusammenarbeit mit der Agroindustrie.
- 3445 Wir setzen uns dafür ein, dass Rohstoffe angemessen bezahlt und ihre Verarbeitung und
3446 Wertschöpfung in den Herkunftsregionen gezielt gefördert werden. Dazu müssen die Länder des
3447 Südens entgegen den Freihandelsdiktaten die lokalen und regionalen Märkte vor Billigimporten und
3448 die Weiterverarbeitung im Land durch Ausfuhrzölle schützen können.
- 3449 • Wir fordern ein gerechtes internationales Steuersystem und die Trockenlegung von
3450 Steueroasen, um transnationale Konzerne stärker an der Entwicklung der Länder zu beteiligen,
3451 von deren Ausbeutung sie massiv profitieren. Durch Steuerflucht und Steuervermeidung
3452 verlieren die Länder des Südens jährlich 100 Milliarden Dollar - weit mehr, als sie umgekehrt
3453 an Entwicklungsgeldern erhalten -, die für die öffentliche Entwicklungsfinanzierung dringend
3454 gebraucht werden.
 - 3455 • Wir setzen uns für die Unterstützung des Aufbaus öffentlicher sozialer Sicherungssysteme in
3456 den Ländern des Südens ein.
 - 3457 • Auf UN-Ebene wollen wir einen Kompensationsfonds für die Folgen von Klimawandel und
3458 Kolonialismus einrichten, der von den Industriestaaten finanziert wird. Zusätzlich fordern wir
3459 einen solidarischen Wissens- und Technologietransfer für eine Energiewende in den Ländern
3460 des Südens. Die Klimafinanztransfers Deutschlands sollen bis 2020 auf sieben Milliarden Euro
3461 jährlich ansteigen und zum Großteil zusätzlich zur Entwicklungszusammenarbeit bereitgestellt
3462 werden. (vgl. Kapitel Menschen vor Profite, Wirtschaft sozial und ökologisch umbauen).
 - 3463 • Wir wollen deutsche Konzerne verpflichten, weltweit die sozialen und ökologischen Standards
3464 einzuhalten und die demokratischen Rechte zu wahren. Die Einfuhr von Produkten aus
3465 Kinderarbeit wollen wir verbieten.
 - 3466 • Wir setzen uns für verbindliche Regeln für multinationale Unternehmen ein. Beschäftigte
3467 sollen gegen Konzerne auch an deren Heimatstandorten klagen können.
 - 3468 • Wir wollen, dass deutsche Firmen ihre Zulieferer und deren Arbeitsbedingungen offenlegen
3469 müssen. Das gilt für die Rohstoffe wie für die Produktion selbst, für die Baumwolle in T-Shirts
3470 wie für die Arbeitsbedingungen der Näherinnen und Näher.
 - 3471 • Wir unterstützen Bemühungen der eigenständigen regionalen Integration, wie zum Beispiel
3472 ALBA und CELAC in Lateinamerika, sowie eine gleichberechtigte und solidarische Süd-Süd-
3473 Kooperation.
 - 3474 • Wir setzen uns für die vollständige und bedingungslose Aufhebung der Blockade gegen Kuba
3475 ein. Wir unterstützen die Normalisierung der Beziehungen zu Kuba und fordern eine
3476 gleichberechtigte, solidarische Zusammenarbeit.
- 3477 **Das internationale Recht stärken**
- 3478 DIE LINKE ist die Partei des Völkerrechts. Wir sehen in den Vereinten Nationen das zentrale Organ für
3479 die friedliche Verständigung zwischen den Staaten und Gesellschaften. Das Gewaltverbot, wie es die
3480 UNO-Charta vorsieht, muss gestärkt werden. Wir stellen uns gegen jeden Versuch, Menschenrechte
3481 gegen das Völkerrecht auszuspielen und sie als Kriegsbegründung zu missbrauchen, wie es alle
3482 Bundesregierungen der letzten knapp 20 Jahre getan haben. Menschenrechte sind universell und
3483 unteilbar. Alle Menschenrechte – einschließlich der sozialen, kulturellen und ökologischen – müssen

3484 uneingeschränkt und weltweit für alle Menschen gelten.

- 3485 • Die Bundesregierung muss das Zusatzprotokoll zum Internationalen Pakt über wirtschaftliche,
3486 soziale und kulturelle Rechte unterzeichnen, das Einzelpersonen bei Verletzung dieser
3487 Menschenrechte den Beschwerdeweg bei den Vereinten Nationen ermöglicht.

3488 Wir wollen die Vereinten Nationen stärken und demokratisieren. Die Generalversammlung, in der alle
3489 Mitglieder der Vereinten Nationen vertreten sind, muss mehr entscheiden können. Die zivilen UN-
3490 Gremien müssen effizienter gestaltet, finanziell besser gestellt und politisch gestärkt werden. Die Mittel
3491 des UNO-Hilfswerks und des Welthungerprogramms müssen ausreichend erhöht werden. Wir lehnen
3492 die Militarisierung der UN ab. Wir setzen auf die Entwicklung multi- und supranationaler Instrumente
3493 der Friedenssicherung und demokratischer Konfliktprävention. Fragen der globalen wirtschaftlichen
3494 Entwicklung müssen in den Gremien der Vereinten Nationen wie dem Wirtschafts- und Sozialrat
3495 (ECOSOC) und der Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) verhandelt werden – und nicht in
3496 selbst ernannten Zirkeln wie den G8 oder den G20. Einen ständigen deutschen Sitz im UN-
3497 Sicherheitsrat lehnen wir ab.

3498 **Für eine europäische Friedens- und Entspannungspolitik**

3499 Ein geeintes soziales Europa kann nur als ein Projekt des Friedens eine wirkliche demokratische
3500 Zukunft haben (vgl. Kapitel Keine Militarisierung der EU). Die NATO dehnt ihren Einflussbereich bis an
3501 die Westgrenze Russlands aus. Der Beitritt weiterer Länder zur NATO wie Georgien, der Ukraine,
3502 Mazedonien und Montenegro würde die Spannungen mit Russland weiter anheizen. Viele Menschen in
3503 Deutschland sind beunruhigt über die Verschlechterung der Beziehungen unseres Landes und der EU
3504 zu Russland. Von einem gemeinsamen Haus Europa, von der Friedensdividende nach dem Ende des
3505 Kalten Kriegs spricht heute keiner mehr. Stattdessen findet mitten in Europa, in der Ukraine, ein
3506 heißer Krieg statt. Zwischen der EU und Russland bestimmen Sanktionen und Gegensanktionen das
3507 Bild. Wo Abrüstung geboten wäre, dominiert auf beiden Seiten verbale und militärische Aufrüstung.
3508 Diplomatie und militärische Zurückhaltung sind ins Abseits geraten. Wir halten diese
3509 Konfrontationspolitik für fatal.

3510 DIE LINKE tritt für die Stärkung der OSZE als wichtiges Format der gesamteuropäischen Kooperation
3511 ein. Um dies zu erreichen, muss als Erstes eine Vereinbarung getroffen werden, keine neuen
3512 Mitglieder in die NATO aufzunehmen. Wir wollen eine neue, auf Entspannung orientierte Ostpolitik.
3513 Sicherheit in Europa kann nur Sicherheit mit und nicht gegen Russland sein. Das muss die
3514 sicherheitspolitische Orientierung von europäischem und deutschem Handel werden. Militärmanöver
3515 oder Stationierungspläne von Waffensystemen entlang der russischen Westgrenze heizen Konflikte an.
3516 Wir setzen uns gegen Militärmanöver ein. Den Einsatz und die Stationierung deutscher Soldaten in den
3517 osteuropäischen Staaten wollen wir unterbinden. Das NATO-Rüstungsziel von zwei Prozent des BIP
3518 lehnen wir ab. Wir wollen die NATO auflösen und durch ein kollektives Sicherheitssystem unter
3519 Einbeziehung von Russland ersetzen, das auf Abrüstung zielt. Wir wollen, dass die Bundeswehr dem
3520 Oberkommando der NATO entzogen wird und die Bundesrepublik aus den militärischen Strukturen des
3521 Bündnisses austritt.

- 3522 • Als ersten Schritt wollen wir eine konventionelle Rüstungskontrolle in Europa nach dem
3523 Vorbild des AKSE-Vertrags (Angepasster Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa).
- 3524 • Einen NATO-Raketenschild lehnen wir ab.
- 3525 • Wir wollen den Umbau der Bundeswehr zu einer Einsatzarmee stoppen. Alle offensivfähigen
3526 Waffensysteme müssen abgerüstet werden.
- 3527 • DIE LINKE setzt sich für eine schrittweise Abrüstung der Bundeswehr ein (vgl. Kapitel Frieden
3528 schaffen ohne Waffen).
- 3529 • DIE LINKE verfolgt langfristig das Ziel eines Deutschlands und eines Europas ohne Armeen
3530 und einer Welt ohne Kriege. Im Zuge der Verkleinerung der Bundeswehr muss ihren
3531 Angehörigen eine Perspektive in zivilen Berufen eröffnet werden. Umschulungen, Aus- und
3532 Weiterbildungen werden unterstützt.

3533 In Zeiten der globalen Verwerfungen und Krisen sollte sich jede linke Politik von dem Auftrag leiten
3534 lassen, ein menschenwürdiges Zusammenleben zu ermöglichen. Frieden ist mehr als die Abwesenheit
3535 von Krieg. Frieden bedarf auch einer Politik, die allen Menschen über die Ländergrenzen hinweg ein
3536 Leben in Würde, Anerkennung und sozialer Gerechtigkeit zuteilwerden lässt. Eine lebendige
3537 Demokratie bedarf dieser Auseinandersetzung um die Möglichkeit von Alternativen. Wir stellen uns
3538 den zahlreichen Akteuren und multilateralen Verpflichtungen der internationalen Politik, um
3539 nachhaltige Transformationsprozesse für eine verlässlichere und friedlichere Welt zu eröffnen. DIE
3540 LINKE wird sich nicht an einer Regierung beteiligen, die Aufrüstung und Militarisierung vorantreibt, die
3541 Kriege führt oder Kampfeinsätze der Bundeswehr im Ausland zulässt.

3542 **XV. Europa der Menschen statt der Banken und Konzerne**

3543 Die Europäische Union ist in einer grundlegenden Krise. Die soziale Ungleichheit ist gewachsen,
 3544 Reichtum und Armut explodieren. Die neoliberale Politik der Konkurrenz und Austerität hat zu
 3545 Massenerwerbslosigkeit geführt und in Südeuropa eine verlorene Generation hervorgebracht. In der
 3546 ganzen EU sind es fast ein Viertel, in Italien, Portugal, Spanien, Griechenland 40 bis 60 Prozent der
 3547 jungen Menschen, die keine Arbeit finden. In dieser EU hat die Wettbewerbsfähigkeit im Interesse der
 3548 Profite von Banken und Konzernen Vorrang vor den Interessen der Bevölkerungen. Die »Rettung«
 3549 Griechenlands war zu über 90 Prozent eine Finanzierung von reichen Gläubigern und Bankprofiten,
 3550 nicht zuletzt deutscher Banken. Die Durchsetzung von neoliberalen Handelsabkommen wie TTIP und
 3551 CETA gegen den Willen von hunderten Menschen oder die Erpressung Griechenlands, die
 3552 verheerende neoliberale Kürzungspolitik fortzusetzen, zeigt: Wenn die Menschen eine andere Politik
 3553 wollen, wird die Demokratie als Wettbewerbshindernis beiseitegeschoben. Das Ergebnis: Die EU und
 3554 das Projekt der europäischen Integration verlieren bei den Menschen an Vertrauen. Dies hat sich
 3555 infolge der Flucht- und Migrationsbewegungen zugespitzt. Nationalistische Töne in öffentlichen
 3556 Debatten nehmen zu. Wahlerfolge rechter und rechtsextremer Parteien in zahlreichen Ländern sind
 3557 ein Ausdruck dieser politischen Krise. Spätestens mit dem »Brexit-Referendum« in Großbritannien ist
 3558 offenbar geworden, dass die Gefahr eines Auseinanderbrechens der EU ganz real ist. Es ist diese
 3559 unsoziale und undemokratische EU, die autoritären Kräften, Rassismus und Nationalismus Auftrieb
 3560 gibt. Europa kann durch Demokratie und soziale Gerechtigkeit verändert werden – andernfalls besteht
 3561 die Gefahr, dass rechte Parteien und Populisten Europa nach ihrem Bild verändern. Wer den
 3562 Rechtsruck in Europa stoppen will, muss sich für einen grundlegenden Politikwechsel in Deutschland
 3563 einsetzen. Die deutsche Regierung spielt eine zentrale Rolle dabei, die Europäische Union weiter zum
 3564 Wettbewerbsraum umzubauen. Standortkonkurrenz, Druck auf die Löhne und den Sozialstaat,
 3565 Freihandel und Aufrüstung sind weder im Interesse der Menschen in Deutschland noch der im
 3566 restlichen Europa. Die einseitige Exportorientierung vor allem der deutschen Wirtschaft führt zu
 3567 Deindustrialisierung, Verschuldung und Massenerwerbslosigkeit in weiten Teilen der EU. Sie geht auch
 3568 zu Lasten der Beschäftigten in Deutschland: Die Folge sind prekäre Arbeit, Niedriglohn und
 3569 Dauerstress. DIE LINKE kämpft daher für einen Politikwechsel in Deutschland und eine andere
 3570 Wirtschaftspolitik. Für höhere Löhne, Umverteilung des Reichtums und öffentliche Investitionen für
 3571 einen sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft. Nur so kann die tiefe Krise in Europa überwunden
 3572 werden.

3573 Das bestehende Euro-Währungssystem mit dem vertraglich und in Verordnungen verankerten Druck
 3574 zu Kürzungspolitik und einer demokratisch nicht kontrollierten Europäischen Zentralbank ist mit einer
 3575 sozialen und demokratischen Entwicklung in Europa unvereinbar. Die neoliberale Konstruktion des
 3576 Euros nützt vor allem der deutschen Exportindustrie und internationalen Großkonzernen, während es
 3577 Europa wirtschaftlich und sozial spaltet. Die Politik der EZB, »billiges Geld« zur Verfügung zu stellen,
 3578 aber gleichzeitig auf Kürzungspolitik zu drängen, verhindert einen Ausweg aus der Krise. Die Politik
 3579 von Troika, Merkel & Co zerstört die Gemeinschaftswährung. Auch die Währungsunion muss radikal
 3580 reformiert werden oder sie wird zerbrechen. Voraussetzung dafür ist eine andere deutsche
 3581 Wirtschaftspolitik und ein Ende der Austerität. Die Auflösung des Euros ist dagegen ein Szenario, auf
 3582 das man sich wohl oder übel vorbereiten muss, aber keine Lösung.

3583 DIE LINKE will einen Neustart der Europäischen Union. Die Verträge von Maastricht und Lissabon
 3584 haben den Neoliberalismus in die Grundlagen der EU eingeschrieben. Wir brauchen eine
 3585 grundsätzliche soziale und demokratische Alternative zu dieser neoliberalen EU: mit neuen Verträgen,
 3586 neuen Strukturen, neuen Hoffnungen. In allen Mitgliedstaaten muss über die neuen Verträge in
 3587 Volksabstimmungen entschieden werden. Wir wollen die Finanzmärkte entmachten und den
 3588 europäischen Bankensektor demokratisch kontrollieren. Im Vordergrund stehen für uns die Interessen
 3589 der Menschen in Europa, nicht ein Währungssystem. Wir wollen mit der neoliberalen
 3590 Wettbewerbspolitik brechen. Wir wollen die Binnennachfrage stärken und die Spekulation
 3591 zurückdrängen.

3592 Die EU kann durch Bewegung von unten, ein Aufstehen der Menschen in Europa für Demokratie und
 3593 soziale Gerechtigkeit, verändert werden. Nur durch soziale Bewegungen konnten die Privatisierung des
 3594 Wassers und die Bolkestein-Richtlinie verhindert werden. Nur so werden wir auch TTIP, TiSA und CETA
 3595 verhindern. DIE LINKE steht an der Seite der Gewerkschaften und ist Teil der sozialen Bewegungen.
 3596 Wir werden in Deutschland und in Europa weiter dafür kämpfen, dass die Interessen der Menschen
 3597 Vorrang vor Profit und Wettbewerb haben.

3598 **Austerität für die unten, Profite für die oben? Die Macht der Banken und Konzerne brechen!**

3599 Wir wollen die Kürzungsdiktate in Europa beenden. Es müssen sofort wirksame Schritte gegen
 3600 Massenerwerbslosigkeit, Armut und Perspektivlosigkeit der Jugend in den Krisenländern eingeleitet
 3601 werden. Die Löhne in Deutschland müssen steigen, den deindustrialisierten Regionen in der EU
 3602 müssen alternative Entwicklungsmöglichkeiten gegeben werden.

- 3603 • Daher fordert DIE LINKE ein öffentliches europäisches Investitionsprogramm, das vor allem
 3604 auf Entwicklung im Bereich öffentlicher und sozialer Dienstleistungen wie Bildung,
 3605 Gesundheitsversorgung und Pflege, Verkehr und Wohnen sowie auf einen sozial-ökologischen
 3606 Umbau der Wirtschaft setzt. Zur Finanzierung wollen wir in allen EU-Staaten eine einmalige
 3607 Vermögensabgabe auf Vermögen über einer Million Euro erheben.
- 3608 • Wir wollen die öffentliche Kreditaufnahme vom Finanzmarkt abkoppeln: Die EZB soll den Euro-
 3609 Staaten in festgelegtem Rahmen direkt leihen dürfen. Dabei sollen nicht nur Preisstabilität,
 3610 sondern auch nachhaltige Wirtschaftsentwicklung und Vollbeschäftigung berücksichtigt
 3611 werden. Dies wäre als erster Schritt über öffentliche Banken wie die Europäische
 3612 Investitionsbank sowie nationale Förderbanken möglich. Wir wollen eine öffentliche
 3613 europäische Ratingagentur schaffen. Ratings von privaten Agenturen dürfen nicht Gegenstand
 3614 von verbindlichen Regeln der EU sein.
- 3615 • Wir wollen öffentliche Investitionen in der EU fördern, statt mit öffentlichen Geldern private
 3616 Investitionen und private Renditen abzusichern. Investitionsprogramme, wie der Juncker-Plan
 3617 der EU, fördern die Privatisierung von Autobahnen, Krankenhäusern und öffentlicher
 3618 Daseinsvorsorge.
- 3619 • Keine Bankenrettung auf Kosten der Gesellschaft! Die Eigentümer und Gläubiger müssen für
 3620 die Banken haften. Die Einlagen von Kleinsparerinnen und Kleinsparern müssen öffentlich
 3621 abgesichert werden (Vgl. Kapitel Finanzmärkte schrumpfen). Sparkassen und
 3622 Genossenschaftsbanken dürfen nicht für Mega-Banken haften.
- 3623 • Wir wollen eine Europäische Schuldenkonferenz, bei der die Staatsschulden auf ihre
 3624 Legitimität und ihre Tragbarkeit geprüft und Lösungen gefunden werden, die den am stärksten
 3625 verschuldeten Ländern einen Ausweg aus der humanitären Katastrophe und den Pfad zu einer
 3626 nachhaltigen Entwicklung eröffnen.
- 3627 • Wir wollen den Unterbietungswettbewerb – welches Land bietet dem Kapital die niedrigsten
 3628 Steuern, Löhne und Sozialleistungen – unterbinden. Wir kämpfen für Mindeststandards und
 3629 eine abgestimmte Besteuerung der Superreichen in Europa. Wir wollen, dass Lohndumping in
 3630 der EU gestoppt wird. Lohn-, Steuer- und Sozialpolitik müssen in diesem Sinne aufeinander
 3631 abgestimmt werden. DIE LINKE kämpft für einen Europäischen Mindestlohn, der bei 60
 3632 Prozent des nationalen Durchschnittslohns liegen muss.
- 3633 • Wir lehnen die Kapitalmarktunion ab, mit der die Kapitalmärkte der Mitgliedstaaten stärker
 3634 miteinander verkoppelt werden.
- 3635 • DIE LINKE fordert gemeinsam mit den Gewerkschaften eine soziale Fortschrittsklausel in den
 3636 EU-Verträgen. Soziale Grundrechte und die Tarifautonomie müssen Vorrang vor den
 3637 Binnenmarktfreiheiten haben. Sozialstaatlichkeit muss in den EU-Verträgen neben Demokratie
 3638 und Rechtsstaatlichkeit geschützt werden.

3639 In der Euro-Krise wurde offensichtlich: Wir brauchen Mechanismen gegen die Ungleichgewichte in den
 3640 Handelsbilanzen. Die Exportüberschüsse der einen sind notwendig die Schulden der anderen. So kann
 3641 kein soziales Europa entstehen! Wir wollen die Staaten auf ausgeglichene Handelsbilanzen

3642 verpflichtet. Das ist im Interesse der Menschen in Deutschland, weil die Löhne steigen und die
 3643 Wirtschaft stärker auf Nachfrage im Inneren statt auf Spekulation ausgerichtet wird. Und es ist im
 3644 Interesse einer gerechten wirtschaftlichen Entwicklung unserer europäischen Nachbarn.

3645 • Wir wollen Steuerflucht bekämpfen und Steueroasen austrocknen: durch automatische
 3646 Meldepflichten für Banken, die Möglichkeit, verdächtige Guthaben einzufrieren, Entzug von
 3647 Banklizenzen für nichtkooperative Banken, verbesserte Strafverfolgung von
 3648 Steuerhinterziehung und durch Kapitalverkehrskontrollen (vgl. Kapitel Steueroasen trocken
 3649 legen – die organisierte Finanzkriminalität stoppen).

3650 Die Regierenden der EU nutzen die Verhandlungen der Freihandelsverträge TTIP, CETA und TiSA, um
 3651 Rechte der Beschäftigten und den Verbraucherschutz weiter zu schleifen. Fiskalpakt und Troika
 3652 schaffen weitere Eingriffsmöglichkeiten in die Entscheidungen gewählter Volksvertretungen.

3653 • TTIP, CETA, TiSA und EPAs stoppen! In der Handelspolitik werden wir uns weiter allen Handels-
 3654 und Investitionsabkommen widersetzen, die Verschlechterungen der Rechte der
 3655 Beschäftigten, im Verbraucher-, Umwelt- und Klimaschutz und beim Schutz der öffentlichen
 3656 Daseinsvorsorge sowie der Förderung von Kulturgütern bedeuten. DIE LINKE setzt sich daher
 3657 für eine grundlegende Neuausrichtung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen weltweit ein
 3658 (vgl. Kapitel Soziale Gerechtigkeit weltweit – solidarische Zusammenarbeit stärken).

3659 **Eine EU, in der Parlamente entscheiden**

3660 Statt einer im Kern undemokratischen EU wollen wir die Institutionen der EU grundlegend
 3661 demokratisieren und einen Neustart für die Demokratie in Europa. Wir wollen die Rechte der
 3662 Parlamente stärken. Unter den gegebenen Bedingungen dürfen keine weiteren Kompetenzen auf die
 3663 europäische Ebene verlagert werden. Entscheidungen sollen auf den Ebenen getroffen werden, die zu
 3664 am stärksten davon betroffen sind: Kommunale Angelegenheiten in den Kommunen und bundesweite
 3665 Angelegenheiten in den nationalen Parlamenten. Grundlegende Entscheidungen in der EU müssen
 3666 vom Europaparlament und den nationalen Parlamenten getroffen und kontrolliert werden statt von
 3667 nicht-legitimierten Gremien wie EU-Kommission oder dem Rat.

3668 • Das Europäische Parlament muss das Initiativrecht bekommen.
 3669 • Die EZB muss unter demokratische Entscheidungen und Kontrolle des Europäischen
 3670 Parlaments gestellt werden, statt »unabhängig« von diesen zu sein und über der Demokratie zu
 3671 stehen. Die EZB muss neben der Preisstabilität gleichrangig auf wirtschaftliche Entwicklung und
 3672 Beschäftigung verpflichtet werden.
 3673 • Wir lehnen die Entmachtung der Parlamente und Eingriffe in die Tarifautonomie durch eine Euro-
 3674 Wirtschaftsregierung ab.
 3675 • Wir wollen EU-weite Volkbegehren und Volksentscheide ermöglichen.
 3676 • Die EU muss der Europäischen Menschenrechtskonvention beitreten. Soziale Grundrechte
 3677 entsprechend der revidierten Europäischen Sozialcharta des Europarates müssen von
 3678 einzelnen Personen auch beim Europäischen Gerichtshof einklagbar sein.
 3679 • Wir wollen europaweite öffentlich-rechtliche Medien und Plattformen und einen
 3680 gleichberechtigten Zugang dazu für alle demokratischen politischen und sozialen Kräfte und
 3681 Bewegungen.
 3682 • Wir wollen die Grundrechte in Europa stärken: Keine verdachtsunabhängige Datenspeicherung
 3683 und kein *Profiling*. Unter dem Vorwand der Sicherheit und des Kampfes gegen den Terrorismus
 3684 werden Überwachungstechnik und Datensammlung ausgebaut und die Freiheitsrechte
 3685 ausgehöhlt, die man zu verteidigen vorgibt. Wir brauchen einen starken europäischen
 3686 Datenschutz, damit der in Deutschland besser funktioniert. Im europäischen Haftbefehl und
 3687 der europäischen Ermittlungsanordnung muss das Recht auf anwaltliche Unterstützung und
 3688 Übersetzung gesichert werden.

3689 Das Freizügigkeitsrecht in der EU muss für alle gelten. Ungleiche Lebensverhältnisse und die hohe
 3690 Arbeitslosigkeit in Süd- und Osteuropa zwingen insbesondere junge Menschen zur Abwanderung und

3691 untergraben echte Freizügigkeit. Wir sind gegen den Ausschluss von Arbeit suchenden
 3692 Unionsbürgerinnen und Unionsbürgern aus der Sozialhilfe. Stattdessen sollen sie dabei unterstützt
 3693 werden, eine gute Arbeit zu finden. Alles andere bringt Armut, Verelendung und Ausbeutung hervor.
 3694 Dabei muss das Prinzip gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort gelten, um Lohndumping zu
 3695 unterbinden.

3696 **Gleichwertige Lebensverhältnisse schaffen**

3697 EU-Programme wie der Kohäsionsfonds, der Sozialfonds und der Fonds für Regionale Entwicklung
 3698 haben in den Mitgliedsstaaten, ihren Regionen und Kommunen den Ausbau von technischer und
 3699 sozialer Infrastruktur befördert. Doch trotz dieser wichtigen Beiträge waren sie unzureichend, um die
 3700 ungleiche Entwicklung der Wirtschaft zu korrigieren und über Grenzen hinweg vergleichbare
 3701 Lebensbedingungen zu schaffen. Daher müssten die Fonds deutlich gestärkt werden, anstatt von
 3702 Kürzungen bedroht oder zur Durchsetzung neoliberaler politischer Vorgaben missbraucht zu werden
 3703 (makroökonomische Konditionalität). Das von uns geforderte Europäische Investitionsprogramm soll
 3704 diese Fonds nicht ersetzen, sondern ergänzen: als Bestandteil für einen sozialen Neustart der EU.

- 3705 • Die Kohäsionspolitik muss auch ab 2021 weitergeführt werden und insbesondere
 3706 südeuropäische Länder der EU fördern.
- 3707 • Der Europäische Sozialfonds zur Förderung der Beschäftigungspolitik des sozialen
 3708 Zusammenhalts muss weiterentwickelt werden.
- 3709 • Das INTERREG-Programm muss zur Förderung grenzüberschreitender Kooperation weiterhin
 3710 Unterstützung erhalten.
- 3711 • Die Mittel der EU-Agrarförderung wollen wir im Sinne einer linken Agrarpolitik nutzen, um die
 3712 Exportorientierung zu beenden und ökologische Nachhaltigkeit, regionale Erzeugung,
 3713 Verarbeitung und Vermarktung stärker zu fördern.

3714 **Keine Europäische Union der Aufrüstung und Militarisierung**

3715 Die Mitgliedsstaaten der NATO haben sich verpflichtet, jährlich zwei Prozent des
 3716 Bruttoinlandsprodukts in Aufrüstung und Kriegsfähigkeit zu investieren. Die Antwort auf die Wahl von
 3717 Trumpf zum Präsidenten der USA und das Brexit-Votum der britischen Bevölkerung sind auch in der EU
 3718 Pläne zu weiterer Aufrüstung mit dem Ziel einer »strategischen Autonomie«. Gemeint sind: eine
 3719 europäische Armee, finanziert und geführt aus der Europäischen Union. Ein gemeinsamer
 3720 Rüstungsmarkt soll geschaffen und die Rüstungsindustrie europäisiert werden. Der Binnenmarkt für
 3721 Verteidigungsgüter soll gestärkt werden. Dafür werden auch Förderungsmöglichkeiten für kleine und
 3722 mittlere Unternehmen (KMU) aus den Fördertöpfen der EU geprüft.

3723 Auf die wirtschaftlichen und sozialen Zerfallsprozesse der EU folgen militärische und
 3724 sicherheitspolitische Integrationspläne. Wirtschaftliche Entwicklung wird als Rüstungsförderung
 3725 betrieben. Der Ausbau einer »Verteidigungsunion« oder »Militärunion«, die Schaffung einer
 3726 europäischen Armee und andere Vorhaben der Militarisierung führen nicht zu mehr Sicherheit für die
 3727 Menschen in Europa, sondern sichern Konzerninteressen militärisch ab. Wir wollen die Militarisierung
 3728 der EU beenden. Sicherheit gibt es nur mit konsequenter Friedenspolitik und Förderung globaler
 3729 Gerechtigkeit statt Standortkonkurrenz.

- 3730 • Wir wollen die EU-Rüstungsagentur abschaffen.
- 3731 • Wir setzen uns für ein EU-weites Verbot von Rüstungsexporten ein.
- 3732 • Unser Investitionsprogramm umfasst auch Mittel für den zivilen Umbau der Rüstungsindustrie.
 3733 Die Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie müssen in ökologisch und wirtschaftlich
 3734 nachhaltige Arbeitsplätze überführt werden.
- 3735 • Wir lehnen die Pläne einer europäischen Verteidigungsunion, inklusive einer intensivierten EU-
 3736 NATO Kooperation, ab. Die EU muss eine dem Frieden verpflichtete Politik betreiben und ihre
 3737 auswärtige Politik ist strikt auf zivile Instrumente zu orientieren.
- 3738 • Wir wollen den EURATOM-Vertrag auflösen und von den vertraglichen Grundlagen der EU

3739 entflechten, denn er blockiert eine transparent, sozial und demokratische gestaltete
 3740 Energiewende und den unumkehrbaren Atomausstieg. Wir setzen uns ein für die Einrichtung
 3741 einer alternativen »Europäischen Gemeinschaft zur Förderung von erneuerbaren Energien und
 3742 Energieeinsparung«. Wir treten ein für eine Europäische Friedens- und Entspannungspolitik
 3743 (vgl. Kapitel Nein zum Krieg).

3744 **Sichere Fluchtwege und Schutz der Menschenrechte statt Krieg gegen Flüchtlinge**

3745 Es ist mit einem demokratischen und menschlichen Europa nicht vereinbar, dass Tausende von
 3746 Menschen auf ihrem Weg in ein vermeintlich sicheres Europa im Mittelmeer ertrinken oder in
 3747 rechtsfreien Räumen in Auffanglagern und Abschiebezentren vor den Grenzen der EU interniert
 3748 werden. (Zu den Fluchtursachen vgl. Kapitel Nein zum Krieg) Wir streiten für legale und sichere
 3749 Fluchtwege nach Europa. Dies würde Leben retten und das Geschäft der Schlepper unterbinden. Der
 3750 aktuelle »Krieg gegen die Schlepper« ist allzu oft ein Krieg gegen Boote voller Flüchtlinge. Repression
 3751 und Überwachung, Entmündigung und Entrechtung ziehen sich durch die Vorschläge der Europäischen
 3752 Kommission. Wir brauchen eine humane Asylpolitik und einen ebenso zu definierenden Rahmen für
 3753 Einwanderung in die EU.

- 3754 • Fähren statt Frontex! Frontex muss abgeschafft und durch eine koordinierte Seenotrettung in
 3755 europäischer Verantwortung ersetzt werden.
- 3756 • Die Verantwortung, die Flüchtlinge zu schützen, darf nicht auf Drittstaaten außerhalb der EU
 3757 übertragen werden. Der von der Kanzlerin vorangetriebene EU-Türkei-Deal muss aufgekündigt
 3758 werden! Die Pläne, in Nordafrika Auffanglager zu schaffen, lehnen wir ab. Nach der Genfer
 3759 Flüchtlingskonvention dürfen Flüchtlinge nicht abgewiesen werden!
- 3760 • Das EU-Dublin-System ist gescheitert. Wir setzen uns für ein faires und solidarisches System
 3761 der Flüchtlingsaufnahme und Verantwortungsteilung in der EU ein. Ein Ausgleich soll vor allem
 3762 finanziell hergestellt werden (»Fluchtumlage«). Wir wollen das Prinzip der »freien Wahl des
 3763 Mitgliedsstaates« für die Geflüchteten.
- 3764 • Die Grenzen der EU müssen für schutzsuchende Menschen offen sein, es muss sichere und
 3765 legale Fluchtwege geben.

3766 **XVI. Für eine Demokratie, in der es etwas zu entscheiden gibt.**

3767 Soziale Ungleichheit nährt die Zweifel an der Demokratie. Viele bezweifeln, dass sich durch Wahlen
 3768 etwas ändert. Wenn Kürzungspolitik und Schuldenbremse als alternativlos dargestellt werden, sinkt
 3769 das Vertrauen in Demokratie: Was gibt es noch zu entscheiden? Wenn sich soziale Ungleichheit in
 3770 politische Ungleichheit übersetzt, wird der Riss in der Demokratie tiefer. Ohnmacht, Verdruss,
 3771 Unzufriedenheit und Ängste vor sozialem Abstieg. Die Gefahren, die daraus erwachsen, sehen wir in
 3772 den Erfolgen rechter Parteien in Europa und den USA. Der Zulauf der Rechtspopulisten hängt eng mit
 3773 der Krise der Demokratie zusammen – in Europa und in Deutschland. »Wir werden Wege finden, die
 3774 parlamentarische Mitbestimmung so zu gestalten, dass sie trotzdem auch marktkonform ist, also dass
 3775 sich auf den Märkten die entsprechenden Signale ergeben.« (Angela Merkel) Das ist das
 3776 Demokratieverständnis der Bundeskanzlerin. Sie will eine marktkonforme Demokratie. Das Primat der
 3777 Politik, den Willen, auch Wirtschaft mittels Politik zu gestalten, gibt die Bundesregierung ab. Das
 3778 Vertrauen der Märkte, nicht das der Bürgerinnen und Bürger, ist ihr Maßstab. Politik soll sich selbst
 3779 disziplinieren: überall, in Europa, auf Bundesebene, in Ländern und Kommunen.

3780 Demokratie bedeutet mehr, als alle vier Jahre Wahlen abzuhalten oder im Parlament abzustimmen. Wir
 3781 wollen die Demokratie ausweiten: indem wir mehr direkten Einfluss von Bürgerinnen und Bürgern auf
 3782 politische Entscheidungen schaffen. Wir brauchen mehr direkte Demokratie und Volksentscheide auch
 3783 auf Bundesebene. Wir wollen Bürgerrechte verteidigen und ausweiten. Wir wollen, dass Demokratie
 3784 wieder Vorrang vor wirtschaftlicher Macht hat. Und wir wollen Demokratie im Alltag stärken: durch
 3785 Bürgerhaushalte, durch Demokratisierung der Wirtschaft, durch eine demokratische, solidarische
 3786 Öffentlichkeit. Alle müssen gleichermaßen wirksam an den Entscheidungen beteiligt werden. Dies
 3787 setzt voraus, dass alle Menschen frei von Angst vor dem Verlust von sozialer, ökonomischer und
 3788 politischer Sicherheit leben können.

3789 Wir wollen eine Demokratisierung der Demokratie, von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft befördern.
 3790 Politische, soziale und kulturelle Rechte müssen universell gesichert werden. Soziale und
 3791 demokratische Rechte sind unteilbar. Grundrechte müssen für alle Bürgerinnen und Bürger in gleicher
 3792 Weise gelten und nicht nur privilegierten Schichten nützen. Sie dürfen nicht eingeschränkt werden:
 3793 nicht für Erwerbslose, Hartz IV-Betroffene, Migrantinnen und Migranten oder für
 3794 außerparlamentarische Initiativen und Bewegungen.

3795 Eine Demokratisierung der Demokratie bedeutet auch, den Einfluss der Menschen zu stärken, die bei
 3796 Bildung, Einkommen, Zugang zur Öffentlichkeit oder wegen zu viel Arbeit oder zu wenig Zeit ohnehin
 3797 weniger Möglichkeiten zum politischen Engagement haben. Unser Ziel ist, das Öffentliche auszubauen
 3798 und die Bürgerinnen und Bürger stärker zu beteiligen: eine neue Solidarität und Demokratie von unten.

3799 **Rechte Gewalt stoppen: Antifaschismus ist gelebte Demokratie**

3800 Die politische Landschaft der Bundesrepublik hat sich in den letzten Jahren nach rechts verschoben.
 3801 Mit der AfD hat sich eine nationalistische und in weiten Teilen rassistische Partei etabliert, die
 3802 ideologische und personelle Verbindungen zur extremen Rechten hat. Mit Pegida und seinen
 3803 zahlreichen regionalen Ablegern ist eine rassistische Bürgerbewegung in Teilen des Landes
 3804 entstanden, die Hetze gegen Geflüchtete und Muslime betreibt. Die Angriffe auf Geflüchtete und ihre
 3805 Unterkünfte nehmen dramatisch zu. 2014 waren es 180 solcher Angriffe, 2015 weit über 1000. 2016
 3806 hielten die Angriffe unvermindert an. Unabhängige Stellen kommen zu noch weit höheren Zahlen.
 3807 Alltägliche rassistische Angriffe und Taten sogenannter Hasskriminalität, die sich gegen Minderheiten
 3808 richten, haben ebenfalls zugenommen. Sie richten sich nicht allein gegen die Geflüchteten selbst,
 3809 sondern auch gegen Menschen, die sich für Geflüchtete engagieren. Die Täter entgehen oft einer
 3810 Strafverfolgung.

- 3811 • Jeder Angriff auf Flüchtlingsheime oder Asylunterkünfte ist ein Angriff auf die Demokratie. Wir
- 3812 fordern den Schutz der Menschen.
- 3813 • Wir wollen eine unabhängige Beobachtungsstelle Extreme Rechte, Rassismus, Antisemitismus,
- 3814 Islamfeindlichkeit schaffen.

- 3815 • Wir wollen ein Bleiberecht für die Opfer rassistischer und vorurteilsmotivierter Angriffe, um
 3816 der auf Vertreibung gerichteten Intention der Täter entgegenzutreten.
 3817 • Wir verurteilen die Angriffe auf Moscheen, Synagogen und andere sakrale oder symbolische
 3818 Orte.
 3819 • Auch linke Menschen und Strukturen geraten immer wieder in den Fokus rechter Angriffe. Wir
 3820 stehen zusammen und weichen nicht.

3821 DIE LINKE blockiert weiterhin gemeinsam in breiten Bündnissen Naziaufmärsche auf Straßen und
 3822 Plätzen und kämpft gegen rassistische Angriffe.

3823 Die Große Koalition hat mit ihrer Politik den Nährboden bereitet, auf dem Rassismus und Ideologien
 3824 der Ausgrenzung gedeihen. Der Aufstieg der AfD ist auch Ergebnis dieser verfehlten Politik. Eine
 3825 wirksame Politik dagegen muss die Ursachen bekämpfen: Prekarisierung zurückdrängen, die
 3826 Demokratisierung der Gesellschaft vorantreiben und soziale Sicherheit schaffen.

- 3827 • Die Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus müssen dauerhaft gefördert werden.
 3828 Projekte der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus und Opferberatungen wollen wir
 3829 stärker unterstützen, um den erstarkenden rechten Bürgerbewegungen in den Regionen
 3830 effektiv etwas entgegensetzen zu können. Wir setzen uns für eine antifaschistische
 3831 Erinnerungskultur ein.
 3832 • DIE LINKE fordert ein Verbot aller neofaschistischen Organisationen. Es wird das Problem von
 3833 Rassismus und extremer Rechte nicht allein lösen, steht aber für eine gesellschaftliche
 3834 Ächtung und verhindert staatliche Unterstützung für die Strukturen der extremen Rechten.
 3835 Genauso wichtig sind zivilgesellschaftliche Gegenmobilisierungen.
 3836 • Aus der Mordserie des »Nationalsozialistischen Untergrundes« und dem skandalösen
 3837 Verhalten der Sicherheitsbehörden sind bisher keine Lehren gezogen worden. Die Fälle sind
 3838 noch nicht vollständig aufgeklärt. Bereits jetzt steht aber fest: Es bedarf eines tatsächlichen
 3839 Mentalitätswechsels der Sicherheitsbehörden im Umgang mit rechten und rassistischen
 3840 Straftaten. Der Staat muss früher und nachhaltiger gegen rechtsterroristische Strukturen
 3841 vorgehen.

3842 Deutschland hat wegen der beispiellosen Verbrechen der Deutschen an den Jüdinnen und Juden
 3843 während des deutschen Faschismus eine besondere Verantwortung und muss jeder Art von
 3844 Antisemitismus, Rassismus, Unterdrückung und Krieg entgegentreten. Das gilt besonders angesichts
 3845 des Wahlsieges von Donald Trump und der Erfolge rechter Parteien in Europa.

3846 **Unabhängigkeit der Politik sichern**

3847 Die Linke ist die einzige Partei im Bundestag, die keine Spenden von Konzernen, Banken,
 3848 Versicherungen oder Lobbyisten erhält. Der Einfluss des Lobbyismus auf die Politik muss
 3849 zurückgedrängt werden. Gesetze dürfen nicht von denen geschrieben werden, die von ihnen
 3850 profitieren. Korruption und Bestechung, Vorteilsgewährung, Vorteilsnahme, Intransparenz und
 3851 Parteiensponsoring dürfen nicht die Politik bestimmen.

- 3852 • Wir wollen Abgeordnetenbestechung wirksam unter Strafe stellen. Wer Gegenleistungen für
 3853 Handlungen oder Unterlassungen im Zusammenhang mit der Ausübung des Abgeordneten-
 3854 Mandats annimmt, soll bestraft werden.
 3855 • Wir wollen ein verbindliches und transparentes Lobbyregister einführen und treten für ein
 3856 Beschäftigungsverbot von Lobbyisten in Bundesministerien und – bei Vollzeitparlamenten –
 3857 von Abgeordneten bei Unternehmen und Lobbyorganisationen ein. Kein Lobbyismus an
 3858 Schulen!
 3859 • Die Nebenverdienste von Abgeordneten sind auf Euro und Cent zu veröffentlichen.
 3860 Unternehmensspenden an Parteien sowie das Parteiensponsoring, wie Unternehmensstände
 3861 auf Parteitag, wollen wir verbieten und Spenden von Privatpersonen auf 25.000 Euro
 3862 begrenzen.

- 3863 • Der Vermengung von politischen und wirtschaftlichen Interessen wollen wir Einhalt gebieten:
 3864 Bundesministerinnen und Bundesminister, parlamentarische Staatssekretärinnen und
 3865 Staatssekretäre müssen nach ihrem Ausscheiden aus dem Amt fünf Jahre warten, bevor sie in
 3866 Unternehmen wechseln, mit deren wirtschaftlichen Interessen sie zuvor politisch befasst
 3867 waren. Externe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter drängen in Ministerien direkt auf
 3868 wirtschaftliche Interessen. Diese Tätigkeiten müssen transparent gemacht werden.

3869 **Mehr Mitbestimmung, mehr Beteiligung**

3870 Wenn öffentliche Gelder verwendet werden, bedarf es öffentlicher Kontrolle. Ökonomischen,
 3871 ökologischen und technischen Großprojekten fehlt es an Transparenz, demokratischer Beteiligung,
 3872 unabhängigem Monitoring und Regelungen zur Schadenshaftung, obgleich sie immer wieder eine
 3873 Goldgrube für Großkonzerne und ein Anlass für Korruption sind wie z. B. beim Berliner Flughafen BER,
 3874 der Hamburger Elbphilharmonie oder Stuttgart 21.

- 3875 • DIE LINKE fordert für Großprojekte in Bund, Ländern und Kommunen eine Demokratisierung
 3876 der Demokratie, öffentliche und angekündigte Bürgerversammlungen, verpflichtende
 3877 Bürgerentscheide, parlamentarische Beratungen mit allen Informationen zum
 3878 Planungsprozess, nach einem Drittel der Umsetzung und zur Nachkontrolle.
- 3879 • Wir setzen uns für ein bundesweites Register für korrupte Unternehmen ein.
- 3880 • DIE LINKE fordert eine umfassende Wahlrechtsreform. Die Fünf-Prozent-Sperrklausel gehört
 3881 abgeschafft. Wir wollen das Wahlrecht ab der Vollendung des 16. Lebensjahres und für alle
 3882 seit fünf Jahren hier lebenden Menschen. Wir lehnen ab, dass Menschen, die unter
 3883 Vollbetreuung stehen, von der Wahl ausgeschlossen werden.
- 3884 • Demokratie darf nicht am Betriebstor oder an der Bürotür enden. Wir brauchen eine
 3885 Demokratisierung der Wirtschaft (vgl. Kapitel Menschen vor Profite).
- 3886 • Wir wollen umfassende Informations- und Auskunftsrechte einführen. Gesetzgebung und
 3887 Regierungshandeln sollen für Bürgerinnen und Bürger transparent gemacht werden. Wir
 3888 wollen die Weiterentwicklung des Informationsfreiheitsgesetzes zu einem Transparenzgesetz,
 3889 damit die Bürgerinnen und Bürger nicht erst Auskünfte beantragen müssen. Alle
 3890 Bundesbehörden sollen von vornherein zur Veröffentlichung amtlicher Dokumente verpflichtet
 3891 werden. Diese sind in offenen, maschinenlesbaren Formaten mit Auskünften über die Quelle zur
 3892 Verfügung stellen (Open Data).
- 3893 • Wir wollen Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide ausweiten. Die Ausweitung
 3894 der Mitbestimmungsrechte schließt auch die Einführung von Referenden ein, d.h. die
 3895 Bürgerinnen und Bürger können gegen parlamentarische Entscheidungen ein Veto einlegen.
- 3896 • Wir wollen verbindliche Bürgerinnen- und Bürgerforen einrichten. Planfeststellungsverfahren
 3897 sind so anzulegen, dass allen ausreichend Zeit bleibt, sich zu informieren, zu überprüfen, ob
 3898 ihre Interessen gewahrt bleiben und sich zu beteiligen. Eine Beschleunigung des
 3899 Planfeststellungsverfahrens zulasten von Bürgerbeteiligungsverfahren lehnen wir ab.
- 3900 • Das Petitionsrecht wollen wir als Bürgerrecht weiter ausbauen.
- 3901 • Zivilgesellschaftliche Organisationen bündeln Engagement und machen Forderungen hör- und
 3902 sichtbar. Für diese Arbeit sind sie auf Spenden und öffentliche Unterstützung angewiesen.
 3903 Das Gemeinnützigkeitsrecht ist dabei manchmal mehr Hürde als Hilfe. Das wollen wir ändern.
- 3904 • Die Barrierefreiheit von Wahllokalen und Wahlvorgängen ist längst überfällig und muss
 3905 gewährleistet werden. Das selbstverständliche Recht zu wählen ist – unabhängig vom
 3906 Gesundheitsstatus – für Menschen mit und ohne Behinderungen zu wahren.
- 3907 • Die Oppositionsrechte in allen Parlamenten, Plenen und Ausschüssen wollen wir stärken.
 3908 Ausschusssitzungen sollen grundsätzlich öffentlich sein.
- 3909 • Im europäischen Maßstab ist Deutschland bei der Selbstverwaltung der Justiz Schlusslicht.
 3910 Zur Sicherung der strukturellen Unabhängigkeit der Justiz wollen wir die Selbstverwaltung der
 3911 Gerichte und Staatsanwaltschaften durch Justizräte einzuführen.
- 3912 • DIE LINKE setzt sich auf Bundes- und Landesebene für eine konsequente Durchsetzung des
 3913 Gewaltenteilungsprinzips und eine Demokratisierung der Justiz ein. Richterinnen und Richter

- 3914 und Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sollen ausschließlich durch Richterwahlausschüsse
 3915 ernannt werden statt wie bisher unter maßgeblichem Einfluss der Justizministerinnen und
 3916 Justizminister. Alle gesellschaftlichen Schichten sollen angemessen repräsentiert sein.
- 3917 • DIE LINKE will die Prozesskostenhilfe auf Bundes- und Landesebene ausbauen. Rechtsschutz
 3918 darf nicht eine Sache des Geldes sein.
 - 3919 • Den Straftatbestand § 103 StGB Beleidigung von Organen und Vertretern ausländischer
 3920 Staaten (Majestätsbeleidigungsgesetz, »Lex Böhmermann«) wollen wir abschaffen. Es bedarf
 3921 keines Sonderparagraphen neben Beleidigung, Verleumdung und Volksverhetzung. Die Freiheit
 3922 der Kunst und Satire ist der LINKEN ein hohes Gut.

3923 **Freiheit und Sicherheit für alle: Bürgerrechte ausbauen**

3924 Die Grund- und Bürgerrechte geraten auch in parlamentarischen Demokratien immer wieder unter
 3925 Druck. Mächtige ökonomische Interessen von Unternehmen oder Geheimdiensten gefährden etwa den
 3926 Datenschutz, indem sie personenbezogene Daten unbegrenzt sammeln, nutzen und damit handeln.
 3927 Das gesellschaftliche Klima verroht. Auf den Straßen und in den sozialen Netzwerken werden
 3928 Menschen bedroht oder angegriffen, die gegen Rechtspopulisten Position beziehen oder weil ihnen
 3929 Herkunft oder Glaubensbekenntnis zum Vorwurf gemacht werden. Der öffentliche Raum wird im
 3930 Namen der Sicherheit einer permanenten Überwachung unterworfen, ebenso werden Beschäftigte in
 3931 den Betrieben oftmals durch Kontrolle und Beobachtung ihrer Persönlichkeitsrechte beraubt. DIE
 3932 LINKE kämpft für die Verteidigung und Wiedereinsetzung der Grund- und Bürgerrechte.

3933 Wir wollen das Recht auf informationelle Selbstbestimmung sichern: gegen Vorratsdatenspeicherung,
 3934 Bestandsdatenauskunft und Online-Durchsuchungen, nichtindividualisierte Funkzellenabfrage, Video-,
 3935 Späh-, Lauschangriffe und Rasterfahndung. Mit Blick auf die sozialen Medien müssen die Bürgerrechte
 3936 erneuert und gesichert werden. Dies schließt einen Schutz vor Mobbing ebenso ein wie das Recht auf
 3937 eine vollständige Löschung aller gespeicherten Daten.

3938 Meinungs-, Presse-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit müssen gewährleistet werden. Dafür
 3939 muss die vermeintliche Anti-Terrorgesetzgebung der Bundesregierungen der vergangenen 15 Jahre auf
 3940 den bürgerrechtlichen Prüfstand. Die Abwehr von Gefahren ist Aufgabe der Polizei. Sie ist auch für die
 3941 Terrorabwehr zuständig.

- 3942 • Das Recht auf Privatsphäre und informationelle Selbstbestimmung gilt auch für Beschäftigte.
 3943 Arbeitgeber dürfen nur Daten abspeichern, die für die Erfüllung des Arbeitsvertrages
 3944 erforderlich sind. Einer Überwachung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern durch Video,
 3945 Detektive oder des E-Mail-Verkehrs stellen wir uns entgegen.
- 3946 • Wir wollen Personen und Strukturen schützen, die kritische Öffentlichkeit möglich machen:
 3947 sogenannte Whistleblower. Das betrifft die Informanten über Missstände in Unternehmen und
 3948 Behörden und Plattformen im Internet, auf denen kritische Informationen veröffentlicht
 3949 werden können (Leakingplattformen; vgl. Kapitel Verbraucherschutz)
- 3950 • Geheimdienste sind Fremdkörper in einer Demokratie. Statt die Demokratie zu schützen,
 3951 agieren sie mit zweifelhaften Mitteln wie der massenhaften Überwachung des
 3952 Internetverkehrs und dem Einsatz von V-Leuten. Nicht zuletzt der NSU-Skandal, aber auch die
 3953 aufgedeckten Praktiken von NSA und BND zeigen, dass Geheimdienste sich weder
 3954 kontrollieren lassen noch zur Aufklärung von Skandalen beitragen. Durch ihre Intransparenz
 3955 und den Vorrang des Schutzes von Informantinnen und Informanten behindern sie polizeiliche
 3956 Ermittlungen und juristische Aufklärung.
- 3957 • Verbrechen zu bekämpfen und Gefahren abzuwehren ist Aufgabe der
 3958 Strafverfolgungsbehörden. Hierfür braucht es weder Geheimdienste noch ein politisches
 3959 Sonderstrafrecht (§§ 129a und 129b StGB).
- 3960 • Wir fordern die Aufhebung des PKK-Verbotes.
- 3961 • Staatliche und nichtstaatliche zivile Organisationen dürfen nicht weiter militarisiert werden.
 3962 Wir wollen die Zivil-Militärische Zusammenarbeit (ZMZ) zugunsten einer Stärkung des
 3963 Technischen Hilfswerkes und des Katastrophenschutzes beenden. Die schon bestehenden

3964 Strukturen der ZMZ sowie die in Aufbau befindlichen Strukturen der Reservekräfte (RSUKr)
3965 müssen aufgelöst werden.

3966 **Eine bürgernahe Polizei**

3967 Viele Menschen wünschen sich mehr Sicherheit und bessere Erreichbarkeit der Polizei. Den
3968 Kürzungen im öffentlichen Dienst sind auch 18.000 Stellen bei der Polizei zum Opfer gefallen.
3969 Gleichzeitig werden zentrale Einheiten bei der Bundespolizei gestärkt, die für die Bürgerinnen und
3970 Bürger nicht ansprechbar sind. Wir wollen Personalmangel beseitigen. Eine umfassende
3971 Aufgabenkritik bei der Polizei muss sie von sinnlosen Arbeiten befreien. Diese Aufgabenkritik hat die
3972 Verhältnismäßigkeit staatlichen Handelns zum Maßstab, soll ihr Aufgabengebiet auf die
3973 Gefahrenabwehr begrenzen und die Verfügbarkeit für die Bürgerinnen und Bürger erhöhen. Eine
3974 bürgernahe Polizei muss die Rechte etwa von Migranten und linken Demonstrierenden genauso
3975 schützen wie die aller anderen Menschen.

- 3976 • In öffentlichen Räumen wollen wir die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger durch mehr
3977 Personal schützen. Auch in sozialen Netzwerken muss wie allgemein im öffentlichen Raum der
3978 Schutz vor verbalen Angriffen, Hetze und Rufmord durchgesetzt werden.
- 3979 • Die Privatisierung von Sicherheit durch Ordnerdienste, Schwarze Sheriffs usw. wollen wir
3980 verhindern bzw. rückgängig machen. Es ist schon schwierig genug, staatliche
3981 Sicherheitsbehörden zu überwachen, bei privaten Diensten ist das unmöglich.
- 3982 • Die demokratische Kontrolle aller Sicherheitsbehörden des Bundes, wie BKA und
3983 Bundespolizei, muss u.a. durch die Kennzeichnungspflicht von uniformierten Polizeibeamten
3984 und eine unabhängige Ombudsstelle zur Untersuchung polizeilichen Fehlverhaltens gestärkt
3985 werden. Die parlamentarischen Kontrollbefugnisse gegenüber den Sicherheitsbehörden
3986 müssen deutlich erweitert werden.
- 3987 • Die geplanten Strafverschärfungen für Widerstandsdelikte lehnen wir ab.
- 3988 • Staatliches Handeln soll sich an der Verhältnismäßigkeit orientieren: Wir wollen das Strafrecht
3989 wieder enger an die Verfolgung von Straftaten gegen Leib, Leben und das Eigentum binden.
- 3990 • Die Polizei soll von der Verfolgung von Bagatelldelikten wie illegale Einreise, Schwarzfahren,
3991 Drogenkonsum entlastet werden. So wird sie besser für Bürgerinnen und Bürger ansprechbar.

3992 **Gleiche Rechte für Migrantinnen und Migranten!**

3993 DIE LINKE tritt für eine weltoffene Gesellschaft und ein respektvolles Miteinander ein. Wir wollen der
3994 Verschiedenheit aller Menschen Anerkennung verschaffen. Alle in Deutschland müssen die gleichen
3995 Rechte haben. Wir lehnen eine Einwanderungs- und Integrationspolitik ab, die Rechte danach vergibt,
3996 ob Menschen den richtigen Pass haben oder als »nützlich« für Unternehmen gelten: Wir stellen uns
3997 gegen Verschärfungen des Aufenthaltsrechts und stigmatisierende Debatten über angebliche
3998 Integrationsverweigerer (vgl. Kapitel X Eine soziale Offensive für alle).

- 3999 • Alle hier geborenen Kinder und Jugendlichen sollen im Grundsatz die deutsche
4000 Staatsangehörigkeit erhalten und ein Recht auf Mehrstaatlichkeit haben – ohne die
4001 Staatsbürgerschaft der Eltern ablegen zu müssen. Wir wollen die Einbürgerung generell
4002 erleichtern. Mehrere Staatsangehörigkeiten wollen wir zulassen.
- 4003 • Wer hier lebt, soll hier wählen! Wir wollen ein Wahlrecht für dauerhaft in Deutschland lebende
4004 Migrantinnen und Migranten auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene, damit sie
4005 gleichberechtigt die Gesellschaft mitgestalten können.
- 4006 • Qualifikationen, die im Ausland erworben wurden, müssen unbürokratisch anerkannt werden.
4007 Bei Bedarf müssen ergänzende Qualifizierungen angeboten werden.
- 4008 • Der Familiennachzug darf nicht behindert werden. Diskriminierende Deutsch-Tests beim
4009 Ehegattennachzug und im Aufenthaltsrecht wollen wir abschaffen, der Familiennachzug darf
4010 nicht nur auf engste Angehörige beschränkt werden.
- 4011 • Das Aufenthaltsrecht darf nicht vom Familienstatus, Deutschkenntnissen, einem Job oder dem
4012 Kontostand abhängig gemacht werden.
- 4013 • DIE LINKE fordert umfassende Visaliberalisierungen bzw. eine Aufhebung der Visumpflicht.

- 4014 Wir wollen Kriege und Armut überwinden, gerechte Lebensverhältnisse schaffen und offene
4015 Grenzen für alle Menschen.
- 4016 • Das menschenwürdige Existenzminimum gilt für alle Menschen in Deutschland gleichermaßen.
4017 Es darf nicht - wie es das SPD-geführte Arbeitsministerium jüngst getan hat - zur
4018 Abschreckung oder um Migrantinnen und Migranten aus dem Land zu treiben gekürzt werden.
 - 4019 • Wir wollen eine aktive Antidiskriminierungspolitik. In Verwaltung und Wirtschaft sollen
4020 Migrantinnen und Migranten gefördert werden.
 - 4021 • Menschen dürfen nicht wegen ihrer Hautfarbe im Fokus polizeilicher Kontrollen stehen (*racial*
4022 *profiling*).
 - 4023 • Wir sind gegen Ausweisungen und Abschiebungen als eine Form der Doppelbestrafung für hier
4024 lebende Migrantinnen und Migranten.

4025 **Gerechtigkeit für Minderheiten**

- 4026 Dänen, Friesen, Sinti und Roma und die Sorben und Wenden leben seit Jahrhunderten in Deutschland.
4027 Sie müssen im Sinne des europäischen Minderheitenabkommens anerkannt und unterstützt werden.
- 4028 • Wir wollen Institutionen und Projekte schaffen, die zum Erhalt, zur Pflege und zur Entwicklung
4029 der Minderheitensprachen und -kulturen beitragen.
 - 4030 • Medien in den Minderheitensprachen müssen weiterhin ihren Beitrag zum Erhalt und zur
4031 Weiterentwicklung der Sprachen leisten können.
 - 4032 • Wir wollen die Rechte der demokratisch legitimierten Gremien der Minderheiten gegenüber
4033 staatlichen und kommunalen Stellen erweitern.

4034 **Das Asylrecht verteidigen und ausbauen**

- 4035 Millionen von Menschen sind in der Flüchtlingshilfe aktiv. Das zeigt, dass es in Deutschland nicht nur
4036 Hass, sondern auch eine große Offenheit und ein starkes bürgerschaftliches Engagement für
4037 Geflüchtete gibt. Die staatliche Politik wirkt dem jedoch oft entgegen. Eine Flut von
4038 Gesetzesverschärfungen gegen angeblichen Asylmissbrauch beförderte eine negative Wahrnehmung.
4039 Dabei ist die Quote der Anerkennung von Asylanträgen mit über 60 bis 70 Prozent so hoch wie nie und
4040 zeigt den großen Schutzbedarf. Viele Probleme bei der Aufnahme von Schutzsuchenden sind
4041 staatlichem Versagen oder politischem Unwillen geschuldet: Zu wenig Personal im Asyl-Bundesamt,
4042 Asylverfahren wurden nicht wirksam beschleunigt, Aufnahme- und Unterbringungskapazitäten von hier
4043 lebenden Verwandten oder zivilgesellschaftlichen Organisationen wurden nicht genutzt. Der Notstand
4044 war kalkuliert. Der Bund hätte den Kommunen schnell die Kosten der Aufnahme von Geflüchteten
4045 erstatten müssen, damit es zu keinen Einschränkungen bei öffentlichen Angeboten vor Ort kommt (zu
4046 unseren Alternativen vgl. Kapitel Eine soziale Offensive für alle). Es braucht einen Kurswechsel: Das
4047 Grundrecht auf Asyl muss in seiner Substanz wiederhergestellt werden. Regelungen zu vermeintlich
4048 sicheren Dritt- und Herkunftsstaaten, die Ablehnungen und Abschiebungen von Schutzsuchenden
4049 ohne wirksame Einzelfallprüfung ermöglichen, lehnen wir ab. Sie müssen zurückgenommen werden.
- 4050 Das Asylrecht gerät immer wieder ins Visier rechter Kampagnen – und wird von einer ganz großen
4051 Koalition von Union über SPD bis zu den Grünen bereitwillig geschleift. So etwas ist mit uns nicht zu
4052 machen! Bis weit in die bürgerliche Mitte reichen rassistische Vorwürfe, die in den vergangenen Jahren
4053 besonders auf Muslime, schutzsuchende Roma sowie Menschen aus Nordafrika abzielten. Zur
4054 Abschreckung werden sie einem diskriminierenden und ausgrenzenden Regime von Schikanen
4055 unterworfen. Der Rechtsschutz im Asylverfahren wird auf vielen Wegen ausgehebelt. Zugleich errichtet
4056 die EU an ihren Außengrenzen ein zivil-militärisches Abschottungsregime, in das autoritäre Regime,
4057 wie die Türkei, ganz offen einbezogen werden. Dagegen wollen wir eine humane, offene
4058 Flüchtlingspolitik auf deutscher wie europäischer Ebene. Schluss mit den Schikanen gegen
4059 Geflüchtete!
- 4060 • Die Residenzpflicht, Wohnsitzauflagen und die Unterbringung in Sammellagern müssen
4061 bundesweit abgeschafft werden. Wir stellen uns gegen das System der Zwangsverteilung und
4062 wollen persönliche wie familiäre Bindungen bei der Verteilung berücksichtigen. Asylsuchenden

- 4063 und Einwanderern steht das gleiche Recht auf Bewegungsfreiheit wie allen anderen Menschen
4064 zu.
- 4065 • Wir wollen einen Anspruch auf eine unabhängige Anhörungsvorbereitung und Rechtsberatung
4066 für Asylsuchende schaffen.
 - 4067 • Geschlechtsspezifische Fluchtursachen sollen nicht mehr nur formell als Asylgrund anerkannt
4068 werden, sie müssen in der (Prüf-)Praxis auch umfassend berücksichtigt werden (vgl. Kapitel
4069 Linker Feminismus).
 - 4070 • Die Ausnahmen vom Mindestlohn und das Asylbewerberleistungsgesetz wollen wir
4071 abschaffen. Geflüchtete dürfen nicht in prekäre Arbeitsverhältnisse mit geringeren Rechten
4072 gezwungen werden. Asylsuchenden und Eingewanderten steht das gleiche Recht auf Arbeit,
4073 Grundsicherung und Gesundheitsversorgung wie allen anderen Menschen zu.
 - 4074 • Bestehende Arbeitsverbote müssen aufgehoben werden. Die Vorrangprüfung bei der
4075 Beschäftigung von Asylsuchenden und Geduldeten wollen wir abschaffen. Auch die Hürden
4076 und Wartefristen, um eine Schule besuchen zu können, müssen gestrichen werden.
 - 4077 • Asylsuchende und Geduldete in Ausbildung brauchen eine Aufenthaltserlaubnis für die
4078 gesamte Dauer der Berufsausbildung. Die Anerkennung ausländischer Bildungs- und
4079 Berufsabschlüsse wollen wir vereinfachen.
 - 4080 • Wir fordern ein Bleiberecht für alle Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus, spätestens,
4081 wenn sie fünf Jahren in Deutschland leben. Die Praxis der sogenannten Kettenduldungen
4082 wollen wir zugunsten von dauerhaften Perspektiven abschaffen.
 - 4083 • Abschiebungen lehnen wir ab. Insbesondere Abschiebungen in Kriegsgebiete und existenzielle
4084 Not wie Obdachlosigkeit, mangelhafte medizinische Versorgung und Diskriminierung werden
4085 wir sofort stoppen.
 - 4086 • Gleiche Rechte analog wie digital: Schutzsuchenden muss der Zugang zum Internet offen
4087 stehen.

4088 **Selbstbestimmt leben in einem inklusiven Land**

4089 Seit der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention steht das Thema Inklusion vor allem in
4090 Hinblick auf Menschen mit Behinderungen stärker im Fokus. Doch Inklusion geht weit darüber hinaus.
4091 DIE LINKE tritt für eine volle und wirksame Teilhabe aller Menschen mit Behinderungen ein. Wir wollen
4092 Barrieren abbauen – bauliche, kommunikative und strukturelle – und Menschen mit Behinderungen
4093 eine unabhängige Lebensführung erleichtern. Inklusion ist Menschenrecht: Sie eröffnet allen
4094 Menschen die Möglichkeit, überall im politischen, sozialen und kulturellen Leben nicht nur dabei zu
4095 sein, sondern es auch selbstbestimmt aktiv gestalten zu können.

4096 Doppelstrukturen in Bildung, Wohnen und Arbeit wollen wir auflösen. Für Menschen mit
4097 Behinderungen gibt es besonders viele Diskriminierungen und strukturelle Zugangsbeschränkungen:
4098 auf dem Arbeitsmarkt, im Sozialraum, im Verkehr, in der Bildung und in der ehrenamtlichen und
4099 politischen Betätigung. Das wollen wir ändern.

- 4100 • Wir wollen eine Erhöhung der Beschäftigungsquote von Menschen mit Behinderungen auf dem
4101 ersten Arbeitsmarkt. Die Mindestbeschäftigungsquote soll auf sechs Prozent angehoben
4102 werden.
- 4103 • Wir wollen die Werkstätten schrittweise überflüssig machen. Das »Budget für Arbeit« darf
4104 keinem begrenzten Leistungsanspruch unterliegen. Auf dem ersten Arbeitsmarkt wollen wir
4105 geschützte Arbeitsplätze einrichten. Die Rechte der Schwerbehindertenvertretungen müssen
4106 an die Rechte der Betriebs- und Personalräte angeglichen werden.
- 4107 • Öffentliche Aufträge sollen bevorzugt an Betriebe mit einem hohen Schwerbehindertenanteil,
4108 an Integrationsunternehmen und Betriebe mit Integrationsabteilungen vergeben werden. An
4109 Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) dürfen ausschließlich zivile Aufträge vergeben
4110 werden, die Herstellung von Rüstungsprodukten in WfbM wird verboten.
- 4111 • Teilhabeleistungen sollen einkommens- und vermögensunabhängig sein. Das betrifft etwa ein
4112 anrechnungsfreies Teilhabegeld. Das gleicht behinderungsbedingte Nachteile finanziell aus
4113 und ermöglicht auf diesem Weg ein selbstbestimmtes Leben von Menschen mit Behinderung.

- 4114 • Wir wollen bedarfsgerechte, einkommens- und vermögensunabhängige Persönliche Assistenz
 4115 in jeder Lebenslage und -phase und in jedem gesellschaftlichen Bereich ermöglichen. Damit
 4116 gehen der konsequente Ausbau und die Vereinfachung der Strukturen des Persönlichen
 4117 Budgets einher.
- 4118 • Wir wollen einen Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention
 4119 unter tatsächlicher und wirksamer Beteiligung der Betroffenen und ihrer
 4120 Selbstvertretungsorganisationen. Der Aktionsplan wird regelmäßig fortgeschrieben und
 4121 konkretisiert. Nachprüfbar Zielvorgaben, Umsetzungsfristen und eine ausreichende
 4122 Finanzierung sind unumgänglich – Menschenrechte dürfen nicht unter Finanzierungsvorbehalt
 4123 gestellt werden. Neue und ältere Gesetze sollen dabei auf Konformität mit der UN-
 4124 Behindertenrechtskonvention regelmäßig überprüft werden.

4125 Wir setzen uns für die Aufhebung jeglicher rechtlicher Diskriminierungen von Menschen mit
 4126 Behinderungen ein, insbesondere psychiatrischer Sondergesetze und ärztlicher oder
 4127 betreuungsrechtlicher Zwangsbefugnisse. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) wollen wir
 4128 novellieren.

- 4129 • Das Wahlrecht für alle soll umgesetzt und alle Wahlrechtsausschlüsse sollen abgeschafft
 4130 werden. Wahllokal, Wahlverfahren, Wahlmaterialien, Wahleinrichtungen müssen barrierefrei
 4131 sein.
- 4132 • Wir wollen ein bundesweites Rahmenprogramm Inklusive Bildung für alle Bildungsbereiche und
 4133 Altersstufen.

4134 Menschen mit Behinderungen und ihre Selbstvertretungsorganisationen benötigen Unterstützung. Das
 4135 beinhaltet vor allem die Förderung unabhängiger Beratung durch Expertinnen und Experten in eigener
 4136 Sache, von Initiativen und öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen.

- 4137 • Jegliche bauliche und kommunikative Barrieren müssen beseitigt werden. Hierfür wollen wir
 4138 ein Sonderinvestitionsprogramm von jährlich einer Milliarde Euro in einem Zeitraum von fünf
 4139 Jahren auflegen. Öffentliche Investitionen und Fördergelder sollen zukünftig auch an das
 4140 Kriterium der Barrierefreiheit gebunden werden.
- 4141 • DIE LINKE will ein barrierefreies Gesundheitssystem. Barrierefreiheit muss ein
 4142 Zulassungskriterium bei Arztpraxen und medizinischen Einrichtungen sein und
 4143 Umbaumaßnahmen müssen gefördert werden.
- 4144 • Mobilität, Informations-, Kommunikations- und andere Dienste müssen barrierefrei sein. Für
 4145 Schwerbehinderte oder Kranke, die den öffentlichen Nahverkehr nicht nutzen können, soll zur
 4146 Ermöglichung der Teilhabe am öffentlichen Leben ein kostenfreier Fahrdienst zur Verfügung
 4147 stehen. Wir wollen Bankautomaten barrierefrei umrüsten, so dass auch Menschen mit
 4148 Sehschwäche sie nutzen können.

4149 **Alter in Würde**

4150 In der öffentlichen Diskussion werden Ältere oft auf einen Kostenfaktor reduziert. Das Alter scheint
 4151 Verfügungsmasse für längere Arbeitszeiten oder ehrenamtliche Lückenbüßer der öffentlichen
 4152 Daseinsvorsorge zu sein. Aber: Veränderte Leistungsfähigkeiten gehören zum Leben und dürfen nicht
 4153 als Belastung für die Sozialversicherungssysteme dargestellt werden. Alter ist ein Lebensabschnitt mit
 4154 eigenständigen Bedürfnissen, Ansprüchen, Vorstellungen und Erlebnismöglichkeiten. Wie die
 4155 Menschen das Alter erleben wollen, in wohlverdienter Ruhe, aktiv und politisch engagiert oder
 4156 einbezogen in Familie, Sorgearbeit oder andere solidarische Beziehungen muss ihre freie
 4157 Entscheidung sein. Die Jungen und Alten dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wir streiten
 4158 für eine solidarische Gesellschaft, in der Menschen in Würde altern können sollen.

- 4159 • Wir wollen die Mitbestimmungs- und Teilhabeinteressen von Seniorinnen und Senioren
 4160 stärken. Wir setzen uns für eine stärkere Mitsprache der Älteren im politischen
 4161 Entscheidungsprozess auf Bundes-, Länder-, Kreis- und Kommunalebene ein.
- 4162 • Wir wollen altersgerechte Arbeits- und Lebensbedingungen. Lebensqualität steht immer im

- 4163 Zusammenhang mit der aktuellen Lebenssituation, die von Person zu Person unterschiedlich
 4164 ist. Um diese sicherzustellen, unterstützen wir die Forderung nach Verabschiedung eines
 4165 Leitgesetzes, welches die Grundsätze der Seniorenpolitik verbindlich fixiert.
- 4166 • Altersgerechtes Leben und Wohnen schließt ein, dass Ältere so lange wie gewünscht in ihrer
 4167 eigenen Wohnung und im gewohnten Wohnumfeld bleiben können. Das Zusammenleben der
 4168 Generationen steht gegen Ausgrenzung und Isolation. Wir wollen altersgerechtes Wohnen und
 4169 das Zusammenleben von unterschiedlichen Generationen in Mehrgenerationenhäusern
 4170 fördern.
 - 4171 • Die gesundheitliche und pflegerische Betreuung muss wohnort- und patientennah
 4172 sichergestellt bzw. ausgebaut und zur kommunalen Pflichtaufgabe gemacht werden, wozu
 4173 auch eine verbindliche finanzielle Basisausstattung gehört.
 - 4174 • Digitale Kommunikationsformen müssen altersgerecht angepasst werden.

4175 **Für eine selbstbestimmte Jugendpolitik**

4176 Die Erwartungen an Jugendliche sind vielfältig. Von der Erwachsenenwelt werden sie kritisch beäugt.
 4177 Die Rahmenbedingungen ihres Aufwachsens sind unterschiedlich: Viele sind von Armut bedroht, von
 4178 eigener Erwerbslosigkeit oder der der Eltern. Wenige sind vom Wohlstand ihrer Eltern verwöhnt. Das
 4179 Leben vieler junger Menschen in der Bundesrepublik ist belastet durch wachsenden Leistungsdruck.
 4180 Über Jugend wird meist gesprochen, wenn es Probleme gibt. Ihr Recht auf kulturelle
 4181 Selbstbestimmung endet oft an den leeren Kassen der Kommunen. Jugendliche sind deshalb nicht
 4182 unbedingt politikverdrossen. Viele von ihnen wollen die Gesellschaft verändern. Sie haben kein
 4183 Interesse an der herrschenden Art von Politik. Die Politik ist jugendverdrossen. Wir wollen Jugendliche
 4184 in ihrer politischen und sozialen Selbstorganisation unterstützen. Wir wollen ihre sozialen Rechte
 4185 stärken und bessere Möglichkeiten für ihre gesellschaftliche und politische Teilhabe schaffen.

- 4186 • Wir brauchen mehr Möglichkeiten zur Selbstorganisation von Jugendlichen. Die
 4187 Jugendverbandsarbeit wollen wir stärken.
- 4188 • Der öffentliche Nahverkehr soll für Kinder und Jugendliche kostenlos sein.
- 4189 • Das Wahlalter wollen wir auf 16 Jahre senken.

4190 Jugendliche brauchen bessere Angebote, um ihr Recht auf kulturelle Selbstbestimmung zu leben:

- 4191 • Wir wollen Jugendfreizeiteinrichtungen stärken.
- 4192 • Der Eintritt in Museen, Theater, Konzerte sollte für Kinder und Jugendliche kostenlos sein.
- 4193 • Wir wollen ein offenes und erschwingliches Angebot an Musikschulen und Sportmöglichkeiten.
- 4194 • Ausdrucksformen verschiedener Jugendkulturen sollen anerkannt und gefördert werden. Dazu
 4195 gehört z.B. Graffiti, Street-Art und Freiluftfestivals.
- 4196 • Wir wollen mehr internationalen Jugendaustausch fördern und mehr Gedenkstättenfahrten.
- 4197 • Wir wollen den Bundesfreiwilligendienst stärken, auch den Freiwilligendienst im Ausland. Die
 4198 Aufwandsentschädigung soll erhöht werden.

4199 **Schluss mit der Kriminalisierung der Drogen**

4200 DIE LINKE setzt sich für einen Paradigmenwechsel ein: weg von der Strafverfolgung, hin zu Prävention,
 4201 Beratung und Hilfe. Wir sehen es nicht als Aufgabe der Politik an, Menschen zu erziehen, sondern
 4202 ihnen eine informierte und risikobewusste Konsumententscheidung zu ermöglichen. Wir wollen den
 4203 Wunsch nach Rausch nicht moralisch werten; er ist als Bestandteil jeder Kultur.

4204 Mit dem Verbot von Drogen werden die Risiken für Konsumierende und Gesellschaft nicht wirksam
 4205 reduziert. Es verhindert weder den Drogenhandel noch senkt es wirksam den Konsum. Die
 4206 Gesundheitsgefährdung durch Streckmittel, die Finanzierung der Mafia, Beschaffungskriminalität,
 4207 sozialer Abstieg von Abhängigen, Begleiterkrankungen wie HIV/AIDS und Hepatitis – viele
 4208 drogenbezogene Probleme werden mehr durch die Repression verursacht als durch die Drogen selbst.
 4209 Zugleich bindet die Repression große finanzielle Mittel: Mehrere Milliarden Euro werden für die
 4210 Strafverfolgung ausgegeben, für Hilfe und Prävention nur ein Bruchteil davon.

4211 Abhängigkeit ist ein alltägliches Phänomen. Abhängig sein kann man nicht nur von illegalen oder
 4212 legalen Substanzen, Tabak oder Alkohol, sondern z.B. auch von Glücksspiel, Arbeit, Essen. Sie hat
 4213 vielfältige soziale und psychologische Ursachen und sollte – wie andere Erkrankungen auch – nicht als
 4214 Versagen einzelner Menschen interpretiert werden.

- 4215 • Substitutionstherapie muss allen Opiatabhängigen offen stehen. Bisherige politische Vorgaben
 4216 in Gesetzen und Verordnungen behindern eine gute Substitutionstherapie. Sie gehören
 4217 gestrichen.
- 4218 • DIE LINKE fordert eine unabhängige wissenschaftliche Überprüfung, ob die bisherige repressive
 4219 Drogenpolitik ihre Ziele erreicht und welche Nebenwirkungen sie entfaltet hat.
- 4220 • Wir wollen die Kriminalisierung von Konsumierenden beenden. Dafür sollen für häufig
 4221 gebrauchte Drogen bundeseinheitliche Mindestmengen festgelegt werden, bei deren Besitz
 4222 keine Strafverfolgung erfolgt. So werden Mittel frei, die organisierte Kriminalität zu bekämpfen
 4223 sowie die Hilfe und Prävention zu stärken.
- 4224 • Wir wollen für Cannabis eine legale und vorrangig nichtkommerzielle Bezugsmöglichkeit
 4225 schaffen und den Besitz sowie Anbau zum eigenen Bedarf erlauben. Das
 4226 Bundesbetäubungsmittelrecht soll so geändert werden, dass Bundesländer eigenständig über
 4227 wissenschaftliche Modellprojekte zur regulierten Abgabe von Cannabis entscheiden können.
- 4228 • Im Vordergrund muss stehen: Schaden reduzieren und Leben retten. Deshalb wollen wir
 4229 Möglichkeiten schaffen, unter sicheren und hygienischen Bedingungen und unter Aufsicht zu
 4230 konsumieren. Die Drogen sollen auf Verschnitt und schädliche Wirkungen getestet werden
 4231 können (*drugchecking*).
- 4232 • Wir wollen die Regelungen zu Drogen im Straßenverkehr anpassen. Für alle Drogen werden
 4233 Grenzwerte für die Blutkonzentration festgelegt, bei denen eine Einschränkung der
 4234 Fahrtüchtigkeit ausgeschlossen werden kann. Dabei soll das Nüchternheitsgebot nicht
 4235 angetastet werden.
- 4236 • Werbung und Sponsoring für Tabak- und Alkoholprodukte in der Öffentlichkeit wollen wir
 4237 verbieten. Wir wollen den Nichtraucherenschutz weiter ausbauen.
- 4238 • Wir wollen die Gefahren der Spielsucht verringern. Für gastronomische Einrichtungen wollen
 4239 wir ein Automatenverbot.

4240 **Demokratisierung der Medien**

4241 Eine demokratische Gesellschaft braucht eine lebendige Öffentlichkeit und die Vielstimmigkeit der
 4242 Diskussion. Medien tragen darin zur umfassenden Information sowie zur Meinungs- und
 4243 Willensbildung bei – wenn die Pluralität hergestellt und gesichert ist.

4244 Wir wollen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk erhalten. Der Empfang der Öffentlich-rechtlichen muss
 4245 für die Bürgerinnen und Bürger bezahlbar bleiben. Der Kommerzialisierung des öffentlich-rechtlichen
 4246 Programmangebots wollen wir entgegenwirken. Öffentlich-rechtliche geraten unter Druck von Quoten
 4247 oder parteilichen Mehrheiten im Rundfunkrat. Kritische Berichterstattung und Qualitätsjournalismus –
 4248 und damit die Information der Bevölkerung und eine demokratische Meinungsbildung – werden so
 4249 erschwert. Für Journalistinnen und Journalisten in den privaten Printmedien wird der Meinungskorridor
 4250 eng: Ihre Arbeitsplätze hängen von Gewinn und Werbeeinnahmen ab. Ohne Unterstützung und
 4251 Kontrolle durch die Öffentlichkeit besteht die Gefahr, dass die Medien selbst zur Aushöhlung der
 4252 Demokratie beitragen.

4253 Eine Anpassung des Urheberrechts an die veränderten Bedingungen der Verbreitung von Musik,
 4254 Texten, Bildern und Filmen sowie bei Bildung, Forschung und Wissenschaft im digitalen Zeitalter ist
 4255 dringend erforderlich. Im Kampf um ein modernes Patent- und Urheberrecht geht es darum, Wissen
 4256 produktiv weiterverwenden zu dürfen und das Recht auf Nutzung mit den Rechten der Schöpferinnen
 4257 und Schöpfer geistiger Werke solidarisch in Einklang zu bringen. Wir wollen gute Arbeitsbedingungen
 4258 und Gendergerechtigkeit für Medien- und Filmemacher*innen.

- 4259 • Wir treten für die Gewährleistung der Kommunikations- und Medienfreiheit in traditionellen
 4260 und digitalen Medien ein. DIE LINKE steht für ein öffentlich-rechtliches Rundfunksystem, in

- 4261 dem die festen und freien Beschäftigten mehr und die Verwaltungen weniger zu sagen haben.
 4262 Dazu bedarf es Mitspracherechten der Zuschauerinnen und Zuschauer, dazu müssen die
 4263 Rundfunkräte demokratisiert und quotiert und in den Redaktionsstatuten eine hohe
 4264 Mitbestimmung der Beschäftigten verankert werden.
- 4265 • DIE LINKE setzt sich für eine Ausweitung der sozialen Ausnahmen beim Rundfunkbeitrag
 4266 sowie die Beitragsbefreiung einzelner Gruppen, u.a. von Menschen mit Behinderungen und
 4267 gemeinnützigen Einrichtungen ein.
 - 4268 • Produktionen, die die Rundfunkanstalten selbst produziert oder in Auftrag gegeben haben,
 4269 sollen zeitlich unbegrenzt in den Mediatheken abrufbar sein. Die öffentlich-rechtlichen
 4270 Internet-Angebote sollen zu einer unabhängigen öffentlich-rechtlichen Plattform ausgebaut
 4271 werden, die durch Datensicherheit und Datensparsamkeit gekennzeichnet ist, ihre
 4272 Algorithmen transparent macht und auch von anderen Anbietern genutzt werden kann.
 - 4273 • DIE LINKE setzt sich für eine echte Reform des Urhebervertragsrechts ein, die Urheberinnen
 4274 und Urhebern den Rücken stärkt. Viele Kreative werden für ihre Werke mit einer
 4275 Einmalzahlung vergütet, die Werke aber bis zu 70 Jahre immer wieder verwertet. Jede Nutzung
 4276 ihrer Werke, jeder Wiederabdruck, jede Wiederholungssendung, die Nachnutzung im Internet
 4277 oder beim Merchandising muss den Kreativen von den Verwertungsunternehmen vergütet
 4278 werden. Die Verwertungsunternehmen sollen verpflichtet werden, den Urheberinnen und
 4279 Urhebern einmal jährlich Auskunft darüber zu erstatten, in welcher Art und in welchem
 4280 Umfang ihre Werke verwendet werden. Nur so können Kreative einschätzen, ob ausgehandelte
 4281 Vergütungen tatsächlich angemessen sind.
 - 4282 • Gemeinsame Vergütungsregeln, die von Verbänden der Urheberinnen und Urheber mit
 4283 Vertretern der Verwerter ausgehandelt werden, müssen von der Ausnahme zur Regel werden.
 4284 Das Ergebnis solcher Verhandlungen muss für beide Seiten bindend sein. Die Berufsverbände
 4285 der Kreativen müssen das Recht ihrer Mitglieder notfalls stellvertretend einklagen können.
 - 4286 • Wir setzen uns dafür ein, dass sportliche und kulturelle Großereignisse frei und
 4287 unverschlüsselt übertragen werden müssen, wobei die finanziellen Aufwendungen, die die
 4288 öffentlich-rechtlichen Sender für Sportrechte insgesamt aufbringen, nicht steigen dürfen.
 - 4289 • Wir wollen den Umfang der Werbung im öffentlich-rechtlichen Rundfunk schrittweise
 4290 reduzieren.
 - 4291 • Die Sender müssen bei der Vergabe von Aufträgen berücksichtigen, dass die
 4292 Auftragnehmerinnen und -nehmer ihre Angestellten und Partnerfirmen sozialen Standards
 4293 gemäß (Tariflohn bzw. Mindestlohn, branchenspezifische Mindesthonorare, angemessene
 4294 Vergütung aller in Anspruch genommenen Rechte, Kalkulationsrealismus,) vergüten. Die
 4295 Aufteilung der Rechte zwischen Sendern und Produzenten hat fair zu erfolgen. Produktionen,
 4296 die die Sender in Auftrag gegeben haben, sollten zeitlich unbegrenzt in deren Mediatheken
 4297 abrufbar sein.
- 4298 Die Filmförderung muss finanziell gestärkt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die Projekte
 4299 sozialverträglich kalkuliert werden und Tarif- und Mindestlöhne gezahlt werden. Wir setzen uns für
 4300 Mindesthonorare, für Geschlechtergerechtigkeit und Entgeltgleichheit ein (vgl. Kapitel Gute Arbeit).
- 4301 • Die Kartellgesetze müssen verschärft werden, um die Medienkonzentration einzudämmen.
 - 4302 • Wir wollen Medienkompetenz und Medienbildung umfassend stärken: in der vorschulischen
 4303 Bildung, in Schule und Unterricht, in zivilgesellschaftlichen Projekten und in der Arbeitswelt.
 - 4304 • Barrierefreiheit in den Medien und die Vertretung von Behindertenverbänden in den
 4305 Rundfunkräten sind uns wichtig.

4306 **Für ein offenes und freies Internet: digitale Spaltungen bekämpfen**

4307 In Deutschland ist der Zugang zum Internet gespalten. Der »D2 1-Digital-Index« zeigt Jahr für Jahr, dass
 4308 der Zugang zu Onlinediensten vor allem eine Frage der sozialen Herkunft und Stellung ist. Fast alle
 4309 Menschen, die mehr als 3.000 Euro Haushaltseinkommen haben, nutzen das Internet. Bei jenen, die
 4310 weniger als 1.000 Euro im Monat zur Verfügung haben, ist es nur gut die Hälfte. Information und
 4311 Kommunikation ist für uns kein Luxus, sondern ein Recht. Es ist auch eine Frage von Macht, wer über

4312 Inhalte des und Zugang zum Internet entscheidet. Der Zugang zu digitalen Technologien und zum
4313 Internet muss unabhängig von Einkommen und sozialem Hintergrund ermöglicht werden.

- 4314 • Die Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben muss für alle Menschen
4315 gewährleistet sein. Die Verfügung über Computer und Internetzugänge ist ein Teil des
4316 Existenzminimums.
- 4317 • Die von Internetzugangsanbietern beworbenen Verfügbarkeiten und Geschwindigkeiten der
4318 Anschlüsse müssen auch tatsächlich zur Verfügung stehen: Wo 100 MBit drauf steht, müssen
4319 auch 100 MBit drin sein. Die Anbieter müssen statt maximal zu erreichender Datenmengen
4320 die garantierte Mindestmenge angeben.
- 4321 • DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass jeder Haushalt ein Anrecht auf einen bezahlbaren,
4322 schnellen Breitband-Internetanschluss hat.
- 4323 • Die Förderprogramme der Bundesregierung müssen dem Bedarf angepasst werden.
4324 Kommunen, die sich den Eigenanteil an Förderprogrammen nicht leisten können, müssen
4325 zusätzlich unterstützt werden.

4326 In der digitalen Welt gilt es, den Zugang zu Informationen zu verteidigen. Wir fordern, dass Daten, die
4327 von Regierungen mit öffentlichen Geldern gesammelt und erstellt wurden, allen Menschen frei
4328 zugänglich gemacht werden. Die so geschaffenen »offenen Daten« (Open Data) können ein Beitrag zu
4329 einer Öffnung und Demokratisierung von Verwaltung sein. Dabei muss selbstverständlich der
4330 Datenschutz und das Urheberrecht berücksichtigt werden - es dürfen also nur Daten veröffentlicht
4331 werden, die den Datenschutz und das Urheberrecht nicht verletzen. Wir wollen, dass die Nutzerinnen
4332 und Nutzer sich im Internet frei informieren, weiterbilden, äußern und partizipieren können. Wir wollen
4333 die offene Architektur des Netzes bewahren und so sein Potenzial für Innovation und Entwicklung
4334 fördern. Dazu gehört für uns die Absicherung von Netzneutralität. Die Glasfaserinfrastruktur wollen wir
4335 rasch und flächendeckend ausbauen (vgl. Kapitel Infrastruktur). Wir unterstützen Open Content-
4336 Lizenzen, die sich an Grundwerten von Offenheit und Teilhabe orientieren.

- 4337 • Wenn das Netz als Marktplatz genutzt wird, gelten dieselben Regeln wie auf dem Warenmarkt.
4338 Wenn Nutzerinnen und Nutzer nicht mehr Dateien zum Download verkauft bekommen,
4339 sondern nur noch einen Zugriff, muss es möglich sein, die Dateien temporär zu verleihen oder
4340 weiterzuverkaufen (Digitaler Secondhand).
- 4341 • Wir wollen selbstverwaltete, nichtkommerzielle und öffentliche Alternativen zu Mainstream-
4342 Angeboten in Form von Freier Software und selbstbestimmten sozialen Medien und Blogs
4343 fördern.

4344 Die widerrechtliche Erhebung, Speicherung und Weitergabe persönlicher Daten sowie ihre
4345 Zusammenführung zu Personenprofilen ist heute sehr weit verbreitet. Das betrifft die sensorgestützte
4346 Datenerhebung wie beispielsweise Geolokalisationsdienste ebenso wie die massenhafte Erhebung und
4347 Analyse des Internetverkehrs. Staatliche Sicherheitseinrichtungen und privatwirtschaftliche Konzerne
4348 machen sich dies zunutze und sammeln enorme Datenmengen über die Nutzerinnen und Nutzer. Wir
4349 wollen die datenintensive und flächendeckende Überwachung durch Geheimdienste und
4350 Technologiekonzerne beenden und den Datenschutz aktualisieren. Um Privatsphäre im Internet unter der
4351 Bedingung des permanenten Datenflusses zu gewährleisten, ist das Recht auf informationelle
4352 Selbstbestimmung nur mit einem Recht auf Ende-zu-Ende-Verschlüsselung in persönlicher
4353 Kommunikation realisierbar - ohne Hintertüren.

- 4354 • Wir wenden uns gegen jede Sperr- und Überwachungsinfrastruktur, denn das Netz soll ein
4355 freier gesellschaftlicher Diskursraum sein. Wir wehren uns gegen staatliche Kontroll- und
4356 Zensurzugriffen genauso wie gegen ökonomische. Netzsperrern und Haftungsverschärfungen
4357 bei Verweisen/Links für Provider und Verbote auf andere Webseiten zu verlinken lehnen wir
4358 ab. Illegale Inhalte müssen schon jetzt sofort gelöscht werden.
- 4359 • Die Nutzerinnen und Nutzer des Netzes sollen über die Erhebung von personenbezogenen
4360 Daten umfassend informiert werden. Unternehmen, die gegen Datenschutzaufgaben
4361 verstoßen, müssen konsequent sanktioniert werden. Dazu gehört eine Stärkung der
4362 Datenschutzbeauftragten.

- 4363 • Auch in sozialen Netzwerken muss die körperliche und geistige Unversehrtheit der
- 4364 Nutzerinnen und Nutzer gewahrt werden. Unternehmen müssen Hatespeech oder Mobbing
- 4365 sowie Beleidigung, Verleumdung und Volksverhetzung auch durch Social Bots mit eigenen
- 4366 Redaktionssystemen verhindern bzw. zur Anzeige bringen.
- 4367 • Algorithmische Verfahren zur automatisierten Überwachung, Bewertung oder
- 4368 Verhaltensvorhersagen von Menschen (Predictive Policing, Kredit scoring etc.) wollen wir
- 4369 ausschließen.
- 4370 • Im Bereich der zivilen Cybersicherheit haben Bundeswehr und Geheimdienste nichts zu
- 4371 suchen, Überwachungstechnologien dürfen nicht exportiert werden. Das verfassungswidrige
- 4372 BND-Überwachungsgesetz heben wir auf.

4373 **Wir verteidigen die Religionsfreiheit und die Trennung von Staat und Kirche**

4374 Religiösen Minderheiten wird die Freiheit abgesprochen, sich zu einer Religion zu bekennen, oder sie
 4375 werden wegen ihrer Religion diskriminiert. Unter dem Deckmantel der Islamkritik wird anti-
 4376 muslimischer Rassismus verbreitet. Radikalisierte Bewegungen in fast allen Religionen, auch im Islam,
 4377 setzen Gläubige und Nichtgläubige unter Druck und greifen im Namen der Religion Grundrechte an.
 4378 Wir verteidigen die Freiheit der Gedanken, des Gewissens und Glaubens. Gegen einen vermeintlichen
 4379 »Kampf der Kulturen« unterstützen wir Kämpfe von Menschen unterschiedlicher Weltanschauungen
 4380 und Religionen für globale soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Frieden.

4381 Wir treten für die institutionelle Trennung von Staat und Kirche ein. Der Staat muss unabhängig
 4382 gegenüber den Religionen sein und Menschen, die aus weltanschaulichen oder religiösen Gründen
 4383 verfolgt werden, schützen. Allen Versuchen, Demokratie und gleiche Rechte für alle mit dem Verweis
 4384 auf vermeintlich natürliche oder göttliche Gesetzmäßigkeiten einzuschränken, setzen wir Widerstand
 4385 entgegen.

- 4386 • Das Menschenrecht auf Religionsfreiheit schließt das Bekenntnis zu ihr in der Öffentlichkeit
- 4387 ein. DIE LINKE spricht sich gegen Verbote von religiös motivierter Bekleidung aus und lehnt
- 4388 eine Einschränkung von Beschäftigtenrechten auf dieser Grundlage ab. Beim Baden soll jede
- 4389 und jeder die Badebekleidung tragen, die beliebt. DIE LINKE ist gegen ein Bauverbot von
- 4390 Sakralbauten.
- 4391 • Für Menschen, die wegen ihrer Entscheidung gegen religiös motivierte Bekleidung, wegen
- 4392 eines Konfessionswechsels oder des Austritts aus einer Religionsgemeinschaft unter Druck
- 4393 gesetzt werden, wollen wir Einrichtungen zur Beratung und Unterstützung schaffen.
- 4394 • Wir wollen sicherstellen, dass der Austritt aus allen Religionsgemeinschaften und Kirchen
- 4395 kostenlos ist.
- 4396 • Wir wollen einen Ethikunterricht, in dem alle Schülerinnen und Schüler mit ihren
- 4397 unterschiedlichen weltanschaulichen, kulturellen und religiösen Hintergründen gemeinsam
- 4398 über ethische Fragen diskutieren können. Im Rahmen des Bildungsauftrages sollen Schulen
- 4399 auch weiterhin Wissen über Religionen vermitteln. Soweit bekenntnisorientierter
- 4400 Religionsunterricht an Schulen als Wahlfach angeboten wird, sollten sich alle
- 4401 Religionsgemeinschaften beteiligen können.
- 4402 • Die bestehende Form der Militärseelsorge entspricht nicht dem verfassungsmäßig gegebenen
- 4403 Recht auf Religionsfreiheit und ist auch innerhalb der Kirchen umstritten. Sie muss durch
- 4404 einen Vertrag ersetzt werden, der eine religiöse Betreuung durch alle Religions- und
- 4405 Weltanschauungsgemeinschaften und eine freie Religionsausübung der Angehörigen der
- 4406 Bundeswehr garantiert. Das Weisungsrecht für Pfarrerinnen und Pfarrer und die staatliche
- 4407 Finanzierung durch die Bundeswehr müssen abgeschafft werden.
- 4408 • Die Kirchen sollen ihre Mitgliedsbeiträge selbstständig und selbstverantwortlich erheben. Wir
- 4409 treten für den seit 1919 bestehenden Verfassungsauftrag zur Ablösung der Staatsleistungen
- 4410 an die Kirchen ein.
- 4411 • DIE LINKE tritt für die rechtliche Gleichstellung aller Religions- und
- 4412 Weltanschauungsgemeinschaften ein.
- 4413 • Jüdische und muslimische Feiertage sollen als staatlich geschützte Feiertage anerkannt

- 4414 werden.
- 4415 • Wir stehen an der Seite derjenigen, die innerhalb der Kirchen für eine Verbesserung von
- 4416 arbeitsrechtlichen Standards und gegen Diskriminierung kämpfen (vgl. Kapitel Gute Arbeit).

4417 **Sport frei!**

- 4418 Sport ist kein Luxusgut, sondern für alle da. Dafür müssen wir die Zugangsbedingungen zum Sport
- 4419 verbessern. Sport treiben zu können soll nicht vom Einkommen und sozialen Status abhängen.
- 4420 Sportvereine sind auch Orte erfolgreicher Integration. Wir fördern behindertengerechten, integrativen,
- 4421 natur- und umweltverträglichen Sport.
- 4422 DIE LINKE steht für einen Sport ohne Barrieren. Menschen mit Behinderungen müssen gleichermaßen
- 4423 wie Menschen ohne Behinderung am Sport teilhaben können und entsprechend gefördert werden,
- 4424 zusätzliche Aufwendungen müssen ausgeglichen werden.
- 4425 • DIE LINKE sieht Breitensport und Spitzensport als wechselseitiges Verhältnis. Sie will sowohl
- 4426 den Breitensport mit seiner positiven sozialen und gesundheitlichen Wirkung fördern als auch
- 4427 mögliche Sportkarrieren unterstützen. Sport muss kommunale Pflichtaufgabe werden.
- 4428 • Viele Sporthallen, Sportplätze und Schwimmbäder sind baufällig, teilweise bereits gesperrt.
- 4429 Unser Zukunftsprogramm sieht ausreichend Investitionen vor, um die Einrichtungen
- 4430 barrierefrei und ökologisch sinnvoll zu sanieren.
- 4431 • Doping, Korruption und andere Manipulationen müssen bekämpft werden. Die
- 4432 Kommerzialisierung des Sports zum Zwecke der Profitmaximierung muss zurück gedrängt und
- 4433 die Vermittlung von Werten wie Toleranz, Respekt und Fairness gestärkt werden.
- 4434 • Verwertungsunternehmen wie die Deutsche Fußball Liga GmbH müssen demokratisiert
- 4435 werden, damit die Gewinne aus dem Profi-Fußball auch den Amateuren und allen 7 Millionen
- 4436 DFB-Mitgliedern zugutekommen (vgl. Kapitel Menschen vor Profite).
- 4437 • Der Kita-, Schul-, Hochschul- und Berufsschulsport soll durch Qualitätsstandards nachhaltig
- 4438 verbessert werden, damit Jugendliche nicht auf Fitnessstudios angewiesen sind, wenn sie
- 4439 Sport treiben wollen. In allgemeinbildenden Schulen muss der Schwimmunterricht garantiert
- 4440 werden.
- 4441 • Die Mittel für Fanprojekte, Initiativen und Projekte gegen extreme Rechte, Diskriminierung und
- 4442 Gewalt sowie für die integrative Wirkung der Sportvereine sollen erhöht und nachhaltig
- 4443 festgeschrieben werden.

4444 **XVII. Für eine Zukunft, für die es sich zu kämpfen lohnt!**

4445 **Ohne dich geht es nicht!**

4446 DIE LINKE ist die Kraft für soziale Gerechtigkeit und Frieden. Wir kämpfen für eine Demokratie, in der
 4447 die Menschen entscheiden, nicht die Profitinteressen. Wir nennen die Namen derjenigen, die von
 4448 prekärer Arbeit, Armutslöhnen, steigenden Mieten und Pflegenotstand in den Krankenhäusern
 4449 profitieren. Wir wollen die Superreichen entmachten und Reichtum umverteilen. Wir sagen den Multi-
 4450 Millionären, die Reichtum, Vermögen und Macht angehäuft haben, den Kampf an. Wir stehen auf
 4451 gegen Rassismus und rechte Hetze. Für eine soziale Offensive für alle und eine solidarische
 4452 Einwanderungsgesellschaft. Wir gehen in die ärmeren Stadtteile, wir hören den Menschen zu. Wir
 4453 wollen wissen, was sonst niemand hören will. Wir geben den Menschen eine Stimme in den
 4454 Parlamenten und streiten im Alltag mit ihnen für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen. Wir stehen
 4455 für eine Revolution der Gerechtigkeit, die Armut beseitigt, gute Renten, gute Bildung,
 4456 Gesundheitsversorgung, Pflege und bezahlbares Wohnen für alle schafft. Das sind die sozialen
 4457 Garantien des Leben, die eine soziale Demokratie auszeichnen. Sie sind für uns nicht verhandelbar,
 4458 aber sie müssen gemeinsam erkämpft werden.

4459 Wir kämpfen für eine bessere Zukunft, dabei halten wir uns an klare Linien: An einer Regierung, die
 4460 Kriege führt und Kampfeinsätze der Bundeswehr im Ausland zulässt, die Aufrüstung und
 4461 Militarisierung vorantreibt, die Privatisierungen der Daseinsvorsorge oder Sozialabbau betreibt, deren
 4462 Politik die Aufgabenerfüllung des Öffentlichen Dienstes verschlechtert, werden wir uns nicht
 4463 beteiligen.

4464 Eine andere Politik wird nicht allein im Parlament erreicht werden, sie braucht Druck. Druck aus der
 4465 Gesellschaft, aus Gewerkschaften und sozialen Bewegungen, aus Sozialverbänden. Druck von unten
 4466 und Druck von der Straße. Ohne die Kraft der Gewerkschaften und von großen Arbeitskämpfen gäbe
 4467 es keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, keine Arbeitszeitverkürzung, keine Vertretungsrechte der
 4468 Belegschaften. Ohne die Friedensbewegung wäre die Einbindung der deutschen Regierungen in
 4469 internationale kapitalistische Kriege noch viel größer als heute. Ohne die Frauenbewegung gäbe es die
 4470 Fortschritte bei der Gleichstellung der Frauen nicht. Ohne die Umweltbewegung gäbe es keinen
 4471 Atomausstieg und kein breites Umweltbewusstsein. Ohne den erfolgreichen Streik an der Charité gäbe
 4472 es heute keine breite Debatte über mehr Personal in den Krankenhäusern. DIE LINKE ist Teil und
 4473 Verbündete, wenn es darum geht, diesen Druck aufzubauen. Und wir wollen ihn im Parlament in
 4474 Veränderung übersetzen.

4475 Wir versprechen: Die Abgeordneten der LINKEN binden sich an einen Verhaltenskodex. Sie stehen für
 4476 die hier vorgestellten Ziele und Projekte. Sie erklären,

- 4477 • dass sie keine Spenden oder Geschenke von Lobbygruppen oder Großunternehmen
- 4478 annehmen. Bürgerwille und Gemeinwohl gehen vor Einzelinteresse!
- 4479 • dass sie nicht mit Geheimdiensten zusammenarbeiten.
- 4480 • dass sie Informationen und Wissen aus ihrer parlamentarischen Tätigkeit zum allgemeinen
- 4481 Interesse einsetzen. Wir sind keine Partei der Hinterzimmer. Informationsfreiheit statt
- 4482 Geheimniskrämerei!
- 4483 • dass sie Mittel und Infrastruktur der Abgeordnetenbüros der lokalen Bevölkerung, sozialen
- 4484 Bewegungen oder Solidaritäts- und Hilfsprojekten zur Verfügung stellen.

4485 Ohne dich, ohne euch geht es nicht. Wahlen und Wahlkämpfe können viele Menschen begeistern,
 4486 wenn sie sich Veränderung erwarten. Gemeinsam können wir etwas erreichen: eine Zukunft, für die
 4487 es sich zu kämpfen lohnt.

